

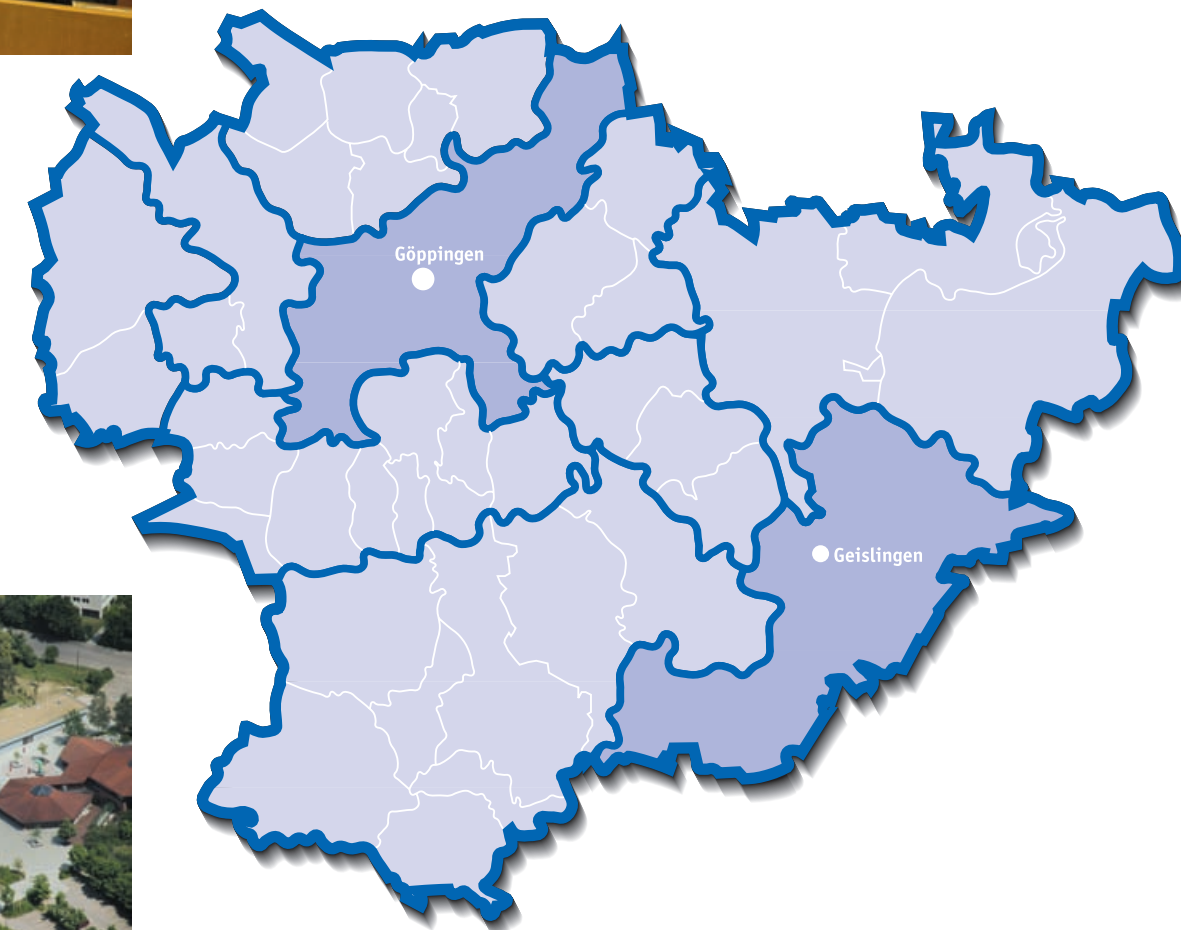


Chronik der Jahre 2005 und 2006

Der Landkreis Göppingen



Der Landkreis Göppingen



Chronik der Jahre 2005 und 2006



**Der Landkreis
Göppingen**

**Chronik der Jahre
2005 und 2006**



Vorwort des Landrats	3	Feierstunde auf Schloss Filseck	37
Landesregierung		Personalveränderungen	38
Landeskabinett tagt in Göppingen	4	Datenverarbeitung	40
Jubiläum Landkreistag		E-Government am Landratsamt Göppingen	42
50 Jahre Landkreistag Baden-Württemberg	5	Aufnahme- und Eingliederungsamt	
Kreistag		Vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern	
20 Jahre Landrat Weber	6	Vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern	
Bundesverdienstkreuz für Kreisrat Peter Ritz	7	Lastenausgleich	44
Chronologie der wichtigsten Beschlüsse	8	Ausländerbehörde	
Kreistag und Ausschüsse vor Ort	13	Das Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft	45
Wie oft und wie lange wurde getagt?	15	Bauamt	
Löbau-Zittau		Barrierefrei bauen	46
Landrat Vallentin mit Beigeordneten in Göppingen	16	Das Bauamt in Zahlen	47
Wahlen		Fachdienst Versorgung	
Bundestagswahl 2005	17	Gemeinsame Dienststelle mit dem Alb-Donau-Kreis	48
Landtagswahl 2006	19	Forstamt	
Bürgermeisterwahlen	20	Partner rund um den Wald	50
Verwaltungsstrukturreform		Waldpflege für die Sicherheit der Autofahrer	51
Verwaltungsstrukturreform zum 01.01.2005: Neue Aufgaben und neue Organisationsstruktur für das Landratsamt Göppingen	21	Walderlebnistag im Schlater Wald	52
Abfallwirtschaft		Gesundheitsamt	
Getrennte Altholzsammlung: Sperrmüll nimmt neue Wege	24	Arbeitsgemeinschaft Gesundheit – AK Essstörungen	53
Neues Elektro- und Elektronikgeräte- Gesetz (ElektroG): Hersteller beteiligen sich an der Verantwortung	25	Abenteuer Zahnarztpraxis: Keine Angst mehr vor dem Zahnarzt	54
Abschluss und Rekultivierung der Deponie Stötten	26	Trinkwasseruntersuchungen in Beherbergungsbetrieben	55
Keine 2. Linie im Müllheizkraftwerk	28	Maserneliminierung bis zum Jahr 2010: Ein Ziel für die WHO Region Europa	56
Sei kein Müllschwein: Vesperdosen für die Schultüte	30	Studie Passivrauchen: Wie man im Göppinger Gesundheitsamt für einen bundesweiten Bekanntheitsgrad sorgt	57
Grüngutkonzeption: Die unendliche Geschichte	31	Katastrophenschutz und Feuerwehren	
Neue Wertstoffhöfe in Rechberghausen und Dürnau	32	Schneechaos in Böhmenkirch	58
Arbeitsplatz Landratsamt		Unwetter am 06.07.2006 im Landkreis	58
Leitbildumsetzung	33	Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland	59
Ausbildungsstelle „Landratsamt“	35	25 Jahre professionelle Ausbildung für ehrenamtlichen Einsatz: Eine stolze Bilanz	60
		Feuerwehr-Einsatzübersicht	61



Krankenhäuser

Die Klinik am Eichert Göttingen: „Kompetenz als Erstes, Kooperation als Entscheidendes“	62
Helfenstein Klinik Geislingen	65

Kreisarchiv und Kreisarchäologie

Von Scherben, Mauern, Baggerschaukeln: Aus der Arbeit der Kreisarchäologie	67
Eislingen im Fischsaurier-Fieber: Retrospektive auf die Jurameer-Ausstellung 2006	74
Staufer-Stele in Hagenau	77
Stauferpreise 2006	78
Tag der Archive in Süßen	79
Postgeschichtliche Sammlung	80
Vertriebenentransporte 1945 bis 1947	81

Kreishaushalt

Zur Finanzlage des Landkreises	82
--------------------------------	----

Kreishochbauamt

Planen und Bauen für den Landkreis	84
------------------------------------	----

Kreisjugendamt

JAMP: Jugendarbeit mit Profil	87
„Kompetenzbörse“	88
Schülermultiplikatoren-Seminar	89
„Schon 16? Jugendschutz – ich mache mit!“	90
Pflegekinderdienst	91
Gemeindepsychiatrisches Zentrum (GPZ) in Geislingen eröffnet	93
Siegfried Schubert in den Ruhestand verabschiedet	94

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum: Ein moderner multimedialer Dienstleistungsbetrieb!	95
LaRA-live: Ein einzigartiges Modellprojekt wird 6 Jahre alt	99

Kreisprüfungsamt

Finanzkontrolle ist notwendig	101
-------------------------------	-----

Kreissozialamt

Landkreis geht erfolgreiche Kooperation mit der Agentur für Arbeit ein	104
--	-----

Neue Aufgaben für die Betreuungsbehörde	106
Psychologische Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen	107
Auffangnetz Sozialhilfe	110
Wohngeld	111
Schuldnerberatung: Insolvenzverfahren gewinnt zunehmend an Gewicht	112
Hilfen für Menschen mit Behinderungen	113
Neuer Kreisalten- und Kreispflegeplan	114
Pflegebörse auf der Homepage des Landkreises	116
Seitenwechsel: Auszubildende von Banken engagieren sich in sozialen Einrichtungen	117
Wegweiser für Ältere im Landkreis Göttingen	118
Vorsorgemappe	118

Kreisstraßen

Drackensteiner Steige saniert	119
Neues Kreisstraßensanierungsprogramm aufgelegt	119

Landwirtschaftsamt

Ausgleichsleistungen: Eine wichtige Stütze für die landwirtschaftlichen Betriebe	120
Fachfrauen für Kinderernährung	121
Gemüse – Gesundheit, die schmeckt! Schüleraktion mit den Fachfrauen für Kinderernährung	122

Natur- und Umweltschutz

Landeswasserversorgung erneuert	
Fernwasserleitung von Osterbuch bis Breech	124
Biogas: Nachwachsende Energie	126
Vogelschutzgebiete: Teil eines europaweiten Schutznetzes	128

Raumordnung und Verkehrsplanung

Der unendliche Weg zu schnellen Trassen	130
Tiefbahnhof und ICE-Trasse: Warten auf die endgültige Entscheidung	131
B 10: Freude und Frust	132
Mautausweichverkehr: Die Lehre von der statistischen Wahrheit	134
L 1214 Jebenhausen: Ortsumfahrung oder Autobahnzubringer?	136



Der regionale Kontrapunkt: Gefühltes „S“ im grünen Raum	137	Kraftfahrzeugzulassung: EU-Harmonisierung und Verfahrensanpassungen	161
Streichkonzert beim ÖPNV – Kürzungen beim Filstaltakt	138	Landesverkehrssicherheitstag am 30.09.2005 in Göppingen	163
Spätbus verlängert	140	Verkehrssicherheit: Gemeinsam den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer stärken	164
Fahrbetrieb am ZOB in Geislingen aufgenommen	140	Verkehrsunfallbilanz	165
Bahnhöfe im Wartestand	141	Tourismusförderung	
Recht und Ordnung		TiS aktiv	166
Einbürgerungen weiter rückläufig	142	Gastro-Wettbewerb „Mein Lieblingslokal“	167
Heimaufsicht: Bauboom im Pflegebereich	142	Publikumsmagnet Sommer der Verführungen	167
Bußgeldstelle	144	Vermessung und Flurneuordnung	
Schloss Filseck		Liegenschaftskataster, Liegenschaftsvermessungen, Flurneuordnung	168
Dokumentationsraum zur Geschichte von Filseck	145	Flurbereinigung für die Nordumfahrung Donzdorf	170
20 Jahre Förderkreis Schloss Filseck	146	Veterinärwesen und Verbraucherschutz	
Schulamt		Vogelgrippe	172
Personalveränderungen	147	Blauzungenkrankheit	173
Entwicklung der Schülerzahlen und Unterrichts- versorgung im Schuljahr 2006/2007	148	Ausbruch der Bösartigen Faulbrut im Landkreis Göppingen	174
Schulen des Landkreises		Fleischhygieneüberwachung: „Gammelfleischskandal“	175
Ministerpräsident Oettinger besucht die Paul-Kerschensteiner-Schule	152	Tierschutz	176
Auszubildende der Paul-Kerschensteiner-Schule servieren beim Neujahrsempfang in Brüssel	153	Einrichtung eines Tierseuchenkrisenzentrums mit Logistikzentrum	177
Kaufmännische Schule Göppingen erfolgreich beim Behördenwettbewerb Q 2006	153	Verbraucherschutz	178
Gewerbliche Schule Göppingen beteiligt sich an Projekt „Operativ eigenständige Schule (OES)“	154	Betäubungsloses Schlachten (Schächten)	180
AIDS-Kampagne in der Bibliothek des Beruflichen Schulzentrums Göppingen	154	Wirtschaftsförderung	
Neuer Schulleiter an der Gewerblichen Schule Geislingen	155	Naturheilmitteltag am 5. Mai 2006	181
Straßenverkehrsamt		10 Jahre Wirtschaftsförderung im Landkreis Göppingen	182
50 Jahre Kreisverkehrswacht	156	Zahlen und Daten	
Schüler-Abo-Verfahren jetzt auch bei der Deutschen Bahn	157	Städte und Gemeinden im Landkreises Göppingen Stand 31.12.2005	183
Anpassungsklausel bei der Schülerbeförderung	158	Die Stadt- und Landkreise im Regierungsbezirk Stuttgart (Übersichts- und Vergleichsdaten zum 31.12.2005)	184
Taxis in „bunter Vielfalt“	159	Impressum	185
Führerscheintourismus	159		
Jagd auf der Straße	160		



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vorliegende Chronik fasst das Landkreisgeschehen der Jahre 2005 und 2006 zusammen. Sie berichtet über die Arbeit des Kreistags sowie der Landkreisverwaltung und vermittelt einen Einblick in das breite Aufgabenspektrum, das die Mitglieder des Kreistags und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Jahr um Jahr zu bewältigen haben.

An wichtigen Ereignissen im Berichtszeitraum möchte ich herausheben

- die Eingliederung der durch die Verwaltungsstrukturreform hinzugekommenen Ämter (siehe dazu auch Bericht auf Seite 21),
- die feierliche und lang ersehnte Freigabe der B 10 Ortsumfahrung Eislingen am 7. Juni 2006 (siehe dazu auch Bericht auf Seite 132),
- die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Änderung der Rechtsform bei den Kliniken des Landkreises (siehe dazu auch Bericht auf Seite 63) sowie
- die Umsetzung des Leitbildes (siehe dazu auch Bericht auf Seite 33).

Wir alle, die wir zum „Unternehmen Landkreis“ zählen – Kreistag, Landratsamt, Klinik am Eichert Göppingen, Helfenstein Klinik Geislingen, Abfallwirtschaftsbetrieb, Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die durch die Verwaltungsstrukturreform neu hinzugekommenen Ämter – sind ständig bestrebt uns weiterzuentwickeln. Wir sehen uns als ein dem Gemeinwohl verpflichteter Dienstleister, bei dem im Sinne von Kundenorientierung die Bürgerinnen und Bürger stets im Mittelpunkt unseres Handelns stehen.

Beleg dafür ist die vorliegende Chronik. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre und würde mich freuen, wenn das Lesen Ihr Interesse weckt, sich noch mehr mit Kreispolitik und Kreisangelegenheiten zu befassen.

In diesem Sinne

herzlichst

Ihr

Franz Weber

Landeskabinett tagt in Göppingen

Am 31. Januar 2006 trafen sich Ministerpräsident Günther Oettinger und sein Kabinett in den Räumen der Göppinger Fachhochschule zu einer „auswärtigen Ministerratssitzung“. Bei dem anschließenden Empfang überreichte Landrat Franz Weber dem Regierungschef und seinem gesamten Kabinett einen Korb voll Wibeles – eine leckere Spezialität aus dem Landkreis, die seit 1911 von der Familie Bosch in

UHINGEN produziert wird. Ministerpräsident Oettinger bedankte sich und zeigte sich auch gut informiert, indem er Landrat Weber öffentlich zu seinem 59. Geburtstag gratulierte. Launig erwiderte Landrat Weber die Glückwünsche mit dem Satz: „Wie soll ich das im kommenden Jahr noch toppen, wo doch jetzt schon das ganze Kabinett da ist?“



Stärkung für die Landesregierung – Landrat Franz Weber schenkt Ministerpräsident Oettinger einen Korb voll Uhinger Wibeles.

FOTO: T. EHRCKE

50 Jahre Landkreistag Baden-Württemberg

Am 3. Juli 2006 wurde im Forum am Schlosspark in Ludwigsburg feierlich der 50. Geburtstag unseres Dachverbandes, Landkreistag Baden-Württemberg, begangen. Begleitend dazu gab es eine Ausstellung, gestaltet von allen Mitglieds-Landkreisen. Der Landkreis Göppingen präsentierte sich gemeinsam mit den Firmen Märklin und WMF.



Märklin und WMF repräsentieren den Landkreis Göppingen bei der begleitenden Ausstellung anlässlich 50 Jahre Landkreistag Baden-Württemberg.



FOTOS: LANDKREISTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

20 Jahre Landrat Weber

Die Kreistagssitzung am 22. Juli 2005 begann eigentlich wie sonst auch: Landrat Weber trat ans Rednerpult und forderte die Damen und Herren Kreisräte auf, Platz zu nehmen. Doch dann gab es eine Überraschung: Wolfgang Rapp, der Vorsitzende der CDU – Kreistagsfraktion, trat ans Rednerpult und würdigte in einer kurzen und launigen Ansprache die Verdienste

von Landrat Weber, der am 1. Juli 1985 sein Amt angetreten hatte. Er habe das Netzwerk Landkreis Göppingen gut „verwebert“ und werde als Franz der Erste Spuren hinterlassen. Da der Landkreistag keine Auszeichnung für ein 20-jähriges Dienstjubiläum vorsehe, habe der Kreistag kurzerhand beschlossen, bei der Kunstgießerei Strassacker in Süßen eine Bronze-

medaille in Auftrag zu geben. Er habe nun die ehrenvolle Aufgabe, diese im Namen des gesamten Kreistags von Göppingen Landrat Weber zu überreichen.

Die Medaille trägt die Aufschrift: „20 Jahre Landrat Franz Weber in Anerkennung seines unermüdlichen Einsatzes und seiner großen Verdienste um den Landkreis Göppingen – Der Kreistag, Juli 2005“.



CDU-Fraktionschef Wolfgang Rapp überreicht im Namen des gesamten Kreistags Landrat Weber eine Bronzemedaille.

FOTO: G. CARLUCCI

Bundesverdienstkreuz für Kreisrat Peter Ritz

Am 27. September 2006 erhielt Kreisrat Peter Ritz aus der Hand von Landrat Franz Weber das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Peter Ritz ist seit 1994 Mitglied des Kreistags des Landkreises Göttingen und hier seit seiner Wahl ordentliches Mitglied in der Kommission zum Erwerb von Kunstgegenständen und außerdem stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss, im Ausschuss für Umwelt und Verkehr und im Krankenhausausschuss.

In seiner Heimatstadt Eisingen hat sich Herr Ritz vor allem im Gemeinderat, dem er seit 1980 angehört, aber auch im Kunstverein Eisingen als Initiator, Gründungsmitglied und jahrelanges Vorstandsmitglied große Verdienste erworben.

Innerhalb seines Gemeinderatsmandats legte Peter Ritz seinen kommunalpolitischen Schwerpunkt auf die städtebauliche Entwicklung Eisingens. So hatte er maßgeblichen Anteil an den Entscheidungen, die zur Erstellung der Eisinger Feuerwache und dem Umbau des Eisinger Schlosses zur Bücherei geführt haben. Ebenso wirkte

er mit bei der Erweiterung von verschiedenen Schulgebäuden, dem Neubau von Kindergärten und Kindertagesstätten und nicht zuletzt bei der Erstellung der Eisinger

Stadthalle. Aber auch die Ausweisung und künstlerische Ausgestaltung der innerstädtischen Kreisverkehrsanlagen geht maßgeblich auf seine Initiative zurück.



Chronologie der wichtigsten Beschlüsse

Die folgende Aufstellung soll einen groben Einblick in die Arbeit des Kreistags und seiner Ausschüsse ermöglichen. Sie stellt nur einen kleinen Auszug aus den Beratungen dar:

11.01.2005 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Vergabe der Bauarbeiten für den Anschluss der U 1404 an die B10 (Kreisverkehr).

Vergabe der Bauarbeiten zum Abschluss der Deponie Sachsen-tobel.

28.01.2005 Kreistag

Änderung der Satzung über die Erstattung der notwendigen Schülerbeförderungskosten – Einführung einer Anpassungsklausel für die Eigenanteile.

Abfallwirtschaft - Einführung einer Jahresbanderole für das Jahr 2005. Ablehnung der Wiederbesetzung der Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten.

Kreisumlage-Hebesatz für das Haushaltsjahr 2005 auf 43,1 v.H. festgesetzt.

Haushaltssatzung für das Jahr 2005 bei zahlreichen Gegenstimmen beschlossen.

Begrüßung und Vorstellung der Amtsleiter/-innen der eingegliederten unteren Sonderbehörden.

15.02.2005 Krankenhausausschuss

Beschluss zur Bildung einer Interdisziplinären Intensiveinheit mit IMC in der Klinik am Eichert Göppingen.

21.02.2005 Jugendhilfeausschuss

Beratung über die Vorgehensweise des Kreisjugendamtes bei Entscheidungen über die Notwendigkeit von Jugendhilfemaßnahmen (Psychosoziale Diagnostik).

04.03.2005 Verwaltungsausschuss

Der Ausschuss besichtigt den Erweiterungsbau des Sonderschulzentrums Göppingen.

Streichung des Zuschusses für Mittagessen in den landkreiseigenen Sonderschuleinrichtungen.

14.03.2005 Jugendhilfeausschuss

Das Kinder- und Jugendreferat stellt das Projekt „JUMP – Jugendarbeit mit Profil“ im Ausschuss vor. Das Handlungskonzept bei Hinweisen auf Kindeswohlgefährdungen wird vorgestellt und zur Kenntnis genommen.

18.03.2005 Kreistag

Schlussabrechnung der baulichen Erweiterung der Spange III der Klinik am Eichert.

Vorschlag an das Regierungspräsidium Stuttgart, die Schulleiterstelle an der Gewerblichen Schule in Geislingen mit Herrn Manfred Roos zu besetzen.

Wahl von Dr. med. Matthias Hahn zum Chefarzt der Abteilung für Chirurgie der Helfenstein Klinik Geislingen.



Dr. med. Matthias Hahn

Wahl von Priv. Doz. Dr. med. Florian Dammann zum Chefarzt des Instituts für Radiologie mit Nuklearmedizin der Klinik am Eichert Göppingen.



Priv. Doz. Dr. med. Florian Dammann

Wahl von Prof. Dr. med. Stefan Riedl zum Chefarzt der Allgemeinchirurgischen Klinik der Klinik am Eichert Göttingen.



Prof. Dr. med. Stefan Riedl

29.04.2005 Verwaltungsausschuss
Einrichtung einer Stelle zur Sicherstellung der dem Landkreis nach § 19 a des Frauenförderungsgesetzes zukommenden Aufgaben.
Bautenstandsbericht zum Verwaltungszentrum Pappelallee.

10.05.2005 Kreistag

Einrichtung von Bezirksfachklassen für Auszubildende im Beruf Fachmann/-frau für Systemgastronomie an der Paul-Kerschensteiner-Schule Bad Überkingen.
Wahl von Herrn Gemeindeamtsrat Achim Kasper zum Leiter des Kreisprüfungsamtes.
Weiterführung des Spätbusbetriebs bis Ende August 2007.
Verabschiedung von KR Reinhard

05.07.2005 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Vergabe der Belagsarbeiten für die K1410 Ortsdurchfahrt Rechberghausen.
Vergabe der Bauarbeiten zur Sanierung der Steige K1447 Unterdrackenstein-Oberdrackenstein.
Grundsatzbeschluss zum Ausbau der K1440 Ortsdurchfahrt Wittingen.
Zustimmung zum Versuch der getrennten Erfassung von Altholz aus dem Sperrmüll.

08.07.2005 Verwaltungsausschuss

Bericht über die Aufgaben des Amtes für Vermessung und Flurneuordnung.
Bericht über Maßnahmen zur Personalentwicklung beim Landratsamt Göttingen.
Besetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten, zugleich Koordinationsstelle für Jugendsozialarbeit mit Frau Friederike Winsauer.

12.07.2005 Krankenhausausschuss

Beschlüsse zur Einrichtung von Interdisziplinären Zentren für Onkologie, Rheumatologie und Endoprothetik in der Klinik am Eichert Göttingen.

22.07.2005 Kreistag

Neufestsetzung der Abfallgebühren für das Jahr 2006 auf der Grundlage eines personenbezogenen Haushaltstarifs und Änderung der Abfallwirtschaftssatzung.
Zustimmung zu den Jahresabschlüssen 2004 der Eigenbetriebe und zur Jahresrechnung 2004 des Landkreises Göttingen.



19.04.2005 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Planungsauftrag für den Abschluss der Deponie Stadler.

Frank (CDU) aus dem Kreistag. Für ihn rückt Herr Felix Gerber (CDU) in den Kreistag nach.

28.06.2005 Sozialausschuss

Neuaufgabe des Kreisalten- und Kreispflegeplans.



Bestellung von Herrn Chefarzt Dr. Andreas Schuler zum Ärztlichen Direktor und Bestellung von Herrn Chefarzt Dr. Walter Schlittenhardt zum stellvertretenden Ärztlichen Direktor der Helfenstein Klinik Geislingen.

26.09.2005 Jugendhilfeausschuss

Das Konzept „Stärkung der Familie im Landkreis Göttingen“ durch örtliche Angebote, lokale Bündnisse und Familientreffs wird vom Ausschuss beschlossen.

27.09.2005 Krankenhausausschuss

Beschluss zur Einrichtung eines Mutter-Kind Zentrums in der Klinik am Eichert Göttingen.

Beschluss zur Einrichtung einer Interdisziplinären Aufnahmestation in der Klinik am Eichert.

Beschluss zur Bildung eines visceralchirurgischen-gastroenterologischen Schwerpunkts in der Helfenstein Klinik Geislingen.

30.09.2005 Verwaltungsausschuss

Neuverpachtung der Gastronomie auf Schloss Filseck an die Firma pCp Gastro-GmbH & Co. KG.

21.10.2005 Kreistag

Änderung der Satzung der Kreissparkasse Göttingen.

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2006 durch Landrat Weber und Kreiskämmerer Staudenmaier.

15.11.2005 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Zustimmung zum Kreisstraßensanierungsprogramm für die Jahre

2006 ff. – Kreisstraßenkataster.

Baubeschluss zum Ausbau der K1413 Ebersbach-Büchenbronn.

Grundsatzbeschluss zum Ausbau der K1450 Maitis bis zur Kreisgrenze.

Abgabe einer Stellungnahme gegenüber dem Innenministerium zur Eindämmung des Mautausweichverkehrs im Landkreis Göttingen.

Erteilung eines Verhandlungsauftrags an die Verwaltung wegen der Errichtung einer 2. Linie beim Müllheizkraftwerk.

18.11.2005 Verwaltungsausschuss

Wahl von Herrn Dipl.-Psych. Wolfgang Dürr zum Leiter der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche des Landkreises Göttingen.

25.11.2005 Kreistag

2. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2006.

12.12.2005 Jugendhilfeausschuss

Durchführung einer regionalen Jugendkonferenz zu dem Thema „Jugend in Aktion für Beruf und Perspektive“.

13.01.2006 Verwaltungsausschuss

Zustimmung zur Außensanierung der Nord- und Südfassade des Landratsamtsgebäudes.

Zustimmung zu einer weiteren mittelfristigen Schulung der körperbehinderten Kinder mit Bildungsgang Förderschule aus dem Landkreis Göttingen an der Rohräckerschule Esslingen-Berkheim.

Wahl von Frau Demissie zur Kreisausländerbeauftragten.

27.01.2006 Kreistag

Kreisumlage-Hebesatz für das Jahr 2006 wird auf 42,4 v.H. festgesetzt.

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 mit zahlreichen Gegenstimmen beschlossen.

Beschluss zur Weiterführung der Überlegungen zur Umwandlung der Eigenbetriebe Klinik am Eichert Göttingen und Helfenstein Klinik Geislingen in eine oder mehrere gemeinnützige Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

13.03.2006 Jugendhilfeausschuss

Dr. Bürger vom KVJS berichtet über die Entwicklung von Jugendhilfebedarf und sozialstrukturellem Wandel.

Im Rahmen des Tagesbetreuungsausbaugesetzes beschließt der Ausschuss die notwendigen Ausbaustufen bis zum 01.10.2010 für unter 3-Jährige und für Schulkinder.

17.03.2006 Verwaltungsausschuss

Zustimmung zum Abschluss eines Gestattungsvertrages zur Aufbringung einer Fotovoltaikanlage auf der Dachfläche der Paul-Kerschensteiner-Schule in Bad Überkingen.

21.03.2006 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Zustimmung zur Ausschreibung der Sanierungsarbeiten an der Filsbrücke in Salach (K1404).

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Gemeinden über die Weiterentwicklung der Grüngutkonzeption Gespräche zu führen.

31.03.2006 Kreistag

Wahl von Kreisoberamtsrätin Brigitte Kreß zur Hauptamtsleiterin.

Einrichtung einer integrierten Leitstelle für den Landkreis Göppingen.

Anerkennung der Schlussabrechnung für die Sanierung und den Umbau des Landwirtschaftlichen Schulzentrums zur Nutzung als Verwaltungszentrum Pappelallee.

28.04.2006 Verwaltungsausschuss

Bericht des Geschäftsführers zu Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Göppingen mbH (Neue Messe Stuttgart, Förderprogramm Albaufstieg 2005, Gewerbepark Schwäbische Alb).

02.05.2006 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Vergabe der Bauarbeiten für die Belagererneuerung der K1443 Hattenhofen-Albershausen und der K1419 Bezgenriet-Heiningen. Vergabe der Bauarbeiten für die

Sanierung der Filsbrücke in Salach (K1404).

Bericht über den Stand der Umsetzung des ElektroG im Landkreis Göppingen.

Zustimmung zur getrennten Erfassung von Altholz aus dem Sperrmüll.

12.05.2006 Kreistag

Vortrag von Herrn Regionaldirektor Dr. Steinacher zur Bedeutung der Region Stuttgart für den Landkreis Göppingen und über die heutige und künftige Zusammenarbeit des Verbands Region Stuttgart mit seiner Tochtergesellschaft WRS und dem Landkreis.

Bericht des Geschäftsführers zu Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Einer baulichen Erweiterung zur Einrichtung einer Interdisziplinären Aufnahmestation im Erdgeschoss und baulichen Anpassung des OP-Bereichs im 1. OG der Klinik am Eichert Göppingen wird zugestimmt.

Die Errichtung einer 2. Linie beim Müllheizkraftwerk Göppingen wird

mit 1 Stimme Mehrheit (25 Nein, 24 Ja) abgelehnt.

Zustimmung zur Vollaussattung der bestehenden Linie 1 des Müllheizkraftwerks.

19.05.2006 Verwaltungsausschuss

Zustimmung zur Neueinrichtung einer Schulküche bei der Emil-von-Behring Schule in Geislingen.

Wahl von Herrn Markus Malcher zum Leiter des Geschäftsteils Personalangelegenheiten und Ausbildungswesen beim Hauptamt.

14.07.2006 Verwaltungsausschuss
Zustimmung zur Einführung eines Ratsinformationssystems ab dem Jahr 2007.

Bericht über die Einsparung von CO₂ bei landkreiseigenen Gebäuden.

18.07.2006 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Der Erstellung einer Studie zur Erhebung der forstlichen Energieholzpotenziale im Landkreis Göppingen wird vorbehaltlich einer Förderung aus dem EU-Förderprojekt Albaufstieg 2005 zugestimmt. Beschluss einer Konzeption zur Vermeidung von Mautausweich- und LKW-Schleichverkehr im Landkreis Göppingen.

25.07.2006 Sozialausschuss

Vorlage des Sozialberichts für 2005.

Erstellung eines Kreisbehindertenplans für den Landkreis Göppingen.



Besichtigung der Heimbachbrücke in Faurndau



28.07.2006 Kreistag

Bestellung von Naturschutzbeauftragten für die Zeit von 01.10.2006 bis 30.09.2011.

Zustimmung zu den Jahresabschlüssen 2005 der Eigenbetriebe und zur Jahresrechnung 2005 des Landkreises Göppingen.

Neukonzeption für die Straßenmeistereien im Rahmen der Kooperation mit dem Landkreis Esslingen.

Zustimmung zum Abbruch des vorhandenen Gebäudes Carl-Hermann-Gaiser-Str. 41 durch den Abfallwirtschaftsbetrieb und zum vorgesehenen Raumprogramm.

Zustimmung zur Erhöhung des Stammkapitals der Wohnbau GmbH Göppingen.

Verabschiedung von Hauptamtsleiter Wolfgang Hoyler in den Ruhestand.

25.09.2006 Sozialausschuss

Verabschiedung der Integrationsrichtlinien des Landkreises Göppingen im Regelkindergarten und an allgemeinen Schulen.

06.10.2006 Verwaltungsausschuss

Bericht der Gewerblichen Schule Göppingen über Fremdevaluation. Bericht über die Tourismusarbeit des Landkreises.

Zustimmung zur teilweisen Rückzahlung der in den Jahren 2002 bis 2004 von den Städten und Gemeinden erhobenen Sonderumlage zur Finanzierung des Erweiterungsbaus des Sonderschulzentrums.

10.10.2006 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Messelbergsteige (K1401 Donzdorf-Schnittlingen).

Zustimmung zur Erneuerung der Hartelbachbrücke mit einem Wellstahldurchlass (K1448 Bad Ditzelbach-Auendorf).

20.10.2006 Kreistag

Einrichtung eines Berufseinstiegsjahres als Schulversuch an der Gewerblichen Schule Göppingen und an der Kaufmännischen Schule Göppingen zum Schuljahr 2006/2007.

Einbringung des Haushaltsplans 2007 durch Landrat Weber und Kreiskämmerer Staudenmaier.

Änderung der Rechtsform der Kreiskliniken zum 01.01.2007 in die „Kliniken des Landkreises Göppingen gGmbH“.

Krankenhausdirektor Zwies wird zum kaufmännischen Geschäftsführer bestellt.

Zustimmung zur baulichen Veränderung in der Spange 3 der Klinik am Eichert zur Unterbringung von medizinisch-technischen Großgeräten.

Übertragung der in der Nebenrechnung geführten Vermögensgegenstände des Müllheizkraftwerks auf den Abfallwirtschaftsbetrieb zum 01.01.2007.

14.11.2006 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Die Verwaltung wird beauftragt, von privaten Betreibern Angebote zur Umsetzung einer künftigen

Grüngutkonzeption des Landkreises Göppingen einzuholen.

24.11.2006 Verwaltungsausschuss

Beratung über eine Konzeption zur Gebäudeunterhaltung und Energieeinsparung.

Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen.

Der E-Government-Konzeption für das Landratsamt Göppingen wird zugestimmt.

01.12.2006 Kreistag

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2007 (2. Lesung).

Neufestsetzung der Abfallgebühren für die Jahre 2007/2008 und Änderung der Abfallwirtschaftssatzung.

Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrates der „Kliniken des Landkreises Göppingen gGmbH“.

Neufassung der Gebührensatzung des Landratsamtes Göppingen sowie des privatrechtlichen Tarifs für die Benutzung kreiseigener Einrichtungen.

18.12.2006 Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Anerkennung des Vereins „Kleinkindergruppe Zwergentübchen e.V. Boll“ als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII.

19.12.2006 Sozialausschuss

Vorstellung der Broschüre „Wegweiser für Ältere“ durch die Altenfachberatung.

Kreistag und Ausschüsse vor Ort

Um für die Bürger des Landkreises Göttingen bestmöglich entscheiden zu können, begeben sich die Kreisträte regelmäßig vor Ort:

08.03.2005:

Der Sozialausschuss tagt im Samariterstift in Geislingen. Der Sitzung geht eine Besichtigung der Einrichtung voraus.

23.09.2005:

Auf Einladung des Betreibers besucht der Ausschuss für Umwelt und Verkehr die Sortieranlage für die Entsorgung gelber Säcke bei der Firma AVA Re.Sort GmbH in Augsburg.

26.09.2005:

Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Berufsschulzentrum Geislingen.

30.09.2005:

Der Verwaltungsausschuss tagt im umgebauten Verwaltungszentrum Pappelallee und besichtigt die neuen Räume.

04.10.2005:

Sitzung des Sozialausschusses im Sitzungssaal der Agentur für Arbeit mit vorheriger Besichtigung der ARGE.

02.05.2006:

Am Vormittag der Sitzung unternimmt der Ausschuss für Umwelt und Verkehr und weitere interessierte Kreisträte eine Straßenbesichtigungsfahrt durch den Landkreis Göttingen. Vor Ort konnten

sich die Mitglieder über den Zustand der Heimbachbrücke bei Faurndau, der Hartelbachbrücke bei Bad Ditzenbach und der Ortsdurchfahrt Wittingen sowie der Stöttener Steige informieren. Außerdem auf dem Programm



Besichtigung der Hartelbachbrücke bei Bad Ditzenbach



Ortstermin mit Geislingens OB Amann an der Ortsdurchfahrt Wittingen



stand die Besichtigung des Gewerbeparks Schwäbische Alb in Geislingen-Türkheim, wo die Teilnehmer von Herrn Oberbürgermeister Amann begrüßt wurden.

23.06.2006:

Besichtigungsfahrt des Kreistags zur Landesgartenschau in Heidenheim und Begrüßung durch Oberbürgermeister Ilg.



25.07.2006:

In der Sitzung des Sozialausschusses wird die Tagesstätte „Lichtblick“ des Vereins für Psychiatrie-erfahrene besichtigt.

25.09.2006:

Die Sitzung des Sozialausschusses findet in der Helfenstein Klinik Geislingen statt.

06.10.2006:

Der Verwaltungsausschuss tagt in der Emil-von-Behring-Schule in Geislingen und besichtigt die dortige sanierte Schulküche.

16.10.2006:

Die Sitzung des Jugendhilfeausschusses findet in der Paul-Kerschens-teiner-Schule (Berufsfachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe) in Bad Überkingen statt.

14.11.2006:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr tagt im Feuerwehrhaus in Bad Ditzgenbach und wird von Bürgermeister Ueding begrüßt.



Besichtigungsfahrt zur Landesgartenschau in Heidenheim

Wie oft und wie lange wurde getagt?

Der Kreistag sowie die fünf beschließenden Ausschüsse – Verwaltungsausschuss, Ausschuss für Umwelt und Verkehr, Krankenhausausschuss, Jugendhilfeausschuss sowie Sozialausschuss – traten insgesamt 71-mal zusammen.

Sitzungsdauer:

288,5 Stunden

Einzelnen dargestellt ergibt sich dabei nebenstehende Übersicht:

	Anzahl der Sitzungen		Sitzungsdauer/ Stunden	
	2005	2006	2005	2006
Kreistag	6	6	20	22
Verwaltungsausschuss	6	7	25,5	29
Ausschuss für Umwelt u. Verkehr	6	6	22	29,5
Krankenhausausschuss	8	8	34	36,5
Jugendhilfeausschuss	5	4	21,5	17,5
Sozialausschuss	4	5	15	16
	35	36	138	150,5

Landrat Vallentin mit Beigeordneten in Göppingen

Zu einem 2-tägigen Arbeitsbesuch reisten für den 10. und 11. Mai 2006 Landrat Günter Vallentin, der Erste Beigeordnete Thomas Gampe, der Technische Beigeordnete Matthias Schwarzbach und der Leiter

des Fachdienstes Beschäftigung und Arbeit, Gernot Kaus nach Göppingen. Wunschthemen waren Verwaltungsreform, Hartz IV, Finanzen und Wirtschaftsförderung, die gemeinsam im Plenum und in Ein-

zelgesprächen ausgiebig besprochen wurden. Ein unvergessliches Göppinger Live-Erlebnis für die Gäste war der gemeinsame Besuch eines Frisch Auf-Spiels in der Hohenstaufenhalle.



Landrat Weber am Runden Tisch mit seinem Amtskollegen Vallentin (2. v. r.) und den Beigeordneten Gampe (r.) und Schwarzbach. Nicht auf dem Bild der Leiter des Fachbereichs Beschäftigung und Arbeit, Gernot Kaus.

Bundestagswahl 2005

Die Ankündigung des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, die Vertrauensfrage zu stellen und somit den Weg für Neuwahlen freizumachen, löste in allen Wahlämtern hektische Betriebsamkeit aus. Musste doch nicht nur eine Wahl, die erst im Jahre 2006 vorgesehen war, auf den 18. September 2005 vorgezogen werden, sondern auch viele eingespielte Verfahrensabläufe neu organisiert werden. Zudem war das Informationsbedürfnis der Parteien, Medien und der Öffentlichkeit sehr hoch. Eine Wahlvorbereitung erstreckt sich üblicherweise über einen Zeitraum von über einem Jahr. Für die Bundestagswahl verkürzte sich der Zeitraum auf mehrere Monate. Trotz aller Hektik lief die Wahlorganisation in den Bürgermeisterämtern und im Landratsamt relativ reibungslos ab. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,8 %. Die höchste Wahlbeteiligung war mit 85,1 % in Schlat zu verzeichnen. Das Schlusslicht in dieser Statistik bildete die Stadt Geislingen.

Das Ergebnis im Wahlkreis Göppingen ist auf der nachfolgenden Seite dargestellt.

Bürgermeisteramt: 384 Boll

Schnellmeldung über das Ergebnis der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005

A1 + A2 Wahlberechtigte (vom Briefwahlvorstand nicht auszufüllen!)		3795	
B Wähler		3145	
C Ungültige Erststimmen	46	E Ungültige Zweitstimmen	
D Gültige Erststimmen	3099	F Gültige Zweitstimmen	
Von den gültigen Erststimmen entfallen auf (Name der Partei - Kurzbezeichnung)		Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf (Name der Partei - Kurzbezeichnung)	
D1 1. CDU	1244	F1 1. CDU	
D2 2. SPD	1249	F2 2. SPD	
D3 3. GRÜNE	358	F3 3. GRÜNE	
D4 4. FDP	18	F4 4. FDP	
D5 5. REP		F5 5. REP	
D6 6. Die Linke.		F6 6. Die Linke.	
D7 7. PBC		F7 7. PBC	
D8 8. NPD		F8 8. NPD	
		F9 9. GRAUE	
		F10 10. BuSo	
		F11 11. FAMILIE	
		F12 12. MLPD	

Erfassung einer telefonischen Schnellmeldung am Wahlabend



Endgültiges Ergebnis im Wahlkreis 264 Göppingen

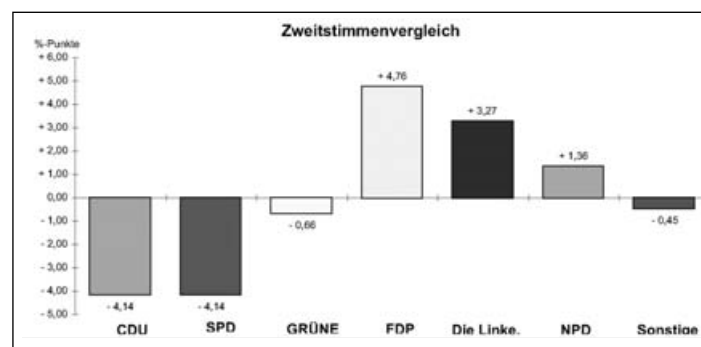
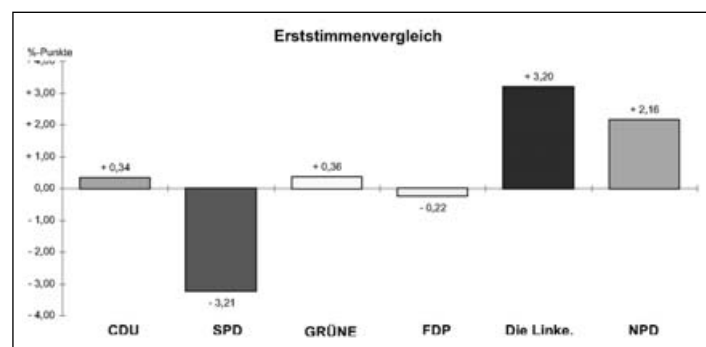
Wahlberechtigte 180.833
Wähler 142.455
Wahlbeteiligung 78,78%

ungültige **Erst**stimmen 2.923 2,05%
gültige **Erst**stimmen 139.532 97,95%

ungültige **Zweit**stimmen 2.574 1,81%
gültige **Zweit**stimmen 139.881 98,19%

von den gültigen Erst stimmen entfallen auf		
CDU	67.443	48,34%
SPD	50.859	36,45%
GRÜNE	6.956	4,99%
FDP	5.985	4,29%
Die Linke.	5.278	3,78%
NPD	3.011	2,16%

von den gültigen Zweit stimmen entfallen auf		
CDU	53.166	38,01%
SPD	44.017	31,47%
GRÜNE	13.356	9,55%
FDP	17.179	12,28%
REP	1.736	1,24%
Die Linke.	5.609	4,01%
PBC	728	0,52%
NPD	2.238	1,60%
GRAUE	548	0,39%
BüSo	85	0,06%
FAMILIE	1.036	0,74%
MLPD	183	0,13%



Vergleich Wahlbeteiligung

2005 78,78%
2002 81,23%
Differenz -2,45%

Landtagswahl 2006

Kaum war die Bundestagswahl bewältigt, galt es, die Landtagswahl am 26. März 2006 zu organisieren. Hier gab es gleich mehrere Veränderungen gegenüber den früheren Landtagswahlen. Durch eine Wahlkreisreform kam die Gemeinde Reichenbach/Fils aus dem Landkreis Esslingen zum Wahlkreis 10 Göppingen hinzu. Heiningen und Eschenbach wurden zum Ausgleich dem Wahlkreis 11 Geislingen zugeordnet.

Erstmals musste auch ein Wahlvorschlag abgelehnt werden. Der Kreiswahlausschuss ließ den Wahlvorschlag der Partei der Bibel-

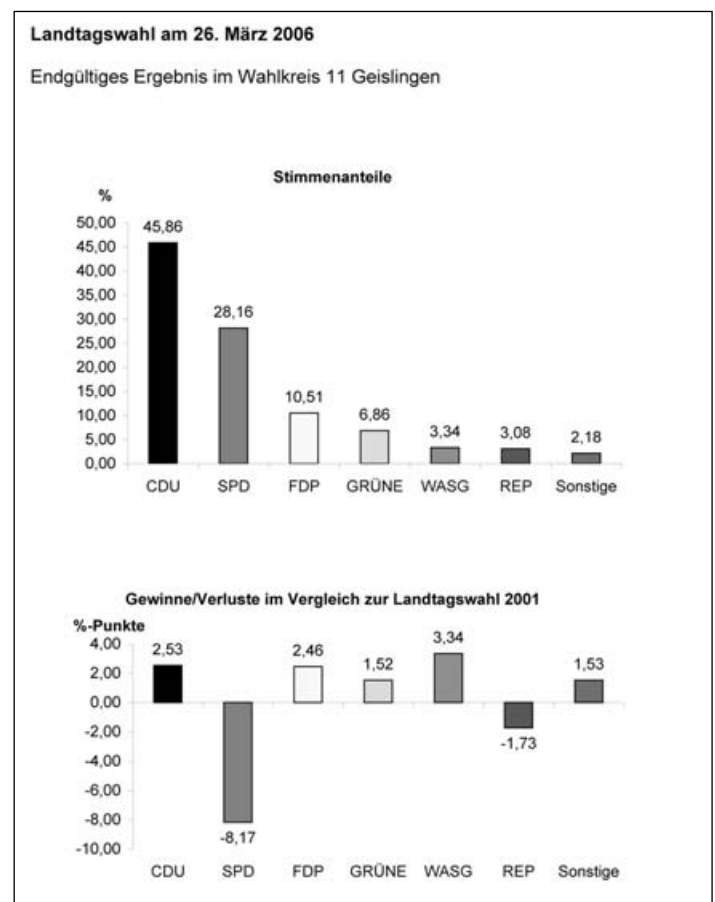
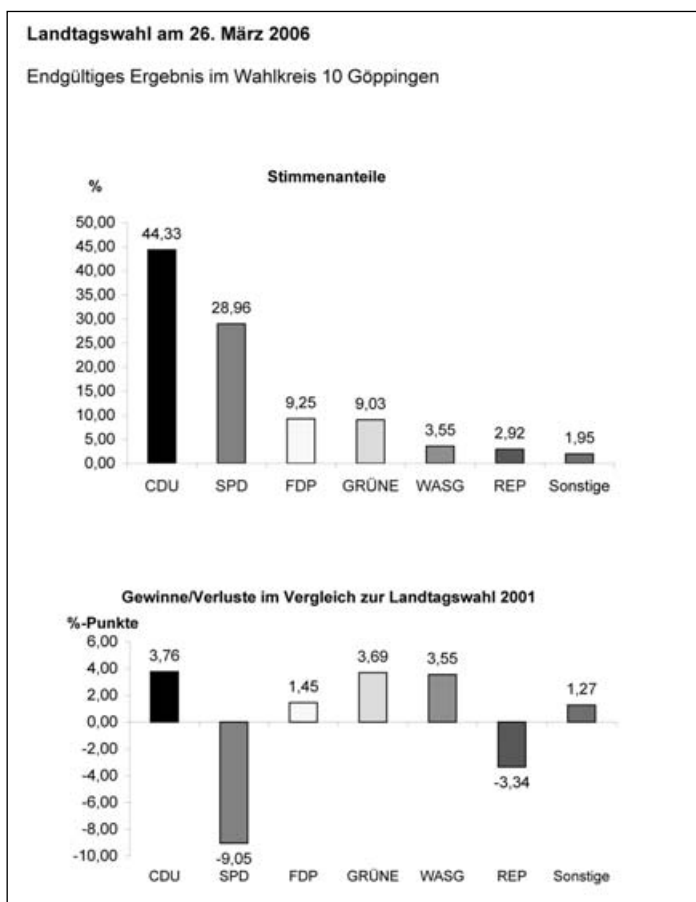
treuen Christen (PBC) im Wahlkreis 10 Göppingen nicht zu, da das Wahlbewerberaufstellungsverfahren nicht ordnungsgemäß erfolgt war.

In 232 Wahlbezirken und 43 Briefwahlbezirken nahmen insgesamt 98.547 Wahlberechtigte an der Wahl teil. Mit 52,65 % im Wahlkreis Göppingen und 53,56 % im Wahlkreis Geislingen lag die Wahlbeteiligung auf einem historischen Tiefstand für Landtagswahlen.

Nachfolgend die Wahlergebnisse in den beiden Wahlkreisen des Landkreises Göppingen.



Das Ergebnis der Wahlkreise Göppingen und Geislingen wird vom stv. Kreiswahlleiter Ulrich Majocco an die Landeswahlleitung übermittelt.





Bürgermeisterwahlen

In den Jahren 2005 und 2006 fanden in den Städten und Gemeinden, die der Kommunalaufsicht des Landratsamtes unterstehen, 8 Bürgermeisterwahlen statt.

Wieder gewählt für weitere 8 Jahre wurden am

20.02.2005

Edgar Wolff in Ebersbach an der Fils

17.04.2005

Hans-Peter Zaunseder in Gammelshausen

18.09.2005

Franz Wenka in Börtlingen

15.10.2006

Karl Vesenmaier in Wäschenbeuren

22.10.2006

Wolfgang Lützner in Süßen

12.11.2006

Bernd Welser in Schlat

Zwei neue Gesichter

Aufgrund des Eintritts in den Ruhestand von zwei Bürgermeistern ergaben sich folgende Bürgermeisterwechsel:

In Uhingen wurde am 24.04.2005 **Matthias Wittlinger** zum Nachfolger von Bürgermeister **Klaus Walter** (Amtszeit: 01.07.1981 – 30.06.2005) gewählt.



Matthias Wittlinger

In Lauterstein wurde am 05.02.2006 **Michael Lenz** zum Nachfolger von Bürgermeister **Gebhard Mangold** (Amtszeit: 01.02.1971 – 15.04.2006) gewählt.



Michael Lenz

Mit der Wahl von Michael Lenz kam es zu der einmaligen Situation, dass in zwei benachbarten Gemeinden des Landkreises Vater und Sohn als Bürgermeister fungieren (Jürgen Lenz ist seit 01.05.1978 Bürgermeister in Böhmenkirch).



Verwaltungsstrukturreform zum 01.01.2005: Neue Aufgaben und neue Organisationsstruktur für das Landratsamt Göppingen

Grundzüge und Ziele der Verwaltungsstrukturreform

Der Landtag hat am 30.06.2004 das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (VRG) verabschiedet. Dieses Gesetz ist die einschneidendste Reform der Verwaltungsorganisation seit der Gemeinde- und Kreisreform Anfang der 70er-Jahre. Es konzentriert die staatliche Verwaltungstätigkeit auf die Regierungspräsidien als höhere Verwaltungsbehörden sowie auf die Landratsämter und Stadtkreise als untere Verwaltungsbehörden und verzichtet damit auf die in den letzten Jahrzehnten ständig ausgebauten Sonderbehörden. Dementsprechend wurden zum 01.01.2005 11 staatliche Sonderbehörden in das Landratsamt Göppingen eingegliedert:

- Gewerbeaufsichtsamt
- Gewässerdirektion
- Vermessungsamt
- Amt für Flurneuordnung
- Forstämter Göppingen und Geislingen
- Landwirtschaftsamt
- Schulamt
- Straßenbauamt
- Versorgungsamt
- Wirtschaftskontrolldienst-Lebensmittelüberwachung.

Außerdem wurde zum 01.01.2005 ein Gutteil der Aufgaben der zu diesem Zeitpunkt aufgelösten Landeswohlfahrtsverbände auf die Landratsämter übertragen.

Die Verwaltungsreform hat zur Folge, dass auf der Ebene der Landkreise der Staat - neben der Justiz, der Polizei und der Steuerverwaltung - im Wesentlichen durch das Landratsamt repräsentiert wird.

Die Landesregierung verfolgte mit der Verwaltungsreform u.a. folgende Ziele:

- *Einheit der Verwaltung:* Alle wesentlichen öffentlichen Belange werden im Landratsamt gebündelt; dies ermöglicht zeitnahe und ausgewogene Entscheidungen unter Berücksichtigung aller relevanten Gesichtspunkte. Bürgern und Unternehmen steht für ihre Anliegen eine Anlaufstelle und ein Entscheidungsträger zur Verfügung. Sie erhalten eine Entscheidung aus einer Hand. Genehmigungs- und Planungsverfahren können zügiger durchgeführt werden. Die Verwaltung wird überschaubarer, effizienter und bürgernäher.

- *Stärkung des dreistufigen Verwaltungsaufbaus:* Der dreigliedrige Verwaltungsaufbau – untere Verwaltungsbehörde, Regierungspräsidium, Ministerien – bleibt erhalten. Die Funktion des Landratsamtes als untere Verwaltungsbehörde wird wesentlich gestärkt.

Auswirkungen der Verwaltungsstrukturreform auf die Organisationsstruktur des Landratsamtes Göppingen

In dem zum 01.01.2005 in Kraft getretenen Organisationsplan des Landratsamtes (siehe Schaubild) kommt die mit der Verwaltungsreform beabsichtigte Straffung der Verwaltungsorganisation zum Ausdruck:

- Die Eingliederung von 12 bisher selbständigen Organisationseinheiten hat lediglich zu 4 neuen Ämtern geführt: Amt für Vermessung und Flurneuordnung, Forstamt, Landwirtschaftsamt, Schulamt.
- Die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wurden im Einvernehmen mit dem Landkreis Esslingen durch Rechtsverordnung der Landesregierung auf den Landkreis Esslingen – Straßenbauamt Kirchheim – übertragen.
- Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Versorgungsverwaltung wurde durch Verwaltungsvereinbarung mit dem Alb-Donau-Kreis eine gemeinsame Dienststelle - Versorgungsamt Ulm - eingerichtet.
- Die Kooperation im Bereich der Straßenbau- und Versorgungsverwaltung ermöglicht eine Spezialisierung der Mitarbeiter, was wiederum zu Synergieeffekten und einer Effizienzsteigerung führt.



- Die Forstämter Göppingen und Geislingen wurden zu einem Forstamt zusammengefasst.
- Im Amt für Vermessung und Flurneuordnung werden die Aufgaben der Vermessungs- und Flurneuordnungsverwaltung erledigt.
- Die Aufgaben der Gewerbeaufsicht und der Gewässerdirektion wurden in das Umweltschutzamt, die Aufgaben des Wirtschaftskontrolldienstes – Lebensmittelüberwachung in das Veterinäramt und die Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbandes in das Sozialamt eingegliedert.
- Die Zahl der Dezernate ist mit 6 gleich geblieben, wodurch die Aufgabenbreite und die Dezernatsverantwortung wesentlich erweitert wurden.

Durch die Verwaltungsreform erfuhr das Landratsamt neben dem Aufgabenzuwachs auch einen Zugang von 202 neuen Mitarbeitern.

Effizienzrendite

Was bedeutet dieses Schlagwort in der Diskussion um die Verwaltungsreform? Die Landkreise erhalten vom Land als Ausgleich für die

übertragenen Aufgaben Kostenersatz, der die Personal- und Sachkosten in vollem Umfang abdecken soll. Der Kostenersatz wird allerdings in den Jahren 2005 bis 2011 um 20 % gekürzt, beginnend mit 2 % im Jahr 2005 und je 3 % in den Folgejahren. Das Landratsamt Göppingen muss also innerhalb von 7 Jahren 20 % der Personal- und Sachausgaben in diesem Bereich einsparen: Durch Reduzierung von freiwilligen Aufgaben, Straffung von Verwaltungsvorfahren, Bündelung von Fachkompetenz, Zusammenfassung von Fach- und Verwaltungsaufgaben und Optimierung in den Querschnittsbereichen.

Um eine Kostenkontrolle zu ermöglichen, werden die eingegliederten Aufgabenbereiche gesondert im Kreishaushalt dargestellt. So wird es in Zukunft ohne Weiteres möglich sein nachzuprüfen, ob der nach dem VRG vorgesehene Kostenersatz tatsächlich ausreicht und die Effizienzrendite erwirtschaftet wird.

Im Jahr 2005 wurde bereits eine Effizienzrendite von 11,74 % erzielt. Aufgrund dessen und im Hinblick auf die künftige Personalentwicklung kann davon ausgegangen werden, dass das Ziel einer

20 %-igen Effizienzrendite erreicht werden kann.

Resümee

Die Verwaltungsreform hat die Landkreisverwaltung – Fachämter und Querschnittsbereiche – seit Frühjahr 2004 in Atem gehalten. Die Steuerung erfolgte über eine Projektgruppe. Die Eingliederung des neuen Personals erfolgte fristgerecht zum 01.01.2005. Die notwendigen Umzüge haben im Dezember 2004 begonnen und waren Mitte 2005 mit dem Umzug des Veterinäramtes und der Lebensmittelüberwachung in das Verwaltungszentrum Pappelallee in Göppingen abgeschlossen.

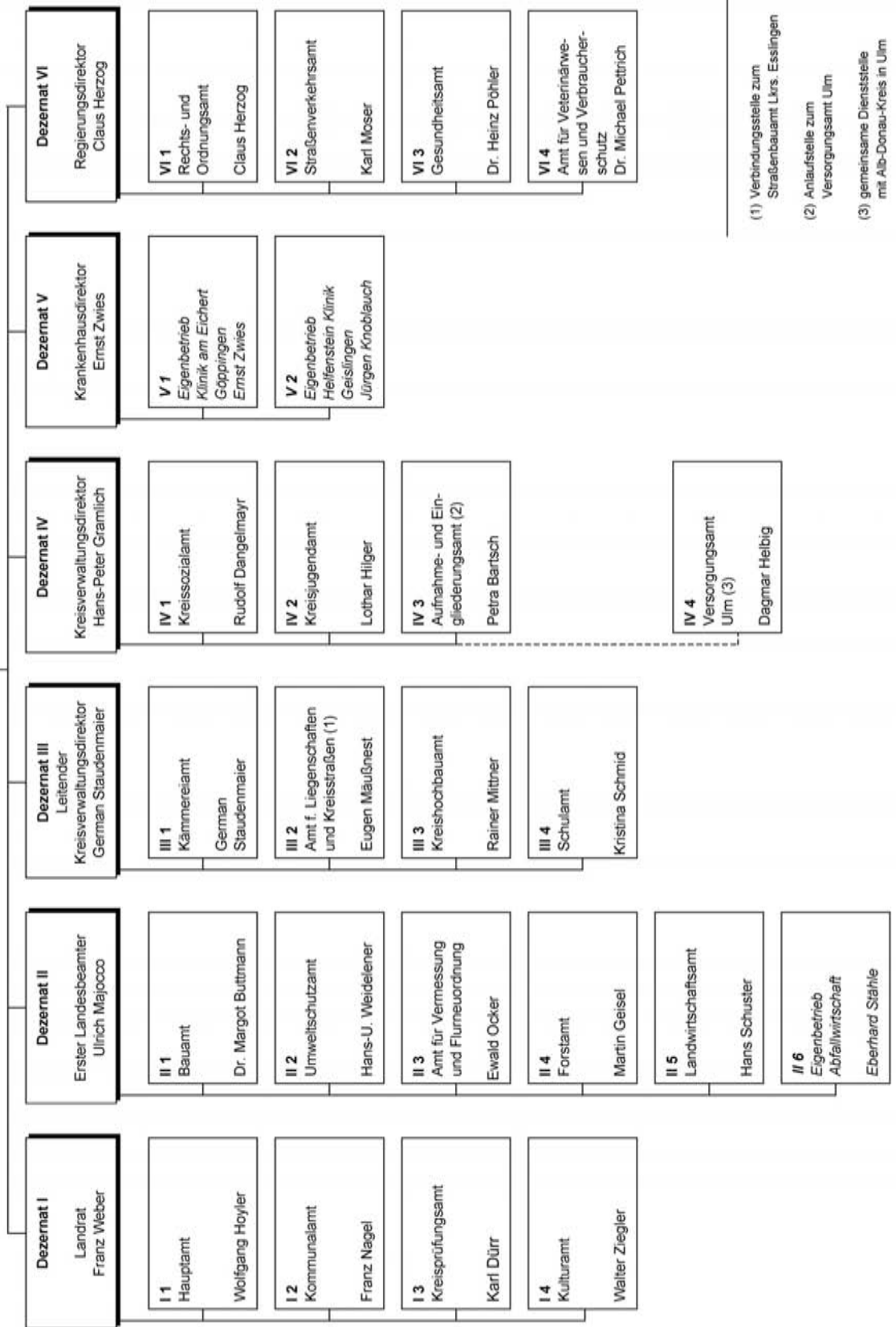
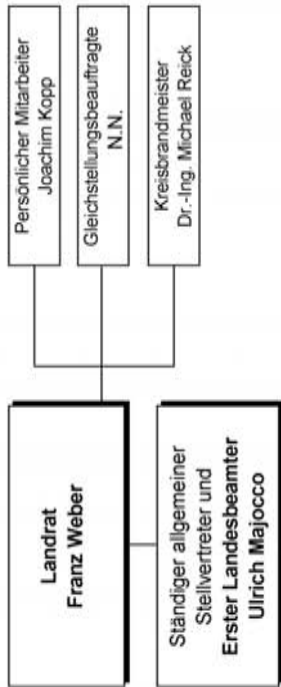
Die Verwaltungsreform war ein Kraftakt, der von den Mitarbeitern des Landratsamtes und den neuen Mitarbeitern der eingegliederten Behörden viel Einsatzbereitschaft verlangte. Sie wurde organisatorisch Mitte 2005 abgeschlossen. Die Integration der neuen Behörden in Aufgabenstruktur und Aufgabenablauf des Landratsamtes mit dem Ziel, alle möglichen Synergieeffekte der Verwaltungsreform zu nutzen, stellt jedoch eine langfristige Aufgabe dar.



LANDRATSAMT GÖPPINGEN

Organisationsplan

zum 1. Januar 2005



(1) Verbindungsstelle zum Straßenbauamt Lkr. Esslingen

(2) Anlaufstelle zum Versorgungsamt Ulm

(3) gemeinsame Dienststelle mit Alb-Donau-Kreis in Ulm



Getrennte Altholzsammlung: Sperrmüll nimmt neue Wege

Im September und Oktober 2005 wurde landkreisweit ein Versuch durchgeführt, Altholz im Rahmen der Sperrmüllabfuhr getrennt zu erfassen und einer Verwertung zuzuführen. Im Vorfeld wurden die Bürger ausführlich über Presse und Internet informiert. Für den Sperrmüllkunden gestaltete sich die Abfuhr wie gewohnt, lediglich

Sperrmüll aus Holz sollte getrennt von anderen Teilen bereitgestellt werden. Die Versuchsphase lief erfolgreich. Rund 400 Tonnen alte Holzmöbel und Bretter wurden eingesammelt und verwertet.

Im Juli 2006 wurde die getrennte Altholzsammlung dann generell eingeführt. Rund 2.500 Tonnen

Altholz sollen so pro Jahr erfasst werden. Je nach Qualität wird das Holz stofflich oder thermisch verwertet. Die Sperrmüllmenge, die im MHKW verbrannt wird, kann so verringert werden. Damit ist auch eine gewisse Ersparnis für den Müllgebührenzahler verbunden.



Altholzberge warten auf die Verwertung.

Neues Elektro- und Elektronikgeräte-Gesetz (ElektroG): Hersteller beteiligen sich an der Verantwortung

Nach umfangreichen Vorarbeiten fiel am 24. März 2006 der Startschuss für die Umsetzung des ElektroG. Vorher waren die Sammlung und Verwertung von Elektrogeräten allein Sache des Landkreises als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Jetzt müssen sich Hersteller und Vertreiber sowohl finanziell als auch organisatorisch an der Wiederverwertung von Elektrogeräten beteiligen. Der AWB nimmt die Geräte in bestimmten Übergabestellen an. Die Hersteller sind zuständig für die Abholung und die anschließende Verwertung. Ab dem Stichtag wurde die gesamte Organisation bundesweit zentral abgewickelt, was erwartungsgemäß zu teilweise chaotischen Zuständen führte. Die Umsetzung des Gesetzes brachte für die Bürger des Landkreises Göppingen im Wesentlichen nichts Neues und schon gar keine Nachteile. Die komfortablen Sammlungen auf Abruf mittels „grüner Karte“ wurden beibehalten. Als Abgabestellen für Altgeräte aus Haushalten stehen weiterhin die Wertstoffhöfe und das Wertstoffzentrum beim Müllheizkraftwerk zur Verfügung. Kleine Geräte können zu den Wertstoffhöfen, alle anderen müssen ins Wertstoffzentrum gebracht werden – kostenlos natürlich.

In den Medien wurde als Neuerung propagiert, dass die Trennung und kostenlose Abgabemöglichkeit nun gesetzliche Pflicht sind. Im Landkreis ist es jedoch schon seit Jah-

ren selbstverständlich, ausgediente Elektro- und Elektronikgeräte getrennt zu sammeln und zu verwerten. Die vom Gesetzgeber

vorgegebene Sammelmenge von 4 kg pro Einwohner und Jahr wird bei uns seit langem deutlich überschritten.



Abschluss und Rekultivierung der Deponie Stötten

Nach der Schließung der Deponie „Franzenkübel“ suchte der Landkreis Anfang der 80er Jahre händelnd nach einem Ersatzstandort für die Ablagerung von Erdaushub und Bauschutt im Raum Geislingen. Fündig wurde man im ehemaligen Kalksteinbruch auf Gemarkung Geislingen-Stötten. Bereits im Juni 1981 wurde beim Regierungspräsidium die Planfeststellung für die Errichtung einer Deponie beantragt. Die Zeit drängte damals so sehr, dass der Verwaltungsausschuss des Landkreises im Einvernehmen mit allen Beteiligten am 10.09.1982 die Vergabe der Erschließungsarbeiten beschloss, obwohl noch kein Planfeststellungsbeschluss vorlag. Erst am 15.04.1986 folgte der Planfeststellungsbeschluss für die Errichtung und den Betrieb der Deponie Stötten.

Bis zum Erreichen der Steinbruchoberkante konnten rund 485.000 cbm Erdaushub und Bauschutt abgelagert werden. Nachdem Deponieraum weiterhin knapp war, beantragte der Landkreis am 24.06.1992 die abfallrechtliche Genehmigung für eine maßvolle Überhöhung der Deponie mit Erdaushub. Mit Genehmigung vom 07.03.1995 wurde die Ablagerung weiterer 65.000 cbm Erdaushub zugelassen. Bedingt durch ein geändertes Bodenmanagement und eine rückläufige Baukonjunktur gingen die Erdaushubanlieferungen auf der Deponie Stötten jedoch in der

Folgezeit stark zurück. So dauerte es noch bis Mitte Juli 2006, bis das Deponievolumen endgültig erschöpft war.

Die Rekultivierung der Deponie Stötten erfolgte in drei Bauabschnitten. Anfang 2002 wurde mit dem ersten Bauabschnitt begonnen. Auf dem Deponiekörper musste eine 50 cm starke mineralische Dichtungsschicht aus steinfreiem, bindigem Bodenmaterial mit geringer Wasserdurchlässigkeit aufgebracht werden. Die Dichtungsschicht musste dann, nachdem auch Baumpflanzungen vorgesehen waren, mit einer 2,0 m mächtigen Schicht aus kultivierbarem Boden überdeckt werden, um Durchwurzelungen zu verhindern. Im Spätsommer 2006 konnte der dritte Bauabschnitt fertig gestellt werden.



Moorraupe im Einsatz

den. Die Bepflanzung des rekultivierten Deponiegeländes erfolgte dem Baufortschritt entsprechend. Auf dem rund 4,5 ha großen Gelände wurden in Gruppen mehr als 2.600 Sträucher (Hartriegel, Haselnuss, Liguster, Heckenkirsche, Schlehe, Hundsrose, Schneeball), mehr als 680 Heister (Feld-



Lattenprofile markieren die Endhöhe der Profilierungsschicht.



Spritzbegrünung der Böschungsbereiche

und Bergahorn, Buche, Vogelkirsche, Wildapfel, Winterlinde, Mehlbeere, Traubeneiche, Ulme) sowie 10 Hochstammbäume (Stieleiche und Winterlinde) gepflanzt. Das Gelände wurde anschließend mit Gras angesät, und an mehreren Stellen wurden Lesesteinhaufen aus Kalkstein als Trockenbiotope angelegt. Ende 2006 wurden die Rekultivierungsarbeiten abgeschlossen.



Pflanzengruppe aus Sträuchern und Heistern



Trockenbiotop Lesesteinhaufen



Keine 2. Linie im Müllheizkraftwerk

Die letzte Änderung des Vertragswerks mit dem privaten Betreiber des Müllheizkraftwerks Göppingen, der BKB AG, lag gerade mal ein Jahr zurück, als dieser im Juli 2005 mit dem Angebot eine 2. Verbrennungslinie im Müllheizkraftwerk errichten zu wollen an den Landkreis herantrat. Die Landkreisverwaltung stand dem Wunsch der Betreiberfirma, eine 2. Linie zu errichten, von Anfang an ablehnend gegenüber. Verhandlungsgespräche wurden erst nach einem entsprechenden Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Verkehr aufgenommen. Mit der damit beginnenden Berichterstattung in der örtlichen Presse meldeten sich die ersten Kritiker des Vorhabens zu Wort – insbesondere die Bürgerinitiative „Initiative Waldeck/Bergfeld gegen den zweiten Müll-ofen“.

Im Dezember 2005 wurde von BKB ein konkretes Angebot vorgelegt. Die öffentlichen Diskussionen nahmen zu, wurden aber in durchaus sachlicher Weise geführt. Es war kein Vergleich zu den heftigen Auseinandersetzungen, die Mitte der 90er-Jahre im Zusammenhang mit der Privatisierung des Müllheizkraftwerks und der Errichtung des Ersatzkessels geführt wurden.

In den sich anschließenden Gremiumsberatungen nahmen insbesondere die Fragen der gebührenrechtlichen Behandlung von Veräußerungserlösen sowie der

Die Kreisträte sagen Ja zum zweiten Müll-ofen

CDU und FW für den Bau, aber nicht zum angebotenen Preis

GÖPPINGEN. Das Göppinger Müllheizkraftwerk erhält wohl keine zweite Verbrennungslinie. Entscheidend dafür ist der Preis des Geländes. Die bürgerlichen Fraktionen sind zwar für das Projekt, sie wollen die Fläche aber nicht unter Wert verkaufen.

Von Carola Sauer

Knapp drei Stunden haben die Kreisträte im Ausschuss für Umwelt und Verkehr gestern debattiert. Am Ende der Diskussion hat es einen Beschluss gegeben, der die Debatte allerdings unzureichend widerspiegelt. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, den geplanten Bau einer zweiten Verbrennungslinie beim Müllheizkraftwerk in Göppingen abzulehnen. Dies fand keine Mehrheit. CDU, Freie Wähler und FDP lehnten den Vorschlag ab. Die bürgerlichen Fraktionen befürworten im Grundsatz die Erweiterung des Müll-ofens, allerdings nicht zu den zwischen dem Landkreis und der Betreibergesellschaft, der Braunschweigischen Kohlebergbaugesellschaft (BKB), ausgehandelten Konditionen.

Die Eon-Tochter hat 13,2 Millionen Euro für den Kauf der Grundstücke und die Übernahme des Fernwärmenetzes geboten. Falls der Kreis ihm das Areal nur in Erbpacht überlassen will, wäre das Unternehmen bereit, jährlich rund 1,1 Millionen Euro für die nächsten 20 Jahre zu bezahlen. Die zweite Linie soll die Verbrennungskapazitäten von 158 000 Tonnen pro Jahr verdoppeln. Zurzeit ist die erlaubte Menge vom Kreistag auf 140 000 Tonnen gedeckelt. Ein Wertgutachten, das der Kreis in Auftrag gegeben hatte, hatte allerdings einen Verkaufspreis von 16,5 Millionen Euro respektive einen Erbbauzins von etwa 1,3 Millionen Euro pro Jahr als angemessen ermittelt.

Ein Verkauf kommt für alle Fraktionen nicht in Frage, weil der Erlös aus rechtlichen Gründen nicht dem löchrigen Kreishaushalt zugeführt werden könnte, sondern über niedrigere Abfallgebühren den Haushalten zugute kommen müsste. Dieser Umstand hat für die SPD-Fraktion den Ausschlag gegeben, das Projekt insgesamt rundweg abzulehnen.

CDU, Freie Wähler und FDP hingegen hätten gerne den zweiten Müll-ofen. Zum einen würden bis zu 80 Millionen Euro in das Projekt investiert, wovon auch Unternehmen im Kreis profitieren würden. Zum anderen würden damit die bestehenden 63 Arbeitsplätze auf Dauer gesichert und zehn weitere Stellen geschaffen. Man nehme die Sorgen und Nöte derer, die eine Verdoppelung des Schadstoffausstoßes befürchten, ernst, sagte der CDU-Fraktionschef Wolfgang Rapp. Die Müllverbrennungstechnik von heute habe aber nichts mehr mit den Dreckschleudern von gestern zu tun: 1992 seien die Müllheizkraftwerke in Deutschland noch für ein Drittel des Dioxinausstoßes verantwortlich gewesen. Bis 2000 sei dieser Anteil auf weniger als ein Prozent geschrumpft. Auch der Lastwagenverkehr werde nicht in unzumutbarem Maß steigen. Die BKB rechnet mit 43 Lastzügen zusätzlich pro Tag.

Die CDU-Fraktion hatte deshalb beantragt, dem Bau der zweiten Verbrennungslinie zuzustimmen, dafür allerdings den vom Wertgutachter ermittelten Erbpachtzins von 1,3 Millionen Euro pro Jahr zu verlangen. Diesen Antrag zog die CDU allerdings zurück, nachdem sowohl der BKB-Geschäftsführer Wolfgang Althaus als auch der Landrat Franz Weber mehrfach betont hätten, dass das Unternehmen in finanzieller Hinsicht zu keinen weiteren Zugeständnissen mehr bereit sei. Die Christdemokraten behalten sich aber vor, den Antrag in der Kreistagssitzung am 12. Mai, bei der das Plenum über das BKB-Angebot abstimmen soll, doch noch zur Debatte zu stellen.

Selbst wenn der Kreistag der zweiten Linie dann doch noch zustimmen sollte, ist keineswegs sicher, dass sie auch in Göppingen gebaut wird. Die BKB prüft noch zwei weitere Standorte im Land. Erst im Sommer will sich das Unternehmen endgültig auf einen Standort festlegen.

Diesen so genannten Konzernvorbehalt hatten im Vorfeld alle Fraktionen heftig kritisiert. Er ist auch einer der beiden Gründe, aus denen der Landrat Weber die Erweiterung ablehnt. Es sei dem Kreistag nicht zuzumuten, einen politisch höchst umstrittenen Beschluss zu fällen, ohne die Gewähr zu haben, dass sich das Unternehmen dann auch tatsächlich für Göppingen entscheide. Im Übrigen sei die Anlage von Anfang an für die Entsorgungssicherheit im Kreis konzipiert gewesen und nicht dafür, den Müll anderer Kreise zu verbrennen.

Dafür unterstützte er indes den zweiten Antrag der BKB, die Verbrennungskapazität der bestehenden Linie ausschöpfen zu dürfen. Das sei wirtschaftlichen Zwängen geschuldet. Das Unternehmen bietet dem Kreis dafür 275 000 Euro pro Jahr und die Möglichkeit, die bis 2025 vom Kreis garantierte Liefermenge an Müll von 60 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen zu begrenzen. Doch auch dafür bekam er gestern keine Mehrheit: Die Kreisträte wollten erst einmal die Grundsatzentscheidung über die zweite Verbrennungslinie abwarten.

Müllheizkraftwerk

Am 23. Juni 1975 hat das Göppinger Müllheizkraftwerk den Betrieb aufgenommen. Dort werden pro Jahr 140 000 Tonnen Abfall verbrannt sowie Strom und Wärme erzeugt. Es versorgt unter anderem die Klinik am Eichert mit Fernwärme. Die Braunschweigische Kohlebergbaugesellschaft (BKB) betreibt die Anlage seit 1995. Bis 2025 hat sich der Landkreis verpflichtet, jährlich 60 000 Tonnen Müll zu liefern – was ihm von Umweltschützern den Vorwurf einbringt, er biete deswegen keine Anreize zur Müllvermeidung. Da seit Juni kein unbehandelter Abfall mehr gelagert werden darf, ist die Nachfrage nach Verbrennungskapazitäten gestiegen. Neben Göppingen gibt es in der Region in Böblingen und Stuttgart solche Anlagen. *cls*

Ausschnitt aus der Stuttgarter Zeitung vom 3. Mai 2006



Angemessenheit des BKB-Angebots eine zentrale Bedeutung ein. Die dazu eingeholten Fachgutachten sagten eindeutig aus, dass zum einen der Verkaufserlös in den Gebührenhaushalt des Abfallwirtschaftsbetriebs zu fließen habe und nicht dem Kernhaushalt zugute komme und dass zum anderen das Angebot von BKB nicht ausreichend sei. Allerdings war BKB nicht bereit, das Angebot nachzubessern.

Ein wichtiges Anliegen der Landkreisverwaltung war die Fortführung einer glaubwürdigen und berechenbaren Politik im Zusammenhang mit dem Müllheizkraftwerk. Denn bei der Privatisierung der Anlage im Jahre 1995 bestand bei allen Entscheidungsträgern Konsens, dass die Kapazität des Müllofens in erster Linie der Entsorgungssicherheit des Landkreises zu dienen habe, und lediglich freie Kapazitäten im Sinne einer wirt-

schaftlichen Betriebsführung für Abfälle von außerhalb des Landkreises genutzt werden sollten.

Nachdem die Entsorgungssicherheit des Landkreises durch die bestehende Anlage und die entsprechenden Vertragsvereinbarungen jederzeit gewährleistet ist, hätten die Errichtung und der Betrieb einer 2. Verbrennungslinie ausschließlich dem Zweck gedient, Abfälle, insbesondere Gewerbeabfälle von außerhalb zu entsorgen. Zudem sollte die endgültige Entscheidung des Konzerns über die Realisierung des Projekts 2. Linie erst nach Abschluss entsprechender Lieferverträge getroffen werden, wohingegen der Landkreis auf dieser unsicheren Basis vorab eine in Kommunalpolitik und Öffentlichkeit höchst umstrittene Grundsatzentscheidung von enormer politischer Tragweite hätte treffen müssen. Unabhängig von diesem weder von Verwaltung noch von

der Mehrheit des Kreistags akzeptierten Konzernvorbehalt hätte die Zustimmung zu einem solchen Vorhaben in der Abfallpolitik des Landkreises Göppingen einen kompletten Paradigmenwechsel bedeutet.

Dementsprechend kontrovers erfolgte die Diskussion im Kreistag. Wie stark die Meinungen auseinander gingen, zeigte das Abstimmungsergebnis in der entscheidenden Sitzung des Kreistags am 12.5.2006, bei der mit einer Stimme Mehrheit der Verkauf der Anlage und damit die Errichtung einer 2. Verbrennungslinie abgelehnt wurden. Zugestimmt wurde dagegen der Ausweitung der Kapazität der 1. Linie auf die nach der Genehmigung zulässige Höchstdurchsatzmenge von 157.680 t/Jahr. Diese war bislang auf 140.000 t/Jahr gedeckelt. Diese aus betriebswirtschaftlicher Sicht sinnvolle Entscheidung war von

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göppingen

Müllöfen-Streit bleibt offen

Betreiber bietet 13,2 Millionen Euro – Gutachter ermittelt als Wert 16,3 Millionen

13,2 Millionen Euro will der Betreiber des Müllheizkraftwerks dem Landkreis zahlen, um einen zweiten Müllöfen bauen zu können. Zu wenig, sagt die Verwaltung, kassierte aber gestern im Umweltausschuss eine Abstimmungsniederlage.

ARND WOLETZ

KREIS GÖPPINGEN ■ Auch nach einer dreistündigen Debatte im Umweltausschuss blieb gestern offen, ob die Braunschweiger Kohlebergwerke AG (BKB) als Betreiber des Göppinger Müllheizkraftwerks eine zweite Verbrennungslinie bauen

kann. Die Landkreis-Verwaltung hatte das umfangreiche Ergebnis mehrerer Gutachten und der Verhandlungen mit der BKB präsentiert. Quintessenz: Die von der BKB angebotenen 13,2 Millionen Euro – oder 1,08 Millionen Erbpacht für 20 Jahre – sind aus Landkreis-Sicht zu wenig. Ein Gutachter hatte als Wert 16,5 Millionen Euro ermittelt.

Außerdem wollte die BKB sich in den Verhandlungen nicht endgültig für den Standort Göppingen festlegen. Das aber wäre dem Landkreis aus Sicht der Verwaltung „nicht zumutbar“, so Ulrich Majocco, Stellvertreter des Landrats, weil der zweite Müllöfen in der Bevölkerung und im Gremium umstritten ist. Außerdem wäre die Zustimmung eine „fundamentale Abkehr von der bisherigen Abfallpolitik des Landkrei-

ses, die die Glaubwürdigkeit in Frage stellen würde“, so Majocco, weil nur Müll aus anderen Gebieten im neuen Ofen verbrannt würde. Für den Abfall aus dem Kreis reichen die vorhandenen Kapazitäten.

Die CDU-Fraktion stellte zunächst den Antrag, dem Bau den noch zuzustimmen. Fraktionschef Wolfgang Rapp sagte, rationale Gründe, etwa die Investitionen von 70 Millionen Euro, sprächen dafür. Der Verkaufserlös würde die Bürger finanziell entlasten. Aus globaler Sicht sei die Müllverbrennung ökologisch günstiger als Kohlekraftwerke, zitierte Rapp vorliegende Untersuchungen. Allerdings wollten die Christdemokraten ihre Zustimmung von dem im Wertgutachten ermittelten Preis abhängig machen, der im Erbpachtverfahren 1,3 Millio-

nen ansetzte. Landrat Franz Weber ging die Hutschnur hoch: Er schärfte den Räten mehrmals ein, dass es bei der Summe keinen Spielraum mehr gebe. Er habe ein endgültiges Ergebnis präsentiert. Werner Althaus, der Geschäftsführer des Kraftwerks, bestätigte, ein weiteres Angebot der BKB werde es nicht mehr geben, weil andere Vorhaben dann wirtschaftlicher wären.

SPD und Grüne sprachen sich gegen die zweite Linie aus. Nach einer Sitzungsunterbrechung, wollte die CDU über ihren Antrag schließlich nicht mehr abstimmen lassen. Der Vorschlag der Verwaltung, den Müllöfen abzulehnen, wurde jedoch mit deutlicher Mehrheit von CDU und FDP abgeschmettert. Kommende Woche entscheidet der Kreistag.

■ Kommentar

Ausschnitt aus der NWZ vom 3. Mai 2006

der Verwaltung favorisiert worden, weil sie nicht nur für BKB, sondern auch für den Landkreis Kostenvorteile bringt.

Der hierzu erforderliche 3. Änderungsvertrag zum Entsorgungsvertrag wurde am 20.10.2006 vom Kreistag mit großer Mehrheit beschlossen. Die Abfallgebührenzahler im Landkreis profitieren von dieser Vereinbarung direkt durch eine Einsparung von jährlich 276.000 Euro bei den Entsorgungskosten, die voll gebührenwirksam ist, und indirekt durch die Reduzierung der Garantiemenge auf 50.000 t/Jahr. Durch das rückwirkende Inkrafttreten der Vertragsänderung zum 1.1.2006 schlug die Entlastung bereits im Jahr 2006 zu Buche.

Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Göttingen

KREISTAG / Eine Stimme gab den Ausschlag

Kein zweiter Müllofen

Kapazität der ersten Linie darf aber erweitert werden

Spannender konnte es nicht sein: Nach stundenlanger Diskussion und namentlicher Abstimmung gab eine Stimme den Ausschlag: Die zweite Verbrennungslinie beim Göppinger Müllheizkraftwerk kommt nicht.

KARL-HEINZ STROHMAIER

GÖPPINGEN ■ Nach dem Verlauf der mehrstündigen Diskussion, verfolgt von zahlreichen Zuhörern, hätte niemand nur einen Cent für dieses Ergebnis gegeben: Die zweite Verbrennungslinie beim Göppinger Müllheizkraftwerk kommt nicht. Mit 25 zu 24 Stimmen wurde der entsprechende Antrag der CDU, dies

auf der Basis des Erbbaurechts für jährlich 1,03 Millionen Euro zuzulassen, denkbar knapp abgelehnt. Zuvor hatte Landrat Franz Weber darauf hingewiesen, dass er einem zustimmenden Beschluss wohl aus haushaltsrechtlichen Gründen widersprechen würde, weil der Gutachter einen höheren Wert von jährlich 1,335 Millionen Euro ermittelt habe. Auch ein Antrag der SPD scheiterte anschließend. Er sah die Erhöhung der bestehenden Linie auf das technisch Machbare vor – allerdings dürfte die zusätzlich gewonnene Verbrennungskapazität nur mit Gewerbemüll aus dem Kreis Göttingen genutzt werden.

Letztlich setzte sich aber doch der Vorschlag durch, den der Landrat und sein Stellvertreter Ulrich Majocco, zuständiger Dezernent für Ab-

fallwirtschaft, dem Gremium von Anfang an unterbreitet hatten. Demnach wird neben dem Verzicht auf eine zweite Verbrennungslinie das Angebot des Müllheizkraftwerksbetreibers BKB zur Vollausslastung der Linie 1 angenommen.

Die Betriebsleitung des Abfallwirtschaftsbetriebs hat nun den Auftrag, auf der Grundlage des BKB-Angebots eine entsprechende Vertragsänderung vorzubereiten und dem Kreistag erneut zur Beratung vorzulegen. Die BKB geht davon aus, dass bei der derzeit zulässigen Durchsatzmenge von 140 000 Tonnen pro Jahr eine zusätzliche Menge von rund 10 000 Tonnen entsorgt werden könnte. Die absolute Höchstgrenze ist in der immissionsrechtlichen Genehmigung auf 157 680 Tonnen pro Jahr festgelegt.

Ausschnitt aus der NWZ vom 13. Mai 2006

Sei kein Müllschwein: Vesperdosen für die Schultüte

Fast schon Tradition hat die Aktion „Sei kein Müllschwein“ des Abfallwirtschaftsbetriebs. Um die Schulanfänger für die Thematik des wilden Mülls zu sensibilisieren, wurden im Rahmen dieser Aktion auch zum Schulbeginn 2006 wieder rund 3.000 Vesperdosen mit dem Maskottchen Ferdi(nand) in den Grundschulen verteilt. Die neue Klickbox ist nun durchsichtig und etwas größer als die bisherige. Alles andere ist unverändert: Mit dem Slogan „Sei kein Müllschwein!“ wirbt Ferdi unermüdlich für mehr Umweltbewusstsein bei den kleinen Mitbürgern. Der AWB erhofft sich mit dieser Aktion einerseits einen Rückgang beim

Verschmutzen und Verschandeln der Landschaft durch achtlos geworfene Abfälle wie beispielsweise Bonbonpapier oder Getränkedosen. Andererseits soll Verpackungsmüll vermieden werden. Anstatt der Verpackungsfolien und -papiere, die für Pausenbrot & Co. gerne verwendet werden, gibt es eine umweltfreundliche Vesperdose.

*Wir freuen uns auf die Schule
– natürlich mit Ferdi.*



Grüngutkonzeption: Die unendliche Geschichte

Die Kompostplätze, eine liebege-wordene Einrichtung, bei der Gärtlesbesitzer in ihrer Gemeinde (fast) zu jeder Tageszeit Grünabfall anliefern und fertigen Kompost mitnehmen können, stecken in einer tiefen Krise. Gerade die gute Akzeptanz führt immer mehr zu Kapazitätsproblemen. Der ursprüngliche Gedanke des örtlichen Kreislaufs von Anlieferung und Abholung funktioniert schon länger nicht mehr. Die Kompostqualität ist unbefriedigend, da eine Beaufsichtigung der Anlieferungen fehlt. Und um das Material überhaupt loszuwerden, muss der AWB jedes Jahr ein finanzielles Bonbon von rund 100.000 € draufpacken. Das nennt sich dann Verkaufszuschuss. Daneben ist die Kostenteilung zwischen Gemeinden und Landkreis ein ewiger Zankapfel.

Seit langem diskutiert der Umwelt- und Verkehrsausschuss des Kreistags über eine praktikable, vor allem aber auch bezahlbare Lösung. Schon 2004 hatte der AWB ein Konzept vorgestellt, bei dem die Zahl der Kompostplätze deutlich reduziert, die verbliebenen ordentlich ausgebaut und während der Öffnungszeiten personell betreut werden sollten, um die Kompostqualität zu verbessern. Obwohl von allen Seiten die Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems beklagt worden waren, wurde diese

„Feinkonzeption“ vom Umwelt- und Verkehrsausschuss und den meisten Gemeinden abgelehnt. Man wollte den Bürgern keine Einschnitte in liebgewonnene Gewohnheiten zumuten.

Also gehen die Überlegungen weiter. Konsens besteht zumindest darüber, dass sich beim Ausbauzustand und bei der Erfassung des Grünguts etwas ändern muss, um ein hochwertiges und marktfähiges

Produkt zu erzeugen. Egal, ob nachher Kompost, Spezialerden, Holzhackschnitzel, Biogas oder anderes produziert werden soll. Nichts davon ist im jetzigen System machbar.

Die Grünguterfassung und -verwertung bleibt eine offene Frage, welche die Gremien des Kreistags, die Gemeinden und den Abfallwirtschaftsbetrieb weiter beschäftigen wird.



Kompostplätze in der Krise

Neue Wertstoffhöfe in Rechberghausen und Dürnau

Der alte Wertstoffhof in Rechberghausen fiel bereits am 24. Januar 2004 der Spitzhacke zum Opfer und musste einem Lebensmittelmarkt weichen. Für die Einwohner brach damit eine wertstoffhoflose Zeit an. Wer seine Wertstoffe entsorgen wollte, musste weite Wege in die Nachbargemeinden in Kauf nehmen. Glücklicherweise fand der Wertstoffhof im Sommer ein provisorisches Zuhause im Gewerbegebiet, und bald war dann auch eine dauerhafte Lösung in Sicht. Der Wertstoffhof sollte in den geplanten Neubau des Bauhofes integriert werden. Pünktlich zum Krämermarkt am 29. Oktober 2005 konnte die neue Anlage fertiggestellt und eingeweiht werden.

In Dürnau wurde der im Bauhof beheimatete Wertstoffhof an das ehemalige Warenlager der Raiffeisenbank verlegt. Platzmangel und fehlende Trennung vom Bauhofbetrieb hatten zur Suche nach einem neuen Standort geführt. Der wurde idealerweise in unmittelbarer Nachbarschaft des bisherigen Wertstoffhofs gefunden. Dort wurden ein vorhandener Gebäudeteil abgebrochen und umfangreiche Befestigungsarbeiten durchgeführt. Schon nach kurzer Bauzeit konnte der neue Wertstoffhof am 4. Februar 2006 seiner Bestimmung übergeben werden. Rund 60.000 Euro hat der AWB für jeden der beiden Wertstoffhöfe investiert.



Neuer Wertstoffhof in Dürnau



Leitbildumsetzung

Mitarbeitergespräche

Das 2003 eingeführte Mitarbeitergespräch ging im Jahr 2005 in die zweite Runde. Jede(r) Vorgesetzte war angehalten, mit den jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ungestörter Atmosphäre über das Arbeitsumfeld, die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, das Aufgabengebiet, die Arbeitsergebnisse sowie die Möglichkeiten der persönlichen und fachlichen Weiterentwicklung zu reden.

Bei der anonymen Abfrage zum Mitarbeitergespräch 2005 kristallisierte sich heraus, dass knapp 70% der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie über 83% der Vorgesetzten mit den Mitarbeitergesprächen zufrieden waren.

Fortbildung



Die im Mitarbeitergespräch beinhalteten Möglichkeiten der persönlichen und fachlichen Weiterentwicklung fanden ihren Niederschlag im Fortbildungsprogramm des Jahres 2006, zu dem auch eine neue Konzeption mitgeliefert wurde.

In fachübergreifenden Fortbildungen soll nicht nur die Möglichkeit

der persönlichen Weiterentwicklung gegeben, sondern auch der Blick über den Tellerrand hinaus ermöglicht werden.

„Es gibt nur eine Sache auf der Welt, die teurer ist als Bildung: Keine Bildung!“ (John F. Kennedy)

Insofern sind die Mittel, die wir in Fortbildungen investieren, gut angelegt. Sie fließen definitiv kurz- bis mittelfristig wieder zurück – egal, ob in monetärer Form oder durch eine Steigerung der Qualität und der Mitarbeiterzufriedenheit. Dass die Konzeption greift und wir uns ständig im Sinne des Leitbildes weiterentwickeln, sieht man unter anderem an den steigenden Fortbildungstagen pro Mitarbeiter/-in.

Qualitätszirkel



Information und Kommunikation

Ziel des Leitbildes ist unter anderem die Identifikation mit dem Landratsamt, welches durch die Bildung von Projektgruppen / Qualitätszirkeln zur Aufarbeitung aktueller Themenfelder erreicht werden soll.

Vereinfacht ausgedrückt sind Qualitätszirkel Mitarbeitergruppen (Teams), in denen jeweils 6-8 interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Leitung geschulter Moderatoren nach bestimmten Regeln kooperativ Problemlösungen erarbeiten. Es besteht keine Über- oder Unterordnung, die Teilnahme ist freiwillig. Die erarbeiteten Lösungsvorschläge werden einem Entscheidungsgremium präsentiert.

Mitte Februar 2006 startete ein weiterer Zirkel mit dem Thema „Information und Kommunikation“, welcher mittlerweile abgeschlossen ist. Die beschlossenen Maßnahmen sind in der Umsetzungsphase.

Schwerpunktthemen waren umständliche interne Formulare, die Verbesserung des Informationsflusses vom Amt zu den Bediensteten, die Transparenz der Sprech-, Öffnungs- und Anwesenheitszeiten sowie die Umgangsformen mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Erfreulich war, dass von den 31 vorgeschlagenen Maßnahmen des Qualitätszirkels 26 vom Entscheidungsgremium befürwortet werden konnten.

Integration neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ausfluss eines vergangenen Qualitätszirkels war, eine Checkliste für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuführen. Ein Pate aus dem jeweiligen Amt oder Geschäftsteil soll die Liste „überwachen“ und für die neuen Kolleginnen und Kollegen als Ansprechpartner/-in zur Verfügung stehen. In der Zwischenzeit wurde die „Checkliste für einen guten Start“ eingeführt und hat sich sehr bewährt.

Identifikation

Zur Stärkung des Wir-Gefühls trägt auch unsere Hauszeitschrift „Intakt“ bei. Unterschiedlichste interessante Artikel rund ums Landratsamt werden hierin vorgestellt. 2006 wurde u.a. der Aufruf für ein neues Layout gestartet, was in einem überarbeiteten Design und verändertem Format mündete.

Aber auch der Personalrat beteiligt sich mit verschiedenen Veranstal-

tungen an der Leitbildumsetzung (Identifikation). Beispielsweise wurde zur besseren Integration der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform dem Landratsamt zugeordnet wurden, ein Frühlingsfest als Willkommensgruß arrangiert. Pünktlich zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wurde von

der Personalvertretung ein Elf-Meter-Turnier auf die Beine gestellt.

Ausbildungswesen

Das Ausbildungswesen ist seit 2005 komplett auf das Hauptamt übergegangen. Bedingt durch die Verwaltungsstrukturreform sind viel mehr und vor allem in unterschiedlichsten Berufen tätige Auszubildende im Landratsamt beschäftigt. Gemäß dem Leitbildgedanken kümmern wir uns noch intensiver um den Nachwuchs mit abwechslungsreichen Veranstaltungen. Als Beispiel sei das gemeinsame Azubi-Grillen oder der Besuch des Forststützpunktes in Boll, bei dem auch Landrat Franz Weber als Teilnehmer dabei war, genannt.



Fortbildung im LRA Göppingen

Fachfortbildung

Fachübergr. Fobi

EDV-Fortbildung

Frauenfortbildung

Führungsfortbildung

Ausbildungsstelle „Landratsamt“

Nach wie vor werden im öffentlichen Dienst geeignete Nachwuchskräfte gesucht, die beim Landratsamt entsprechend den Erfordernissen der Praxis ausgebildet werden.

Für eine große Bandbreite an Ausbildungsarten werden hier Plätze zur Verfügung gestellt. Dies sind:

- mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst
- gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst (3. Jahr)
- Verwaltungsfachangestellte/r
- Diplom-Sozialpädagoge/in (BA)
- Vor- und Anerkennungspraktikant/in
- Forstwirt/in
- Vermessungstechniker/in
- mittlerer vermessungstechnischer Dienst
- gehobener Forstdienst
- gehobener landwirtschaftstechnischer Dienst
- gehobener vermessungstechnischer Dienst
- Lebensmittelkontrolleur/in

Es wird darüber hinaus qualifizierten Schul- und Umschulungspraktikanten die Möglichkeit gegeben, in unsere vielseitigen Berufsfelder hineinzuschnuppern.

Einführungsveranstaltung und Azubi-Treffen

Um das ausbildungsübergreifende Kennenlernen und die Identifikation mit dem Landkreis als Arbeit-

geber zu fördern, werden alle Auszubildenden jeweils im September in einer gemeinsamen Einführungsveranstaltung begrüßt. Vorbereitet und durchgeführt wird diese Veranstaltung von Auszubildenden im ersten Jahr in Zusammenarbeit mit der Ausbildungsleitung. Dabei erhalten „die Neuen“ aus erster Hand viele Informationen zum Landkreis, dem Landratsamt sowie hilfreiche Tipps für ihre praktische Zeit in der Landkreisverwaltung.

Weiterhin finden unter dem Jahr regelmäßige gemeinsame Veranstaltungen, sogenannte „Azubi-Treffs“, statt. Hierzu gehören eine

Gesprächsrunde mit Landrat Franz Weber, Besuche verschiedener landkreiseigener Einrichtungen, eine gemeinsame Weihnachtsfeier sowie ein regelmäßiger Austausch über Eindrücke und Erfahrungen in der Ausbildung.

Der Landkreis möchte mit diesen gemeinsamen Veranstaltungen das „Wir-Gefühl“ der Auszubildenden untereinander fördern.

Im Jahr 2007 ist erstmals ein sogenannter „Ausbildungs-Knigge-Kurs“ geplant. Hier sollen den Azubis grundlegende Verhaltensweisen und Hilfestellungen für ihre tägliche Praxis vermittelt werden



Die neuen Auszubildenden beim Rundgang durchs Haus im September 2006

Ausbildung zum gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst – Ende des Dienstzeitbegleitenden Unterrichts (DZU) beim Landratsamt Göppingen

Aufgrund der rückläufigen Teilnehmerzahlen am DZU-Standort Göppingen in den letzten Jahren wurde vom Regierungspräsidium Stuttgart beschlossen, den Standort Göppingen mit dem DZU-Standort Esslingen zusammenzulegen. Damit ging leider die jahrzehntelange Ära des Dienstzeitbegleitenden Unterrichts im Landratsamt Göppingen zu Ende. Seit September 2005 müssen die Auszubildenden im gehobenen Dienst aus dem Landkreis Göppingen ihren DZU beim Landratsamt Esslingen absolvieren.

Die Auszubildenden konnten sich ihre Einsatzbereiche selbst aussuchen. Voraussetzung war lediglich ein sozialer Hintergrund der Einrichtung. Ausgewählt wurden schließlich der Carisatt-Laden in Göppingen, das Rupert-Mayer-Haus Göppingen, die Nachbarschaftshilfe in Jebenhausen, die Hausaufgabenbetreuung und Sprachhilfe für ausländische Schüler in Albershausen sowie das Haus der Mitte, Bad Boll (Wohngruppe für Menschen mit Behinderung).

Das Landratsamt selbst verspricht sich vom Projekt „Soziales Lernen“, motivierte junge Mitarbei-

ter/innen mit sozialer Zusatzqualifikation, die beiden Seiten im späteren Berufsleben zu gute kommt.

Wechsel in der Ausbildungsleitung

Mit dem Ausscheiden des langjährigen Kreisprüfungsamtsleiters und Ausbildungsleiters Karl Dürr zum 01.08.2005 wechselte der Ausbildungsbereich zum Hauptamt. Neue Ausbildungsleiterin bis zu ihrer Wahl zur Leiterin des Hauptamtes war für ein Jahr Brigitte Kreß. Seit 01.08.2006 heißt der Ausbildungsleiter Markus Malcher.

Projekt Soziales Lernen gestartet – Auszubildende entdecken neue Aufgabenfelder

Seit Dezember 2006 haben die Auszubildenden des mittleren Verwaltungsdienstes und angehende Verwaltungsfachangestellte beim Landratsamt Göppingen die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Ausbildung neue Lernfelder zu entdecken. An einem Nachmittag in der Woche können sie für einige Monate die Gelegenheit wahrnehmen, über den Tellerrand ihrer Ausbildung zu schauen und sich durch die persönliche Begegnung mit Menschen in anderen Lebens- und Berufswelten weiterzuentwickeln.



Auftaktveranstaltung zum Sozialen Lernen im Oktober 2006 mit Azubis der Stadt Göppingen

Feierstunde auf Schloss Filseck

Bereits zur Tradition geworden ist die alljährliche Feierstunde für Jubilare und Ruheständler. Auch 2005 und 2006 fand sie wieder auf Schloss Filseck statt. Nach einer gemeinsamen Führung durch die Schlossmauern ließ man den Abend bei einem guten Essen, einem Viertele Wein und zahlreichen Gesprächen ausklingen.



Personalveränderungen

Neuer Leiter des Kreisprüfungsamtes



Am 15.08.2005 trat Kreisverwaltungsrat Achim Kasper die Stelle des Leiters des Kreisprüfungsamtes an. Herr Kasper war zuletzt Kämmerer bei der Gemeinde Schlierbach. Davor war er bereits von 1989 bis 2001 beim Landratsamt tätig. Der frühere Kreisprüfungsamtsleiter Karl Dürr trat mit Wirkung vom 01.08.2005 in Ruhestand.

Der Landkreis hat eine neue Gleichstellungsbeauftragte



Zum 01.09.2005 trat Friederike Winsauer ihre Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte beim Landratsamt Göppingen an. Zuvor war sie freiberuflich mit einer eigenen Firma im Bereich Personalentwicklungsmaßnahmen tätig. Ihre Vorgängerin Ulrike Glück beendete ihre Tätigkeit beim Landratsamt bereits zum 31.12.2004.

Wechsel in der Schulamtsleitung



Seit 26.06.2006 ist Schulrat Artur Stang der neue Leiter des Schulamtes Göppingen. Herr Stang war zuvor Schulrat beim Schulamt Schwäbisch Gmünd. Er trat die Nachfolge von Kristina Schmid an, die zum 01.01.2006 als Leiterin zum Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Realschulen) Schwäbisch Gmünd abgeordnet wurde.

Hauptamt unter neuer Leitung



Zur Nachfolgerin des langjährigen Hauptamtsleiters Wolfgang Hoyler wurde Kreisverwaltungsrätin Brigitte Kreß gewählt. Sie ist bereits seit Dezember 1976 beim Hauptamt des Landratsamtes tätig. Zuletzt – seit April 1982 – war Frau Kreß Leiterin des Geschäftsteils Personalwesen und zugleich stellvertretende Leiterin des Hauptamtes.

Verabschiedung zweier langjähriger Amtsleiter

Mit Kreisoberverwaltungsrat Karl Dürr und Kreisverwaltungsdirektor Wolfgang Hoyler traten 2005 und 2006 zwei langjährige Amtsleiter in den Ruhestand.

Karl Dürr war seit 1968 beim Landratsamt Göppingen beschäftigt. Er war zunächst 17 Jahre im Bereich der Kämmerei tätig, zuerst als stellvertretender Kämmerer und später als Leiter des Kämmereramtes. Im Jahre 1985 schließlich wurde er in die Position des Kreisprüfungsamtsleiters gewählt und war zugleich auch Leiter des Ausbildungswesens für den gehobenen und mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst. Am 19.07.2005 wurde er in den Ruhestand verabschiedet.

Wolfgang Hoyler war seit 1967 beim Landkreis Göppingen beschäftigt. Zunächst war er rund sechs Jahre im Kommunalamt tätig, ehe er im Juni 1973 zum



Verabschiedung Kreisoberverwaltungsrat Karl Dürr

Leiter des Hauptamtes gewählt wurde. In dieser Funktion war Wolfgang Hoyler bis zu seinem Ausscheiden in den Ruhestand Ende Juli 2006 für die Aufgabenbereiche Zentrale Verwaltungsaufgaben, Personalangelegenheiten,

Organisation und Wahlen, EDV sowie die Geschäftsstelle des Kreistags verantwortlich.



Verabschiedung Kreisverwaltungsdirektor Wolfgang Hoyler

Datenverarbeitung

Allgemeine Entwicklungen

Nach den im Jahre 2004 erfolgten intensiven Vorbereitungen zur Umsetzung der **Verwaltungsstrukturreform** war das Jahr 2005 geprägt durch die Aufnahme und Integration der einzugliedernden Sonderbehörden. Schon Ende Dezember 2004 wurde mit der Integration der Gewerbeaufsicht in das Umweltschutzamt begonnen. Parallel hierzu wurden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des aufgelösten **Landeswohlfahrtsverbandes** in das Sozialamt integriert.

Vom 10.01. bis 14.01.2005 wurde mit dem Schulamt die Migration der Sonderbehörden weitergeführt, welches in der Burgstraße 14 in Göppingen untergebracht war und dort auch verbleiben konnte. Durch das Verlegen eines Glaskabels im November 2004 von der Burgstraße 14 zur Lorcher Straße 6 konnte die technische Anbindung an das Landratsamt auch für zukünftige Anforderungen sehr gut realisiert werden.

Am 17.01. 2005 wurde dann mit der Integration des Landwirtschaftsamtes in der Pappelallee 10 in Göppingen begonnen, die am 28.01. 2005 abgeschlossen werden konnte. Zu Beginn wurde die technische Anbindung mit einer Funkbrücke realisiert, mit der aber kein zuverlässiger und stabiler Datenverkehr betrieben werden konnte. Nach intensiven Bemühungen und



*EDV-mäßig mit dem Landratsamt verbunden:
Landwirtschaftsamt Göppingen und Vermessungsamt Geislingen*

Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Göppingen konnte doch noch ein Kabelweg zur Verlegung eines Glaskabels erhoben werden. Im Juni 2005 konnte diese Maßnahme realisiert und abgeschlossen werden, so dass ab diesem Zeitpunkt auch dort eine sehr gute Anbindung zur Verfügung gestellt werden konnte.

Das Vermessungsamt in Geislingen konnte in den seither benutzten Gebäuden in der Gartenstraße 13 und Schubartstraße 17 verbleiben. Die Migration und Anbindung an das Landratsamt in Göppingen erfolgte in der Zeit vom 07.03. bis 11.03. 2005. Bedingt durch die ca. 50 vorhandenen PC-Arbeitsplätze im Vermessungsamt musste vor Ort eine entsprechende Infrastruktur mit Servern aufgebaut werden. Die meisten Verfahren laufen auf den Rechnern innerhalb dieser Infrastruktur in Geislingen. Eine ausreichend schnelle technische Anbindung an das Landratsamt in Göppingen konnte nicht realisiert werden, da diese am Markt nicht verfügbar war. In diese Strukturen in Geislingen wurde vom 11.07. bis 13.07. 2005 auch die Flurneueordnung integriert, welche aus Kirchheim nach Geislingen umsiedelte. Den notwendigen Platz hierfür machte das Forstamt Geislingen frei, welches zuvor aus der Schubartstraße 17 nach Göppingen in die Burgstraße 14 umzog. Dort wurde mit dem Forstamt Göppingen, welches aus der Nördlichen Ringstraße in die Burgstraße 14 umzog, ein gemeinsames Forstamt gebildet. In der Zeit vom 01.07. bis 05.07.2005 fanden noch die Umzüge des Veterinäramtes aus der Frauenstraße 1 in die umgebauten Räume in der Pappelallee 10 statt. In diesen neuen Räumlichkeiten wurde dann noch der sich bis dahin bei der Polizei befindliche Wirtschaftskontroll-



dienst in das Veterinäramt integriert.

Die **Umsetzung des Hartz IV Gesetzes** im Rahmen einer Bürogemeinschaft mit der Bundesagentur für Arbeit verursachte zum Jahreswechsel nach 2005 einen nicht unerheblichen zusätzlichen Aufwand durch eine ganze Reihe von erforderlichen Umzügen.

Des Weiteren wurden mit der Eberhardstr. 22 und 22/5 zwei weitere Gebäude im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform in 2005 EDV-technisch erschlossen und angebunden.

Die **optische Archivierung im Bereich der Kfz-Zulassungsstellen** in Göppingen und Geislingen konnte nach der durch die Verwaltungsstruktur-Reform erforderli-

chen Verschiebung im zweiten Halbjahr 2005 in Angriff genommen werden. Nach umfangreichen Erhebungen und anschließender Ausschreibung konnte zu Beginn des Jahres 2006 mit der Einführung der optischen Archivierung bei den Kfz-Zulassungsstellen begonnen werden.

Als weiteres Projekt stand im Jahre 2006 die technische Anbindung der 14 Forstreviere des Landkreises Göppingen an das Landratsamt in Göppingen an. Von Böhmenkirch bis Wiesensteig und über Nassach bis Türkheim sind die Standorte der Revierförster über den ganzen Landkreis Göppingen verteilt. Durch die auf DSL-Technik basierende Anbindung können nun die 14 Revierförster wie alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt die zur Verfügung

stehenden Kommunikationsmöglichkeiten nutzen. Durch die Anpassung der Organisationsstrukturen und Zuständigkeiten im Forstbereich konnten mit Hilfe der speziellen EDV-Programme die Arbeitsabläufe optimiert und verbessert werden. Das nach den Sommerferien begonnene Projekt konnte trotz vieler kleinerer Probleme und Hindernisse zum Ende des Jahres 2006 für alle Beteiligten erfolgreich abgeschlossen werden.

Die im Jahre 2004 begonnene Server- und Speicherkonsolidierung wurde in 2005 und 2006 fortgesetzt. Diverse Server-Hardware wurde durch neue Maschinen ersetzt. Bei zur Zeit über 30 produktiv eingesetzten Servern wird die Erneuerung der Hardware ein fortwährender Prozess bleiben.

E-Government am Landratsamt Göppingen

Aus der Webstatistik

Der Bekanntheitsgrad des Internet-auftritts des Landkreises Göppingen ist in den Jahren 2005/2006 weiter gestiegen. Ablesbar ist diese Entwicklung an steigenden Zugriffszahlen: Seit der Neukonzeption im Jahr 2003 stiegen die Zugriffe um mehr als das Dreifache an und liegen inzwischen bei durchschnittlich 101.000 Seitenanfragen pro Monat.

Vor allem öffentlichkeitswirksame Ereignisse, die durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit Widerhall in der Presse finden, sorgen immer wieder für Besucherrekorde.

Im Jahr 2005 sorgte beispielsweise die Diskussion um ein neues Müllgebührensysteem für ein reges Interesse der Besucher an „Informationen aus erster Hand“ (rd. 240.000 Seitenanfragen im März 2005). Das Niveau der Zugriffszahlen stieg außerdem nach der Verwaltungsreform durch die Eingliederung der ehemaligen Sonderbehörden.

Weitere „highlights“ bei den Seitenabrufen waren die Bundestagswahl am 18.09.2005 und die Landtagswahl am 26.03.2006. Wie schon in der Vergangenheit wurden die Wahlergebnisse der Städte und Gemeinden noch am Wahlabend im Internet veröffentlicht.

E-Government-Konzeption

Ein großes Projekt des Jahres 2006 war das Erstellen einer E-Government-Konzeption.

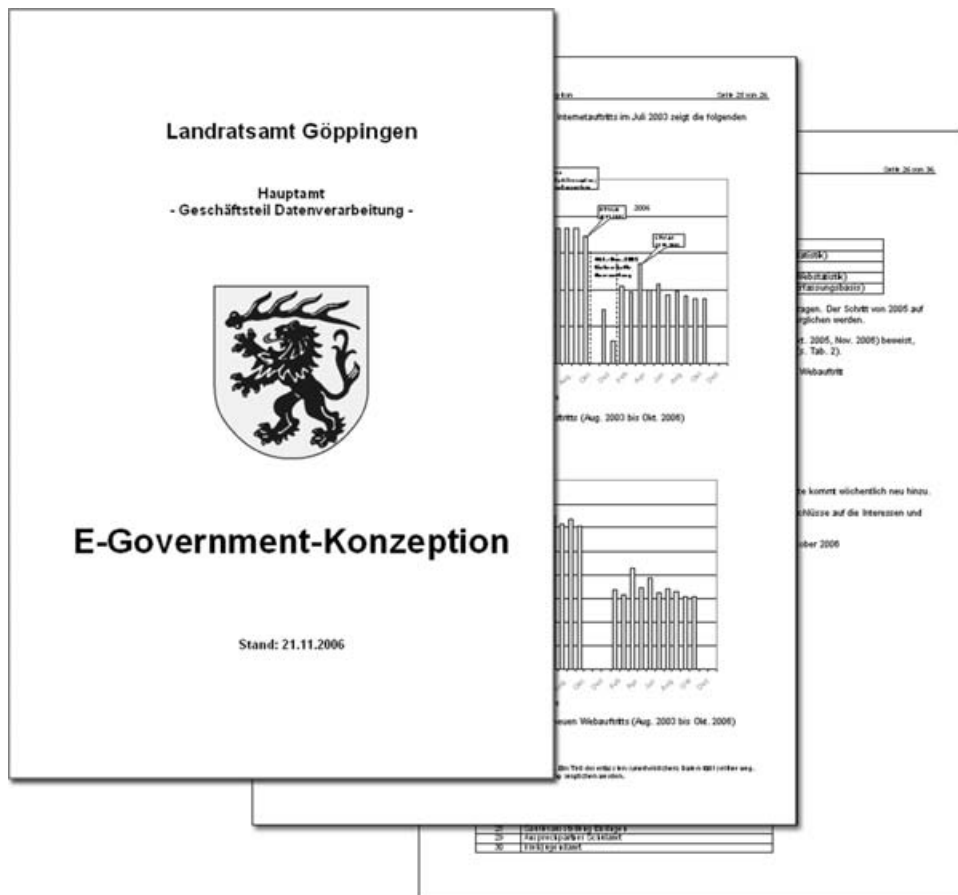
Die Konzeption beinhaltet – neben der ausführlichen Darstellung der Rahmenbedingungen und des heutigen Stands von E-Government – vor allem die Ziele und Planungen des Landratsamtes Göppingen im Hinblick auf den Ausbau der Online-Dienstleistungen.

Das Landratsamt Göppingen wird sich demnach in den nächsten Jahren u. a. mit Themen wie *elektronische Signatur*, *virtuelle*

Poststelle, *Formularserver*, *Barrierefreiheit*, *Geografische Informationssysteme* oder *Elektronisches Grundbuch* befassen.

Die Ziele des Landratsamtes Göppingen im Bereich E-Government sind lt. Konzeption:

- Kundennutzen,
- wirtschaftlicher Nutzen,
- Verfahrensvereinfachung,
- Einsatz standardisierter Verfahren,
- medienbruchfreie Abwicklung,
- Einführung einer virtuellen Poststelle,





- Schaffung von Nutzungsanreizen,
- Öffentlichkeitsarbeit (über das Webportal),
- Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Aus- und Fortbildung,
- Zusammenarbeit mit Städten u. Gemeinden, wo möglich.

Mit den vorgestellten Projekten und Entwicklungen hat sich das Landratsamt Göppingen in den Jahren 2005/2006 im Wettbewerb mit anderen Landkreisen sicherlich wieder sehr positiv und fortschrittlich aufgestellt. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die hoch gesteckten Ziele auch mit knappen

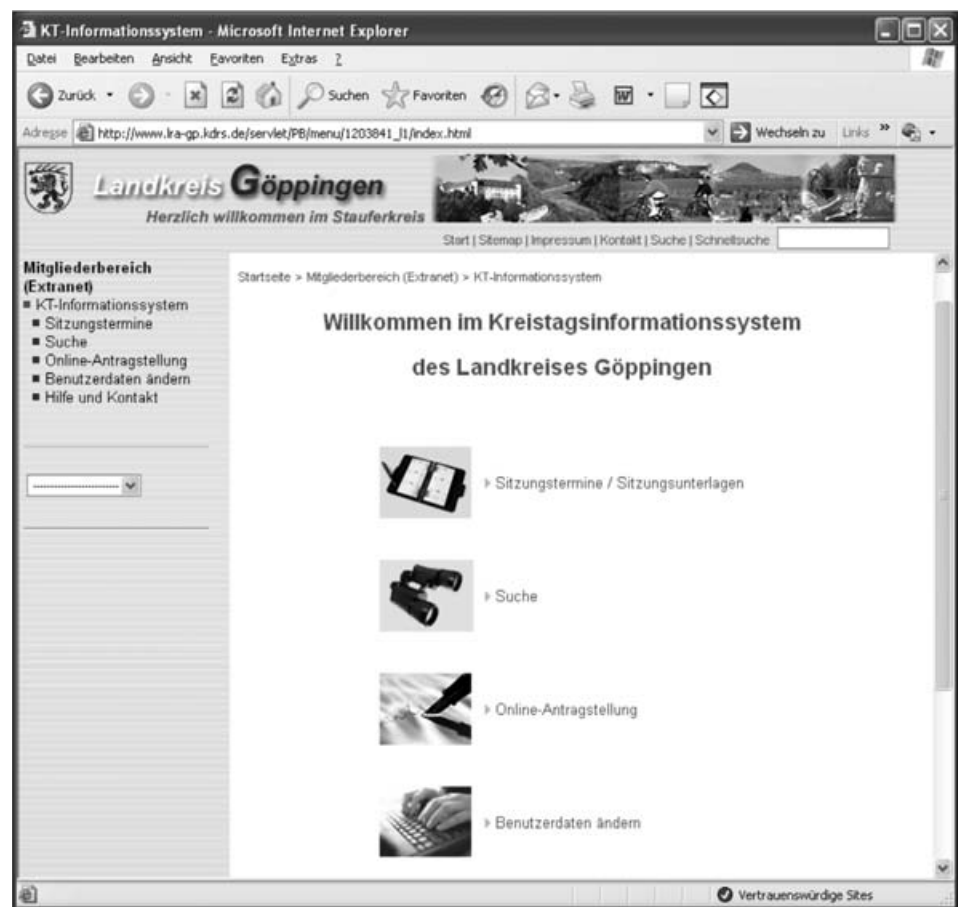
finanziellen Ressourcen erreicht werden können.

Die E-Government-Konzeption trägt die Bedeutung des Themas jedoch ins Bewusstsein der Verantwortlichen und wirkt daher mit Sicherheit langfristig unterstützend auf diesbezügliche Entscheidungen ein.

Kreistagsinformationssystem

Ein Vorhaben aus der E-Government-Konzeption wurde bereits im Dezember 2006 verwirklicht: das Kreistagsinformationssystem.

Seit Januar 2007 können die Mitglieder des Kreistags über einen passwortgeschützten Zugang Dokumente erstmals online abrufen, darunter auch nichtöffentliche Beratungsunterlagen. Die Vorteile werden wohl erst im Laufe der Zeit zum Tragen kommen, wenn die Online-Recherche mühsames Blättern in Aktenordnern ersparen wird. Darüber hinaus können Kreisrätinnen und Kreisräte über die verschlüsselte Verbindung künftig ihre Anträge online stellen. Das System wird von drei Online-Redakteurinnen betreut, so dass eine zeitnahe Einstellung der Dokumente jederzeit sichergestellt ist.



Vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern

Vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern

Lastenausgleich

Vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern

Für die Aufnahme und Unterbringung von dem Landkreis Göppingen zugewiesenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern steht das Übergangwohnheim (ÜWH) Utingen mit einer Gesamtkapazität von 140 Unterbringungsplätzen zur Verfügung. Jede Person hat Anspruch auf 4,5 m² Wohnfläche. Alleinstehende haben keinen Anspruch auf ein Einzelzimmer.

Bei der Aufnahme erhalten die Neuankömmlinge einen Zulassungsbescheid, in dem die Aufenthaltsdauer im ÜWH auf neun Monate befristet ist. Sie sind verpflichtet, sich ständig um einen Wohnraum außerhalb des ÜWH zu bemühen. Bei Vorlage ausreichender Nachweise über ihre Bemühungen um eine Wohnung wird der Zulassungsbescheid um drei Monate verlängert. Für die Unterbringung entrichten sie Wohnheimgebühren, deren Höhe sich nach der Familiengröße richtet.

Im Jahr 2005 wurden im Landkreis Göppingen 117 und im Jahr 2006 32 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aufgenommen. Die durchschnittliche Verweildauer in den ÜWH betrug im Jahr 2005 6 und im Jahr 2006 8,25 Monate.

Vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern

Im Jahr 2005 wurden im Landkreis Göppingen durchschnittlich 324 und im Jahr 2006 durchschnittlich 214 Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) des Landkreises Göppingen untergebracht. Der Landkreis verfügte im Jahr 2006 über fünf GU (GU Göppingen 1, GU Göppingen 2, GU Geislingen, GU Süßen und GU Eisingen), wobei zwei – GU Geislingen und GU Süßen – im Jahr 2007 aufgelöst werden.

Bei persönlichen Problemen stehen den Flüchtlingen Sozialbetreuer/innen zur Verfügung. Sie begleiten und unterstützen sie im unmittelbaren Umfeld, insbesondere bei der Überwindung von Sprachbarrieren und kulturellen Unterschiedlichkeiten.

Wie schon in den Vorjahren gingen auch im Berichtszeitraum die Zahlen der neu aufzunehmenden Flüchtlinge zurück. Mussten im Jahr 2005 noch 97 Flüchtlinge im Landkreis Göppingen aufgenommen und untergebracht werden, so reduzierte sich diese Zahl auf 57 Personen im Jahr 2006.

Lastenausgleich

Im Zuge der Verwaltungsstrukturreform erhielt das Ausgleichsamt eine neue Aufgabenstruktur und wurde in diesem Zusammenhang am 01.01.2005 in Aufnahme- und Eingliederungsamt umbenannt.

Der klassische Lastenausgleich konnte in den Jahren 2005 und 2006 weitgehendst erledigt werden.

Aufgrund einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Pforzheim ist diese seit dem 01.01.2007 allein für die noch offenen Rückforderungsfälle von Lastenausgleich zuständig. Hintergrund ist, dass Lastenausgleichsempfänger bzw. deren Erben oder Rechtsnachfolger, welche nach der Wiedervereinigung ihr enteignetes Vermögen zurück bekommen oder hierfür eine Entschädigung erhalten haben, gesetzlich verpflichtet sind, den seinerzeit gewährten Lastenausgleich zurück zu zahlen.

Bis zum 30.09.2006 wurden vom Aufnahme- und Eingliederungsamt noch 60 Kriegsschadenrentenempfänger betreut. Seit dem 01.10.2006 ist für sämtliche Kriegsschadenrentenempfänger in Deutschland das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg zuständig. Um den Verwaltungsaufwand zu minimieren, war letztmals für das Jahr 2005 eine Einkommensüberprüfung der Rentenempfänger durchzuführen. Aufgrund dieser Erhebung wurde die Höhe der Rente eingefroren.

Trotz Wegfall der klassischen Lastenausgleichsaufgaben bleibt das Aufnahme- und Eingliederungsamt Ansprechpartner für die Bürger.



Das Zuwanderungsgesetz tritt in Kraft

Das im Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz brachte für die im Landkreis lebenden Ausländer grundlegende Änderungen. Die Zahl der Aufenthaltstitel wurde auf 2 reduziert, die befristete Aufenthaltserlaubnis und die unbefristete Niederlassungserlaubnis. Das bisherige doppelte Genehmigungsverfahren für Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis wurde abgeschafft. Nunmehr entscheidet die Ausländerbehörde – gegebenenfalls nach interner Abstimmung mit der Arbeitsverwaltung – in einem Zug sowohl über die Aufenthaltserlaubnis als auch die Arbeitserlaubnis.

derungsgesetzes in Deutschland keine Aufenthaltserlaubnis mehr. Die Staatsangehörigen der zum 01.04.2004, bzw. 01.01.2007 aufgenommenen Mitgliedsstaaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn haben jedoch auf Grund von in den Beitrittsverträgen enthaltenen Übergangsregelungen in den kommenden Jahren nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland.

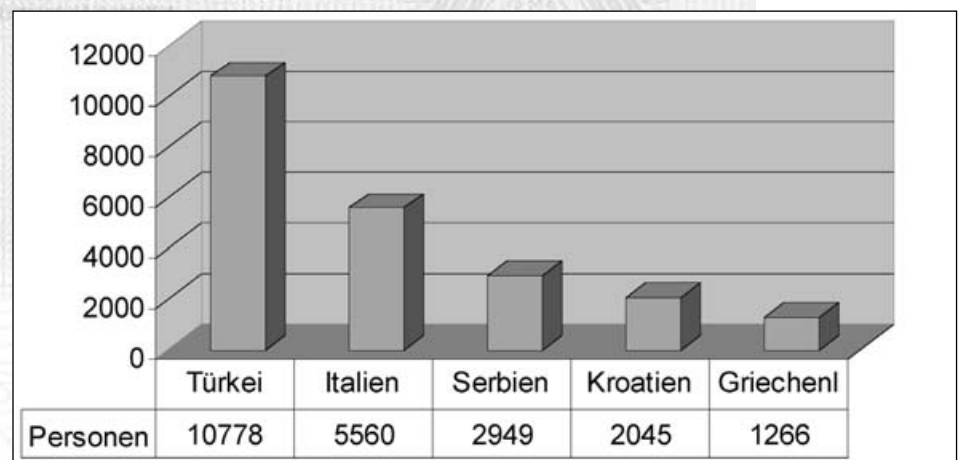
Im November 2006 haben sich die Innenminister der Länder auf eine Bleiberechtsregelung für im Bundesgebiet wirtschaftlich und sozial integrierte Ausländer geeinigt. Von den etwa 180 im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde des Landkreises seit über 6, bzw. 8 Jahren geduldeten Personen wird nach dieser Regelung voraussichtlich ein erheblicher Teil eine Aufenthaltserlaubnis und damit ein gesichertes Bleiberecht erhalten.

„Sprache ist der Schlüssel zur Integration“. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis wurden im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes bundesweite Integrationskurse eingeführt. Diese umfassen insgesamt 630 Unterrichtsstunden. In ihnen werden in erster Linie Sprachkenntnisse und zum kleineren Teil auch Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung im Bundesgebiet vermittelt. Neu einreisende Ausländer werden von der Ausländerbehörde zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet. Gleiches gilt sinngemäß für bereits länger hier lebende arbeitslose Ausländer mit mangelhaften Deutschkenntnissen.

Bürger der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union benötigen nach den Regelungen des Zuwan-

Entwicklung der Ausländerzahlen einschließlich Asylbewerber

	2004	2005	2006
Landratsamt	16952	16657	16539
Stadt Göppingen	9065	8961	8883
Stadt Geislingen	5077	5048	4956
Landkreis gesamt	31094	30666	30378



Die zahlenmäßig stärksten Ausländergruppen im Landkreis
(Stand 31.12.2006 einschließlich Große Kreisstädte)

Barrierefrei bauen

Treppen, Schwellen, Stufen, zu enge Eingänge und knapp bemessene Flure stellen Barrieren dar, die insbesondere für alte und behinderte Menschen, aber auch für Eltern mit Kinderwagen manchen Gang zum Hindernislauf machen. Um die Lebensverhältnisse der Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu verbessern, hat der Gesetzgeber mit der Neufassung 1996 umfassende Anforderungen zur Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher und gewerblicher Gebäude in die Landesbauordnung aufgenommen. Baden-Württemberg war und ist mit diesen Anforderungen bundesweit führend. Zielsetzung der Regelungen ist es, Gebäude zu schaffen, die von möglichst vielen Menschen selbständig und ohne fremde Hilfe genutzt werden können.

Barrierefreie Gebäude sind nach den DIN-Vorschriften 18024 und 18025 zu planen und auszuführen. Diese nehmen den Rollstuhlfahrer als Maßstab und enthalten beispielsweise Regelungen über Bewegungsflächen, Türen, Aufzüge und Rampen. Die barrierefreie Nutzbarkeit muss insgesamt für die betreffenden Gebäuden gewährleistet sein, sodass auch die Voraussetzungen für eine Beschäftigung behinderter Menschen in diesen Gebäuden gegeben sind.

Die Umsetzung der Vorschrift hat in der Praxis zu Beschwerden und Kritik seitens der Bauherren geführt. Insbesondere bei kleineren Nutzungseinheiten sahen sich die Betreiber mit den für die Ausführung der Barrierefreiheit erforderlichen finanziellen Aufwendungen häufig überfordert. So kann zum Beispiel ein Gastwirt, der sich anlässlich eines Erweiterungsvorhabens mit der Forderung konfrontiert sieht, seine Gaststätte mit einem Aufzug ins UG zu den dort befindlichen Toilettenräumen auszustatten und eine Toilette behindertengerecht auszugestalten, damit leicht an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit kommen. Die Verwirklichung manches Vorhabens war in Frage gestellt, darunter auch viele gemeinnützige und gewerbliche Vorhaben.

Die Landesregierung hat die Klagen zum Anlass genommen, eine Ausnahmeklausel in das Gesetz aufzunehmen, die Ende 2004 in Kraft getreten ist. Nun können auch bei Neubau- und Erweiterungsvorhaben Ausnahmen zugelassen werden, wenn die Anforderungen nur mit unverhältnismäßigem Mehraufwand erfüllt werden können. Den Baurechtsbehörden wurde damit die Möglichkeit an die Hand gegeben, unzumutbare Auswirkungen der

Vorschrift zu vermeiden. Sie achten aber darauf, dass nach Möglichkeit planerische und organisatorische Ersatzmaßnahmen getroffen werden, um der Zielsetzung der grundsätzlich sehr sinnvollen und für die Integration Behinderter bedeutsamen gesetzlichen Regelung gerecht zu werden. Für Neubauten von Schulen und Kindertageseinrichtungen gilt die Ausnahmeregelung nicht.

Eine weitergehende Änderung wurde mit Wirkung ab 01.04.2005 in die Landesbauordnung aufgenommen. Für Wohngebäude mit mehr als sechs Wohnungen, ab 01.01.2009 mit mehr als vier Wohnungen wird vorgeschrieben, dass die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar sein müssen. Ferner müssen in diesen Wohnungen die Wohn- und Schlafräume, eine Toilette, ein Bad und die Küche oder Kochnische mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Der Gesetzgeber macht also Ernst bei der Verfolgung des Ziels, für ein Lebensumfeld zu sorgen, das auf die Bedürfnisse behinderter und alter Menschen vorbereitet ist, und trägt damit auch der demografischen Entwicklung Rechnung.



Das Bauamt in Zahlen

Die nach wie vor schwache Baukonjunktur spiegelt sich auch in den Jahren 2005 und 2006 in der Statistik des Bauamtes wider. Noch immer ist die Zahl der genehmigten und im Kenntnissgabeverfahren angezeigten Bauvorhaben leicht rückläufig. 2005 wurden von der unteren Baurechtsbehörde des Landratsamtes 783 Baugenehmigungen erteilt und 258 Kenntnissgabeverfahren durchgeführt, im Jahr 2006 wurden 787 Baugenehmigungen und 170 Kenntnissgabeverfahren registriert. Auffällig ist, dass ein Großteil der Verfahren sich mit Um- und Erweiterungsvorhaben befasste, die Zahl der Neubauten ging weiter zurück. Der Geschosswohnungsbau spielt nur noch eine untergeordnete Rolle im Baugeschehen des Landkreises.

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für die Erteilung einer Baugenehmigung wurde gegenüber

den Vorjahren weiter verkürzt. Sie lag 2005 bei 68 Tagen, 2006 bei 73 Tagen.

Dass die Komplexität der Verfahren nicht nachgelassen hat, zeigt die Zahl der Rechtsmittelverfahren, die nahezu stabil geblieben ist. Im Jahr 2005 musste sich das Bauamt mit 94 Nachbareinwendungen, 62 Widersprüchen und 7 Klagen befassen. 2006 waren 88 Nachbareinwendungen, 52 Widersprüche und 14 Klagen zu bearbeiten. Mit 581 Anordnungen wie Beseitigungsanordnungen, Nutzungsuntersagungen, Baueinstellungen sowie Anordnungen im Bereich des Brandschutzes oder des Schornsteinfegerwesens reagierte das Bauamt 2005 auf baurechtswidrige Zustände, 2006 wurden 533 solcher Anordnungen erlassen.

Das Bauamt ist auch an Bauleitplan- und sonstigen bauplanungs-

rechtlichen Satzungsverfahren der Gemeinden beteiligt. Es gab zu diesen Verfahren in Zusammenarbeit mit anderen Fachämtern des Landratsamtes 166 (2005) bzw. 232 (2006) Stellungnahmen ab.

Im Jahr 2005 wurden im Landkreis Göppingen 44 Bauvorhaben mit Mitteln aus dem Landeswohnungsbauförderungsprogramm gefördert. Das Fördervolumen betrug insgesamt 4.450.850 Euro. Im Rahmen des Förderprogramms „Betreutes Wohnen“ wurden 6 Mietwohnungen mit einem Volumen von 320.000 Euro gefördert. Aus dem Wohnraumförderungsprogramm 2006 wurden für 31 Vorhaben zinsverbilligte Darlehen in Höhe von insgesamt 4.469.000 Euro bewilligt.

Gemeinsame Dienststelle mit dem Alb-Donau-Kreis

Im Zuge der Verwaltungsreform wurde die Versorgungsverwaltung aufgelöst und zum 01.01.2005 deren Aufgaben auf die Landratsämter übertragen. Nach Auflösung des ehemaligen Versorgungsamtes Ulm wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Landratsämter Alb-Donau-Kreis, Göppingen, Heidenheim, Ostalbkreis und Biberach verteilt. Der Landkreis Göppingen und der Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadtkreis Ulm haben von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und eine gemeinsame Dienststelle mit Sitz beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis Außenstelle Wilhelmstraße 23 – 25 in Ulm gebildet. Hier sind 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Bürgerinnen und Bürger der beiden Landkreise und des Stadtkreises Ulm tätig. Aufgabenschwerpunkte der Versorgungsverwaltung bilden hierbei das Schwerbehindertenrecht und das Soziale Entschädigungsrecht.

Die Fallzahlenentwicklung im Schwerbehindertenbereich zeigt nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung nach oben. Während Anfang 2005 noch insgesamt 65.621 Menschen mit Behinderung registriert waren, davon 30.192 im Landkreis Göppingen, ist diese Zahl bis Ende 2006 auf 71.607 und im Landkreis Göppingen auf 33.905 angestiegen. Im Jahr 2005 sah sich die gemeinsame Dienststelle mit ins-

gesamt 12.494 Erst- und Erhöhungsanträgen sowie 1.996 Widerspruchsverfahren konfrontiert. Im Jahr 2006 haben 11.676 Bürgerinnen und Bürger Anträge nach dem Schwerbehindertenrecht gestellt. Bei rd. 55 % der Antragsteller, die erstmals einen Antrag nach dem Schwerbehindertenrecht stellten, wurde die Schwerbehinderteneigenschaft festgestellt.

Im Sozialen Entschädigungsrecht geht es vorrangig um Versorgungsleistungen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene nach dem Bun-

desversorgungsgesetz (Grundrente, Ausgleichsrente, Berufsschadensausgleich, Pflegezulage). Hinzu kommen entsprechende Leistungen für Versorgungsberechtigte nach dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz, dem Zivildienstgesetz, dem Infektionsschutzgesetz und dem Opferentschädigungsgesetz. Die Zahl der Empfänger von monatlichen Rentenleistungen belief sich zum Jahresende 2005 noch auf 3.529 Personen, davon leben im Alb-Donau-Kreis und dem Stadtkreis Ulm 1.868 Berechtigte; im Land-



Landratsamt Alb-Donau-Kreis – Jugend und Soziales – Außenstelle Wilhelmstraße

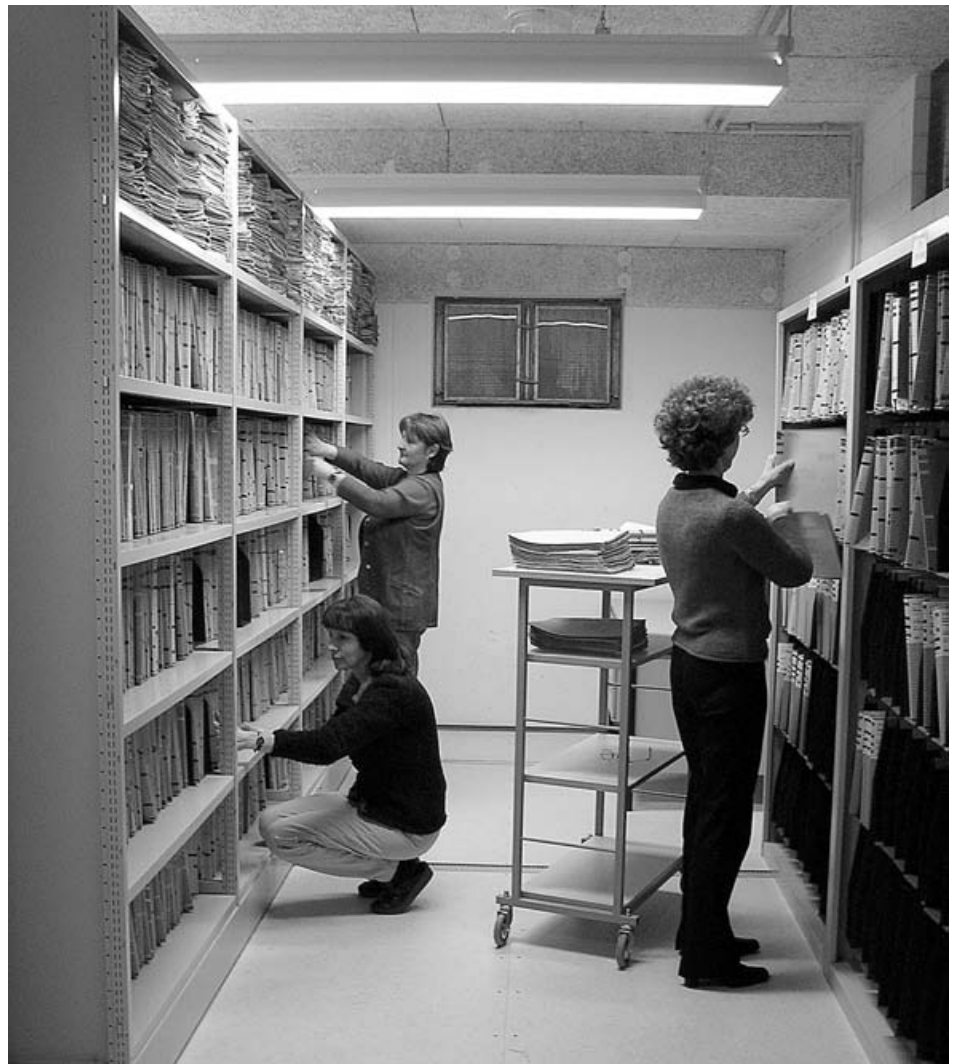
kreis Göttingen 1.661 Personen. Da die Zahl der Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen altersbedingt kontinuierlich um ca. 8 % jährlich zurück geht, belief sich die Zahl der Rentenempfänger zum Jahresende 2006 auf 3.200. Neben den Rentenleistungen hat eine weitaus höhere Anzahl Versorgungsberechtigter Anspruch auf Heil- und Krankenbehandlung für anerkannte Gesundheitsstörungen.

Insgesamt wurden für Rentenleistungen an Bundesmitteln im Haushaltsjahr 2005 bei der gemeinsamen Dienststelle 17,242 Millionen Euro ausgegeben. Hierbei entfielen auf Versorgungsberechtigte im Landkreis Göttingen 8,202 Millionen Euro. Erst- und Neuanträge wurden in 2005 1.210

gestellt. Die Gewährung von Leistungen der Heil- und Krankenbehandlung wurde von 655 Versorgungsberechtigten beantragt. Bedingt durch das Alter der Kriegsbeschädigten sind hierbei Anträge und Kosten für Pflegeleistungen stark angestiegen.

Im Rahmen des Sozialen Entschädigungsrechts wird vom Fachdienst Versorgung auch sog. orthopädische Versorgung gewährt. Diese Leistungen lassen sich in die zwei Bereiche Versorgung mit Hilfsmitteln (z.B. Rollstühle, orthopädische Schuhe, Prothesen, Gehhilfen, Sehhilfen, Kommunikationshilfen, Hörgeräte) und

Gewährung von Ersatzleistungen (z.B. Hilfen zum Erwerb und zur Haltung eines Kraftfahrzeuges) gliedern. Hierbei erstreckt sich der Zuständigkeitsbereich neben dem Landkreis Alb-Donau-Kreis einschließlich Stadtkreis Ulm und dem Landkreis Göttingen noch auf die Landkreise Biberach, Heidenheim, Ravensburg, Sigmaringen, Ostalbkreis und Bodenseekreis. Im Jahr 2005 waren hierbei 7.546 Anträge zu bearbeiten. Auch in 2006 bewegte sich die Zahl der Anträge auf ähnlich hohem Niveau; das Älterwerden der Kriegsoffer bedingt vermehrte Bedürfnisse nach orthopädischen Hilfsmitteln.



Beim Fachdienst Versorgung werden 34.232 Akten von Menschen mit Behinderung aus dem Landkreis Göttingen geführt – jährlich kommen rund 5.600 neue Anträge hinzu.

Partner rund um den Wald

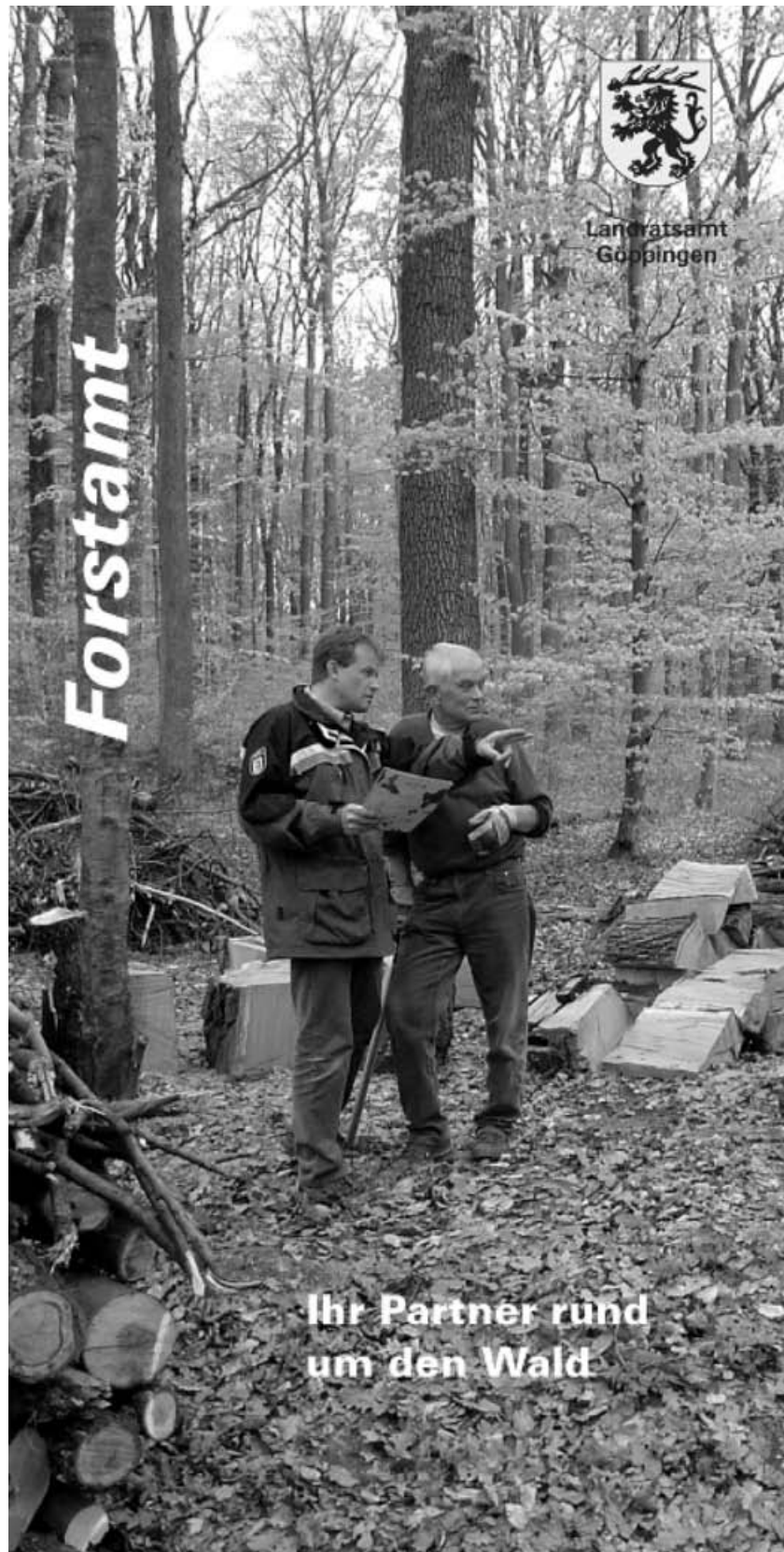
Das Forstamt ist im Landratsamt Göppingen für den Wald im Landkreis zuständig. Als Ansprechpartner stehen das Forstamtsbüro und die 14 Revierleiter zur Verfügung. Der Wald hat im Landkreis Göppingen einen Flächenanteil von 35%. Die Waldfläche gliedert sich in 9.400 ha Privatwald, 6.950 ha Kommunalwald und 6.050 ha Staatswald. Die Bedeutung des Waldes als naturnaher Lebensraum ist ablesbar an dem hohen Anteil geschützter Waldflächen, z.B. liegen 33% der Waldfläche in FFH-Gebieten. Neben der Bedeutung für die Ökologie, den Schutz der Umwelt und die Erholung ist der Wald ein wichtiger Holzlieferant für die Sägeindustrie und versorgt die heimische Bevölkerung mit Brennholz. Das Forstamt vermarktet jährlich über 100.000 Festmeter Holz.

Als Partner rund um den Wald bietet das Forstamt umfangreiche Dienstleistungen für Waldbesitzer an:

- vollständige Waldbewirtschaftung
- Holzernte und Holzverkauf
- Pflanzungen und Waldpflege
- Forstliche Beratung
- Landschaftspflege- und Naturschutzmaßnahmen

Angebote für alle Bürger im Landkreis sind:

- Waldführungen
- Waldpädagogik
- Wildbretverkauf
- Jagdmöglichkeiten



Waldpflege für die Sicherheit der Autofahrer



Spezial-Bagger zur Unterstützung beim Fällen am Steilhang

Die Steinenkircher Steige im Roggental zwischen Eybach und Steinenkirch war im November und Dezember 2005 Schauplatz einer spektakulären Maßnahme der Waldpflege. In den letzten Jahren erhöhte sich immer mehr das Gefährdungspotenzial für den Verkehr im Roggental. Bäume und abgestorbene Äste drohten auf die Straße zu fallen. Das Hauptaugenmerk der Aktion lag auf der Herstellung der Verkehrssicherheit auf der Steige nach Steinenkirch und der Roggentalstraße nach Treffelhausen. In einer konzentrierten Aktion wurde innerhalb von knapp fünf Wochen über 8.000 Festmeter

Holz aus dem Bestand ober- und unterhalb der Steinenkircher Steige geholt. Der Holzeinschlag wurde von einer auf Steilhänge spezialisierten Firma übernommen. Bis zu fünf Seilkrananlagen und speziell umgebaute Bagger mit etwa 25 Forstwirten waren zum Einschlag und Holzrücken im Einsatz. Die Durchforstung brachte auch dem Naturschutz entsprechenden Nutzen. Auf manchen Teilflächen wurden bis zu 90% des Baumbestandes entfernt, um gefährdete Biotope an den Felsformationen im Roggental wieder freizustellen. Der Pflegeeingriff hat nach Ansicht der Bevölkerung

ein neues, viel ursprünglicheres Landschaftsbild im Tal ergeben. Die Maßnahme machte, wie das Bild mit dem Bagger zeigt, eine Vollsperrung der Steinenkircher Steige notwendig. Der Verkehr wurde in der Zeit über Waldhausen umgeleitet. Der öffentliche Personennahverkehr konnte mit zusätzlichen Fahrzeugen auch über die Umleitung weiter gewährleistet werden. Das gesamte Projekt zum Schutz von Mensch und gefährdeten Biotopen war mit hohem personellen und finanziellen Aufwand verbunden. Nach Abzug der Erlöse für das verkaufte Holz bleiben beim Land Baden-Württemberg als Waldbesitzer noch mehr als 150.000 Euro Defizit.



Waldbestand nach dem Hieb mit freigestellten Felsen

Walderlebnistag im Schlater Wald

Am 25. Juni 2006 veranstaltete das Forstamt den ersten Wald-Erlebnis-Tag im Landkreis Göppingen. Was das ist? Lesen Sie dazu das Interview mit dem Projektleiter Christian Beck.

Redakteur: Was war da eigentlich los am 25. Juni im Schlater Wald?

Beck: An unserem ersten Wald-Erlebnis-Tag nahmen über 5.000 Besucher teil, die sich auf einem Rundgang mit rund 20 Stationen zum Thema Wald informierten.

Redakteur: Was waren das für Stationen?

Beck: Wir wollten beim Waldtag den Besuchern Einblicke in den Wald, die Forstwirtschaft und die Arbeit des Forstamtes bieten. Ich will hier mal ein paar Beispiele nennen: Der forstliche Stützpunkt Boll mit den Azubi präsentierte das Thema Holzernte mit der Live-Fällung von Bäumen und das Thema Aus- und Fortbildung. Auch der Bereich Unfallverhütung wurde vorgestellt. Unser Programm hatte also für jeden etwas zu bieten. An der Station „Naturspielzeug konnten Kinder Halsketten mit Holzperlen, Rinden- und Holzstücken basteln. Mit der Station Mythologie der Bäume hatten wir auch eine ganz geheimnisvolle Station. An einer weiteren Station stand der Naturschutz im Wald im Mittelpunkt.

Redakteur: Mythologie der Bäume, um was ging es denn dort?

Beck: Hauptthema war dort die Beziehung von Baum und Mensch. Jeder Besucher konnte sich dort eine Baumart aussuchen, die mit ihren Eigenschaften dem eigenen Charakter entspricht.

Redakteur: Können Sie uns hier ein Beispiel nennen?

Beck: Nehmen wir die Eiche. Sie ist der Patriarch unserer Wälder. Sie ist knorrig wie ein umgestülptes Wurzelwerk, ausladend, stemmt sich trotzig dem Licht entgegen, ist kein Himmelsstürmer, sondern eher erdenverhaftet. Die Eiche verkörpert die Eigenschaften „fest im

Leben stehen“, „verwurzelt sein“ und „stark sein“. Aber jeder Charakter hat auch eine andere Seite, z.B. „wer mit beiden Beinen fest auf dem Boden steht bewegt sich nicht!“

Redakteur: Der Wald-Erlebnis-Tag, warum eigentlich?

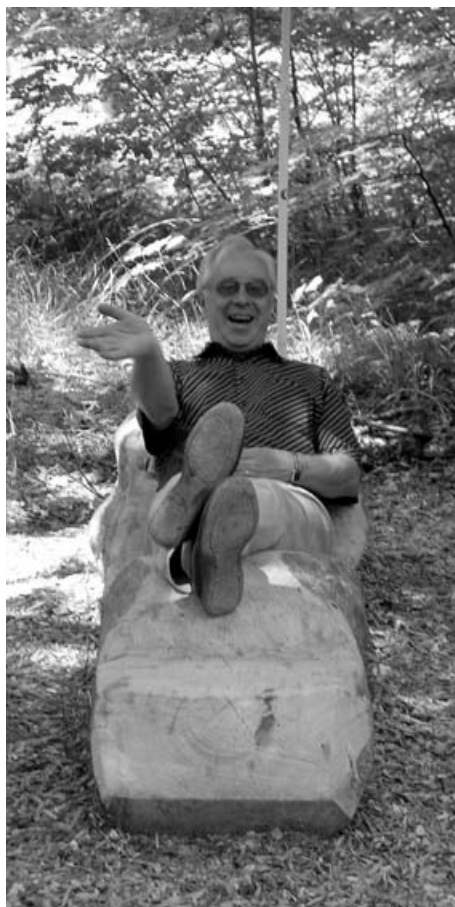
Beck: Zum einen wollten wir das Forstamt als kompetenten Partner rund um den Wald vorstellen. Zum anderen wollten wir der Bevölkerung Forstwirtschaft und Wald näher bringen. Und nicht zuletzt wollten wir den Besuchern einen erlebnisreichen Tag bieten.

Redakteur: Haben Sie Ihre Ziele erreicht?

Beck: Ich denke ja. Bisher haben wir nur positive Rückmeldungen erhalten.

Redakteur: Waren an dem Waldtag nur Mitarbeiter des Forstamtes beteiligt?

Beck: Nein, das Forstamt war zwar nahezu komplett vertreten, aber wir hatten auch externe Unterstützung. Für das leibliche Wohl sorgte die Vereinsgemeinschaft aus Schlatt mit zwei Verpflegungsstationen. An den Stationen auf dem Rundgang hatte wir u.a. Unterstützung von Unternehmen, Gruppen und Privatpersonen, mit denen das Forstamt auch im Alltag zusammenarbeitet. Und die Freiwillige Feuerwehr aus Schlatt und Süßen sorgten für Ordnung an der Kreisstraße.



Landrat Franz Weber auf Waldliege

Arbeitsgemeinschaft Gesundheit – AK Essstörungen

Magersucht (Anorexie), Ess-Brech-Sucht (Bulimie) und Ess-Sucht (Binge Eating) sind psychische Krankheiten, die in den letzten Jahren immer häufiger diagnostiziert werden. Insgesamt 5 % der weiblichen Bevölkerung zwischen 12 und 35 Jahren sind an Anorexie und Bulimie erkrankt. Damit zählen diese beiden Krankheiten mittlerweile zu den häufigsten psychosomatischen Krankheiten mit entsprechend schwerwiegenden, zum Teil tödlichen, Folgeschäden.

Vor diesem Hintergrund wurde der Arbeitskreis Essstörungen gegründet. Dieser Arbeitskreis soll das Beratungs- und Informationsangebot für die Bevölkerung verbessern sowie die Vernetzung der Institutionen und entsprechender Fachkräfte optimieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Prävention von Essstörungen.

Um dieses umzusetzen, wurde ein Präventionskonzept für Mädchen zum Thema Essstörungen erarbeitet. Das Projekt richtet sich gezielt an 11–14 jährige Mädchen einer Schulklasse und an Mädchengruppen in Jugendhilfeeinrichtungen. Durchgeführt werden die Projekte von sieben Multiplikatorinnen, die von der Arbeitsgruppe in die Thematik und das Präventionskonzept eingeführt und fortgebildet wurden. Das Projekt wird seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen angeboten und durchgeführt. Das Honorar für die Multiplikatorinnen wird über die NWZ-Aktion „Die guten Taten“ finanziert. Somit entstehen den Schulen und den teilnehmenden Mädchen keine Kosten.

Die Veranstaltungen gehen bewusst weit über eine reine Informationsvermittlung hinaus. Ziel

und Schwerpunkt ist neben der Wissensvermittlung insbesondere die Stärkung der Mädchen und die kritische Auseinandersetzung mit der Thematik. Auf eine spielerische und kreative Art werden die Mädchen angeregt, sich mit ihrem Körper, ihren eigenen Stärken und Wertvorstellungen zu beschäftigen. Ebenso ist die kritische Auseinandersetzung mit vorgegebenen Schönheitsidealen, dem Diätenwahn und Körperkult ein Baustein des Projektes. Des Weiteren erhalten die Mädchen Informationen über Hilfsangebote und Anlaufstellen im Landkreis Göppingen.

Ergänzt wird das Präventionsprojekt um die Informationsveranstaltungen für Eltern im Rahmen von Elternabenden. Experten aus dem AK Essstörungen stellen sich als Referenten zur Verfügung. Auch diese Aktion wird von der NWZ-Aktion „Die guten Taten“ unterstützt.



Magersucht



Ess-Brech-Sucht



Ess-Sucht

Abenteuer Zahnarztpraxis: Keine Angst mehr vor dem Zahnarzt

Regelmäßig veranstaltet die Jugendzahnärztin des Gesundheitsamtes in Zusammenarbeit mit niedergelassenen Zahnärzten sogenannte Prophylaxetage für Kinder in Zahnarztpraxen. Ziel dieser Aktionstage ist es, auch ängstlichen Kindern die Angst vor zahnärztlichen Behandlungen zu nehmen. Am Beispiel eines Prophylaxetages in Göppingen soll hier ein Einblick in diese Tätigkeit gegeben werden. Bereits beim Betreten der Praxis steht fest, dass es sich bei den geplanten Aktionstagen nicht um gewöhnliche Praxistage handelt. Das gesamte Praxisteam ist auf die Bedürfnisse der kleinen Patienten eingestellt. Zum Einstieg wird oft der Film über das spannende Abenteuer von Karius und Baktus mit großer Begeisterung verfolgt. Dabei versuchen die zwei personifizierten Mundbakterien in den ungeputzten Zähnen des kleinen Jungen Max sich den lange ersehnten Eckzahnpalast zu bauen. Sie werden dabei jedoch laufend gestört, weil Max sich regelmäßig nach dem Essen die Zähne putzt, sodass sie von der Zahnbürste, Zahnpasta und schließlich auch noch vom Zahnarztbohrer vertrieben werden oder zeitweise sogar hungern müssen.

Im Behandlungszimmer geht es dann aber zur Sache. Der Zahnarztstuhl wird eifrig ausprobiert, jeder Knopf gedrückt, der Stuhl rauf und runter gefahren. Wasserspritze, Speichelsauger und diverse andere Gerätschaften werden erklärt und

getestet. Selbst das „Kitzeln“ des Zahnarztbohrers lässt sich in solch einer Umgebung keiner gerne entgehen, geschweige denn einen Test mit der Mundkamera, welche sekundenschnell die kleinen Gebisse auf den Bildschirm zaubert. Als spannende Herausforderung gilt auch das Rollenspiel, bei dem die Kinder in die Rolle des Zahnarztes schlüpfen, sich gegenseitig die Zähne kontrollieren und kluge Ratschläge erteilen. So manches zahnärztliche Talent kommt dabei zum Vorschein. Spannend wäre es zu wissen, ob und ggf. wie sich solch eine Erfahrung auf die spätere Berufswahl auswirkt.



„Na – ist da alles in Ordnung?“



Rollenspiel auf dem Zahnarztstuhl

Trinkwasseruntersuchungen in Beherbergungsbetrieben

Im Rahmen der neuen Trinkwasserverordnung wurde vom Gesetzgeber die Überwachungspflicht der Gesundheitsämter auf die Hausinstallationen von öffentlichen Gebäuden ausgeweitet. Dazu zählen u. a. auch Hotels und andere Beherbergungsbetriebe. Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 begann das Gesundheitsamt mit Untersuchungen dieser Trinkwasserinstallationen. Die Mitarbeiter des Gesundheitsamts führten eine Erstbegehung der Anlagen durch, bei der mögliche Schwachstellen aufgezeigt und mit dem Betreiber besprochen wurden. Anschließend wurden geeignete Probeentnahmestellen festgelegt und Wasserproben entnommen.

Die Problemkeime im Warmwassersystem sind Legionellen. Dies sind stäbchenförmige Bakterien, die erst seit einer Epidemie 1976 in den USA als Problem von Trinkwasseranlagen erkannt wurden, als sich bei einem Treffen von Legionären ein Großteil der Hotelbewohner mit Legionellen infizierte. Diese Mikroorganismen können schwere Lungenentzündungen auslösen, die vor allem für ältere und immungeschwächte Personen lebensbedrohlich werden können. Legionellen können sich bei Wassertemperaturen zwischen 25 und 45°C optimal vermehren. Als technische Gegenmaßnahmen wird u. a. eine gute Durchströmung der Warmwasserzirkulationsleitung mit Warmwassertemperaturen von min-

destens 55°C angesehen, da die Legionellen sich ab dieser Temperatur nicht mehr vermehren können und absterben.

Die Untersuchung von 50 Hotels und Gasthöfen im Landkreis erbrachte überwiegend gute Ergebnisse. Nur in insgesamt 28 % der Fälle waren Legionellen im Warmwasser nachweisbar, in der Regel

in unbedenklichen Konzentrationen. In diesen Fällen wurden Nachuntersuchungen angeordnet und gegebenenfalls weitere Maßnahmen empfohlen. Bei 8 % der Beherbergungsbetriebe waren jedoch sofort legionellenbekämpfende Maßnahmen, wie z. B. eine Hoherhitzung über 70°C u. a. angezeigt.



Untersuchungsset

Maserneliminierung bis zum Jahr 2010: Ein Ziel für die WHO Region Europa

Die Masernerkrankung ist eine der ansteckendsten Krankheiten der Welt, die auch heute nicht unterschätzt werden darf. Das Masernvirus führt bereits bei einem kurzen Kontakt zu einer Infektion und löst hohes Fieber, Husten, Schnupfen und einen typischen Hautauschlag aus. Durch die Maserninfektion wird vorübergehend das Immunsystem geschwächt, die Folgen können schwere Mittelohr- und Lungenentzündungen sein und auch die gefürchteten Gehirn- und Hirnhautentzündungen auslösen. Diese verlaufen in ca. 15 % tödlich bzw. hinterlassen häufige irreversible Folgeschäden. Gefürchtet ist auch die Spätkomplikation mit Zerfall der Hirnsubstanz und dem Tod des Patienten.

Durch eine hohe Anzahl empfänglicher Personen nimmt das Risiko epidemischer Krankheitsausbrüche zu. Dieses zeigte sich im vergangenen Jahr, als 71 Erkrankungen in unseren Nachbarlandkreisen Esslingen, Stuttgart und Tübingen aufgetreten sind. In unserem Landkreis wurde erfreulicherweise nur ein Fall bekannt.

Das Gesundheitsamt Göppingen trägt zur Erhöhung der Durchimpfungsrate durch die jährlich durchgeführten Impfkampagnen bei.

Dabei kontrollieren die Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes die Impflücken der Fünftklässler in den Schulen. Die Kinder erhalten eine schriftliche Impfempfehlung und die Aufforderung, die fehlenden Impfungen beim jeweiligen Kinder- oder Hausarzt durchführen zu lassen.

Diese und weitere Maßnahmen haben zu einer guten Masernimpfrate der Schulanfänger in unserem Landkreis geführt. Dies zeigen die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 2006. Die Durchimpfungsrate der Schulanfänger mit der Maserngrundimmunisierung, bestehend aus 2 Impfungen, war in unserem Landkreis mit 83,3 % um 4,6 % höher als im Landesdurchschnitt mit 78,7 %.

Für die Eliminierung der Masern ist eine Impfquote von mindestens 95 % notwendig.

Das Gesundheitsamt Göppingen wird auch weiterhin intensiv die Impfberatungen flächendeckend im Landkreis durchführen, um die notwendige Durchimpfungsrate von 95 % zu erreichen und so zur Maserneliminierung beitragen.



Typisches Masernexanthem

Studie Passivrauchen: Wie man im Göppinger Gesundheitsamt für einen bundesweiten Bekanntheitsgrad sorgt

Der seit 1989 im Gesundheitsamt Göppingen tätige Kinderarzt Dr. Winterstein kam nach den jahrelangen Erfahrungen bei den Einschulungsuntersuchungen auf die Idee, mit einer in der Medizin anerkannten Methode den Ursachen unterschiedlicher geistiger Entwicklung bei Vorschulkindern auf den Grund zu gehen. Er verglich dabei die Ergebnisse des anerkannten Mensch-Zeichen-Tests mit Daten aus der familiären Situation des Kindes. Die Ergebnisse waren für Dr. Winterstein schockierend, denn es stellte sich bald heraus, dass für die Entwicklung der Kinder die familiäre Umgebung von entscheidender Bedeutung ist. Wichtige Faktoren sind vor allem das Rauchen während der Schwangerschaft, das spätere Passivrauchen in der Familie und das Überlassen der Kleinkinder dem unkontrollierten Konsum von Fernsehprogrammen.

Die Ergebnisse wurden zusammengefasst und im April 2006 in der Zeitschrift „Kinder- und Jugendarzt“ veröffentlicht. Dieser Artikel fand eine breite Resonanz, da die Zeichnungen anschaulich darstellen, wie unterschiedlich in harmonischer Umwelt lebende Kinder und benachteiligte Kinder zeichnen. Am 10.04.2006 erschien die Südpresse Ulm mit dem Artikel „Drei Finger an der Hand“, in dem berichtet wurde, dass sich viele kleine Kinder kein Bild von der Wirklichkeit machen können, wenn die familiäre Umgebung nicht

stimmt. Am 27. April 2006 brachte die bundesweit erscheinende Zeitung „Die Welt“ den Artikel „Wenn Kinder zuviel fernsehen – Untersuchungen an Einschülern in Baden-Württemberg deckt erhebliche Defizite bei übermäßigem TV-Konsum auf“. Durch diesen Artikel wurde RTL Köln auf die Studie in Göppingen aufmerksam und schickte ein Fernsehteam in das Gesundheitsamt. Dieses Team filmte viele Stunden im

Gesundheitsamt und machte auch Außenaufnahmen auf Spielplätzen. Ein Tag später erschien der Beitrag dann in der Sendung RTL-Explosiv. Der Titel dieser Sendung lautete dann: „Zuviel Fernsehen macht Kinder blöd“. Es folgten dann weitere Berichte in verschiedenen Zeitungen, u. a. in den Stuttgarter Nachrichten und in der Medical Tribune. Inzwischen konnte Dr. Winterstein weiter für die Verbreitung seiner Erkenntnisse sorgen,

so z. B. während der vierten Deutschen Konferenz für Tabakkontrolle der WHO und bei einer Tagung im Deutschen Krebsforschungszentrum Heidelberg. In Bad Orb referierte er während der Tagung „Körperwahrnehmung bei Kindern und Jugendlichen“.



Schneechaos in Böhmenkirch

Zeitweise von der Außenwelt abgeschnitten war die Gemeinde Böhmenkirch ab dem frühen Morgen des 10.02.2006. Ein stundenlanges Schneesturm mit meterhohen Verwehungen hatte viele Straßen um Böhmenkirch herum unpassierbar gemacht.

Räumdienste, Polizei, Feuerwehr und THW waren im Dauereinsatz,

um die Lage zu beheben. In der Göppinger Feuerwache wurde ein Führungsstab eingerichtet, der die Einsätze koordinierte.

Am Vormittag ordnete das Landratsamt auf Grund der anhaltenden Schneefälle eine vorübergehende Sperrung der B 466 zwischen Donzdorf und Böhmenkirch für den gesamten LKW-Verkehr an. Auch

die Messelbergsteige bei Donzdorf, die Straße zwischen Schnittlingen und Stötten und die Strecke zu den Heidhöfen war zeitweise nicht mehr passierbar.

Einige Straßen konnten für den Verkehr erst am späten Nachmittag wieder freigegeben werden.

Unwetter am 06.07.2006 im Landkreis

Ein Unwetter entlud sich am frühen Abend des 06.07.2006 über dem westlichen Kreisgebiet. Betroffen war vor allem das Göppinger Stadtgebiet, wo innerhalb einer Stunde 100 Liter Wasser pro Quadratmeter niederprasselten.

Bis tief in die Nacht und zum Teil auch noch am nächsten Tag waren die Feuerwehren im Einsatz, um überflutete Keller und voll gelaufene Tiefgaragen abzupumpen. Kreisweit wurden insgesamt 206 Einsätze gezählt, davon allein 110 im Göppinger Stadtgebiet. Die Feuerwehr kämpfte mit 75 Fahrzeugen und 422 Feuerwehrleuten gegen die Wassermassen an.

Unterstützt wurden sie dabei vom Technischen Hilfswerk, das mit 42 Einsatzkräften und elf Fahrzeugen vor Ort war.



Überflutete Marktplatz-Tiefgarage in Göppingen

Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Vom 09. Juni bis 09. Juli 2006 wurde in Deutschland die Fußball-Weltmeisterschaft ausgetragen, wobei eine Welle der Begeisterung das ganze Land erfasste. Auch auf zahlreichen Public-Viewing Veranstaltungen im Landkreis wurden fröhliche und friedliche Fußball-feste gefeiert.

Ohne das große Engagement vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer des Bevölkerungsschutzes wäre dieses sportliche Großereignis organisatorisch nicht möglich gewesen. Auf vielen Veranstaltungen im Landkreis leisteten diese

ihren Dienst zum Wohle der Allgemeinheit.

Der Landkreis als untere Katastrophenschutzbehörde hatte diese Veranstaltungen mit den Städten und Gemeinden abzustimmen und mit den Hilfsorganisationen zu koordinieren. Ferner mussten für die sechs Spieltage in Stuttgart die Katastrophenschutzeinheiten von DRK und Malteser im Landkreis, die Dekon-Einheiten der Feuerwehr Geislingen und Salach, der ABC-Zug der Feuerwehr Göppingen, sowie die Notfallseelsorger eingeteilt werden. Diese hatten während

dieser Spiele Rufbereitschaft, um so im Ernstfall in Stuttgart Überlandhilfe leisten zu können. Aber auch der Verwaltungsstab des Landkreises war während der ganzen Fußball-Weltmeisterschaft in Bereitschaft, um gegebenenfalls schnell auf Schadensereignisse reagieren zu können.

Mit dieser großen Einsatzbereitschaft hat der Bevölkerungsschutz im Landkreis einen wertvollen Beitrag für sichere und friedvolle Spiele geleistet.



Zeitvertreib während der Rufbereitschaft



Die Einsatzfahrzeuge sind bereitgestellt

25 Jahre professionelle Ausbildung für ehrenamtlichen Einsatz: Eine stolze Bilanz

Trotz veränderter Aufgabenstellungen und technischer Entwicklungen steht der helfende Mensch bei der Gefahrenabwehr immer noch an erster Stelle.

Die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen bildet die Basis für einen erfolgreichen Einsatz. Nur wer Fahrzeuge, Gerätschaften und die Einsatztaktik beherrscht, kann im Ernstfall seinen Auftrag schnell, zielgerichtet und effektiv erfüllen.

Im Jahre 1981 wurde deshalb die Feuerwehrausbildung auf Landkreisebene eingeführt, die im Jahre 2006 ihr 25-jähriges Jubiläum feiern konnte. Als Dank und Anerkennung für ihr geleistetes Engagement veranstaltete der Landkreis für die Kreisausbilder und deren Familien einen gemütlichen Familiennachmittag.

Von 1981 bis 2006 wurden in 383 Lehrgängen insgesamt 8.374 Feuerwehrangehörige ausgebildet.

Die im Landkreis Göppingen veranstalteten überörtlichen Lehrgänge werden durch die Kreisbrandmeisterstelle im Landratsamt organisiert.

Auf Landkreisebene wurden in den Jahren 2005 und 2006 folgende Lehrgänge durchgeführt:

Für die Führungskräfte werden zudem jährlich Fortbildungsseminare veranstaltet. Ein Teil dieser Führungskräfte bildet den Feuerwehrführungsstab, der sich ebenfalls in Seminaren und Übungen weiterbildet. Bei Großschadensereignissen und im Katastrophenfall stellt er die technische Einsatzleitung.

Der Bereich Führungsausbildung wird durch Lehrgänge an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal ergänzt.

	2005		2006	
	Lehrgänge	Teilnehmer	Lehrgänge	Teilnehmer
Grundausbildung	4	117	2	55
Truppführer	1	24	1	24
Sprechfunker	3	79	4	107
Maschinisten	2	37	1	21
Atemschutz	4	52	4	58
gesamt	14	309	12	265

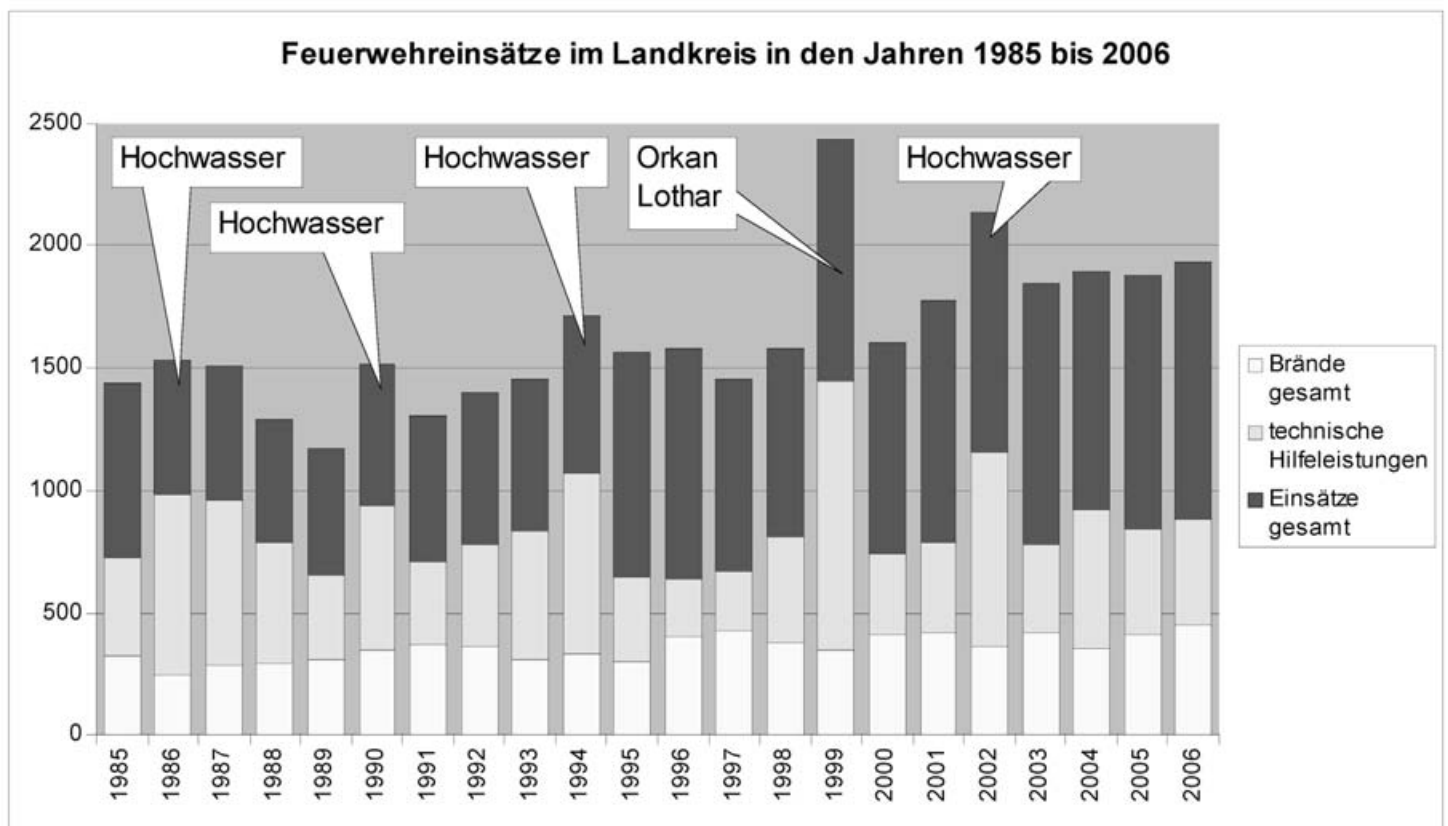


Familiennachmittag der Kreisausbilder



Feuerwehr-Einsatzübersicht

Nachfolgendes Diagramm zeigt die Entwicklung der Feuerwehr-Einsatzzahlen in den vergangenen Jahren im Landkreis Göttingen.





Die Klinik am Eichert Göppingen: „Kompetenz als Erstes, Kooperation als Entscheidendes“

Leistungsspektrum der Klinik am Eichert

Die Klinik am Eichert ist ein Akutkrankenhaus der Zentralversorgung nach dem Krankenhausplan, das 13 bettenführende (darunter vier belegärztliche) Fachabteilungen ausweist. Ergänzt werden diese durch die Institute für Radiologie mit Nuklearmedizin, Laboratoriumsmedizin und Pathologie/Histologie. Die Klinik am Eichert ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Ulm, zertifizierter Onkologischer Schwerpunkt, zertifiziertes Brustzentrum und Geriatriischer Schwerpunkt und betreibt ein Perinatologisches Zentrum, ein Sozialpädiatrisches Zentrum, ein Regionales Schmerzzentrum und eine Lokale Schlaganfallstation.

Als Krankenhaus der Zentralversorgung bietet die Klinik stationäre Diagnostik und Therapie in den folgenden medizinischen Fachbereichen an:

Hauptabteilungen

Allgemeinchirurgie

Prof. Dr. Eisele bis 31.07.2005

Prof. Dr. Riedl ab 01.08.2005

Frauenheilkunde und Geburtshilfe

Prof. Dr. Hettenbach

Innere Medizin I *

Dr. Hanel, Prof. Dr. Sigel

Innere Medizin II

Dr. Allmendinger, Prof. Dr. Kurrle

Kinderklinik

Dr. Wölfel

Klinik für Anästhesiologie, Operative Intensivmedizin und Schmerztherapie

Prof. Dr. Fischer

Radioonkologie/Strahlentherapie

Priv. Doz. Dr. Becker
(Ärztlicher Direktor)

Orthopädie

Prof. Dr. König

Unfallchirurgie

Prof. Dr. Ulrich

Belegabteilungen

Hals-Nasen-Ohren-Klinik

Dr. Dürr, Dr. Jaumann, Dr. Jung,
Dr. Münch, Dr. Neumann

Augenklinik

Dr. Gerstenberger, Dr. Hettesheimer

Kieferchirurgische Klinik

Dr. Dr. Esswein, Dr. Eißner

Urologische Klinik

Dr. Barth, Dr. Götz,
Dr. Pfund, Dr. Stöhr

* incl. Stationäre Dialyse (die Klinik am Eichert betreibt darüber hinaus ein **Ambulantes Dialysezentrum**)

Zusätzlich zur Abteilungsstruktur sind interdisziplinäre Zentren gebildet, die an Krankheitsbildern bzw. Organsystemen ausgerichtet und durch die fachübergreifende Zusammenarbeit mehrerer Disziplinen gekennzeichnet sind. Die immer größere Zahl von schwerkranken Patienten und die stets komplexeren Diagnostik- und Therapiemöglichkeiten erfordern einerseits ein hohes Maß an Spezialisierung. Andererseits ist die notwendige enge Koordinierung und Abstimmung des Behandlungsprozesses mit allen beteiligten Fachdisziplinen in den klassischen Abteilungsstrukturen einer Klinik nur mit erheblichem Aufwand möglich. In den interdisziplinären Zentren wird durch die gebündelten fachlichen Kompetenzen die Behandlung optimal auf die Bedürfnisse des Patienten abgestimmt und die Prozesse entsprechend gesteuert.

In Zusammenarbeit der Klinik für Anästhesiologie, Operative Intensivmedizin und Schmerztherapie, der Klinik für Allgemeinchirurgie und der Medizinischen Klinik I wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 das Zentrum für Intensivmedizin gegründet. Hintergrund hierfür ist die wachsende Bedeutung, die der Intensivmedizin gerade vor dem großen operativen und medizinisch-internistischen Spektrum und der demographischen Entwicklung zukommt. Durch die Konzentration der hohen

Pflege- und medizinischen Behandlungsintensität kann die Behandlung so optimiert werden, dass bei hoher Versorgungsqualität für den Patienten ein wirtschaftliches Arbeiten möglich ist.

Innerhalb der Klinik für Allgemeinchirurgie ist der Fachbereich Gefäßchirurgie eingerichtet, der intern und extern z.B. mit der Radiologie im Bereich der Aorten-chirurgie bzw. der Neurologie des Christophsbades beim interdisziplinären Kolloquium für Erkrankungen der supraaortischen Gefäße zusammenarbeitet.

Für die Zukunft sind weitere Zentren geplant z.B. für Diabetes oder für Palliativmedizin, in dem schwerstkranken Patienten zur Ernährungs- und Schmerztherapie-einstellung stationär aufgenommen werden, um eine spätere Fortführung der Betreuung im häuslichen Bereich zu ermöglichen.

Die DRGs: Neues Entgeltsystem zur Abrechnung von Krankenhausleistungen

Das GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000 stellte die Krankenhäuser vor signifikante Veränderungen und neue Herausforderungen. Kern ist ein pauschalisiertes Entgeltsystem bei dem die Abrechnung der stationären Krankenhausleistungen nach diagnose-orientierten Fallpauschalen (DRGs = Diagnosis Related Groups) erfolgt. Die Relativgewichte (Preise) für diese DRGs werden dabei anhand von Patienten- und Kostendaten deutscher Krankenhäuser kalkuliert. Im Verlauf einer mehrjährigen Konver-



Klinik am Eichert Göppingen

genzphase bis voraussichtlich 2009 sollen die Preise schrittweise für alle Krankenhäuser einheitlich festgesetzt werden.

Durch das neue Vergütungssystem werden die Leistungen eines Hauses mess- und vergleichbar und letztendlich eröffnen sich auch Chancen auf eine leistungsgerechte Vergütung. Für die Krankenhäuser ist der DRG-Umstieg jedoch mit einem erheblichen Aufwand für die medizinische Dokumentation und im administrativen Bereich verbunden. Seit Bestehen des Systems wurden jedes Jahr vollständig neue Diagnosen- und Prozedurencodes und ein komplett neuer Fallpauschalenkatalog geschaffen. Dieser wurde inzwischen durch ein umfangreiches System von Zusatzentgelten für besonders kostenintensive Medikamente, Medicalprodukte und Verfahren ergänzt. Die Umsetzung der Dokumentationsvorschriften und die

weitere Optimierung der Organisation sind jedes Mal von Medizincontrolling, EDV, Ärzten und Pflegekräften mit erheblichem Aufwand zu bewältigen.

Gründung der gGmbH

Die demographische und epidemiologische Entwicklung, der medizinische Fortschritt und nicht zuletzt der Kostendruck erfordern strukturelle Anpassungen beider Kreiskliniken. Für die Umsetzung dieser Veränderungen müssen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden die diesen Prozess optimal unterstützen. Die Gründung einer gGmbH bietet die Möglichkeit, das unternehmerische Handeln in beiden Kreiskliniken zu stärken und auf die künftigen Anforderungen schnell und flexibel reagieren zu können.

Zum 01.01.2007 wurden die beiden Kreiskliniken in die Rechtsform der

gemeinnützigen GmbH überführt und firmieren seit diesem Zeitpunkt unter dem Namen „Kliniken des Landkreises Göppingen gGmbH“. Mit dem Landkreis Göppingen als Alleingesellschafter bleiben die Häuser vollständig in kommunaler Trägerschaft.

So kann die Klinik am Eichert auch zukünftig ihren Versorgungsauftrag gemäß ihrem Leitbild erfüllen:

- Die Klinik steht allen Hilfesuchenden Patienten offen.
- Sie ist in ihrem Betrieb in wirtschaftlicher Verantwortung unabhängig und in ihrem Handeln ethischen und humanen Werten in Medizin und Pflege verpflichtet. Dabei ist sie im Rahmen der Gesundheitsversorgung an gesetzliche Vorgaben und grundlegende Entscheidungen des Krankenhausträgers gebunden.
- Kundenorientierung sowie Qualitätsbewusstsein in der Versorgung stellen den Patienten stets in den Mittelpunkt.
- Diese Wertvorstellungen insgesamt sollen die Klinik am Eichert dabei im Wettbewerb mit anderen Krankenhäusern als beispielhafte Klinik ausweisen.



Im Operationssaal der Klinik am Eichert



Präsentation eines Gefäßmodells anlässlich des Patiententages im Fachbereich Gefäßchirurgie

Helpenstein Klinik Geislingen

Wichtige Daten

Die Helpenstein Klinik Geislingen ist ein Haus der Regelversorgung mit derzeit 285 Planbetten, aufgeteilt in 5 Hauptfachabteilungen und einer Belegabteilung. Seit 1996 ist sie ein Eigenbetrieb des Landkreises Göppingen. Ab 01.01.2007 wird die Klinik zusammen mit der Klinik am Eichert als Kliniken des Landkreises Göppingen gGmbH Helpenstein Klinik Geislingen geführt.

Hauptabteilungen

Medizinische Klinik

Dr. Schuler

Klinik für Allgemein-, Viszeral-, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie

Dr. Plank (bis zum 31.07.2005)

Dr. Hahn (ab 01.08.2005)

Frauenklinik

Dr. Dinkelacker

Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin

Dr. Schlittenhardt

Institut für Radiologie und Nuklearmedizin

Dr. Fenk

Belegabteilung

Hals-Nasen-Ohren-Klinik

Dr. Hausch

Dr. Marchthaler

Dr. Phleps

Innerhalb der Klinik für Allgemein-, Viszeral-, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie ist der Fachbereich Unfall- und Wiederherstellungschirurgie unter der Leitung von Dr. Pausch eingerichtet.

Leistungszahlen	2005	2006
Patienten	8.479	8.326
Geburten	611	579



Chefarztwechsel und neue ärztliche Leitung

Am 31.07.2005 wurde nach über 20-jähriger Tätigkeit Chefarzt Dr. Edgar Plank in den Ruhestand verabschiedet. Mit seinem Ausscheiden wurden neue Strukturen in der Chirurgischen Klinik geschaffen. Die Klinik wurde in zwei fachliche Bereiche unterteilt. Den Bereich Allgemein-/Visceralchirurgie und den Bereich Unfall-/Wiederherstellungschirurgie. Als Gesamtleiter der Chirurgischen Klinik und Nachfolger von Dr. Edgar Plank trat Dr. Matthias Hahn am 01.08.2005 seinen Dienst an. Gleichzeitig wurde Dr. Thomas Pausch zum Leitenden Arzt für den Fachbereich Unfall-/Wiederherstellungschirurgie bestellt.

Mit Ausscheiden von Dr. Edgar Plank wurden Dr. Andreas Schuler, Chefarzt der Medizinischen Klinik, zum Ärztlichen Direktor und Dr. Walter Schlittenhardt, Chefarzt der Anästhesiologischen Klinik, zum

Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements

Aufgabenschwerpunkte des Qualitätsmanagements in den Jahren 2005 und 2006 waren die Bearbeitung von Projekten, die sich aus der Analyse einer Selbstbewertung nach KTQ ergeben haben. So konnten das Abfallentsorgungskonzept, die Gefährdungsbeurteilung aller Arbeitsplätze und die Umsetzung vieler Punkte aus dem Medizinprodukte Gesetz vollständig abgeschlossen werden.

Die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit der ambulanten onkologischen Behandlung war ein wegweisendes Projekt. Es dient einer qualitativ hochwertigen Behandlung der Patienten und damit der Steigerung der Patientenzufriedenheit,

ein weiteres Projekt, das strukturelle Änderungen mit sich bringt, angestoßen. Mitte 2007 werden die räumlichen Voraussetzungen geschaffen sein um mit der Station in Betrieb gehen zu können. Die Konzeptionserarbeitung erfolgte mit allen Berufsgruppen, die am Aufbau und der Umsetzung beteiligt sind.

Ersatz der Röntgengeräte

Der Austausch der in die Jahre gekommenen Röntgengeräte (Inbetriebnahme Funktionsanbau 1988)



Leitender Arzt Dr. Fenk am neuen CT



Landrat Weber anlässlich der Verabschiedung Chefarzt Dr. Edgar Plank, Einführung Chefarzt Dr. Matthias Hahn und Leitender Arzt Dr. Thomas Pausch am 25.7.2005.

(FOTO: GEISLINGER ZEITUNG)

stellvertretenden Ärztlichen Direktor ernannt.

Geschäftsordnung für die Palliativstationen der Helfenstein Klinik und der Klinik am Eichert wurde

aber auch der strukturierten Durchführung der Therapie und damit der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Im Mai 2006 nahm die Onkologische Ambulanz ihren Betrieb auf.

Mit der Erarbeitung einer gemeinsamen

im Institut für Radiologie machte einige Anpassungsarbeiten in diesem Bereich notwendig. In diesem Zusammenhang ist es gelungen, auch den Computertomographen (CT) durch ein neues und schnelleres Gerät zu ersetzen. Ein leistungsfähiger CT ist für die Diagnostik der Klinik unabdingbar.

Geschäftsbericht

Weitere ausführlichere Informationen können den jährlichen Geschäftsberichten entnommen werden, die über die Klinikverwaltung erhältlich sind.

Von Scherben, Mauern, Baggerschaufeln: Aus der Arbeit der Kreisarchäologie

Fundbergungen und Ausgrabungen

Die Geländearbeiten der Kreisarchäologie Göppingen konzentrierten sich in den Jahren 2005 und 2006 vor allem auf die immer zahl- und umfangreicher werdenden Bauvorhaben im Landkreis. Immer wieder waren alt bekannte archäologische Fundplätze oder unmittelbar an solche angrenzende Zonen von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen betroffen, die ein Eingreifen zur Sicherung von Funden und zur Dokumentation von Befunden erforderlich machten.

Die Einsätze der Kreisarchäologie erfolgen in enger Absprache mit dem Landesamt für Denkmalpflege, den Baubehörden des Landkreises, der Städte und der Gemeinden sowie auch mit den Bauträgern und den vor Ort tätigen Baufirmen. Allen Beteiligten gilt der Dank für eine äußerst positive und erfolgreiche Zusammenarbeit. Sowohl bei den Unternehmungen im Gelände als auch bei der Aufbereitung des Fundguts halfen viele ehrenamtliche Mitarbeiter und Fachstudenten, denen ebenfalls Dank zu sagen ist. Einige Helfer kommen auch aus den Reihen des Göppinger Geschichts- und Altertumsvereins sowie des Fördervereins Eislinger Saurierfunde und aus dem Erich-Kästner-Gymnasium in Eislingen. Das „Kernteam“ um den Kreisarchäologen bilden jedoch Marlies Barteit-Klopp M.A., Renate Hirsch, Winfried Poldrack, Werner Runschke und Hans Hagl. Hinzu

kommen die Mitglieder der Archäologie-AG des Mörike-Gymnasiums in Göppingen unter der Leitung von Ewald Locher. Ohne den selbstlosen Einsatz dieser Helfer, die auch bei unwirtlichen Wetterlagen zur Stelle sind, wären die umfangreichen Geländearbeiten und auch die Fundaufbereitung kaum zu bewältigen!

Fundplätze im Jahr 2005

- Die bereits 2004 begonnene Überwachung der Neugestaltung des Bahnübergangs Alamannenstraße in UHINGEN wurde im Januar 2005 fortgeführt. Es kamen jedoch keine weiteren Gräber des unmittelbar westlich der Baustelle lokalisierten Reihengräberfelds der Merowingerzeit zutage.

- Im Zuge weiterer Renovierungsarbeiten im Inneren der Margaretenkirche in SALACH wurden im Februar 2005 die Vorbereitungen zum Einbau einer Fußbodenheizung getroffen. Nach der Entfernung des Fußbodens konnten die Fundamente einer Vorgängerkirche freigelegt werden, die mit den bereits 2004 dokumentierten Mauerstrukturen im Außenbereich des Chores korrespondieren.

- Auf der Burgruine Helfenstein bei Geislingen/Steige wurden zwischen März und Juli 2005 Kabel verlegt. Bei diesen Bodeneingriffen wurden keine Befunde angeschnitten.

- In Göppingen-Faurndau begannen im April 2005 unweit des Farrenstalls die Aushubarbeiten an vier Baugruben. Entgegen der



Die Grabplatte eines Chorherren mit lateinischem Kreuz wurde sekundär im Fundament der ehemaligen Sakristei der Oberhofenkirche in Göppingen vermauert.



Die bei Baumaßnahmen in der Kurklinik Bad Boll entdeckte Teichelleitung aus Tannenholz kann mit Hilfe der Jahrringchronologie in das 16. Jahrhundert datiert werden.

Vermutung, hier noch Spuren des abgegangenen Klosters zu finden, ließen sich lediglich einzelne neuzeitliche Keramikscherben bergen.

- Ebenfalls wenig ergiebig erwies sich Mai 2005 die Baustellenbeobachtung in der Kronengasse 4 im Ortskern von Wäschenbeuren. Die hier geborgene Keramik weist in das späte Mittelalter und in die Neuzeit.
- Im Bereich Martinskirche in Geislingen-Altenstadt und im geplanten Baugebiet Bronnenwiesen fanden im Sommer 2005 umfangreiche Erdbewegungen zur Anlage der Kanalisation und der Straßentrassen statt. Der Nachweis von drei merowingerzeitlichen Reihengräberfriedhöfen sowie mehreren frühmittelalterlichen Siedlungsplätzen im Ortsbereich machten eine archäologische Baubegleitung erforderlich.
- Zeitgleich wurden auch die Erdarbeiten im Baugebiet „Verlän-

gerung Oechslinstraße“ beobachtet.

- Ohne Befunde blieb im Juli 2005 die archäologische Überwachung einer Baumaßnahme im Bereich des ehemaligen Mühlkanals in Donzdorf. Die Baggerarbeiten im Umfeld des Gebäudes Mühlweg 7/1 erbrachten lediglich Funde aus der Zeit der Verfüllung des

Kanals.

- In der Gartenstraße in Gingen bestand der Verdacht, dass bei den Baggerarbeiten für eine Baugrube Befunde und Funde hier bereits früher nachgewiesener Fundstellen urgeschichtlicher und römischer Zeitstellung erfasst werden könnten. Die Überwachung erbrachte jedoch keine neuen Erkenntnisse.
- Im Rahmen der umfangreichen Renovierungsarbeiten an der Oberhofenkirche in Göppingen traten im Zwickel zwischen dem Südturm und dem Chor massive Mauerreste zutage. Es handelte sich um Spuren der ehemaligen Sakristei, die auf mehreren Abbildungen des 19. Jahrhunderts noch zu sehen ist. Die vor 1870 abgerissene Sakristei wurde wohl noch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nach der Auflösung des Chorherrenstifts erbaut. In der Fundamentierung fand sich eine sekundär vermauerte Grabplatte mit lateinischem Kreuz vom Grab eines Chorherren aus dem 15. Jahrhundert.



Freilegung eines verschütteten Kellergewölbes mit Aufgangportal im Areal der Ruine Hiltenburg bei Bad Ditzgenbach.



- Bei einem Neubau in der Metzgerstraße in Göppingen wurde im Juli 2005 ein neuzeitlicher Kanal vom Bagger erfasst. Das aus gut behauenen Sandstein- und Kalktuffquadern gemauerte Gewölbe ist mit dem mehrfach in der Göppinger Altstadt freigelegten Ringkanal vergleichbar und datiert in die Übergangszeit vom 18. zum 19. Jahrhundert.
- In der Zeit vom August bis November 2005 wurden in Göppingen die Bauarbeiten im „Haux-Areal“ regelmäßig überwacht. Das geborgene Fundmaterial besteht aus sekundär umgelagerter Keramik des Spätmittelalters und der Neuzeit. Vor Baubeginn wurden mehrere nach dem Stadtbrand von 1782 errichtete Häuser abgerissen. Die noch von deren mittelalterlichen Vorgängerbauten stammenden Gewölbekeller fielen leider den Baggerschaufeln zum Opfer. Einmal mehr ging hier wieder ein Stück Stadtgeschichte unwiederbringlich verloren!
- Kanalarbeiten in der Ledergasse, die im Bereich des mittelalterlichen Gerberviertels von Geislingen liegt, erforderten im Sommer eine Überwachung. Während der Aushubarbeiten konnten Streufunde aus dem Spätmittelalter und der Neuzeit geborgen werden.

Fundplätze im Jahr 2006

- Das Jahr 2006 begann mit einer Baubeobachtung im Bereich der ehemaligen Ortsbefestigung von Heiningen. Die Baugrube auf dem Grundstück Am Wallgraben 34 blieb ohne Befund.
- Nahe der Spielburg bei Göppingen-Hohenstaufen wurde Aus-

hubmaterial deponiert, das ein interessantes Spektrum an mittelalterlichen und neuzeitlichen Funden enthielt. Der gesamte Erdhügel wurde in mehreren Einsätzen durchsucht. Anschließende Recherchen ergaben, dass dieses Material aus dem Ortskern von Hohenstaufen stammt und somit ein neues Licht auf die Ortsgeschichte wirft.

- Im Mai 2006 wurde bei der Anlage eines Fahrradwegs in Geislingen-Waldhausen auf der Gemarkung Wohlgradsweiler in einer Vertiefung spätkeltische Keramik und verzierter Hüttenlehm geborgen.
- Am Ortsrand von Geislingen-Türkheim konnten im Baugebiet „Lichse“ 2005 und 2006 eine große Anzahl von Eisenschlacken sowie urgeschichtliche und merowingerzeitliche Keramik geborgen werden. Daraufhin wurden die Erschließungsarbeiten von der Kreisarchäologie systematisch begleitet. Vereinzelt waren noch Reste von Gruben erkennbar. Die Befunde sind jedoch aufgrund einer starken Bodenerosion bereits weitgehend zerstört. Bei den Aushubarbeiten für die Baugruben der hier geplanten Häuser wird die Untersuchung auch 2007 fortgesetzt.
- Im September 2006 erforderten weitere Bauarbeiten im „Im Freihof“ in Göppingen-Faurndau eine Überwachung der Aushubarbeiten.
- Die Trassenarbeiten zur Ortsumfahrung Donzdorf machten seit September 2006 baubegleitende Beobachtungen erforderlich, die jedoch ohne Befunde blieben.
- In diesen Zeitraum fielen auch die Überwachungen der Bauar-

beiten zur Überlandwasserleitung zwischen Wäscheneuren und Maitis.

- In der „Öde“ in Göppingen wurde im Vorfeld der Bauarbeiten zur neuen Westtangente eine umfangreiche Baggersondage durchgeführt. Es bestand der Verdacht, dass im Bereich des zukünftigen Trassenverlaufs weitere Gräber eines alamannischen Friedhofs zutage treten könnten.
- Nach dem Abriss des „Oetinger-Hauses“ in Göppingen konnten im Oktober 2006 bei den Aushubarbeiten in der Kellereistraße noch bis zu zwei Meter hoch erhaltene Mauerstrukturen der inneren Stadtmauer freigelegt und dokumentiert werden. Stadtgeschichtlich interessant sind auch die Funde neuzeitlicher Keramik.
- Im November 2006 wurden bei Bodeneingriffen im Bereich eines Neubaus der Kurklinik von Bad Boll die Reste von zwei hölzernen Wasserleitungen aufgedeckt und geborgen. Dendrochronologische Datierungen beweisen, dass man die ältere der beiden Leitungen im 16. Jahrhundert, die jüngere im 19. Jahrhundert verlegte.

Freilegung von Gewölbekellern im Areal der Ruine Hiltenburg bei Bad Ditzgenbach

Seit 2005 wird die Ruine Hiltenburg mit Mitteln der Gemeinde Bad Ditzgenbach und der Denkmalstiftung Baden-Württemberg sowie auch mit Spendengeldern umfassend renoviert. In den Jahren 2005 und 2006 wurden die Sanierungsarbeiten durch die Kreisarchäologie Göppingen begleitet.

Bei der Freilegung von zwei großen Gewölbekellern und der Teilaufdeckung eines kleineren Kellerraums an der südwestlichen und südöstlichen Umfassungsmauer wurden zahlreiche Funde geborgen, die das Leben auf der mittelalterlichen Burg widerspiegeln. Eine große Zahl von Keramikfragmenten verteilt sich auf die Zeit des 13. bis 16. Jahrhunderts, also den Zeitraum von der Errichtung bis zur Zerstörung der helfensteinischen Residenz und Festung im Jahr 1516. Ofenkacheln sind Indizien für die Ausstattung wichtiger Räumlichkeiten mit Öfen. Die Funde von Scherben hochwertiger Gläser und rotbemalter Feinkeramik, das Fragment eines Signalhorns und ein Armbrustbolzen weisen auf eine herrschaftliche Hofhaltung hin.

Einzelne Bruchstücke von Handgeformter Gefäße belegen, dass der „Schlossberg“ bereits im beginnenden ersten Jahrtausend vor Christus erstmals besiedelt war.

Spuren der Göppinger Stadtbefestigung im „Roth-Carré“

Im Rahmen der Neubebauung des „Roth-Carrés“ wurde 2006 ein Teil des alten Gebäudekomplexes von 1953 abgerissen. Bei den Aushubarbeiten für den Neubau stieß der

Bagger am Südrand der Baugrube auf die Reste eines Gebäudes, das zu der vorstädtischen Bebauung des ausgehenden Mittelalters gehörte. Unweit dieser Fundamentierung trat ein gewaltiger, zwei Meter breiter Mauerzug aus exakt



Zu den bedeutenden Funden im Göppinger „Roth-Carré“ gehört ein kleiner Wasserhahn aus Bronze.

FOTO K. BODE



Bei Bauarbeiten im „Roth-Carré“ konnte die Kreisarchäologie hervorragend erhaltene Reste der Göppinger Stadtbefestigung freilegen und dokumentieren.

geschnittenen Sandsteinquadern zutage. Bei diesem Befund handelt es sich um ein bisher unbekanntes Vorwerk, das im Verlauf der Neuzeit als Flankenschutz für das Obere Tor angelegt wurde.

Die Grenze zwischen dem „Roth-Carré“ und dem Areal der Stadtkirche bildet bis heute der Verlauf der äußeren Stadtmauer, die hier auf einer Länge von 55 m freigelegt werden konnte.

Auf einem 2,30 m breiten Fundamentsockel folgte die 1,80 m breite Sandsteinmauer, die nach dem Stadtbrand von 1782 bis auf eine Resthöhe von 1,40 m geschleift durch eine schmalere Mauer ersetzt wurde. Zur Entwässerung legte man vor der äußeren

Mauer einen Graben an, der durch einen Kanal im Fundamentsockel mit dem eigentlichen Stadtgraben verbunden war. Nach 1782 wurde im Bereich des inzwischen zugemauerten Kanals ein Brunnen gebaut, der nach Aussage der Funde in der Verfüllung noch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in Betrieb war. Bei den Freilegungsarbeiten konnte ein interessantes Spektrum an spätmittelalterlichen und neuzeitlichen Gefäß- und Ofenkachelbruchstücken geborgen werden. Vom Alltagsleben in Göppingen vor dem zweiten Stadtbrand erzählen auch Scherben von Gläsern, Knochen von Haus- und Wildtieren sowie einzelne Metallobjekte, darunter ein bronzener Wasserhahn mit einem Griff in Form eines Hahns.

Neue Ausgrabungen im Fischsaurierfriedhof Eislingen

Bereits 2003 konnte die als Fischsaurierfriedhof Eislingen be-

kannt gewordene Fossillagerstätte auch im Bett des Meerbachs bei Lerchenberg lokalisiert werden. Dabei gelang es, zahlreiche Knochen vom Skelett eines Meereskrokodils sicherzustellen, die durch die Erosionswirkung des fließenden Gewässers freigespült worden waren. Zur vollständigen Bergung aller Knochen dieses sehr gut erhaltenen Meereskrokodils führte die Kreisarchäologie Göppingen mit Unterstützung des Natur- und Umweltschutzes am Landratsamt, der Stadt Göppingen, des Technischen Hilfswerks sowie der Baufirmen Leonhard Weiss und Hermann Lang im August 2005 eine weitere Ausgrabung durch. Zusammen mit Tübinger, Stuttgarter und Münchner Geologiestudenten, ehrenamtlichen Helfern und Schülern wurde eine 60 m² große Fläche untersucht. Dabei konnten auch ein weiteres Fischsaurierskelett und Knochen von Flugsauriern aufgedeckt und geborgen werden. Im Bereich der eponymen Fund-

stelle fand im September 2006 unmittelbar nördlich der B10-Trasse bei Eislingen noch einmal eine kleinere Untersuchung statt. Neben den Skelettteilen kleinerer und größerer Meereslebewesen ist vor allem das durch die Strömung verzogene Skelett eines kleineren Meereskrokodils hervorzuheben. Mit den Ausgrabungen der Jahre 2005 und 2006 sind die umfangreichen Geländearbeiten zur Erkundung des Fischsaurierfriedhofs Eislingen zunächst einmal abgeschlossen. Sollten bei zukünftigen Baumaßnahmen jedoch weitere Bereiche dieser einzigartigen Fossillagerstätte durch die Baumaschinen gefährdet sein, so müssen selbstverständlich baubegleitende Ausgrabungen und Fundbergungen eingeleitet werden. Die umfangreiche wissenschaftliche Auswertung des gesamten Fund- und Datenmaterials erfolgt an Forschungseinrichtungen in Deutschland, England und der Schweiz. Diese vielfältigen und komplizierten Untersuchungen werden sicher noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Sammlungen und Funde

Am 1.2.2005 verstarb der Göppinger Antikensammler Albert Doxie nach schwerer Krankheit. Seine umfangreiche Privatsammlung überignete er dem Landkreis Göppingen mit dem Wunsch, dass diese von der Kreisarchäologie aufbereitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Die Sammlung enthält herausragende Fundobjekte aus vier Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte, die Albert Doxie seit den Fünfziger Jahren bei seinen ausgedehnten Reisen im



Ausgrabung eines Meereskrokodils in der Fundschicht des Fischsaurierfriedhofs Eislingen am Meerbach bei Bartenbach-Lerchenberg.



Byzantinisches Reliquienkreuz aus Bronze mit graviertem Orantenfigur des Johannes zwischen Palmwedeln (10./11. Jahrhundert), Sammlung Albert Doxie

FOTO K. BODE

Vorderen Orient erstanden hatte. Das einzigartige Fundgut wird nun in der Kreisarchäologie katalogisiert, zeitlich geordnet und für eine zukünftige Dauerpräsentation sowie für eine Publikation vorbereitet.

Im gleichen Jahr konnte auch der Kontakt zu den Angehörigen des bereits vor längerer Zeit verstorbenen Sammlers Manfred Geiger hergestellt werden, dessen Funde sich bis jetzt noch in Familienbesitz befinden. Zunächst wurden mehrere gut erhaltene Fundobjekte erfasst, die bereits lange vor Inkrafttreten des Denkmalschutzgesetzes im Landkreis Göppingen bei Bauarbeiten zutage traten.

Geländebegehungen

Eine äußerst wichtige Aufgabe ist das Begehen fundverdächtiger Zonen im Gelände. Deshalb sind auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter Marlies Barteit-Klopp, Hans Hagl und Winfried Poldrack zu jeder Jahreszeit im Gelände unterwegs und suchen systematisch abgeerntete Felder und Baugebiete ab. Ihrem Fleiß verdankt die Kreisarchäologie zahlreiche Funde und die Lokalisierung neuer Fundplätze. Auch bekannte Fundstellen werden regelmäßig begangen, um den Grad der Zerstörung durch landwirtschaftliche Bodenbearbeitung abschätzen zu können. Das aufgesammelte Fundmaterial gelangt in die Kreisarchäologie und wird dort zunächst von Irene Hirsch gereinigt und zur Inventarisierung vorbereitet.

Archäologie und Schule

Inzwischen besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kreisarchäologie, dem Schulamt und den Schulen im Landkreis Göppingen. Zum einen werden Unterrichtsstunden mit Projekten verbunden, in deren Rahmen die Schüler die Arbeitsmethoden der Archäologen kennen lernen. Im Rahmen experimenteller Versuche werden dabei auch steinzeitliche Werkzeuge nachgebaut und in praktischer Anwendung auf ihre Funktionalität getestet. Zum anderen halten die Mitarbeiter des archäologischen Arbeitskreises an den Schulen Vorträge zu ihren Spezialgebieten. Wie etwa in der Arbeitsgruppe „Projekte regional“ erarbeiten Lehrer und Wissenschaftler gemeinsam die Themen zum Projektunterricht.

„Die Steinzeit in die Schule holen“ – der Steinzeitkoffer macht es möglich!

Mehrere Projektwochen führten in der Hermann-Hesse-Realschule zur Gründung einer Archäologie-AG. Die Schüler äußerten den Wunsch, steinzeitliche Gerätschaften, Waffen und Schmuck selbst herzustellen. Dabei entstand dann auch die Idee, einen Steinzeitkoffer für den Unterricht zu entwickeln. Die Erarbeitung einer Konzeption für einen solchen Koffer war Teil des Schülerprojekts „Suchen, Finden und Erleben – eine archäologische Denkmaltour im Albvorland“. Finanzielle Unterstützung erhielt das Projekt durch den Förderpreis der Kreissparkasse Göppingen im Jahr 2005. Seit 2006 verleiht nun die Kreisarchäologie einen umfangreich ausgestatteten Steinzeitkoffer, mit dessen spannendem Inhalt sich Urgeschichte spielerisch in Schulen, Kindergärten und Vereinen vermitteln lässt. Zu finden ist die gesamte Bandbreite rekonstruierter und einsatzfähiger Waffen, Werkzeugen, Gefäße und Schmuckobjekte verschiedener steinzeitlicher Epochen. Dazu gehören auch Erläuterungen zur Benutzung und Herkunft dieser Objekte, die selbstverständlich nicht aus Plastik, sondern aus echtem Feuerstein, Knochen, Holz, Geweih und Ton gefertigt sind!

Das gesamte Projekt, zu dem neben den handwerklichen Arbeiten auch Geländeexkursionen gehörten, wurde von Winfried Poldrack und Marlies Barteit-Klopp betreut

„Die Steinzeit in die Schule holen“ – unter diesem Motto wandert der Koffer seither ständig von Schule zu Schule sowie auch in Kindergärten

ten und bereichert sogar die Schülerferienprogramme!

Schüler entdecken die Forschung

Völlig anders als die Schüler der Hermann-Hesse-Realschule agiert die Archäologie-AG am Mörike-Gymnasium in Göppingen unter der Leitung von Ewald Locher. 2005 sollten die Schüler gezielt an archäologische Themen und somit an Methoden kulturhistorischen Arbeitens herangeführt werden. Schrittweise setzten sich die Schüler mit archäologischen Fundstellen und Fundmaterialien auseinander, führten Analysen durch und lernten, wie diese Geschichtsquellen aus dem Archiv „Boden“ gelesen werden können.

Grabungspraxis, das bedeutet freilegen, dokumentieren und bergen, bekamen die Schüler bei verschiedenen Ausgrabungen der Kreisarchäologie. Unter der Leitung von Marlies Barteit-Klopp wurde auch eine Fundbergung bei Erschließungsarbeiten für ein Neubaugebiet in der Flur „Kirchenäcker“ bei Göppingen-Holz-

heim durchgeführt. Dabei suchte die Archäologie-AG des Mörike-Gymnasiums das gesamte Gelände ab und barg verschiedene steinzeitliche, römische und mittelalterliche Fundobjekte. Zurück in der Schule wurde das Fundgut gesäubert, maßstabsgetreu ge-

zeichnet, mit Hilfe von Fachliteratur bestimmt und datiert. Die Ergebnisse sind in einem kleinen Beitrag im Historischen Jahrbuch für den Kreis Göppingen, Hohenstaufen/Helfenstein 14, 2004 (2006), S. 196 ff., veröffentlicht.



Präsentation des Steinzeitkoffers auf Schloss Filseck mit Marlies Barteit-Klopp M.A., Dr. Reinhard Rademacher, Winfried Poldrack sowie Schülerinnen und Schülern der Archäologie-AG des Mörike-Gymnasiums Göppingen

FOTO G. BARTEIT

Eislingen im Fischsaurier-Fieber: Retrospektive auf die Jurameer-Ausstellung 2006

Zwischen dem 2. September und dem 12. November 2006 beherrschten urzeitliche Meereslebewesen in allen erdenklichen Größenordnungen und Formen die Stadthalle von Eislingen/Fils. Mit einer feierlichen Finissage und vielen Ehrengästen schloss die Ausstellung „In einem Meer vor unserer Zeit – Das Jurameer vor 181 Millionen Jahren“ in den Abendstunden des 12. Novembers nach zweiwöchiger Verlängerung endgültig ihre Tore. Ausstellungsmacher wie Veranstalter konnten eine äußerst positive Bilanz ziehen, hatte die Jurameer-Schau doch 51037 Besucher angelockt und in

ihren Bann gezogen. Die Ausstellung wurde von der Stadt Eislingen, dem Landkreis Göppingen und der Eberhard Karls Universität Tübingen getragen. Hinter den Ausstellungsmachern Katja Bode, Reinhard Rademacher und Philippe Havlik lagen nicht allein zehn arbeitsintensive Ausstellungswochen, sondern mehr als zwei Jahre akribischer Arbeit, um diese Schau zu konzipieren, umzusetzen und ihr sozusagen das Leben einzuhauen, das ihr schließlich eine derart hohe Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit beschert hat. Das gewaltige Interesse sowohl an den Ausgrabungen im Bereich der als

Fischsaurierfriedhof Eislingen bekannt gewordenen Fossilagerstätte als auch an den zusätzlich präsentierten Funden aus den Beständen des Instituts für Geowissenschaften der Universität Tübingen, der Bayerischen Staatssammlungen und des Umwelt-Museums Hauff hat die Erwartungen der Ausstellungsmacher, Veranstalter, Förderer und Sponsoren nicht nur erfüllt, sondern auch übertroffen. Es hat sich gezeigt, dass die Konzeption wie auch die Umsetzung und Durchführung den Ansprüchen und Erwartungen der Besucher entsprach. Die äußerst positiven Beurteilungen der Besu-



Der Schlangenhals-Saurier zog die Besucher in seinen Bann.

FOTO K. BODE

cher belegen, dass der richtige Weg gefunden wurde, dieses spezielle erdwissenschaftliche Thema vor allem für Laien und hier besonders für Zielgruppen wie Familien, Kinder, Jugendliche und Schulklassen allgemeinverständlich darzustellen und zu vermitteln. Nicht zu unterschätzen war jedoch auch das Interesse von Vereinen, Firmen und Verwaltungseinrichtungen, die in großer Zahl die Eislinger Ausstellung besuchten.

Es ist einer, man darf wohl sagen perfekten und vielfältigen Öffentlichkeitsarbeit zu verdanken, dass die Besucher nicht allein aus der unmittelbaren Umgebung, also aus der Region Göppingen, sondern aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland und aus dem benachbarten Ausland anreisten. Hierbei hat es sich als richtig erwiesen, für den Marketingbereich die Firma MPS International zu betrauen. Mit diesem Schritt war es auch möglich, die Südwestpresse Ulm / Neue Württembergi-

sche Zeitung als Medienpartner zu gewinnen. Diese Medienpartnerschaft unter der Ägide von Rüdiger Gramsch, Mario Bayer und Helmut Hartmann hat in starkem Maße dazu beigetragen, dass der gesamte südwestdeutsche Raum auf die Ausstellung in Eislingen aufmerksam wurde.

Eine Hauptvoraussetzung für die Verwirklichung des Ausstellungsprojekts war selbstverständlich die eindrucksvolle und vielfältige Unterstützung durch Partner, Förderer, Sponsoren und Spender – den Erfolg dürfen auch sie sich auf die Fahnen schreiben und ihnen allen gilt Dank und Anerkennung sowohl der Ausstellungsträger als auch der Ausstellungsmacher!

Das umfangreiche Rahmenprogramm zur Ausstellung wurde von den Besuchern in vollem Umfang angenommen. Vor allem der Klopffplatz für Kinder und eine kleine Ausgrabung am Originalfundplatz nahe der B10 fanden großen Zuspruch. Von vielen Besucher-

gruppen wurde auch die Möglichkeit wahrgenommen, den vom Förderverein Eislinger Saurierfunde e.V. betreuten Lehrpfad zu besuchen. Besondere Events wie ein Präparationswochende für Kinder und eine Vortragsreihe mit namhaften Geowissenschaftlern aus Deutschland und aus England fanden ebenfalls großen Anklang bei den Ausstellungsgästen. Darüber hinaus entwickelte sich der Ausstellungsshop zu einem Anziehungspunkt mit einem breitgefächerten Angebot, das den Wünschen des Publikums entgegen kam. Der informativ und professionell gestaltete Begleitband zur Ausstellung fand großes Interesse bei den Besuchern, die sich auch vom außergewöhnlichen Ausstellungsdesign stark beeindruckt zeigten. Zum Erfolg trugen nicht zuletzt die geschulten studentischen Führungskräfte sowie der Einsatz einer Reihe von erfahrenen Mitarbeitern der Eislinger Stadtverwaltung bei.

Beeindruckend und einzigartig war das enorme ehrenamtliche Engagement während der langen Vorbereitungsphase und vor allem während der Ausstellungszeit. Nach anfänglichen Anlauf- und Annäherungsproblemen haben sich sehr viele Eislinger Bürger sehr bald mit dem Ausstellungsprojekt als „Aushängeschild“ für ihre Stadt identifiziert. Das gleiche gilt jedoch auch für eine ganze Reihe von „auswärtigen“ Helfern. Stellvertretend sei an dieser Stelle auf die Mitglieder der Vereinigung der Freunde der Mineralogie und Geologie e.V. Ortsgruppe Stuttgart vorweisen. Auch die zu der wissenschaftlichen Vortragsreihe „Am Puls der Wissenschaft“ eingeladenen Experten leg-



Der Klopffplatz vor der Stadthalle wurde zum Eldorado für kleine Fossiliensammler.

FOTO K. BODE



Die fachkundigen Führungen entwickelten sich zum Publikumsrenner.

FOTO K. BODE

ten sich voll in's Zeug und begeisterten durch spannende Vorträge über ihre aktuellen Forschungsprojekte. So ließ sich ein weltweiter Bogen paläontologischer Highlights spannen, der vom Landkreis Göppingen bis nach China, Mexiko, Nordamerika und Afrika reichte.

Die große Jurameer-Ausstellung des Jahres 2006 in der Eislinger Stadthalle hat Modellcharakter und darf als absolut gelungenes Beispiel für eine erfolgreiche Kulturarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene, jedoch mit überregionaler Resonanz gewertet werden. Es wird deutlich, dass es durchaus möglich ist, nicht gerade alltägliche Themen wie die Erdwissenschaften auch außerhalb der typischen und bekannten Kulturzentren erfolgreich zu vermitteln und eine breite Öffentlichkeit zu animieren, sogar von weither anzureisen. Die Stadt Eislingen

und der Landkreis Göppingen haben hier ganz klar eine Vorreiterposition auch für die Kulturarbeit in anderen Städten und Landkreisen eingenommen. Die Entscheidung für diese Ausstellung war ein mutiger Schritt, der sich, wenn man die Besucherzahlen, die öffentliche Resonanz sowie die Bewertung durch Fachleute und Medien betrachtet, auf das Image und auf die Außenwirkung sowohl der Stadt Eislingen als auch des Landkreises Göppingen äußerst positiv auswirkt hat.

Der geologisch-landschaftskundliche Lehrpfad hat über die Ausstellung hinaus einen dauerhaften Platz im Tourismuskonzept des Landkreises gefunden. Er wird in Zukunft sicherlich auch im Rahmen der Unterrichtsgestaltung an den Schulen eine wichtige Rolle spielen. Nach wie vor wird in Eislingen darüber nachgedacht, den Fisch-

saurierfriedhof mit seinen herausragenden Fossilfunden durch eine museale Dauerpräsentation zu würdigen. Denkbar wäre etwa eine paläontologische Abteilung in einem Stadtmuseum, das die Identifikation der Bürger mit ihrer Heimatstadt fördern und darüber hinaus auch Besucher von nah und fern anlocken würde. Zunächst jedoch entsteht im Foyer der Stadthalle mit einzelnen Ausstellungsobjekten wie dem 3-D-Modell eines Eurhinosauriers eine kleine Jurameer-Schau, die den interessierten Lehrpfadbegehren und Besuchern einen kleinen, aber dennoch feinen Eindruck zum Thema Fischsaurierfriedhof Eislingen vermittelt. Der Begleitband zur Ausstellung eignet sich als Übersichtswerk zum Thema Jurameer und kann über das Kulturamt der Stadt Eislingen jederzeit bestellt werden.

Staufer-Stele in Hagenau

Seit Ende Oktober 2006 steht in Hagenau im Elsass, der Lieblingspfalz Kaiser Friedrichs II. von Hohenstaufen, eine weitere Staufer-Stele. Wie ihre beiden Vorgängerinnen im apulischen Fiorentino, der Sterbestätte des Kaisers, und auf der Stammburg Hohenstaufen ist sie achteckig und dem zum „Weltkulturerbe“ zählenden Castel del Monte im südstaufischen Apulien nachempfunden. Die Stelen auf dem Hohenstaufen und auf Castel Fiorentino verweisen auf Anfang und Ende der staufischen Herrschaft. Mit Hagenau beginnt die Idee der Stauferfreunde um Dr. Gerhard Raff sich zu einem Netzwerk von Erinnerungszeichen zu entwickeln. Dieses Netzwerk soll sinnfällig auf die europäische Bedeutung der staufischen Epoche hinweisen.

Sponsor der Stele ist die Salacher Firma Heldele. Bei einem Festakt enthüllte sie Bürgermeister Pierre Strasser, Landrat Franz Weber und Wilhelm Wahl, Geschäftsführender Gesellschafter der Firma Heldele. Beim anschließenden Empfang, den eine Mandolinengruppe umrahmte, sprach Landrat Franz Weber ein Grußwort. Er wies darauf hin, dass mit Friedrich I. Barbarossa und seinem Enkel Friedrich

II. zwei große Europäer in Hagenau ihre Lieblingsresidenz hatten.

Die Stele aus Vogesensandstein schuf der Stuttgarter Bildhauer Markus Wolf. Sie zeigt unter dem Symbol einer goldenen Kaiserkrone die Wappen des Reichs, des Stauferhauses und der Stadt Hagenau. Die Inschriften erinnern an die Gründung der Kirche St. Georg durch Herzog Friedrich II. und die

Erhebung Hagenaus zur Stadt durch seinen Sohn Kaiser Friedrich I. 1164. Hingewiesen wird außerdem auf die zahlreichen Aufenthalte Kaiser Friedrichs II. in der dortigen Pfalz. Dieser nannte das Elsass das geliebteste seiner Erbländer. Initiatoren und Förderer des Stelen-Netzwerks sind die Stauferfreunde Manfred Hartmann, Dr. Gerhard Raff, Dr. Karl-Heinz Rueß, Prof. Dr. Johann Heinrich von Stein und Walter Ziegler.



Landrat Franz Weber und Willi Wahl, Geschäftsführender Gesellschafter der Fa. Heldele, bei der Enthüllung der Staufer-Stele in Hagenau.

FOTO: VOLKER WÖHRLE

Stauferpreise 2006

Am 11. November 2006 wurden von der Stauferstiftung Göppingen die Stauferpreise verliehen. Die Verleihung bildete den Abschluss der von der Gesellschaft für staufische Geschichte alle zwei Jahre veranstalteten Göppinger Staufertage. Im Foyer des Landratsamts überreichte Artur Stang, der Leiter des Schulamts, die Staufer-Schülerpreise an verschiedene Klassen und Schülergruppen aus den Schulen des Kreisgebiets. In der Gruppe I (Klassen 3 bis 5) erhielt die Uhland-Grundschule Göppingen einen ersten Preis für die Dokumentation einer Projektwoche der gesamten Schule zum Thema „Leben im Mittelalter“. Der zweite Preis ging an die Klasse 3b der Schiller-Schule Eislingen für ihre selbst entworfenen Spiele zu dem Thema „Freizeitbeschäftigungen der Kinder zur Stauferzeit.“ In der Gruppe III (Klassen 9 bis 13) erhielt den ersten Preis die Landesfachklasse Metallbauer, Fachrichtung Gestaltung, der Gewerblichen

Schule Göppingen. Sie bildete die Heilige Lanze nach, eine wichtige Reichsinsignie, die zu den Reichskleinodien gehört. Den zweiten Preis teilten sich mit Einzelarbeiten die Schülerinnen und Schüler Vanessa Römer, Tina Rieg und Gregor Frölich vom Freihof-Gymnasium und dem Werner-Heisenberg-Gymnasium Göppingen. Umrahmt wurde die Feier vom Schulorchester der Raichberg-Realschule Ebersbach.

Anschließend verlieh die Stauferstiftung im Hohenstaufen-Saal die wissenschaftlichen Stauferpreise. Die 1994 gegründete Stiftung Göppingen ist eine Einrichtung der Kreissparkasse Göppingen. Über die Vergabe entscheidet ein Kuratorium dem renommierte Wissenschaftler des In- und Auslandes angehören. Vorstand der Stiftung sind Landrat Franz Weber und der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Jürgen Hilse. Die Geschäftsführung obliegt Kreisarchivar Walter Ziegler. Der mit

5.000 Euro dotierte angesehene Preis ging erstmals ins Ausland. Ihn erhielt der italienische Mittelalter-Historiker Prof. Dr. Dr. Cosimo Damiano Fonseca. Er leitet das von ihm gegründete internationale Forschungsinstitut über Friedrich II. in Castel Lagopesole. Den Preis nahm er aus den Händen des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Erwin Teufel entgegen. Glückwünsche überbrachte der Staatssekretär im Amt des italienischen Ministerpräsidenten, Prof. Glampaolo D'Andrea aus Rom. Den wissenschaftlichen Förderpreis überreichte Vorstand Jürgen Hilse an Dr. Jürgen Dendorfer aus München. Ausgezeichnet wurde seine Dissertation über das bedeutende Geschlecht der Grafen von Sulzbach, die im 12. Jahrhundert mit dem byzantinischen Herrscherhaus und den Staufern verschwägert waren. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Blechbläserquintett „Sparkling Brass.“



Die Preisträger der Landesfachklasse Metallbauer, Fachrichtung Gestaltung, der Gewerblichen Schule Göppingen mit der Nachbildung der Heiligen Lanze.



Übergabe des wissenschaftlichen Stauferpreises. Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel, der Preisträger Prof. Dr. Dr. Cosimo Damiano Fonseca, Landrat Franz Weber.

FOTOS: DIETER DEHNERT



Tag der Archive in Süßen

Am bundesweiten Tag der Archive 2006 erhielt das Stadtarchiv Süßen Zuwachs. Die Historikerin Dr. Heidrun Hofacker stellte der Öffentlichkeit den Archivbestand der Jahre 1933 bis 1976 vor. Für diese Arbeit war sie auf Vermittlung des Kreisarchivs im Rahmen eines Zeitvertrags von der Stadt Süßen angestellt worden. Im Kreisarchiv auf Schloss Filseck ordnete sie den 40 laufende Meter Akten umfassenden Bestand. Die 2 900 Aktenbüschel erschließt ein 307 Seiten umfassendes Archivinventar. In der Reihe der vom Kreisarchiv herausgegebenen Archivinventare des Landkreises Göppingen ist es Band 31. Der neue Bestand fügt sich nahtlos den aus 106 Metern bestehenden und bis ins 18. Jahrhundert zurückreichenden Archivalien der 1933 zur Gemeinde Süßen ver-

einigten Gemeinden Groß- und Kleinsüßen an. Diesen Altbestand hatte 1971 Kreisarchivar Walter Ziegler geordnet. Er übergab Bürgermeister Wolfgang Lützner das Archivinventar als Schlüssel zu diesem jüngeren Teil des Gedächtnisses von Süßen und damit den Bestand wieder in die Obhut der Stadt. Das Archiv der 1996 zur Stadt erhobenen Gemeinde befindet sich seit 1999 im alten Degenfeldschen Haus in der Bachstraße 44 in Süßen. Dort verwahrt werden auch eine große museale volkskundliche Sammlung und ein Teil der Kunststiftung Helmut Baumann, Göppingen.

Das Archiv und die Sammlungen betreut seit 1993 Werner Runschke als ehrenamtlicher Stadtarchivar. Bereits seit zwanzig Jahren hilft er

an zwei Tagen in der Woche ehrenamtlich im Kreisarchiv und in der Kreisarchäologie. Unentbehrlicher Helfer war er bei der durch das Kreisarchiv konzipierten und 2006 abgeschlossenen Neugestaltung der Dokumentation zur Geschichte von Filseck im Dachgeschoss des Schlosses. Diese finanzierte und betreut der Förderkreis Schloss Filseck. Außerdem wirkt Werner Runschke im Gralglasmuseum Dürna mit. Für seine außergewöhnlichen Verdienste um seine Heimatgemeinde Süßen ehrte ihn die Stadt im November 2006 mit ihrer höchsten Auszeichnung, der Johann-Georg-Fischer-Bürgermedaille. Zur Ehrung gratulierte Kreisarchivar Ziegler und sprach den Dank und die Anerkennung des Landkreises aus.

Postgeschichtliche Sammlung

Mit der Auflösung der bisherigen Strukturen im staatlichen Postwesen erhielt das Kreisarchiv vom Postamt Göppingen dessen „Postgeschichtliche Sammlung.“ Die kulturgeschichtlich bedeutsame Sammlung dokumentiert die durch Reformen im Laufe der Jahrzehnte zusammengeführten Bereiche der Postämter Göppingen, Geislingen, Kirchheim und Plochingen mit den ihnen unterstellten Postämtern und Poststellen.

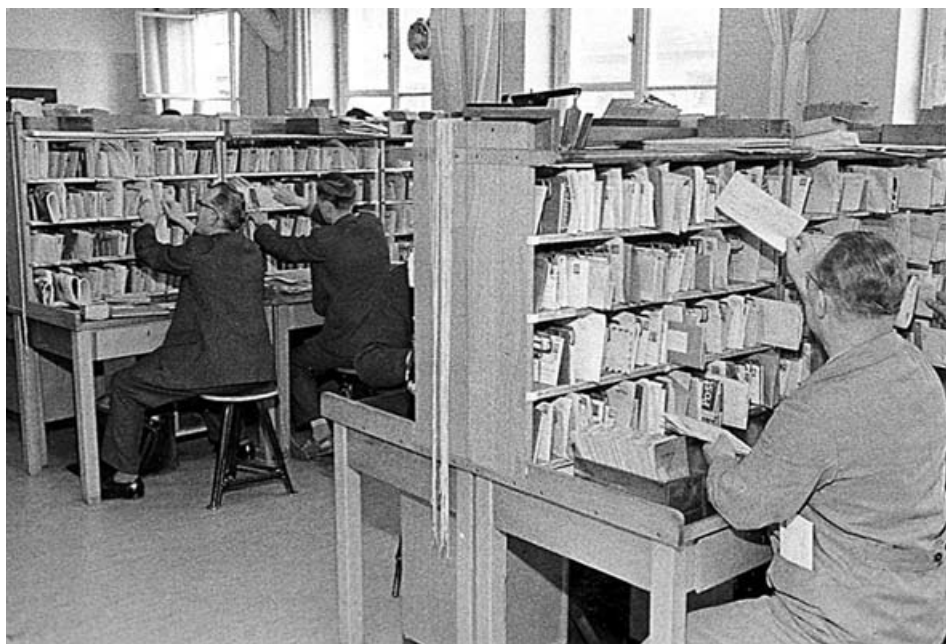
Für jeden Ort, der eine Poststelle besaß, ist die historische Entwicklung des Postwesens in unterschiedlicher Weise mit Originalen dokumentiert. Dokumente belegen die Einrichtung von Poststellen bzw. Telegraphenhilfsstellen. Von besonderer Bedeutung sind Aufzeichnungen, Schriftstücke und Erlasse aus der Frühzeit der königlich-württembergischen Post- und Telegraphenverwaltung, wie z.B. Süßen 1848, Weilheim 1858, Ditzgenbach 1859, Dettingen 1860 oder Zell u.A. 1864. Neben Dienstverträgen und Dienstbeschreibungen, Vergütungsfragen, Fotos und Vorgängen im Zusammenhang mit der Poststelle finden sich Unterlagen zu besonderen Vorfällen. Dazu gehören Probleme der Verpackung von Honigsendungen und der Postversorgung bei Zugverspätungen, Kassenangelegenheiten, Verletzungen des Postgeheimnisses, Strafsachen wegen Beseitigung und Unterschlagung von Briefen, Einbrüche in Poststellen, Entwendung

von Zigarren aus Postpaketen, Disziplinarverfahren wegen mangelhafter Stempelung oder Bubenstreiche mit dem Postfuhrwerk des Landboten. In Auswahl lassen sich nachweisen Briefmarken, Ortsstempel der einzelnen Postämter wie auch der Geislinger Estenpost,

Fotos der Posthalter, der Dienstgebäude und des Dienstbetriebs oder Zeitungsausschnitte. Besonders ausführlich dokumentiert sind die Postämter Geislingen und Göppingen, letzteres als NS-Musterbetrieb im Leistungskampf der Betriebe.



Letzte Paketzustellung mit Pferdegewand in Geislingen 1949



Zusteller in Geislingen beim Sortieren der Post 1963

Vertriebenentransporte 1945 bis 1947

Es war ein glücklicher Umstand, der bei der Sichtung von Akten in der Altregistratur des Ausgleichsamts zu mehreren abgeschabten Ordnern führte. Ihr Inhalt: Die Transportlisten von 46 Zügen mit denen Vertriebene aus den Ostgebieten und den deutschen Siedlungsräumen am Bahnhof in Göppingen ankamen. Zwischen dem 27. Oktober 1945 und dem 16. Juli 1947 trafen 28 544 Personen ein. Die Listen der Abschriften, zumeist auf schlechtem Papier, enthalten ihre Namen und Anschriften sowie eine Bescheinigung des Ausweisungslandes. Die Vertriebenen wurden zum großen Teil im Kreis Göppingen untergebracht, aber etwa auch nach Nürtingen, Bad Mergentheim, Esslingen, Crailsheim, Künzelsau oder Vaihingen weitergeleitet. Sechzig Jahre sind seitdem vergangen, viele Vertriebene nach Jahren der Mühen und des Wiederaufbaus gestorben und die Kinder im Rentenalter. Doch für Heimat- und Familienforscher sowie Historiker sind die Listen von außerordentlicher Bedeutung.

Der erste Transport umfasste Ostflüchtlinge. 14 Transporte kamen aus der CSR (Wigstadl/Troppau, Prachatitz, Neutitschein, Landskron, Policka, Holleischen, Eleonorenhain, Königinhof, Mährisch-Schönberg, Novaki/Slowakei), 6 aus Ungarn (Budaörs, Törökbalint, Grotendorf, Soroksár, Villány), 6 aus Süd-Mähren (Znaim, Neubi-

stitz, Kapplitz), 3 aus der Süd-Slowakei (Pressburg), 1 aus Südost-Böhmen, 3 aus dem Sudetengau (Brünn), 2 aus Jugoslawien, 1 aus Rumänien, 5 aus Ostpreußen, 4 aus Westpreußen, 3 aus Pommern, 5 aus Danzig und 2 aus Bessarabien. 4 Transporte gingen in das

Estenlager nach Geislingen und mit 2 Transporten kamen Displaced Persons (Ukrainer). Abgangsstationen waren auch die österreichischen Orte und Lager Villach, Eisenerz, Melk sowie Mallmsheim und Aalen/Wasseralfingen.



Ankunft eines Zuges mit Vertriebenen am Bahnhof Göppingen (Stadtarchiv Göppingen)

Zur Finanzlage des Landkreises

In den Jahren 2005 und 2006 stiegen die Sozialausgaben des Landkreises, die den größten Ausgabenblock darstellen, weiter an. Der Kreishaushalt ist zusätzlich immer noch von einer hohen Verschuldung belastet.

Zum 01.01.2005 trat die Verwaltungsstrukturreform in Kraft und die Arbeitsgemeinschaft mit der Agentur für Arbeit (SGB II - „Hartz IV“) begann mit der Arbeit. Aufgrund dieser Veränderungen erhöhte sich das Haushaltsvolumen um ca. 30 Mio. Euro. Das Haushaltsjahr 2005 schloss wegen nicht vorhersehbaren günstigeren Entwicklungen durch die Verwaltungsstrukturreform und SGB II besser ab als erwartet. So konnten unter anderem die Defizite der Jahre 2003 und 2004 der Kreiskliniken abgedeckt werden.

Auch das Haushaltsjahr 2006

schloss mit einem Überschuss durch Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land und der Grunderwerbsteuer sowie zurückgehende Kosten der Jugendhilfe ab, der ebenfalls zur Abdeckung der Defizite der Kreiskliniken verwendet wird.

Die Entwicklung der Kreisumlage

Der Landkreis finanziert seine Ausgaben hauptsächlich durch die Kreisumlage. Diese muss von den Städten und Gemeinden an den Kreis abgeführt werden. Der Hebesatz der Kreisumlage lag 2005 bei 43,1 v. H. und wurde im Jahr 2006 auf 42,4 v. H. gesenkt. Obwohl der Hebesatz des Landkreises Göppingen im Vergleich zu den anderen elf Landkreisen des Regierungsbezirks Stuttgart im Jahr 2006 an dritter Stelle lag, betrug das Aufkommen an Kreisumlage je Einwohner lediglich

315,91 Euro. Damit lag der Kreis im Vergleich der 11 Kreise nur an sechster Stelle. Bei der Steuerkraftsumme je Einwohner lag der Landkreis Göppingen im Jahr 2004 im Vergleich zu den anderen Landkreisen des Regierungsbezirks noch an sechster Stelle. Im Jahr 2006 fiel der Kreis auf Rang Zehn ab.

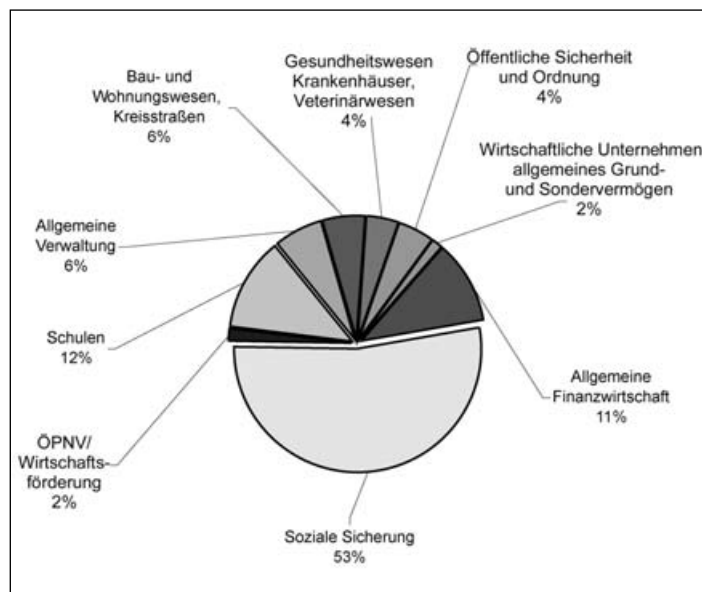
Im Jahr 2007 konnte der Hebesatz auf 41,3 v. H. reduziert werden.

In den Grafiken sind die wesentlichen Einnahme- und Ausgabeblöcke des Gesamthaushalts 2007 dargestellt. Deutlich erkennbar ist der „Löwenanteil“, den die Sozialausgaben des Kreises ausmachen. Im Schaubild „Vergleich der Kreisumlage und der Sozialausgaben“ ist deutlich der direkte Zusammenhang zwischen der Steigerung der Sozialausgaben und der Höhe der Kreisumlage zu erkennen.

Wofür verwendet der Landkreis sein Geld?

Ausgaben

Soziale Sicherung	104.640.593 €
ÖPNV/ Wirtschaftsförderung	3.190.414 €
Schulen	24.360.754 €
Allgemeine Verwaltung	12.818.692 €
Bau- und Wohnungswesen, Kreisstraßen	11.070.537 €
Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Veterinärwesen	8.230.232 €
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	8.824.671 €
Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	3.122.480 €
Allgemeine Finanzwirtschaft	21.260.617 €
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	682.008 €
Gesamt	198.200.998 €

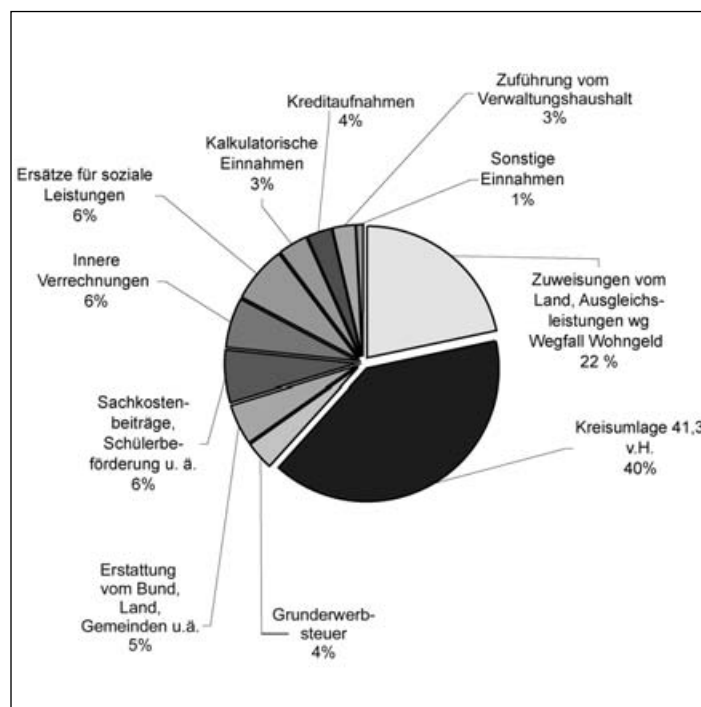




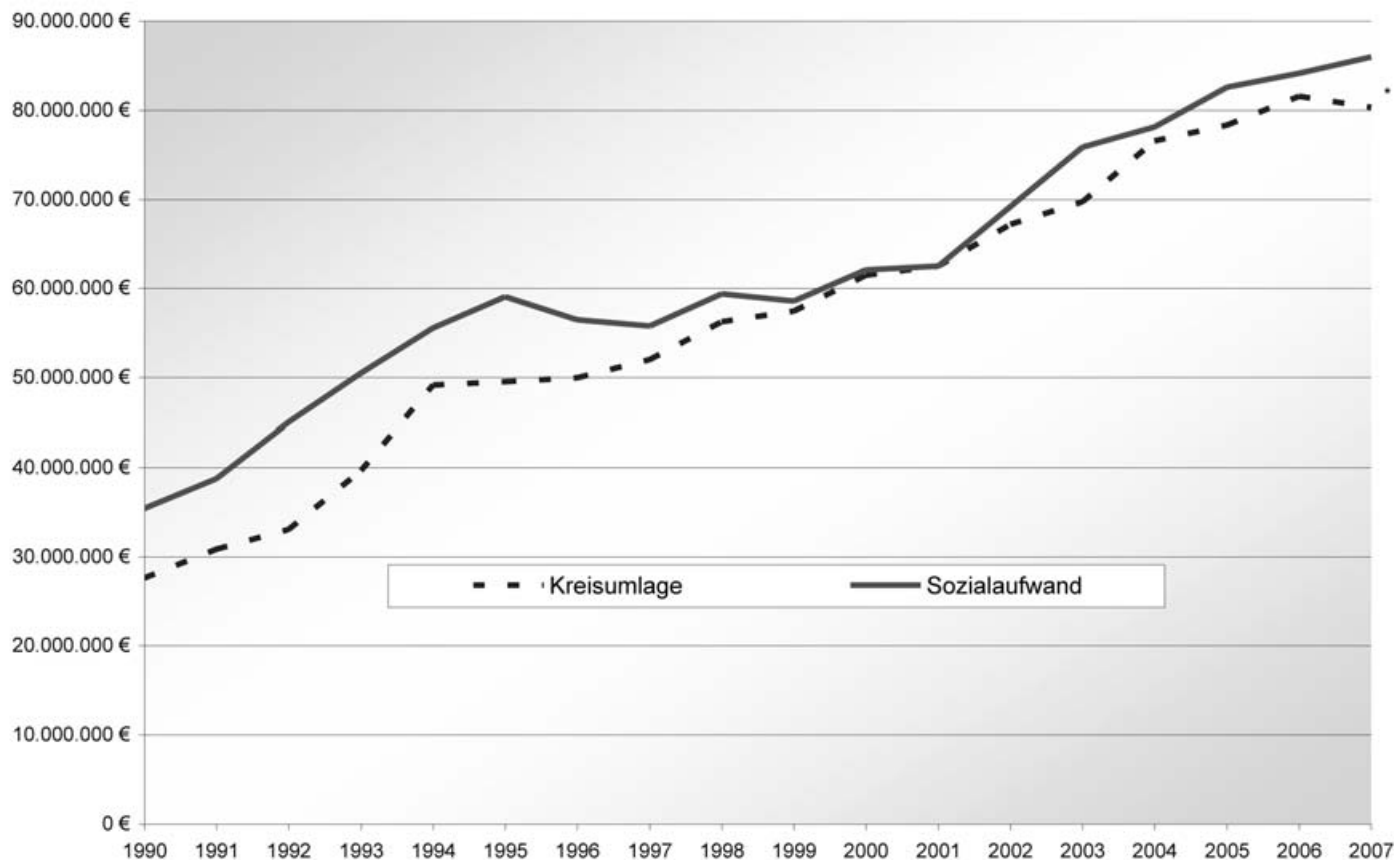
Woher erhält der Landkreis sein Geld?

Einnahmen

Zuweisungen vom Land,	
Ausgleichsleistung vom Land wg.	
Wegfall Wohngeld u.a.	42.825.192 €
Kreisumlage 41,3 v.H.	79.352.212 €
Grunderwerbsteuer	7.000.000 €
Erstattungen vom Bund, Land,	
Gemeinden u.ä.	10.224.119 €
Sachkostenbeiträge,	
Schülerbeförderung u.ä.	12.424.495 €
Innere Verrechnungen	12.101.284 €
Ersätze für soziale Leistungen	13.837.680 €
Kalkulatorische Einnahmen	7.104.963 €
Kreditaufnahmen	6.100.000 €
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	5.463.810 €
Sonstige Einnahmen	1.767.243 €
	198.200.998 €



Vergleich der Entwicklung der Kreisumlage und der Sozialausgaben



Planen und Bauen für den Landkreis

Im Berichtszeitraum wurden vom Kreishochbauamt u. a. folgende größere Baumaßnahmen durchgeführt:

Fertigstellung der Erweiterung des Sonderschulzentrums

Das Sonderschulzentrum wurde in den Jahren 2003 bis 2005 durch einen Erweiterungsbau vergrößert. Die Planung erfolgte durch den 1. Preisträger des Architektenwettbewerbs, die Architekten h4a Gesert und Randecker aus Stuttgart. Für die Projektsteuerung und die Bauleitung war das Kreishochbauamt verantwortlich. Im Erdgeschoss der Erweiterung sind die Räume der Bodelschwingh-Schule und ein Gymnastikraum, der sich zur Eingangshalle hin öffnen lässt, untergebracht, während im Ober-



Symbolische Schlüsselübergabe bei der Einweihung der Erweiterung des Sonderschulzentrums v.l.n.r.: die Architekten Trefzer und Randecker von h4a, Landrat Weber

geschoss ein Lehrerzimmer, ein Lehrmittel- und ein Besprechungsraum der Bodelschwingh-Schule sowie Klassenräume für die Wilhelm-Busch-Schule vorhanden

sind. Das Gebäude nutzt das Gefälle in der Topographie, ist im Erdgeschoss mit der Nordseite in den Hang eingegraben und mit einem Gründach überdeckt, sodass von Norden nur das kleinere Obergeschoss sichtbar ist. Der Bezug durch die Schulen erfolgte Ende Februar 2005. Die feierliche Einweihung fand am 24. Juni 2005 statt. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betrugen ca. 5,6 Mio. Euro.



Luftaufnahme von Südwesten, im Vordergrund der Schulerburg-Kindergarten. In der Bildmitte der langgestreckte Erweiterungsbau, vorne rechts der „Altbau“ der Bodelschwingh-Schule. Oben die ehemaligen Übergangswohnheime, jetzt Außenstellen des Landratsamtes.

Umbau des Landwirtschaftlichen Schulzentrums in der Pappelallee in ein Verwaltungszentrum

Das ehemalige Landwirtschaftliche Schulzentrum besteht aus 3 Gebäudeteilen. Im nördlichen Teil ist das Landwirtschaftsamt und im südlichen Teil die Krankenpflegeschule der Klinik am Eichert untergebracht. Die Schulräume im östlichen



Verwaltungszentrum Pappelallee, Ostflügel

Teil waren bis August 2004 vermietet, während in den dortigen Büroräumen Mitarbeiter des Landwirtschaftsamtes untergebracht waren. Der nördliche und der östliche Gebäudeteil wurden in den Jahren 2004 und 2005 umgebaut. Im nördlichen Teil wurden zusätzliche Büroräume und ein Rollregallager eingebaut, sodass alle Mitarbeiter des Landwirtschaftsamtes dort untergebracht werden konnten. In den großen Schulräumen im östlichen Gebäudeteil wurden durch den Einbau von Bürotrennwänden Büros geschaffen. Außerdem wurde der gesamte Gebäudeteil generalsaniert (neue Fenster, Böden, Decken, WC-Anlagen, Sanitärräume, Heizungs-

stallation, Beleuchtung, Elektro- und EDV-Installation usw.) Die Baumaßnahmen mit Gesamtkosten in Höhe von ca. 855.000,- Euro wurden im Sommer 2005 abgeschlossen, sodass im Erdgeschoss das Veterinäramt und im Obergeschoss der Wirtschaftskontrolldienst einziehen konnten. Sowohl das Landwirtschaftsamt als auch der Wirtschaftskontrolldienst kamen durch die Ämterreform des Landes zum 01.01.2005 zum Landkreis.

Sanierung der Nord- und Südfassade des Landratsamtes

Aufgrund mangelhafter Wärmedämmung und nicht mehr dicht schließender Fenster wurden die Süd- und die Nordfassade des Landratsamtes im Jahr 2006 komplett saniert, nachdem die West- und die Ostfassade des Gebäudes schon vor Jahren erneuert wurden. Die Arbeiten wurden in den klimatisch günstigen Monaten April bis September durchgeführt. Die Maßnahme war technisch und logistisch relativ anspruchsvoll. So mussten zunächst die vorhandenen vorgehängten Betonfertigteileplatten gesichert, abgetrennt und mittels Autokran entfernt werden, um die Aufbringung eines Wärmedämmverbundsystems zur Verbesserung des Wärmeschutzes anbringen zu können. Anschließend konnten die alten Fenster ausgebaut und die neuen Fenster eingebaut werden. Um zu gewährleisten, dass kein Büro über Nacht offen steht, wurden je eine halbe Etage pro Tag geöffnet und wieder geschlossen. Außerdem wurden im Zuge dieser Maßnahmen die freiliegenden Betonträger im 7. Obergeschoss saniert. Der Investitionsaufwand für die Sanierung betrug ca. 512.000 Euro. Damit



Verwaltungszentrum Pappelallee, Büro im Obergeschoss



Landratsamt Fassadensanierung – Demontage der Beton-Fertigteileplatten



Landratsamt Fassadensanierung – Demontage der Beton-Fertigteilplatten

befinden sich nun alle vier großen Fassaden des Landratsamtes technisch und energetisch in einem optimalen Zustand.

Klinik am Eichert – Flachdachsanierung über dem Erdgeschoss

Schon im Jahr 2003 stellte sich heraus, dass ein Großteil der Dachflächen über dem Erdgeschoss schadhaft ist. In einem Gutachten wurde festgestellt, dass die Wärmeisolierung erheblich durchfeuchtet war und ein Eindringen von Feuchtigkeit in den Innenraum nur durch die noch weitgehend intakte Dampfsperrschicht auf der Rohdecke verhindert wurde. Weil akuter Handlungsbedarf vorlag, wurden die Sanierungsarbeiten ausgeschrieben

und in den Jahren 2004 und 2005 mit einem Gesamtaufwand von ca. 1,35 Mio. Euro ausgeführt. Bei der Sanierung wurde aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen eine extensive Dachbegrünung aufgebracht, die auch eine optische Aufwertung des Gebäudes beim Blick aus den Obergeschossen darstellt. Außerdem wurde die Wärmedämmung erheblich verbessert. Im Bereich vor der Entbindungsstation wurde in diesem Zusammenhang ein Freibereich für Patienten und Angehörige mit einer intensiven Begrünung hergestellt.

Einbau von Reinräumen in der Zentralapothek der Klinik am Eichert Göppingen

Für die Herstellung von Zytostatika für Chemotherapien und Parenteralia für die Versorgung der Frühgeborenen- und Kinderintensivstation mit Mischinfusionen, Fettzubereitung und Medikamenteninfusionen wurden in der Zentralapothek der Klinik am Eichert Reinräume eingerichtet. Dies war zur Einhaltung nationaler sowie internationaler Qualitätsstandards (GMP) und um eine reibungslose

Behandlung der Patienten zu gewährleisten, erforderlich. So werden in der Klinik am Eichert mittlerweile über 9000 Chemotherapien pro Jahr zubereitet. Weil bei der Planung die vorhandenen organisatorischen Abläufe der Apotheke integriert wurden, konnte auf eine Erweiterung des Gebäudes verzichtet werden. Durch die Herstellung einer staubdichten Abschottung konnten die Arbeiten bei laufendem Betrieb in der Apotheke ausgeführt werden. Die Herstellung von Reinräumen ist relativ aufwändig. Zur Erschließung der beiden Zubereitungsräume in der Reinraumklasse „B“ sind mehrere Schleusen, abgestuft in den Reinraumklassen „C“ und „D“ vorgeschrieben. Dabei sind in jedem Raum besondere Druckverhältnisse erforderlich, um die Übertragung von Verunreinigungen über die Raumluft beim Öffnen der Türen zu verhindern. Außerdem musste vor die vorhandene Außenwand eine zweite Wand in Reinraumqualität gebaut werden. Durch den sehr hohen technischen Aufwand, u. a. auch der Lüftungsanlage und der technischen Ausstattung, waren Investitionskosten in Höhe von ca. 600.000 Euro erforderlich.



Klinik am Eichert – Luftaufnahme von Süd-Westen. Unten links im Bild: Dachterrasse vor der Entbindungsstation (rund). Sanierte Dachflächen über dem Erdgeschoss mit extensiver Dachbegrünung



Klinik am Eichert – Reinraum in der Zentralapothek mit Blick durch die vorgesetzte Wand auf die Fassade.

JAMP: Jugendarbeit mit Profil

Das Kreisjugendamt Göppingen hat in der Umsetzung seines Planungsauftrages zur Jugendhilfeplanung nach § 80 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) ein Planungskonzept entwickelt. Dieses Konzept ist sehr stark am Gedanken der Prävention und der Aktivierung der Selbsthilfekräfte von Jugendlichen und Erwachsenen im Ort ausgerichtet. Es enthält verschiedene Bausteine, wie z.B. die Einrichtung von Runden Tischen. Durch die Beschäftigung mit verschiedenen Fragestellungen soll die Jugendarbeit vor Ort qualifiziert weiterentwickelt werden: Wie ist die momentane Situation der Kinder und Jugendlichen? Welche Bedarfe sehen die Akteure? Was muss sich konkret verändern?

Das Kreisjugendamt unterstützt die in den Städten und Gemeinden tätigen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen der Jugendarbeit in der Umsetzung dieser verschiedenen, aufeinander aufbauenden Qualitätsbausteinen z.B. in Form von Beratung und Coaching im Prozessverlauf, durch Begleitung in Krisen, durch die Entwicklung und Vermittlung von Methodenbausteinen. Hierbei können die Akteure in der Gemeinde direkte, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Fortbildungen in Anspruch nehmen, wie z.B. zur Moderation von Sitzungen und Veranstaltungen oder zur Finanzierung von Projekten.

Dieses Konzept wurde in Heiningen als Modellgemeinde erfolgreich

erprobt und weiterentwickelt. In einer Auftaktveranstaltung am 15.11.2006 wurde JAMP der Öffentlichkeit (interessierten Bürgermeistern, Verwaltungsmitarbeiter/-innen sowie Haupt- und Ehrenamtlichen aus der Jugendarbeit) vorgestellt. An dieser Infoveranstaltung auf Schloss Filseck nahmen ca. 40 Interessierte teil. Die große Resonanz und direkte positive Rückmeldungen deuteten auf ein großes Interesse der Teilnehmer/-innen hin, für die Jugendarbeit neue Wege zu diskutieren und zu erproben. Seit November 2006 wurde in den Gemeinden Heiningen, Wäschenbeuren, Wangen und Lauterstein mit der Umsetzung begonnen.



JAMP Ein Konzept vorbeugender Jugendhilfeplanung im Landkreis Göppingen

Jugendarbeit mit Profil

JAMP

JAMP bietet den Gemeinden im Landkreis Göppingen ein Dienstleistungsangebot an, welches die Gemeinden bei der Durchführung von eigenen Planungsprozessen für Kinder und Jugendliche unterstützt.

„Kompetenzbörse“

Hintergründe

Ab dem Frühjahr 2007 startet, nachdem in 2006 die Vorarbeiten beendet werden konnten, das neue, regionale Internet-Portal stichwort-jugend.de, eine Kompetenzbörse für Jugendliche. Das Projekt wird aus Mitteln des Innovationsprogramms Jugendmedienarbeit des Landes Baden-Württemberg finanziert. Die Federführung liegt beim Kreisjugendamt Göppingen, Kooperationspartner ist der Kreisjugendring Göppingen e.V.

Wie funktioniert diese Kompetenzbörse?

Die vielfältigen Träger der Jugendarbeit vermitteln die unterschiedlichsten Fähigkeiten und stellen Arrangements zur Verfügung, in denen sich Jugendliche selbstinitiativ, aber auch unter Anleitung treffen, planen und handeln können.

Jugendarbeit selbst bietet Mitmachmöglichkeiten, Kurse, Praktika, Aktionen und Projekte an, vermittelt aber auch Kontakte, Ressourcen und Lernchancen. Hier finden sich in ausdifferenzierter Form Lern- und Übungsmöglichkei-

ten für die Entwicklung von Sozial- und Handlungskompetenz wie dies in nahezu keinem anderen gesellschaftlichen Bereich ermöglicht werden kann.

Die Kompetenzbörse im Landkreis Göppingen möchte einen Teil dieser Kompetenzen sichtbar machen und als Profil der Jugendarbeit darstellen, dabei Anbieter und Nachfrager zusammenbringen sowie Kontaktmöglichkeiten und die Orientierung vereinfachen. Dafür erscheint das Medium „Internet“ ideal zu sein.

Das Portal www.stichwort-jugend.de bietet durch seine einfache Suchfunktion und intuitive Bedienung Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit, Angebote und Informationen aus dem Jugendbereich detailliert, schnell und aktuell zu erhalten. Dabei werden Informationen bereitgestellt bzw. können in Erfahrung gebracht werden, die konkret den Landkreis Göppingen betreffen.

Diese Internet-Plattform wächst ständig mit der zunehmenden Anzahl von Nutzerinnen und Nut-

zern, die dieses Angebot abfragen, aber auch Angebote und Informationen in diese Internet-Plattform einstellen. Daher wird das Projekt ständig weiter ausgebaut und soll für Anbieter und Nutzer im Laufe der Zeit immer attraktiver werden.

Wie wird das Projekt beworben?

Das Projekt wird an den Schulen des Landkreises mit einem Infostand beworben. Dabei kommt man auch mit den Jugendlichen ins Gespräch und erhält Informationen darüber, wo sie ihre Freizeit verbringen, wo sie aktiv sind und wo sie ihre Zukunft sehen. Diese Daten können dann u.U. auch in der Jugendhilfeplanung Beachtung finden.

Kontakt Daten für Interessenten:

Landratsamt Göppingen
Kreisjugendamt
Lorcher Straße 6
73033 Göppingen
Tel.: 07161/202-651
Fax: 07161/202-649
E-Mail: kreisjugendamt@landkreis-goeppingen.de

Schülermultiplikatoren-Seminar

Jugendliche lernen von Jugendlichen oft mehr als von Erwachsenen. Dies gilt auch, wenn es um Rauchen, Alkohol- oder Cannabiskonsum geht: Die Gleichaltrigen haben häufig einen entscheidenden Einfluss auf das eigene Verhalten.

Beim Schülermultiplikatorenseminar wird genau dieser Effekt genutzt: Jugendliche sollen – dieses Mal im Positiven – von ihren Mitschülerinnen und -schülern lernen.

Die Schurwaldschule in Rechberghausen machte den Anfang: Ende März 2006 zogen 14 Schüler/-innen der Klassenstufe 7 mit ihren Lehrer/-innen für drei Tage in die Jugendherberge nach Hohenstaufen. Nun galt es, sich mit dem Thema Suchtmittelkonsum und mit sich selbst auseinander zu setzen: Welche Süchte gibt es überhaupt? Was konsumieren wir (siehe Foto „Konsumprofil“)? Wie wird man süchtig? usw. Wichtig war aber auch, wie die Jugendlichen selbst mit Problemen, Stress und Unsicherheiten umgehen, sind dies doch oft Motive für den Konsum von Suchtmitteln.

Im 2. Schritt galt zu erarbeiten, was man als „GePe“, als so genannter Gesundheits-Peer, denn für Aufgaben hat. Vier Felder kristallisierten sich heraus:

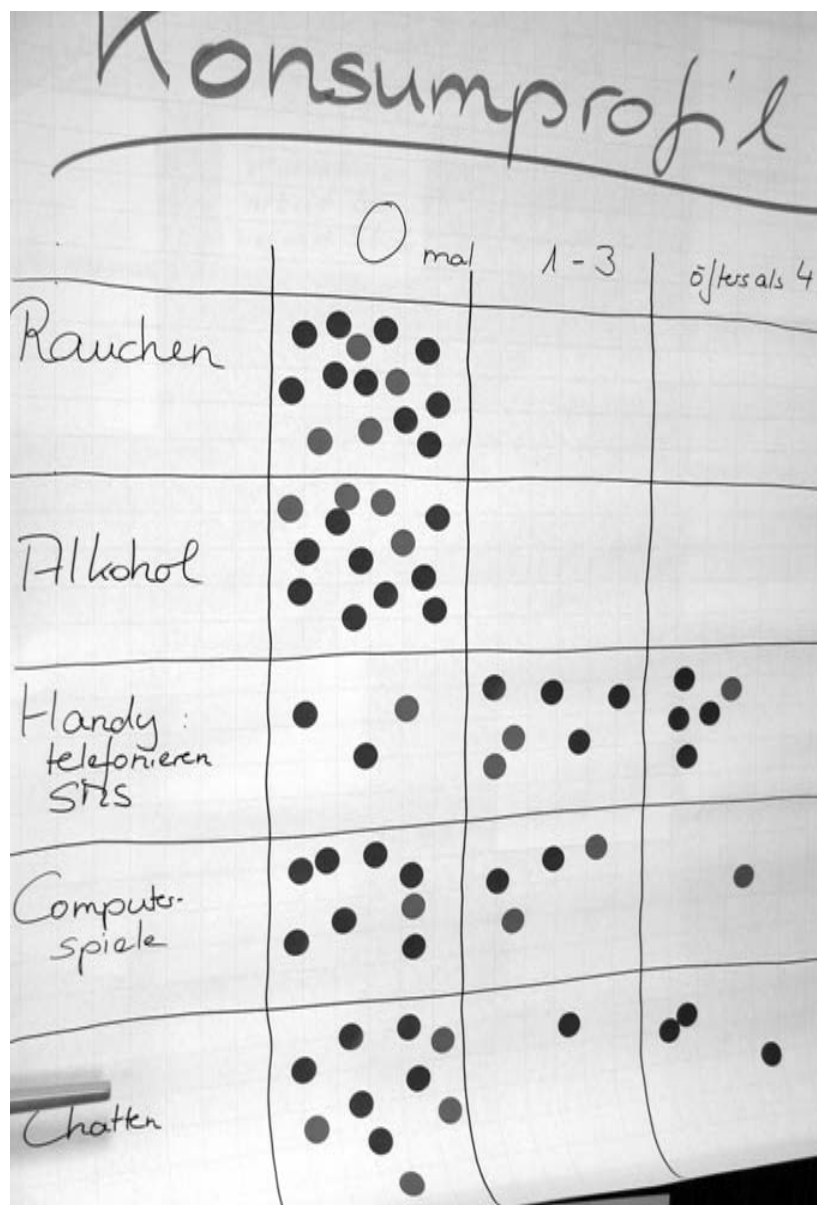
- Vorbild sein / Beispiel geben
- „Probierer“ ansprechen
- Aktivitäten und Projekte an der Schule durchführen

- „Türöffner“ sein bei Mitschülern, die schon Abhängigkeitssymptome zeigen und Hilfe benötigen.

Am Ende des Seminars fanden intensive Gespräche statt, in denen die künftigen GePes entscheiden konnten, ob sie die Aufgabe übernehmen möchten und die Lehrer/-innen den Jugendlichen konkrete Rückmeldungen gaben.

Um das Projekt am Leben zu erhalten, trafen sich Lehrer und Schüler in der Folge vierzehntägig in einer Arbeitsgemeinschaft, planten Projekte und tauschten sich über ihre Erfahrungen als GePes aus.

Das Schülermultiplikatorenseminar entstand in enger Kooperation zwischen der Schurwaldschule Rechberghausen und der Beauftragten für Suchtprophylaxe im Landkreis Göppingen.



Hier gilt es genau zu überlegen: Wie oft haben wir in der vergangenen Woche geraucht?

„Schon 16? Jugendschutz – ich mache mit!“

Das Jugendschutzgesetz will möglichen Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen entgegenwirken. Es gibt Alters- und Zeitgrenzen vor, ebenso regelt es den Verkauf und Konsum von Tabak und Alkohol. Die Praxis zeigt, dass dies gar nicht so einfach ist: Jugendliche fühlen sich gegängelt, Eltern wünschen sich Unterstützung durch gesetzliche Regelungen, von Gewerbetreibende und Veranstaltern wird das Jugendschutzgesetz häufig ignoriert, aus Unkenntnis oder evtl. auch aus Angst vor Umsatzinbußen.

Die Jugendschutzaktion „Schon 16? Jugendschutz – ich mache mit!“ wurde nach dem Vorbild aus dem Landkreis Emmendingen am 25.4.2006 im Landkreis Göppingen

in enger Kooperation mit der Polizeidirektion Göppingen bei einer Auftaktveranstaltung ins Leben gerufen. Ziel dieser Aktion ist es, die Altersgrenze 16 mit Leben zu füllen und Erwachsene zu ermutigen, einzugreifen und zu handeln. Das Problembewusstsein von Verkäufern und Veranstaltern von Festen soll gefördert werden und zur Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen animiert werden. Dazu wurden alle Kommunen im Landkreis informiert, die Jugendsachbearbeiter der Polizei haben Kneipen, Tankstellen und teilweise Supermärkte aufgesucht und die Jugendschutzaktion bekannt gemacht. Viele Gemeinden verbin-

den „Schon 16? Jugendschutz – ich mache mit!“ mit der Genehmigung von Vereinsfesten. Es gibt Aufkleber als Erinnerungstütze, Postkarten für Jugendliche, denen Alkohol verwehrt wird, in denen die Gründe benannt sind und ein Faltblatt, in dem die Benutzung der Materialien beschrieben ist.

Die positive Resonanz zeigt, dass es wichtig ist, Zeichen zu setzen, Jugendlichen Grenzen zu zeigen und sich einzumischen.

Informationen und Material:

Kreisjugendamt,
Tel.: 0 71 61.202 442.



**SCHON 16? JUGENDSCHUTZ-
ICH MACHE MIT!**

Kreisjugendamt und Polizeidirektion im Landkreis GP



Pflegekinderdienst

Vollzeitpflege – Kinder in Pflegefamilien

Immer wieder kommen Eltern in Situationen, in denen sie auf Hilfe und Unterstützung des Jugendamtes angewiesen sind, damit ihre Kinder die Erziehung, Geborgenheit und verlässlichen Beziehungen erhalten, die sie für ihre Entwicklung benötigen.

Wenn alle ambulanten Hilfen nicht ausreichen, kann es jedoch sein, dass eine außerfamiliäre Unterbringung notwendig wird. Eine Form dieser Unterbringung ist die Hilfe zur Erziehung in **Vollzeitpflege** im Sinne des § 33 SGB VIII. Das Kind oder der Jugendliche wird dann über Tag und Nacht von einer Pflegefamilie betreut und erzogen.

Der familiäre Hintergrund in der Herkunftsfamilie ist häufig gekennzeichnet von einer bestehenden Not- und Krisensituation, die verhindert, dass die Eltern ihren Erziehungsauftrag einlösen können (Krankheit, Suchterkrankung, psychische Erkrankung, Trennung und Scheidung, körperliche oder sexuelle Gewalterfahrungen...). In diesem Fall kann eine Unterbringung in einer Pflegefamilie eine adäquate Hilfe sein.

Für die leiblichen Eltern ist dieser Schritt der Fremdbetreuung ihres Kindes jedoch niemals einfach.

Die Pflegefamilien sind **Partner der Jugendhilfe**, an die besondere Anforderungen gestellt werden, um

den Kindern und Jugendlichen gerecht werden zu können. Die Kinder müssen einen Beziehungsabbruch zu vertrauten Personen verkraften und haben oftmals eine belastete Lebenssituation erfahren. Von daher können auf Pflegefamilien Belastungen und Probleme zukommen, denen sie ohne fachliche Vorbereitung, einer qualifizierten Begleitung und Unterstützung nicht gewachsen sein können.

Die Prüfung der Eignung sowie der Qualifizierung als Pflegepersonen, Vermittlung, Anbahnung, Beratung und Betreuung der Pflegefamilien, Begleitung des Pflegekindes sind Hauptaufgaben des Pflegekinderdienstes. Der Fachdienst bietet im Landratsamt regelmäßig Informationsveranstaltungen zum Thema Vollzeit- und Bereitschaftspflege an und führt Vorbereitungsseminare für Pflegeelternbewerber durch.

Je größer die Anzahl aufnahmebereiter Pflegefamilien ist, je vielfältiger und unterschiedlicher deren Lebenskonzepte gestaltet sind, desto größer ist die Chance, dass der Pflegekinderdienst für ein bestimmtes Kind eine geeignete und passende Familie findet.

Die Anforderungen an die Pflegefamilien bedürfen einer intensiven Beratung und Begleitung seitens des Pflegekinderdienstes. Diese Begleitung orientiert sich an den

Bedürfnissen des Pflegekindes, der Pflegeeltern, der leiblichen Eltern und den fachlichen Erfordernissen. Der Pflegekinderdienst ist jedoch nicht nur beratend tätig, sondern hat zudem den Auftrag, über das Wohl des Pflegekindes zu wachen.

Würdigung der Arbeit der Pflegeeltern

Pflegeeltern leisten eine komplexe erzieherische Aufgabe zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Nähe und Distanz, zwischen hohen Leistungsanforderungen und oft nicht ausreichender Anerkennung ihrer Arbeit in der Gesellschaft. Die Besonderheit ihres erzieherischen Handelns liegt in der Verbindung von privater und professioneller Haltung.

Pflegeeltern geben Kindern einen sicheren familiären Lebensort

- sie sorgen 24 Stunden am Tag für das Kind und ermöglichen ihm, sofern möglich, Kontakte zur Herkunftsfamilie.
- sie haben ein Eltern-Kind-Verhältnis und begleiten das Kind gleichzeitig bei seinem besonderen Schicksal, nicht bei den leiblichen Eltern leben zu können. Sie akzeptieren, dass das Kind weiterhin auch Kind seiner leiblichen Eltern sein darf.
- sie sind Privatfamilie und gleichzeitig Institution des Jugendamtes.

Oftmals sind Pflegeeltern einem

erhöhten Druck aus Kindergarten, Schule, Nachbarschaft und Verwandtschaft ausgesetzt, weil die Pflegekinder aufgrund erlebter Beziehungsabbrüche und verletzenden Erfahrungen in ihrer Herkunftsfamilie erhebliche Verhaltensauffälligkeiten entwickelt haben. Die Pflegeeltern erfahren oft, dass ihre Liebe und Unterstützung nicht ausreichen, damit sich das Pflegekind in absehbarer Zeit zu einem „normalen“ Kind

entwickelt. Während sich das Kind in Teilen positiv entwickelt und gute Fortschritte macht, bleibt es in anderen Bereichen manchmal regressiv und benötigt viel Förderung.

Aufgrund dieser schwierigen Rolle der Pflegeeltern, ist es besonders wichtig, die professionelle Begleitung und Unterstützung, als auch eine Unterstützung in Gruppen für die Pflegefamilien anzubieten.

Das Engagement von Pflegefamilien, das Kindern ein Zuhause schafft und sie für einen kurzen Zeitraum oder auch auf Dauer auf ihrem Lebensweg begleiten lässt, hilft nicht nur den betroffenen Familien, sondern fördert auch den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Pflegefamilien erbringen somit einen wertvollen Beitrag zu den Leistungen der Jugendhilfe.

SOZIALES / Sommerfest der Pflegefamilien beim Geiselsteinhaus

Nur im Spiel auf dem Kriegspfad

Rund 60 Kinder befanden sich am Sonntag beim Geislinger Geiselsteinhaus als Indianer auf dem Kriegspfad. Der Pflegekinderdienst des Kreisjugendamtes Göppingen hatte zum traditionellen Pflegefamilien-Sommerfest eingeladen.

BERNWARD KEHLE

GEISLINGEN ■ Rund ums Indianerleben ging es am Sonntagmittag beim „Indianerfest“, zu dem der Pflegekinderdienst des Kreisjugendamtes seine Pflegefamilien eingeladen hatte. Mit Begeisterung begaben sich die rund 60 Kinder aus 25 Familien mit ihren Eltern und Pflegeeltern auf den Kriegspfad rund um das Geiselsteinhaus der TG Geislingen. Dort wurden sie auch hervorragend bewirtet.

Der Oberhäuptling des Kreisjugendamtes, Lothar Hilger, und eine Squaw des Pflegekinderdienstes, Ulrike Weyrich, begrüßten alle Bleichgesichter, bevor sich diese mit kräftiger Schminke in farbenfrohe Rothäute verwandelten. Mit Eifer bastelten Kinder und Erwachsene ihren Federschmuck, feilten und glätteten Specksteinketten, malten, werkten und stellten sich ihre Pfeile und Bogen selbst her.

Riesenspaß machte der Indianer-Spielparcours, auf dem sich die jungen Rothäute beweisen mussten. Es



Beim Fest für Pflegeeltern und Pflegekinder verwandelten sich die Bleichgesichter in Rothäute.

FOTO: BERNWARD KEHLE

galt, geräuschlos durch den Wald zu schleichen, auf engem Pfad zu balancieren, eine Schlucht zu überqueren und in eine Indianerhöhle zu krabbeln. Zu einem richtigen Indianerlager gehörte natürlich auch ein Lagerfeuer, an dem man grillte.

Von Sozialpädagogin Cornelia Schrag, eine der fünf Mitarbeiterinnen des Pflegekinderdienstes, war zu erfahren, dass sich derzeit 104 Kinder in häuslicher Pflege befin-

den. Die Gründe dafür sind vielfältig: Sucht- und psychische Probleme in der Herkunftsfamilie, Krisenfälle, Überforderung und anderes mehr. Eine Pflegefamilie komme erst in Betracht, wenn alle ambulanten Möglichkeiten wie Familienhilfe, psychologische Beratung, Schuldnerberatung, Hort oder Tagesbetreuung ausgeschöpft seien. Die Pädagogin: „Wir brauchen weiterhin viele Pflegefamilien, die ein

Kind befristet oder auf Dauer aufnehmen.“ Mit dem Ritual des Indianertanzes, bei dem sich alle an den Händen fassten und ums imaginäre Feuer tanzten, fand das Indianerfest seinen krönenden Abschluss.

INFO
Familien, die ein Pflegekind bei sich aufnehmen wollen, erhalten Informationen vom **Pflegekinderdienst**, ☎ (07161) 202-672.

Gemeindepsychiatrisches Zentrum (GPZ) in Geislingen eröffnet

Die Zahl psychisch kranker Menschen steigt. Der Sozialpsychiatrische Dienst des Landkreises Göppingen (SPDG), der organisatorisch dem Geschäftsteil Besondere Soziale Dienste beim Kreisjugendamt angesiedelt ist, betreut jährlich ca. 400 chronisch psychisch kranke Menschen.

Der Sozialpsychiatrische Dienst betreut und begleitet die Betroffenen zuhause in deren familiären Umfeld. Daneben bietet er verschiedene Gruppenangebote an. Die ambulante Betreuung soll stationäre Klinikaufenthalte verhindern bzw. verkürzen und den Betroffenen ein zufriedenstellendes Leben in der Gemeinschaft ermöglichen.

Dank des großen Engagements der Mitarbeiterinnen des Sozialpsychiatrischen Dienstes sowie des Vereins Viadukt, Hilfen für psychisch Kranke e.V. und des Tagestreffs Lichtblick, Verein für Psychiatrieerfahrene, ist es gelungen, diese drei Dienste in Geislingen örtlich zusammenzuführen. In einer ehemaligen Arztpraxis konnten geeignete Räume angemietet werden. Die Betroffenen finden so die verschiedenen Beratungs- und Betreuungsangebote „unter einem Dach“ vor.

Im Rahmen einer kleinen Eröffnungsfeier beim Tag der offenen Tür am 27.09.2006 würdigte der Sozialdezernent des Landkreises,

Hans-Peter Gramlich, die Arbeit der Mitarbeiterinnen des GPZ. Er sieht durch die Eröffnung der gemeinsamen Räumlichkeiten eine Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen im Raum Geislingen. Zahlreiche Repräsen-

tanten der öffentlichen und freien Träger der Jugend- und Sozialhilfe sowie der Geislinger Oberbürgermeister Wolfgang Amann ließen sich die Möglichkeit einer Besichtigung der Räume nicht entgehen. Die NWZ berichtete ausführlich.

BERATUNGSSTELLE / Tag der offenen Tür

Unter einem Dach

Zu einem Tag der offenen Tür lud das Gemeindepsychiatrische Zentrum in sein neues Geislinger Domizil ein. Mitarbeiter informierten über die Arbeit mit psychisch Kranken und den „KidsTreff“

CLAUDIA BURST

GEISLINGEN ■ In den ehemaligen Praxisräumen der Arztpraxis Wheeler-Hill herrscht seit dem 19. September wieder reges Leben. Das Gemeindepsychiatrische Zentrum (GPZ), das vom Haus der Begegnung in die Karlstraße 31 umgezogen ist, präsentierte am Mittwochnachmittag im Rahmen eines „Tags der offenen Tür“ die umgebauten, freundlichen Räume seines neuen Domizils. Außerdem wurden den etwa 20 Besuchern die Mitarbeiter der Gruppen „Sozialpsychiatrischer Dienst für den Landkreis Göppingen“ (SPDG), Tagestreff Lichtblick und Viadukt Hilfen für psychisch Kranke e.V. vorgestellt, die ihre Dienste gemeinsam als GPZ hier anbieten. Antje Grebner, die Vorsitzende des Vereins für Psychiatrieerfahrene, zu dem der Tagestreff Lichtblick gehört, beschrieb die

Bündelung der drei psychiatrischen Betreuungsangebote unter einem Dach als optimale Kombination, so wie es der Landespsychiatrieplan gesetzlich auch vorschreibe.

Das Ziel des Zentrums besteht darin, psychisch kranken Menschen eine Anlaufstelle zu bieten, in der sie willkommen sind und Ansprechpartner für ihre Probleme finden. Es geht nicht um therapeutische Behandlung, sondern um offene Gruppen, um einen Ort, an dem ein Frühstück zum Selbstkostenpreis und Mittagessen sehr günstig (für Kinder der Betroffenen umsonst) angeboten wird sowie Beschäftigungsangebote wie Basteln, Kuchen backen oder Dekorieren. Wichtig sind die dabei zustande kommenden Gespräche mit den Mitarbeitern.

Ein besonderes Angebot gibt es seit September vergangenen Jahres exklusiv in Geislingen für die Kinder von psychisch kranken Eltern. In regelmäßigen Treffen wird den Sieben- bis 15-Jährigen sinnvolle und erlebnisreiche Freizeitgestaltung angeboten. Wichtig ist die Möglichkeit für die betroffenen Kinder, sich austauschen zu können über ihre Probleme und hier einfach „Kind sein zu dürfen“. Diese Arbeit wird durch Spenden finanziert. Ernst Wilhelm Weid von der Diakonischen Bezirksstelle überreichte eine Geldspende für dieses „sinnvolle Projekt“.

INFO

Wer den „KidsTreff“ des Gemeindepsychiatrischen Zentrums mit Spenden unterstützen will, kann dies mit folgenden Angaben tun: Viadukt Hilfen für psychisch Kranke e.V., Kontonummer: 99884; Bankleitzahl: 61050000 Kreissparkasse Göppingen



Das GPZ lud zum Tag der offenen Tür.

Geislinger Zeitung vom 11.10.2006

Siegfried Schubert in den Ruhestand verabschiedet

ABSCHIED / Siegfried Schubert geht in Ruhestand

Seine soziale Ader ist sehr ausgeprägt

Vom Glasbläser bei der WMF über den Kreisjugendpfleger bis zum Jugendgerichtshelfer reichte sein beruflicher Weg. Mit einer etwas anderen Verabschiedung sagte Siegfried Schubert am Samstag seinen zahlreichen Weggefährten Lebewohl.

BERNWARD KEHLE

GEISLINGEN ■ „In Kreisen der Straftäter hat es sich herumgesprochen, dass heute die Verabschiedung von Jugendgerichtshelfer Schubert ist und deshalb auch starke Polizeikräfte vor Ort sind“, bemerkte verschmitzt Siegfried Schubert zum Auftakt seiner Verabschiedung am Samstag im Kapellmühlsaal. Gut 100 Gäste waren gekommen. Sie alle sind Weggefährten, mit denen der zuletzt als Jugendgerichtshelfer in der Außenstelle Geislingen des Kreisjugendamtes tätige Diplom-Sozialpädagoge (FH) beruflich Verbindung hatte. Und so wimmelte es im Kapellmühlsaal nur so von hochrangigen Polizeibeamten, Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten, Schuldirektoren, Vertretern der offenen Jugendhilfe – und natürlich waren auch viele Kollegen aus dem Jugendamt da.

Sozialdezernent Hans-Peter Gramlich meinte, dass die große Besucherschar die Wertschätzung für Schubert zum Ausdruck bringe. Er umriss den beruflichen Werdegang des Jugendamtsbeamten, der nach einer Glasbläserlehre 1957 bis 1960 bei der WMF noch drei Jahre dort tätig war. Dann habe er seine „soziale Ader“ entdeckt, sagte Gramlich. Nach einem freiwilligen sozialen Jahr in einem DRK-Jugendhaus in Hamburg-Sankt Pauli studierte Schubert von 1965 bis 1968 in Reutlingen Sozialpädagogik und kam nach Tätigkeiten als Erziehungslei-

ter in Saulgau und Jugendhausleiter in Rottweil 1974 als Kreisjugendpfleger zum Landkreis Göppingen. Hier habe Schubert mit viel Engagement zahlreiche Projekte mit auf den Weg gebracht, darunter den Kreisjugendplan, die Göppinger Theaterstage und das Schülerferienprogramm, würdigte ihn Gramlich. Seit der Kreistag 1963 aus Kostengründen die Stelle des Kreisjugendpflegers strich, habe sich Schubert mit außergewöhnlichem Einsatz um die straffällig gewordenen Jugendlichen im Raum Geislingen gekümmert und viel Gutes für die junge Generation getan.

Im Ruhestand werde es Siegfried Schubert bestimmt nicht langweilig, meinte Gramlich, denn der Pensionär habe bereits mit einem Fernstudium „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ begonnen, zudem würden ehrenamtliche Aufgaben auf ihn warten.

Die Mitarbeiter der Jugendamtsaußenstelle Geislingen begeisterten mit ihrer Einlage „Will des jemand wissa“. Und Schüler der Uhlandsschule trugen mit ihrem Lehrer Gerd Albrecht tolle Songs vor.

Oberbürgermeister Wolfgang Amann sprach von der „Ära Schubert“, die nach 32 Berufsjahren beim Landkreis zu Ende gehe und in denen es dem Sozialpädagogen immer um den Menschen gegangen sei. Geislingens Polizeichef Manfred Malchow hob die intensive und konstruktive Zusammenarbeit hervor, Richter Reinhard Wenger überbrachte die Grüße der Justiz und der Rektor des Michelberg-Gymnasiums, Klaus Podlech, dankte für die stets gute Zusammenarbeit im Arbeitskreis „Jugendhilfe“ und „Kriminalprävention“.

Seinen frisch gereinigten Büroteppich, den er nun nicht mehr benötige, übergab Schubert unter dem Gelächter der Gäste seinem Nachfolger Hartmut Väh, der ab Oktober für die Jugendgerichtshilfe im Raum Geislingen zuständig ist.

Zum 30.09.2006 wurde der langjährige Mitarbeiter des Kreisjugendamts Siegfried Schubert in den Ruhestand verabschiedet. Durch sein großes Engagement als Kreisjugendpfleger und später als Jugendgerichtshelfer in der Außenstelle des Kreisjugendamts in Geislingen erlangte Siegfried Schubert einen außergewöhnlichen Bekanntheitsgrad. Bei seiner Verabschiedung erschienen neben den Kolleginnen und Kollegen des Landratsamts zahlreiche Vertreter der Justiz, der Polizei, der Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen. Unter anderem würdigte der Sozialdezernent des Landkreises Hans-Peter Gramlich sowie der Geislinger Oberbürgermeister Wolfgang Amann die Verdienste von Herrn Schubert in der Jugend- und Sozialarbeit.

Die NWZ berichtete am 02.10.2006 ausführlich hierüber.



Dankeschön sagen Sozialdezernent Hans-Peter Gramlich (Mitte) und Jugendamtsleiter Lothar Hilger (rechts) ihrem langjährigen Mitstreiter Siegfried Schubert bei dessen Verabschiedung in den Ruhestand.

FOTO BERNWARD KEHLE



Das Kreismedienzentrum: Ein moderner multimedialer Dienstleistungsbetrieb!

chen Schulen ergeben.“

Die audiovisuellen und digitalen Medien lassen sich dabei in 3 Bereiche einteilen:

Bereich TON:

Cassetten, CDs, Mini-Disks, mp3-Produktionen etc.

Bereich BILD:

Dias, Filme, Videos, VCDs, DVDs, Digital-Video etc.

Bereich INTERNET/PC:

Software, Streaming- Audio/Video etc.

Diese 3 Bereiche bilden auf der Basis unseres professionellen Verleihs von Medien und Geräten unser Medienprofil.

Um in Zeiten knapper Kassen unsere breitgefächerten Aufgaben kostengünstig und synergetisch meistern zu können, haben wir zu jedem Bereich Kooperationspartner in unserem Hause aufgenommen.

Bereich TON:

Das Radio Eichert/Freies Radio Göttingen genannt „Radio Fips“ ist unser Ansprechpartner in der Produktion und Umsetzung von Tonprojekten, Schul- und Internet-radio. Hier steht uns nun ein komplett neues, digitales Tonstudio zur Verfügung, das als Web-Radio weltweit und als Klinikfunk direkt am Krankenbett zu hören ist. Finanziert wurde es durch die

Durch die rasante elektronische Medienentwicklung entstand aus dem ehemaligen Medienarchiv und Medienverleih in der Eberhardtstraße ein moderner Multimedia-Standort, der von den Kunden auch durch die zentrale Lage hervorragend angenommen wird.

Blickt man zurück und entnimmt man aus dem „Zukunftsleitbild für den Landkreis Göttingen“ (Jan 2001, S 10) die Aussagen:

„Die Kreisbildstelle soll als Kompetenzzentrum ausgebaut werden. Dafür müssen die Beratungskompetenzen und -funktionen dieser Institution für neue Medien erweitert werden.“ oder

„Alle Menschen im Landkreis sollen in die Lage versetzt werden, die Informationen zu bekommen, die sie für wichtig halten. Dazu gehört auch der Zugang zu den neuen Medien durch die Modernisierung der Kreisbildstelle“, so konnte man innerhalb der letzten Jahre deutlich sehen, wie der Landkreis ein kommunales Medienzentrum der Zukunft zu entwickeln begann: Die Heizungs- sowie die Außensa-

nierung konnten abgeschlossen werden. Die Innensanierung ist nahezu abgeschlossen.

Neben diesen baulichen Maßnahmen verliefen die inhaltlichen Erneuerungen parallel:

Es galt ein Medienprofil für das Kreismedienzentrum zu entwickeln, welches den neuen Anforderungen eines modernen Dienstleistungsbetriebes entspricht.

Unsere gesetzliche Aufgabe ist es, die pädagogische und didaktische Bildungsarbeit der Schulen mit Medien zu unterstützen. Dies geschieht durch einen professionellen Verleih von Medien und Geräten, Lehrerfortbildungen bzw. Schulungen, Produktion von Medien, Durchführung von Projekten und Beratung im Einsatz von Medien.

Das Gesetz über die Medienzentren vom 1. Februar 2001 sagt nach §1 „die Kreismedienzentren haben die Aufgaben zu erfüllen, die sich aus der Verwendung audiovisueller und digitaler Medien in der Erziehungs- und Bildungsarbeit der öffentli-



Klinik am Eichert, dem Radio-Verein und dem Landratsamt zu gleichen Dritteln. Zur Zeit wird in einem weiteren Kellerraum das Studio 2 vorbereitet. Dadurch besteht zukünftig dann die Möglichkeit der Trennung von Produktion und Sendung.

Bereich BILD:

Die „göppinger film + video autonomen“ helfen mit Fortbildungen, Filmseminaren und Fachvorträgen den Schulen beim Videofilmen. Schon vor Jahren hatte der Verein einen Kartoffelkeller als Kellerkino ausgebaut und sein Vereinsleben auch für junge Filmer geöffnet. Leider zwang 2004 der plötzliche Tod des Vereinsvorsitzenden zu einer Neubestimmung der gemeinsamen Arbeit und den Aufbau einer anderen Vereinsstruktur.

Bereich INTERNET/PC:

„Filstal-Online“, bekannt als Web-spezialist, kann Schulen, Bildungsträgern und Vereinen auf kosten-

günstigster Basis zu Webauftritten verhelfen. Ebenso unterstützt dieser Verein unsere Hausvernetzung und die Online-Buchungsmöglichkeit von Medien. Fortbildungsveranstaltungen zu Themen des Internets und zur digitaler Bildbearbeitung, sowie zu Grundthemen im Umgang mit PCs der neuen Medien werden regelmäßig durchgeführt.

Jeder Profilbereich ist also durch

einen aktiven „Medien-Verein“ ergänzt worden, der direkt im Haus untergebracht ist und in Eigenregie die Raumgestaltung und Einrichtung umsetzte.

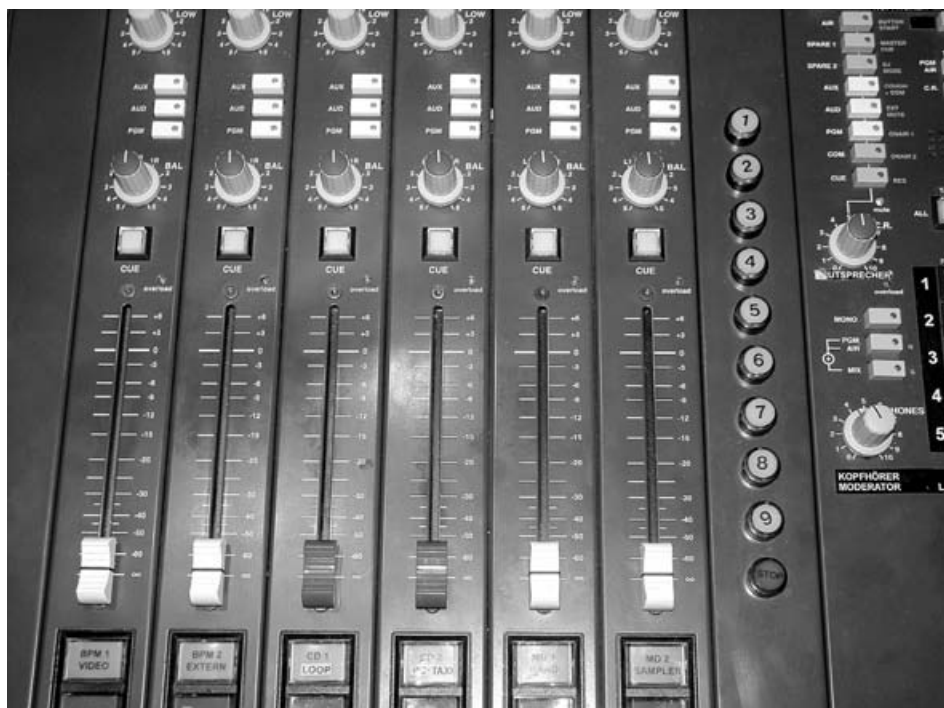
Seit 3 Jahren ist die Schulnetzberatung bei uns beheimatet. Ein Angebot für Schulen, die ein Netzwerk auf der Basis einer Musterlösung des Landes (Linux, Novell oder Windows) betreiben. Ebenso erfolgt hier die Beratung und Unterstützung bei der Medienentwicklungsplanung (MEP) der Schulen.

Die Beratung wird durch einen Lehrer geleistet, der dienstags und donnerstags mit einem kleinen Labornetz den jeweiligen Schulen Hilfestellungen geben kann.

Ermöglicht wurde diese Einrichtung durch das Landesmedienzentrum und das Kultusministerium, die auch die Personal- und Hardwarekosten tragen.

Ganz neu bei uns ist eine medienpädagogische Beratung mit dem Ziel, die Einbettung von Medien





in methodisch-didaktische Unterrichtskonzepte beratend zu begleiten und Projekte zu unterstützen. Ebenso angeboten wird eine Begleitung von Unterrichtsvorhaben und eine Beratung zum Thema „Medienerziehung in der Schule“, orientiert an den Bildungsvorgaben für die Leitfächer der Medienerziehung

Durch diese Profilbildung, die Einführung von Unterstützungssystemen und Neuorganisation der Aufgabenbereiche des Kreismedienzentrums, ist es nun möglich geworden, auch außerhalb der üblichen Dienstzeiten, kompetenten Rat von medienaktiven Vereinspartnern zu bekommen und Weiterbildungs- sowie Mitmachangebote für unsere Kunden bereitzuhalten.

Im Verleih haben wir die Online-Buchungsmöglichkeit eingeführt. Dadurch wird auf unserem Server eine Recherche ermöglicht, die dem Kunden die Verfügbarkeit der jeweiligen Medien direkt anzeigt

und eine Bestellung vom heimischen Computer aus zulässt.

Der klassische Verleih von Medien hat sich in den letzten Jahren verändert.

Nicht mehr die „alte“ Verleihzahl von Medien ist neben der Gerätetechnik für die Arbeitsleistung eines Medienzentrums die bestimmende Größe, sondern die Anzahl der Distributionen und Beratungen.

Heute kann ein Medium

- im Internet recherchiert werden,
- im Internet begutachtet werden (ist im Aufbau) ,
- im Internet bestellt werden,
- ausgeliehen werden (klassischer Verleih) ,
- verteilt werden (mit Verbleib an der Schule, dabei braucht das KMZ eine Kreislizenz),
- durch einen Download von einem Server auf den Lehrerechner geladen werden (wird vom Landesmedienzentrum getestet – ist aber abhängig

von Hardware, Betriebssystem und zu klärenden Lizenzkosten)

Glaubte man noch vor wenigen Jahren an einen Internet-Medienverleih ohne Personal, vergleichbar mit dem Traum eines papierlosen Büros, so ist jetzt Ernüchterung eingetreten.

Wer soll diese Technik bezahlen und betreuen, die verbunden mit hohen Lizenzkosten in einem speziellen Programm-Umfeld (die Medien müssen sich ja nach einmaligem Gebrauch oder festgelegter temporärer Nutzung ja in Nichts auflösen!)? Hier könnte das Projekt SESAM (Server für schulisches Arbeiten mit Medien) das vom Landesmedienzentrum in Verbindung mit den Kreismedienzentren getestet wird, wichtige Ergebnisse liefern.

Durch den Pisa-Schock und die Einführung der neuen Lehrpläne – sie heißen Bildungsstandards, die beschreiben, was der Schüler am Ende eines Schuljahres für Kompetenzen erworben haben muss – wird sich zwangsläufig auch der Unterricht wandeln. Verstärkt wird der Projektunterricht als eine moderne Unterrichtsmethode in den Schulen zu finden sein, der durch vorgeschriebenen verstärkten Einsatz von Medien die Selbstständigkeit von Schülern fördern soll.

Methodentage mit Vermittlung von Kompetenzen im Bereich Film, Ton und Präsentation sind eingeführt. Das Kreismedienzentrum hat die Räumlichkeiten und die Ausstattung um derartige Medienprojekte für ganze Schulstufen organisieren zu können.



Daher brauchen wir neben unseren analogen und digitalen Medien sinnvolle Projektausstattungen, um medialen handlungsorientierten Unterricht unterstützen zu können. Schüler-Medienproduktionen (auf CD, DVD, im Internet ...) werden zunehmen und erfordern die Vorhaltung von verschiedenartigen Produktionsplätzen für Video und Tonschnitt.

Wir bemerken daher in unserem Medienzentrum eine Zunahme von Distributionen, Geräteverleihvorgängen und Beratungen auf der Basis der Bildungsstandards, die eine verstärkte medienpädagogische Arbeit vorschreiben.

Trotz der sich rasant entwickelnden digitalen Welt der Medien müssen wir auch die analogen Medien weiterhin anbieten können. Dies betrifft die Hard- sowie die Software. Immer noch haben zahlreiche Schulen lauffähige alte Abspielgeräte neben moderner

digitaler Technik im Einsatz. Trotzdem: die Digitalisierung ist nahezu vollzogen. Die Umrüstung erfasste alle Medienbereiche. Die DVD (Digital versatile Disc = vielseitige digitale Scheibe) löst zur Zeit das Video ab und steht dann in Konkurrenz zu neuen Systemen, miniaturisierten Festspeichermedien und Speichersticks.

Die Filmübertragungen via Kabel oder Funk sind technisch angetestet, aber abhängig von teuren Hardwarekomponenten, Lizenzen und Senderechten nur bedingt schultauglich.

Die Präsentation von Video- und Computerdaten erfordert die Anschaffung geeigneter Projektoren. Zwar sind die Preise fallend, doch können viele Schulträger aus Kostengründen nur kleine Anschaffungen tätigen und sind auf unseren Hardware-Verleih angewiesen. Für große Schulveranstaltungen, die ein bis zweimal im Jahr statt-

finden und einen lichtstarken Hochleistungsprojektor benötigen, ist es für die Schulen kostengünstiger, die dafür notwendigen Geräte im Medienzentrum auszuleihen. Verbunden damit ist immer eine Information und Schulung am Gerät selbst.

Medienprojekte wie „LaRA-live“ das Landratsamt live erleben sind gefragt, begehrt und auf Jahre vorreserviert. Medientage und Infoveranstaltungen werden in Zusammenarbeit mit dem gegründeten Netzwerk „Regio-Team“, das die Kreismedienzentren Schwäbisch Gmünd, Aalen, Ulm, Heidenheim, Göppingen und das Landesmedienzentrum erfasst mit großem Erfolg durchgeführt.

Auf die neuen Bildungsstandards haben wir uns in Göppingen in den letzten Jahren gut vorbereitet und sind durch die Anpassung an die rasante elektronische Medienentwicklung zu einem modernen Multimediasstandort geworden.

Dank der erfolgten Sanierung werden wir für die kommende Zukunft auch „gebäudetechnisch“ gerüstet sein.

Wir verstehen uns als Medien- und Kommunikationszentrum des Landkreises. Gemeinsam mit schulischen und kulturellen Einrichtungen des Kreises müssen wir einen gangbaren Weg im Umgang mit neuen Medien und Technologien laufend mitentwickeln. Wir bieten unseren Kunden im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich fachliche Kompetenz und dies muss auch in der Zukunft gewährleistet sein.



LaRA-live: Ein einzigartiges Modellprojekt wird 6 Jahre alt

Jeder Landkreis ist bestrebt durch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit den Kreis ins Bewusstsein seiner Bürger zu bringen. In zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen, Broschüren etc. versuchen Landrat, Kommunalpolitiker sowie viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Aufgaben des Landkreises und der Ämter zu verdeutlichen. Am schwierigsten wird es, wenn die Zielgruppe Schülerinnen und Schüler mit kommunalpolitischen Themen erreicht werden soll. Themen wie Gemeinde, Kreis, Landratsamt werden von Schülern meist als langweilig empfunden. Dabei ist es für den zukünftigen „mündigen Bürger“ wichtig, die Zusammenhänge der Kreisverwaltung zu kennen.

Hier setzt LaRA-live an: In der Vorbereitungsphase muss sich jeder Schüler für eine Kreisgemeinde oder Stadt entscheiden. Durch Kontaktaufnahme (persönlich, Telefon, Fax, E-Mail ...) gilt es dann, den Begriff „Kreisumlage“ zu erörtern und zu verstehen. Ausgestattet mit diesem neuem Wissen sollte am LaRA-live-Tag erkannt werden, welche Leistungen mit den eingenommenen Finanzmitteln in den unterschiedlichsten Fachbereichen zum Wohl der Bürger erbracht werden und welche vielschichtigen Aufgaben der Landkreis zu bewältigen hat.

Parallel dazu in der Schule die Wahl zum LaRA-live-Landrat vorbereitet. Fiktive Parteien mit einem kleinen Parteiprogramm sollen



gebildet werden. Jede Partei schickt einen Kandidaten ins Rennen. Am LaRA-live-Tag wird dann nach der Kandidatenvorstellung der neue Schüler-Landrat gekürt.

Was ist LaRA – live ?

Ein ganztägiges, schüleraktives Lern- und Besichtigungsmodell des Landratsamtes unter Einbeziehung moderner Medien LaRA – live = das LandRatsAmt live erleben

Wie funktioniert LaRA – live ?

Jeder Schüler der Klasse repräsentiert eine Gemeinde des Landkreises und erkundet in 6 Kleingruppen nach vorgegebenen Plänen das Amt. 3 Zweiergruppen betreuen und ergänzen durch Zusatzaufgaben und Einbezug neuer Medien den Ablauf. 2 Wahlbereiche berücksichtigen Schülerwünsche



Für wen ist LaRA – live gemacht?

für Schulklassen mit bis zu 30 Schülern aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.



Wie entstand LaRA – live ?

Karlheinz Straub, Lehrer und Leiter des Kreismedienzentrums Göppingen entwickelte LaRA – live auf der Basis seines Klinikmodells: „Lerngang Krankenhaus“, das seit 1992 einmal monatlich angeboten wird.



Wie oft wird LaRA – live angeboten?

LaRA-live wird einmal im Monat außerhalb der Schulferien durchgeführt. Dabei wird versucht Haupt- und Realschulen sowie die Gymnasien im Wechsel zu berücksichtigen.

LaRA-live aus Schülersicht:



Nina:

Wir fanden das Projekt sehr interessant. Man bekam einen Einblick was sich im Landratsamt alles abspielt und was dort alles geregelt wird.

Sebastian:

... Sollte jeder einmal gemacht haben!

Nicole:

... gut strukturiert, abwechslungsreich, freundliche Beamte ...

Fabian:

... solche Projekte könnten wir gerne öfters machen ...

David:

... Wir finden, dass LaRA-live eine gute Aktion für Schüler ist, das Landratsamt näher kennen zu lernen.

Felix:

...fast niemand wusste, was eine Kreisumlage ist. Jetzt wissen es wenigstens wir...

Max:

...der Einblick in den Wahlbereich „Übergangswohnheim“ hat uns nachdenklich gemacht. Der Tag hat sich echt gelohnt!

Anja:

... wir fanden das Projekt interessant und super geil.

Stephan:

...wir finden, dass es eine Super-Idee ist und hoffen, dass LaRA-live auch in Zukunft stattfinden wird...

Dennis:

...wir fanden es sehr gut, weil wir als Erwachsene behandelt wurden..

Caroline:

... im Katastrophenschutzamt und im Gesundheitsamt erhielten wir den besten Einblick ...

Melissa:

... guter Eindruck der Aufgaben des Landratsamtes, gut gestaltet durch selbständige Organisation in den einzelnen Gruppen ...

Carina:

... Es war Super ... Vor allem die Übung bei der Feuerwehr ...

Olaf:

... die Mitarbeiter und Beamten waren sehr freundlich und nett und der ganze Tag war ein Gewinn. Vielleicht können wir auch mal dort arbeiten ...





Finanzkontrolle ist notwendig



Die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landkreises und seiner Eigenbetriebe unterliegt gleich in zweifacher Hinsicht der Kontrolle durch Prüfungseinrichtungen: einmal durch das Kreisprüfungsamt im Rahmen der örtlichen Prüfung und zum anderen durch die Gemeindeprüfungsanstalt, die in der Regel alle 5 Jahre die überörtliche Prüfung vornimmt.

Aufgabe des Kreisprüfungsamts ist es, die **örtliche Prüfung** der Jahresrechnungen des Landkreises, der Jahresabschlüsse der Klinik am Eichert Göppingen, der Helfenstein Klinik Geislingen und des Abfallwirtschaftsbetriebs vorzunehmen. Die Kontrolle, ob die Mittel des Landkreises und seiner Eigenbetriebe ordnungsgemäß verwendet wurden, erfolgt sowohl in rechtlicher als auch in zweckmäßiger Hinsicht.

Nachdem es unmöglich ist, alle Aufwendungen und Erträge des

Landkreises und seiner Eigenbetriebe zu prüfen, müssen jährlich wechselnde Schwerpunkte gesetzt werden. In den Jahren 2005 und 2006 wurden folgende Bereiche schwerpunktmäßig geprüft:

- die kreiseigenen Mietwohnungen;
- die Aufwendungen für den Rufbus und die Abrechnung des Kombitickets;
- die Gebührenfestsetzungen im Bereich des Gesundheitsamts, der Führerscheinstelle und des Umweltschutzamts;
- die Gebührenkalkulationen der unteren Verwaltungsbehörde.

Im Bereich der Finanzwirtschaft

- Die Abschlüsse der Jahresrechnungen 2004 und 2005 des Landkreises;
- die Jahresabschlüsse 2004 und 2005 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH;
- die Kreiskasse mit ihren Zahlstellen und Handvorschüssen im Verwaltungs- und schulischen Bereich jeweils einmal im Jahr;
- die Wirtschaftlichkeit des Betriebs und der Gebäudebewirtschaftung der Gemeinschaftsunterkünfte;
- der Betrieb des Möbellagers, die Deckung von Einmalbedarfen durch Sachmittel und die Aufgabenerfüllung des Bedarffeststellungsdienstes des Landkreises Göppingen;

Im Bereich der Personalwirtschaft

- Die Personalausgaben und die Eingruppierung der Beschäftigten des Landratsamts, der Klinik am Eichert Göppingen und der Helfenstein Klinik Geislingen, sowie der Mitarbeiter der in den Jahren 2005 und 2006 überörtlich geprüften Gemeinden,
- die Überleitung der Beschäftigten in den neuen TVöD;
- die Beihilfeleistungen an die Bediensteten des Landkreises.

Im Bereich der sozialen Leistungen

- Die Leistungen des Landkreises im Rahmen des SGB II (Hartz IV);



- die Einnahmereste im Bereich der Sozialhilfe und der Jugendhilfe;
- die Förderungen der Altenarbeit – Kreisaltenplan;
- die Leistungen nach dem Kreisjugendplan;
- die Verwaltung der Mündelgelder.

Im Bereich der Bauausgaben

1. Hochbau

- Verschiedene größere Maßnahmen im Rahmen der baulichen Unterhaltung der Schul- und Verwaltungsgebäude.

2. Kreisstraßen

- Der Gemeinschaftsaufwand 2003 zur Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Landkreis Göppingen;
- die Anlage eines Kreisverkehrs in Treffelhausen;
- der Umbau der Kreuzung L1192/K1415 (Uhingen) in einen Kreisverkehr;
- die Beseitigung von Rutschungen an der K1449 Roggenmühle/Treffelhausen;
- Belagsarbeiten an der K1419;
- die Querspange Salach, Kreisverkehr und Brückenbauwerk.

Im Bereich der Kreiskrankenhäuser

- Die Jahresabschlüsse 2004 und 2005 der Klinik am Eichert Göppingen und der Helfenstein Kli-

nik Geislingen, unter anderem verschiedene Bilanzposten;

- die Kassen der beiden Kreiskliniken einschließlich ihrer Zahlstellen und Handvorschüsse jeweils einmal im Jahr;
- die Honorarablieferungen sämtlicher Chefärzte;
- die Energielieferungsverträge;
- die Abwicklung der Brandschutz- und Asbestsanierung;

Im Bereich des Abfallwirtschaftsbetriebs

- Die Jahresabschlüsse 2004 und 2005, unter anderem verschiedene Bilanzposten;
- die Kasse des Abfallwirtschaftsbetriebs mit ihren Zahlstellen und Handvorschüssen jeweils einmal im Jahr;
- die Organisation und Abwicklung der Beitreibung.

Die wesentlichen Prüfungsergebnisse wurden in die jeweiligen Jahresschlussberichte aufgenommen und den Ausschüssen und dem Kreistag vorgelegt.

Aufgrund der örtlichen Prüfung fließen regelmäßig mehr oder weniger größere Beträge in die Kassen des Landkreises und seiner Eigenbetriebe zurück oder belasten diese. So kamen den genannten Bereichen bezogen auf die Jahre 2004 und 2005 insgesamt 899.000 Euro zugute, während sie andererseits mit 17.000 Euro belastet

wurden. Ein Großteil dieser Beträge entfällt auf den Bereich der Sozialhilfe.

Im Rahmen der begleitenden Prüfung konnten u.a. im Bereich der Personalausgaben Mehrausgaben bzw. Zuwenigzahlungen bereits im Vorfeld vermieden werden.

Neben der örtlichen Prüfung ist das Kreisprüfungsamt für die **überörtliche Prüfung** der Jahresrechnungen von 22 Gemeinden und 4 Zweckverbänden im Landkreis bis 4.000 Einwohner und für die überörtliche Prüfung des Wasserverbands Fils zuständig. Der Prüfungsrhythmus beträgt in der Regel 3 Jahre.

2005 und 2006 wurden in folgenden Gemeinden überörtliche Prüfungen durchgeführt:

Zell u.A., Schlat, Schlierbach, Drackenstein, Wäschenbeuren, Hohenstadt, Mühlhausen, Lauterstein, Wangen, Eschenbach, Dürnau, Hattenhofen, Ottenbach, Bad Ditzenbach.

Auf Jahresende 2006 sind sämtliche Jahresrechnungen bis einschließlich 2003 geprüft. Von den Jahresrechnungen 2004 sind prüfungsmäßig bereits rund 65 % erledigt.

Bei einigen Gemeinden sind zwar noch nicht alle Beanstandungen vollständig ausgeräumt, der Großteil der Prüfungsverfahren konnte jedoch bereits abgeschlossen werden bzw. steht kurz vor dem Abschluss. Regelmäßig fließen auf

Grund der überörtlichen Prüfung verschieden hohe Beträge in die Gemeindekassen wieder zurück. In den vergangenen beiden Jahren waren es 247.040 Euro.

Woher kommen nun diese Gelder?

Überzahlungen ergaben sich vor allem bei den

- Bauabrechnungen der Firmen und den Honorarschlussrechnungen der Architekten und Ingenieure.

Nachforderungen entstanden vor allem

- im Bereich der Beitragsveranlagung, wenn bisher nicht zu Beiträgen herangezogene Grundstücke noch veranlagt werden mussten;
- bei den Feuerwehreinsätzen, wenn weitere kostenpflichtige Einsätze noch in Rechnung gestellt werden mussten;
- bei nicht vollständig angeforderten Grundstücks- und Veräußerungserlösen;

- bei der Vorsteuer, da Mehrwertsteuerbeträge im Bereich der Wasserversorgung nicht beim Finanzamt geltend gemacht wurden;
- bei den staatlichen Fördermitteln, die nicht vollständig abgerufen wurden.

Sofern infolge Verjährung eine Rückforderung oder Nachveranlagung nicht mehr möglich war, musste die Vermögensschadenversicherung einspringen.



Landkreis geht erfolgreiche Kooperation mit der Agentur für Arbeit ein

Die ARGE Job-Center Landkreis Göppingen wird aus der Taufe gehoben.

Rechtzeitig vor Einführung des neuen „Arbeitslosengeldes II“ zum 01.01.2005 schlossen der Landkreis Göppingen und die Agentur für Arbeit Göppingen einen Kooperationsvertrag zur Errichtung der Arbeitsgemeinschaft Job-Center Landkreis Göppingen ab. Damit wurde sichergestellt, dass Langzeitarbeitslose Hilfe aus einer Hand erhalten. Zum 01.01.2005 wechselten deshalb 33 kommunale Beschäftigte, 27 Beschäftigte der Agentur für Arbeit sowie 6 Amtshilfskräfte in das neue Job-Center in der Mörikestr. 15 in Göppingen sowie der Außenstelle in Geislingen.

In der neuen Organisationseinheit legten die Träger Landkreis Göppingen und Agentur für Arbeit Göppingen mit der Geschäftsführung des Job-Centers zunächst den Schwerpunkt auf eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Geldleistungen. Im Januar 2005 erhielten insgesamt 4 530 Bedarfsgemeinschaften Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (ALG II) einschließlich Leistungen für Unterkunft und Heizung durch das Job-Center.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stieg dann von Monat zu Monat kontinuierlich an, sodass

das Job-Center personell laufend verstärkt werden musste.

Der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften setzte sich bis Mai 2006 auf insgesamt 5.931 Bedarfsgemeinschaften fort und entspannte sich erst in der 2. Jahreshälfte 2006 leicht.

Zum Jahresende 2006 waren 115 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für 5.289 Bedarfsgemeinschaften in denen 10.677 Personen leben zuständig. Der Trend der leichten Entspannung spiegelt neben der konjunkturellen Belebung auch die gute und engagierte Arbeit der Mitarbeiter des Job-Centers wieder, die sich täglich neu mit hoher Motivation den vielfältigen Herausforderungen im Job-Center stellen.

Ein wichtiges Instrument für den Erfolg stellt dabei in der Vermittlung das Fallmanagement dar. Die Fallmanager wurden speziell geschult, um auf die häufig bei langzeitarbeitslosen Kunden vorliegenden multiplen Vermittlungshemmnisse, wie z.B. Mangelnde



Intensive Beratung durch die Fallmanagerin

berufliche und/oder Sprachliche Qualifikation, Suchtkrankheiten, psychische Erkrankungen und Überschuldung eingehen zu können.

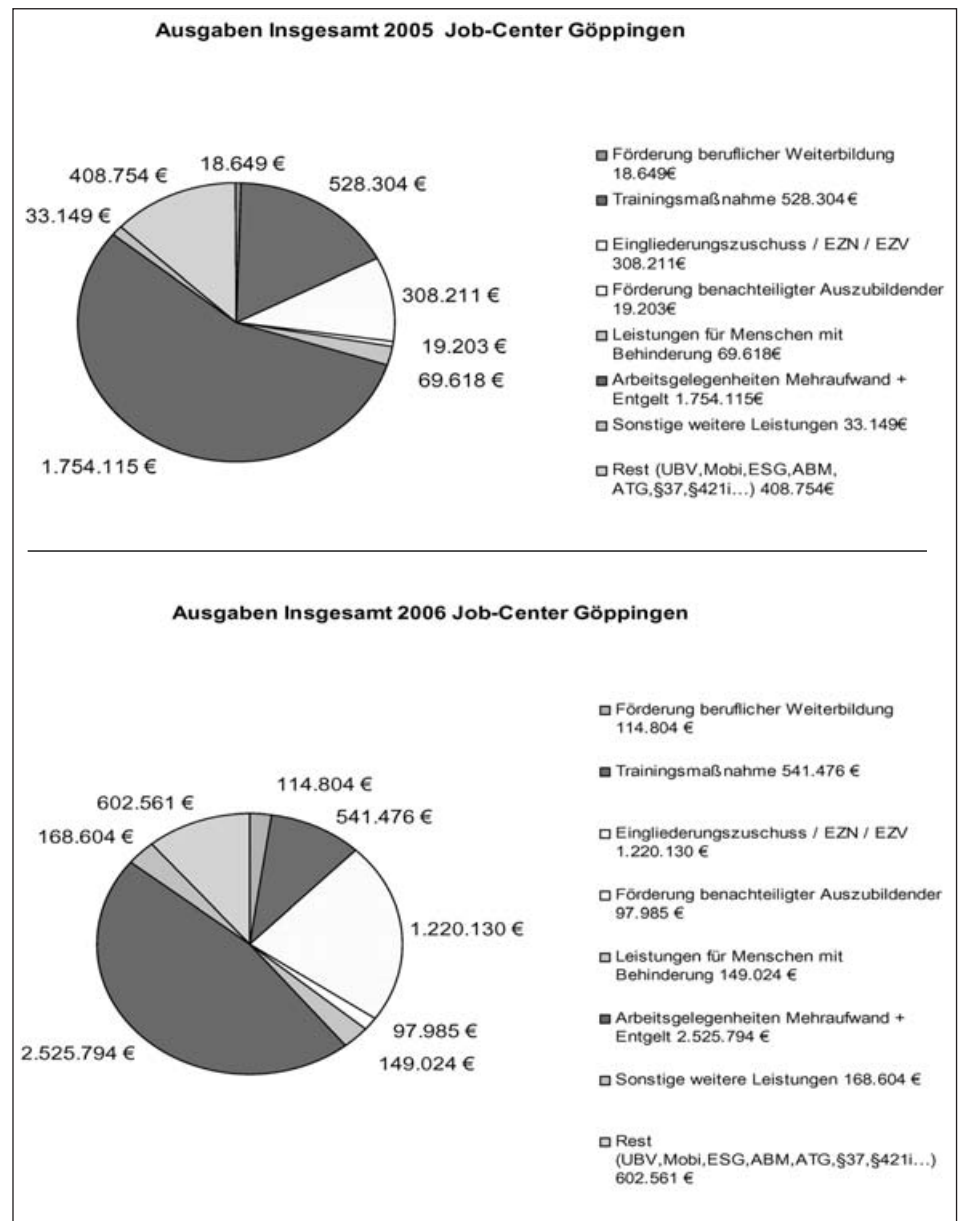
Die Zahl der Langzeitarbeitslosen konnte im Jahr 2006 um 8,1 Prozent (343 Personen) reduziert werden. Die größten Fortschritte konnten bei den arbeitslosen Jugendlichen mit einem Rückgang um 26 Prozent erzielt werden. Besonders erfreulich ist, dass nahezu die Hälfte in eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung vermittelt werden konnte.

Zur erfolgreichen Integration in Arbeit kann das Job-Center auf ein breit gefächertes Spektrum an Eingliederungsleistungen zurückgreifen. Dazu zählen z. B. betriebliche und überbetriebliche Trainingsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber, Beauftragungen Dritter mit der Vermittlung, Förderungen der beruflichen Weiterbildung, Einstiegsgelder für Selbständige sowie die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Als besonders erfolgreich haben sich Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber, betriebliche Trainingsmaßnahmen und das Einstiegsgeld erwiesen.

Im Startjahr 2005 wurden Eingliederungsleistungen mit einem Volumen von über 3 Mio. Euro erbracht. 2006 konnte das Eingliederungsbudget auf rund 4,9 Mio. Euro erhöht werden.



Beim „Tag des Netzwerkes“ lud das Job-Center am 11. Oktober 2006 sämtliche Beratungsstellen im Landkreis ein. Neben dem Informationsaustausch untereinander, konnten sich die Leistungsempfänger über das vielfältige Beratungsangebot im Landkreis ein Bild machen.



Eingliederungsbudget – Mittelverwendung

Neue Aufgaben für die Betreuungsbehörde

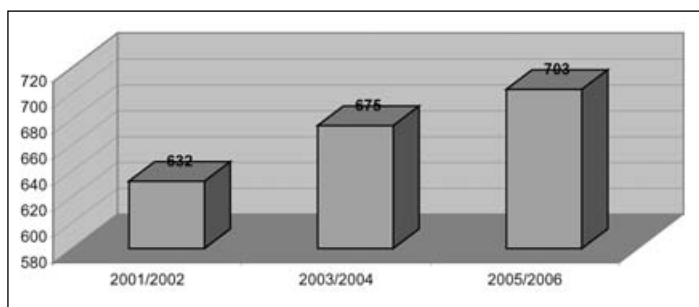
Am 01.07.2005 trat das 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz (BtÄndG) in Kraft. Neben den bisherigen Aufgaben der Betreuungsbehörde ergaben sich dadurch zusätzlich neue Aufgaben:

Das 2. BtÄndG sieht eine verstärkte Beratung und Unterstützung von Berufsbetreuern durch die Betreuungsbehörde vor. Einen weiteren Schwerpunkt legt

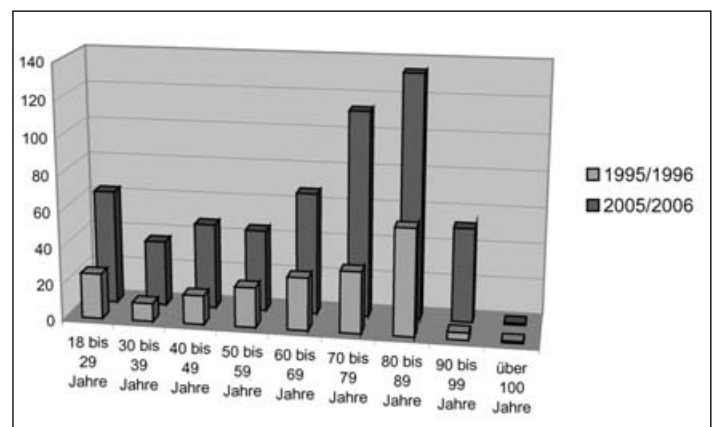
das Gesetz auf die Erstellung von Vorsorgevollmachten. Auf Anfrage informiert die Betreuungsbehörde Interessenten über Vorsorgevollmachten und beglaubigt bereits erstellte Vollmachten und Betreuungsverfügungen.

Der Aufgabenschwerpunkt der Betreuungsbehörde liegt allerdings weiterhin bei der Vormundschaftsgerichtshilfe. Konkret werden die

Lebensumstände und Defizite einer zu betreuenden Person ermittelt und zusammen mit einem Betreuungsvorschlag dem Notariat als Vormundschaftsgericht mitgeteilt. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist die Führung besonders schwierig gelagerter Betreuungen, für die kein ehrenamtlicher Betreuer oder Berufsbetreuer bestellt werden konnte.

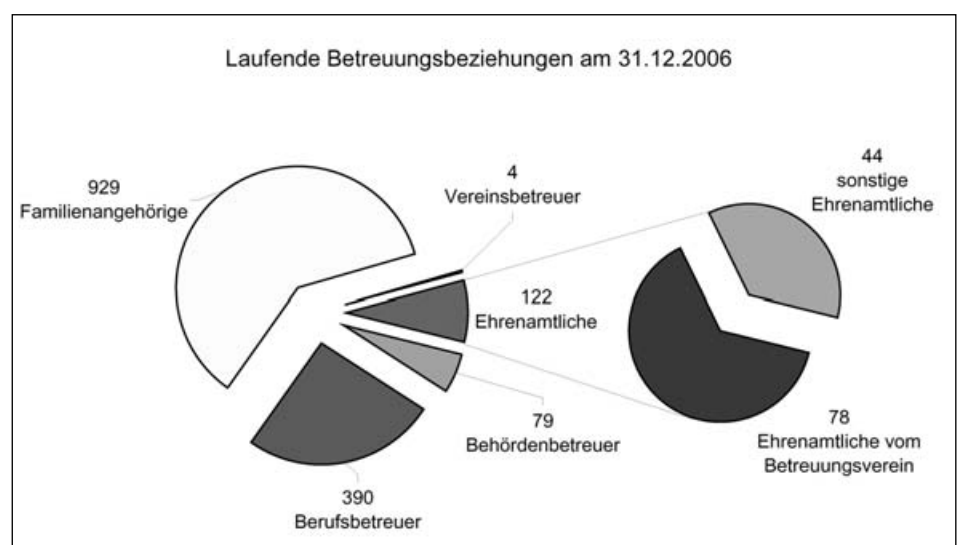


Der Bedarf an Betreuungen steigt von Jahr zu Jahr.



Durch die gestiegene Lebenserwartung werden im Vergleich gegenüber vor 10 Jahren für die 70- bis 100-Jährigen verstärkt Betreuungen erforderlich

Zum 31.12.2006 wurden insgesamt 1.479 Personen im Landkreis Göttingen von 1.524 Betreuern betreut. Das Schaubild verdeutlicht die Verteilung der geführten Betreuungen auf die verschiedenen Betreuerarten. 78 der 122 ehrenamtlichen Betreuer wurden durch den Betreuungsverein der Stiftung Altendank der Kreissparkasse Göttingen vermittelt.



Psychologische Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen



Das Psychologische Beratungszentrum ist ja nicht ganz einfach zu finden. Wie lange sind Sie schon im Wilhelm-Busch-Weg 5?

Vor 14 Jahren wurde unsere EFL-Stelle gemeinsam mit der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in den Wilhelm-Busch-Weg 5, das alte Schwesternwohnheim, verlegt. Unter einem Dach bilden beide Einrichtungen das Psychologische Beratungszentrum des Landkreises Göppingen. Die EFL-Stelle selbst gibt es schon sehr viel länger, nämlich seit 28 Jahren. Allerdings ist diese Außenstelle räumlich „gleich hinter dem Gesundheitsamt“ gut zu beschreiben und auch leicht zu finden.

Für was steht eigentlich EFL?

Jeder kennt uns unter EFL-Stelle. Offiziell heißen wir Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen. Organisatorisch gehören wir zum Kreissozialamt.

Das klingt für mich etwas abstrakt. Wer kommt denn zu Ihnen?

Zu uns kommen Menschen, die in einer persönlich schwierigen Lebenssituation oder Partnerkrise professionelle Hilfe suchen. Wir

alle haben solche schwierigen Lebenssituationen schon erlebt und dabei vielleicht das Glück von besonderer Stabilität oder einer guten Unterstützung durch Verwandte oder Freunde gehabt. Es sind also Menschen wie du und ich. Seit unserem Bestehen haben wir mit ca. 4000 Ratsuchenden etwa 35000 Gespräche geführt.

Gibt es bestimmte Personengruppen, die verstärkt zu Ihnen kommen? Frauen, Männer, Ältere, Jüngere, Paare?

Die statistische Auswertung zeigt immer noch, dass die größte Gruppe Frauen im Alter zwischen 30 und 45 Jahren sind.

Und wir Männer? Trauen wir uns nur nicht, oder haben wir weniger Probleme?

Männer glauben oft halt immer noch, alleine mit allem fertig werden zu müssen. Sich beraten zu lassen, gilt da oftmals als ein Zeichen von Schwäche. Dabei gibt es gerade bei dieser Gattung einen enormen Anstieg von schweren Depressionen. Und Probleme in Beziehungen betreffen natürlich Männer wie Frauen. Zur Ehrenrettung von maskuliner Einsichtsfähigkeit stellen wir seit 1-2 Jahren einen enormen Anstieg von Ehegesprächen fest. Also: Es bewegt sich etwas.



Psychologische Beratung. Das hört sich für mich nach Couch an? Trifft dieses Klischee für Sie zu?

Die Couch, auf der man über seine Eltern herzieht, gehört bei uns nicht zum Beratungsansatz. Stühle oder Sessel passen da besser zu uns. Wir haben auch kein Patentrezept, um irgendwelche Probleme zu lösen. Wir unterstützen Menschen zur Überwindung ihrer Partnerschafts-, Ehe- und Familienkonflikte sowie der persönlichen Lebenskrisen.

Wäre bei Familienkonflikten, wenn Kinder beteiligt sind, nicht die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche die richtige Adresse?

Sicherlich gibt es Überschneidungen. Deshalb ist es auch sinnvoll, dass wir ein gemeinsames Sekretariat als erste Anlaufstelle haben. Das Sekretariat filtert dann und ordnet zu.

Die Kolleginnen dort sind also in der Regel die erste Anlaufstelle?

Genau, und die Balance zu finden, gezielt nachzufragen ohne bereits in ein beratendes Gespräch einzusteigen, erfordert viel Fingerspitzengefühl. Und mit Frau Radler, Frau Singer und Frau Heil im gemeinsamen Sekretariat haben beide Stellen sehr einfühlsame und kompetente Kolleginnen, die auch wissen, dass sie die Visitenkarte des Psychologischen Beratungszentrums sind.

Und wie funktioniert dann die Aufteilung?

Wenn Kinder oder Jugendliche der Anlass von Beratung sind, ist die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche die Anlaufstelle. Wenn Erwachsene für sich selbst an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gekommen sind, kommen sie zu uns. Entweder zur Einzelberatung oder zur Ehe/Partnerberatung. Vor allem bei der Eheberatung wirken sich ungeklärte Konflikte natürlich auf die gesamte Familie – auch auf Kinder – aus. Aber die Eltern haben erkannt, dass es ihre „Eheachse“, ist, um die sich das Familienwohl dreht, und dass diese ziemlich eingerostet ist. Und dann kann sich zu einem späteren Zeitpunkt auch ein Gespräch mit der gesamten Familie ergeben, aber das ist eher selten. Unser Auftrag bezieht sich auf die Arbeit mit Erwachsenen.

Gibt es durch diese Aufteilung keine Reibungsverluste?

Das Gegenteil ist der Fall. Da wir organisatorisch zum Hilfebereich für Erwachsene gehören, haben wir durch diesen Zusammenhang den Informationsaustausch, der für unsere Arbeit notwendig ist. Das gleiche gilt für die EKJ-Stelle, deren Arbeit sich im Kinder- und Jugendhilfebereich bewegt. Und intern gibt es zwischen beiden Stellen schon lange die erforderliche Zusammenarbeit.

Und wie sieht diese Arbeit mit Erwachsenen konkret aus?

In der Regel werden bei der Anmeldung die Personalien aufgenommen und Gesprächstermine vereinbart. Das erste Gespräch, das etwa eine Stunde dauert, soll

zunächst ein „Schnuppergespräch“ sein. Dabei sollen sich die Ratsuchenden einen Eindruck verschaffen, ob sie hier das finden, was sie brauchen. Das gilt auch für die Fachkräfte, die prüfen müssen, ob nicht eine andere Form der Unterstützung, auch ergänzend, erforderlich ist, z.B. Fachärzte oder andere Einrichtungen im psychosozialen Bereich.

Wie lässt sich das denn einschätzen?

An einer Stelle mit fast 30-jähriger Praxis kennen wir die KollegInnen anderer Stellen über die unterschiedlichsten Arbeitskreise und Kontakte und wissen ziemlich gut über deren Aufgabenbereich Bescheid. Wir arbeiten hier nicht abgeschottet sondern begreifen uns als eine Masche im Netz der Gesundheitsversorgung im Landkreis.



Viele wollen doch aber sicher nicht, dass Sie mit deren Problemen „hau-sieren“ gehen.?

Selbstverständlich tun wir das nicht, denn die Schweigepflicht ist ein ganz hohes Gut. Hier kann sich jeder sicher sein, dass nichts ohne sein Einverständnis nach außen geht. Die Vernetzung bezieht sich auf eine optimale Versorgung der Betroffenen in gemeinsamer Absprache

Dann könnte auch ich bei einem entsprechenden Anlass zur Beratungsstelle kommen?

Selbstverständlich und Sie wären nicht der erste Mitarbeiter des Landratsamts, der uns sein Vertrauen gibt.

Wie lange dauert denn in der Regel eine Beratung?

Wenn sich jemand nach dem Erstgespräch entschieden hat, eine fortlaufende Beratung zu beginnen, finden die Beratungsstunden in der Regel in 14-tägigem Abstand statt. Statistisch dauert eine Beratung etwa 15 Gespräche, also etwa ein Jahr, wenn man die Urlaubspausen etc. miteinrechnet.

Eine lange Zeit!

Man muss bedenken, dass oft jahrelang versucht wurde, selbst mit dem Problem fertig zu werden. Die eigene Familie, Freunde und Bekannte wurden miteinbezogen und eine Menge guter und oft recht widersprüchlicher Ratschläge werden mitgebracht.

Und wie helfen da die Beratungsgespräche?

Bei der Ehe- bzw. Partnerberatung kann man sich dies vielleicht noch am ehesten vorstellen. Zunächst lassen sich sehr gefühlsbeladene Situationen mit einem außenstehenden Dritten etwas ruhiger angehen. Vor allem haben wir durch unsere Ausbildungen ein ziemlich feines Gehör für die verschiedenen Ebenen eines Gesprächs d.h. was wird wie mit welcher Absicht geäußert. Die eingefahrenen Verwirr- und Machtspiele können so aufgelöst werden. Das Beratungsziel heißt: Sich wieder lebendig und offen zu begegnen.



Und bei Einzelgesprächen?

Bei der Einzelberatung geht es um innere Blockierungen, die die eigene Vitalität erstarren lassen. Einfache Lebensbewältigung wird dann zu einer Herkulesaufgabe. Hier steht vor allem das verständnisvolle und geduldige Nachfragen im Vordergrund. Es ist, als ob man sich gemeinsam ins bisher gemiedene Dunkel wagt und dabei Belastendes immer deutlicher beleuchtet werden kann. Bekanntlich verschwinden bei Licht die bedrohlichen und lähmenden Schatten, vor denen man nicht davonlaufen konnte. In der Beratung kann also das besprochen und betrachtet werden, was bisher immer vor sich selbst und anderen verschwiegen wurde.

Das hört sich nach viel Arbeit an.

Nachdem sich zwei volle Stellen

auf drei Personen aufteilen, arbeiten wir auch mit Wartezeiten. Dies ist mit 2-4 Wochen aber vertretbar, zumal in Krisensituationen natürlich ein Gespräch auch rasch möglich gemacht wird.

Wenn man sich tagaus/tagein die Probleme in anderen Beziehungen anhören muss, wirkt sich das auch auf die eigene Beziehung aus?

Alle von uns haben eine oder mehrere therapeutische Ausbildungen. Ein wichtiger Bestandteil solcher Ausbildungen ist es auch, eine besondere Sensibilität für solche Belastungen zu entwickeln. Das ist nicht nur für die eigene „Psycho-

hygiene“ wichtig. Wenn man sich in Gefühlsstrudel hineinziehen lässt, ist wirkungsvolle Hilfe auch nicht mehr möglich. Und glücklicherweise verstehen wir uns im Team so gut, dass sich problematische Momente auch dort gut besprechen und lösen lassen.

Das Interview wurde in leicht veränderter Form aus der Zeitschrift Intakt 1/07 (Die Zeitung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamts Göppingen) übernommen.

Das Gespräch führte Manfred Gottwald



Auffangnetz Sozialhilfe

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat. Aus der Formulierung „sozial“ ergibt sich die Verpflichtung aller staatlichen Organe, im Rahmen ihrer Aufgaben dazu beizutragen, dass für den einzelnen Bürger ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird. In der Ausgestaltung dieses Grundsatzes gibt es in der Bundesrepublik zahlreiche soziale Leistungen wie etwa Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, um nur die wichtigsten zu nennen. Diese Sozialleistungen können aber wegen ihrer begrenzten Aufgabenstellung nicht für alle Personen und nicht für alle Notlagen die erforderlichen Hilfen bereitstellen.

Der Sozialhilfe als letztes Auffangnetz kommt deshalb nach wie vor eine hohe Bedeutung zu. Allerdings haben sich seit den zum 01.01.2005 in Kraft tretenden Hartz IV-Reformen die Arbeitsschwerpunkte der Sozialhilfe deutlich verändert. Denn die Sicherstellung des Lebensunterhalts, früher von der Zahl der Leistungsberechtigten her die Hauptaufgabe der Sozialhilfe, erfolgt seit dieser Zeit für erwerbsfähige Personen

durch das Arbeitslosengeld II; dieses wird durch eine von Arbeitsagentur und Kreissozialamt gebildete Arbeitsgemeinschaft, dem Jobcenter Göppingen, ausbezahlt.

Wichtigste Hilfeart im Rahmen der Sozialhilfe ist deshalb jetzt die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Die Nettoaussgaben alleine für diese Hilfeart beziffert sich für das Jahr 2006 auf über 21 Mio. Euro. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, welche dazu dient, bei über 65-jährigen sowie bei dauerhaft erwerbsgeminderten Personen ab dem 18. Lebensjahr den Lebensunterhalt sicherzustellen, stellt einen weiteren Aufgabenschwerpunkt des Kreissozialamts dar. Bedingt durch die demografische Entwicklung steigt die Zahl der Grundsicherungsberechtigten langsam, aber kontinuierlich an. Dagegen kommt der Hilfe zum Lebensunterhalt nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu. Denn anspruchsberechtigt hierfür sind im Wesentlichen nur zeitweise erwerbsunfähige Personen.

Einen weiteren Schwerpunkt im Leistungsspektrum der Sozialhilfe stellt die Hilfe zur Pflege dar,

sowohl im ambulanten wie auch im stationären Bereich. Zusammen mit den von den Pflegekassen gewährten Sachleistungen ermöglichen es die ergänzenden Leistungen der Sozialhilfe den Pflegebedürftigen mit einem hohen ambulanten Pflegebedarf, die zum Teil erheblichen Kosten zu begleichen und so trotz fortgeschrittener Pflegebedürftigkeit in der eigenen Wohnung verbleiben zu können.

Aber auch wenn eine Heimunterbringung unumgänglich geworden ist, hilft bei Bedürftigkeit die Sozialhilfe, die trotz den Leistungen der Pflegeversicherung immer noch recht hohen Heimkosten aufzubringen. Durch die wachsende Zahl älterer Personen und die steigende Lebenserwartung nehmen auch die Fallzahlen in der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege immer weiter zu.

Ebenfalls zum Leistungsumfang der Sozialhilfe gehören die Hilfe bei Krankheit für nicht krankenversicherte Personen, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (z.B. bei wohnungslosen Haftentlassenen) sowie die Hilfe in anderen Lebenslagen (z.B. Blindenhilfe).



Wohngeld

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird an Mieter von Wohnraum Mietzuschuss und an den Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung Lastenzuschuss nach den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes (WoGG) gewährt.

Eine gravierende Änderung im Bereich des Wohngeldes ist durch die Einführung der Sozialgesetzbücher II (Hartz IV) und XII (Sozialhilfe) eingetreten, da die Empfänger von Leistungen nach diesen Gesetzen vom Wohngeld ausgeschlossen sind. Da ein automatisierter Datenabgleich mit den zuständigen Stellen zur Zeit noch nicht möglich ist, ist eine sehr

enge Zusammenarbeit mit der ARGE Job-Center Landkreis Göppingen notwendig, um einen Doppelbezug von Leistungen zu vermeiden.

Die Wohngeldstelle bearbeitet Miet- und Lastenzuschussanträge aller Kreismunicipalitäten außer den Städten Geislingen und Göppingen, die jeweils eine eigene Wohngeldstelle haben. Die Leistungen werden aus Bundes- und Landesmitteln finanziert.

Im Jahr 2005 waren insgesamt 2509 und im Jahr 2006 2081 Anträge auf Gewährung von Wohngeld zu bearbeiten.

Im Zusammenhang mit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts trat am 14.07.2005 das Neunte Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes in Kraft. Die Wohngeldstelle ist danach verpflichtet für alle Heimbewohner, die vollstationär untergebracht sind, rückwirkend für die Jahre 2001 bis 2004 und teilweise bis zum heutigen Tag Neuberechnungen durchzuführen. Durch diese Neuberechnungen kann für Heimbewohner häufig mehr Wohngeld gewährt werden. Die notwendigen und sehr umfangreichen Nachberechnungen werden voraussichtlich erst im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen sein.

Schuldnerberatung: Insolvenzverfahren gewinnt zunehmend an Gewicht

Die Schuldnerberatungsstelle bietet Hilfe für alle Einwohner des Landkreises Göppingen, die wegen Überschuldung ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Überschuldung – was ist das?

Ein Großteil der Bevölkerung finanziert heutzutage Konsumgüter wie Auto, Möbel, Urlaub u.ä. durch Aufnahme von Krediten oder Abschluss von Ratenzahlungsverträgen – im Vertrauen auf ein regelmäßiges Einkommen. Solange genügend finanzieller Spielraum für die Rückzahlung der Kreditraten vorhanden ist, ist die Aufnahme von kurz- oder langfristigen Krediten unproblematisch.

Veränderungen bzw. kritische Lebensereignisse oder Schicksalsschläge führen jedoch oft dazu, dass die monatlichen Einnahmen die monatlichen Ausgaben nicht mehr ausgleichen.

Kritische Lebensereignisse sind in der Regel

- ungewollt
- ungeplant und
- unerwartet.

Dies können Trennung, Scheidung, Arbeitslosigkeit, eigene Krankheit oder der Tod eines nahen Angehörigen sein.

Wenn das monatliche Einkommen dauerhaft nicht ausreicht, die

fixen Lebensunterhaltskosten sowie die fälligen Raten und Rechnungen zu bezahlen, dann spricht man von Überschuldung.

Das Tätigkeitsfeld der Schuldner- und Insolvenzberatung bezieht sich in erster Linie auf Beratung und Information, sowie die fallbezogene Hilfe. Dabei umfasst die Arbeit sowohl Existenzsicherung, wie auch Schuldnerschutz und Hilfe zur Entschuldung.

Neben der klassischen Schuldenregulierung auf der Basis von Vergleichsverhandlungen und Einigungen mit den Gläubigern gibt es seit 1999 auch für Privatpersonen die Möglichkeit ein Insolvenzverfahren durchzuführen.

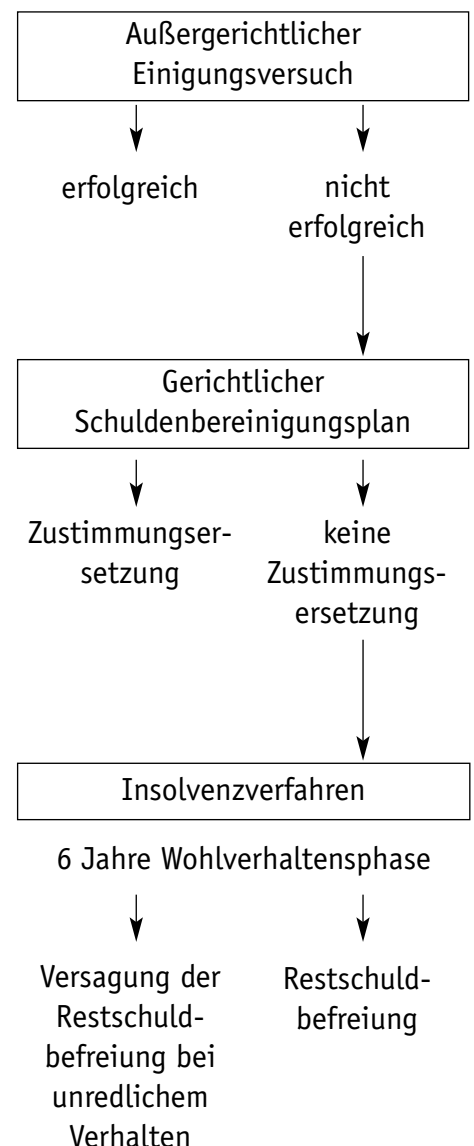
Nach einem Höchststand von 177 Fällen im Jahr 2005 hat sich die Zahl der bearbeiteten Fälle im Jahr 2006 mit 129 wieder auf dem Normalstand befunden.

Dabei sind ca. 80 – 90 % der Fälle Insolvenzverfahren, der Rest Regulierungsfälle. Durch das geringe monatlich zur Verfügung stehende Einkommen bzw. den Bezug von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ist in den wenigsten Fällen eine Schuldenregulierung über Vergleichsvereinbarungen und Ratenzahlungen möglich.

Das macht deutlich, dass das Insolvenzverfahren immer mehr an Gewichtung zunimmt und für viele

Betroffene oft die letzte Möglichkeit einer Entschuldung darstellt.

Das Verbraucherinsolvenzverfahren im Ablauf:



Hilfen für Menschen mit Behinderungen

Mit der Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Württemberg-Hohenzollern und Baden gingen zum 01.01.2005 wesentliche Aufgaben der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen auf die Stadt- und Landkreise über. Zeitgleich wurde das bis 31.12.2004 geltende Bundessozialhilfegesetz durch das neue Sozialgesetzbuch XII abgelöst.

Aus diesem Grund wurde zum 01.01.2005 beim Kreissozialamt ein neuer Geschäftsteil Eingliederungshilfe eingerichtet. Vom ehemaligen Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern konnten erfahrene Mitarbeiter für diese zusätzliche Aufgabe gewonnen werden. Hierdurch konnte eine reibungslose Umstellung der laufenden Hilfegewährung sicher gestellt werden.

Derzeit erhalten ca. 1200 Personen Leistungen der Eingliederungshilfe vom Kreissozialamt. Voraussetzung ist, dass eine wesentliche und nicht nur vorübergehende geistige, körperliche oder seelische Behinderung vorliegt, die den Menschen in seiner Fähigkeit, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen erheblich einschränkt.

Das Leistungsspektrum reicht von Maßnahmen zu Frühförderung für Kleinkinder, Hilfen zur Integration in Regelkindergärten und Regelschulen, Fördermaßnahmen in Schulkindergärten und Sonderschulen, beruflichen Fördermaßnahmen in schulischer Form und Beschäftigungs- und Betreuungsangeboten in Werkstätten für behinderte Menschen bis hin zur Übernahme von Kosten in Ambulant betreuten Wohnformen oder

vollstationärer Versorgung in speziellen Einrichtungen für behinderte Menschen.

Im Sommer 2006 wurde vom Sozialausschuss des Kreistags der Beschluss gefasst, für den Landkreis Göppingen einen Kreisbehindertenplan zu erstellen. Dieser Kreisbehindertenplan soll Politik und Verwaltung als Entscheidungsgrundlage dienen, um die Bedarfsgerechtigkeit zukünftiger Planungsvorhaben auf fundierter Basis bewerten zu können. Des Weiteren soll er Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Angebotslandschaft in den einzelnen Bereichen bieten. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der Kostensteuerung geprüft werden.



Neuer Kreisalten- und Kreispflegeplan

Die Altenhilfe-Fachberatung hat nach ausführlichen Vorberatungen in der "Arbeitsgruppe Kreisaltenplan" und im "Fachbeirat Kreispflegeplanung" einen neuen Kreisalten- und Kreispflegeplan vorgelegt, den der Kreistag am 21.10.2005 verabschiedet hat. Das neue Planwerk enthält auf 273 Seiten eine Fülle von Bestands- und Bedarfsaussagen sowie Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen zu allen relevanten Themen der Altenhilfe und Altenpflege im Landkreis Göppingen.

Die einzelnen Themen im Überblick:

- *Kapitel 1:* Demografische Entwicklung und Lebenslagen älterer Menschen
- *Kapitel 2:* Pflege im Alter
- *Kapitel 3:* Geriatrie, Prävention und Rehabilitation im Alter
- *Kapitel 4:* Wohnen im Alter
- *Kapitel 5:* Angebote und Hilfen für ältere Menschen
- *Kapitel 6:* Maßnahmenkatalog mit Prioritätensetzung und Förderrichtlinien
- *Kapitel 7:* Anhang mit Adresslisten aller Altenhilfe-Angebote

Die demografische Entwicklung zieht sich wie ein roter Faden durch das Planwerk. Bis zum Jahr 2010 wird jeder vierte Bürger im Landkreis über 60 Jahre alt sein. Die Altersgruppen der 70- bis 75-Jährigen und der 80- bis 95-Jährigen werden überproportional

zunehmen und den Versorgungs- und Pflegebedarf in den ambulanten und stationären Altenhilfeeinrichtungen des Landkreises erhöhen. Weiter werden im ersten Kapitel die Lebenslagen älterer Menschen beleuchtet und dargestellt, wie sich die familiären Netzwerke verändern werden.

Das Kapitel 2 ist am größten und widmet sich dem Thema „Pflege



im Alter“. Es enthält den Kreispflegeplan mit Zahlenteil. Hier sind die Bestands- und Bedarfszahlen für Pflegeplätze in den voll- und teilstationären Pflegeeinrichtungen zu finden. Im Ergebnis ist bei einem kreisweiten Bedarf von 1742 Plätzen durch den Bau von 628 neuen Pflegeplätzen und den Wegfall von 44 Plätzen mit einem Platzüberhang von 584 Plätzen in der Dauerpflege zu rechnen. Die ambulanten Angebote erstrecken sich von

vielfältigen Beratungs- und Informationsmöglichkeiten über organisierte Nachbarschaftshilfen und ambulante Dienste bis zu Hospizarbeit und Sterbebegleitung.

Im Kapitel 3 geht es um die Strukturen der geriatrischen Versorgung und Rehabilitation im Landkreis Göppingen. Die enorme Zunahme von gerontopsychiatrischen bzw. demenziellen Erkrankungen ist brisant und stellt die Altenhilfe vor große Herausforderungen.

Einen weiteren Themenschwerpunkt bildet das Kapitel "Wohnen im Alter" mit Darstellung alternativer Wohnformen, Möglichkeiten zur Verbesserung der Wohnsituation durch Wohnberatung und Wohnungsanpassungsmaßnahmen, Anforderungen an Betreutes Seniorenwohnen und mehr Sicherheit durch Notrufsysteme.

Im Kapitel 5 wird der große Bereich der offenen Altenhilfe dargestellt mit Perspektiven für die nachberufliche Phase, Angeboten für lebenslanges Lernen, der Möglichkeiten zur Stärkung sozialer Netzwerke und der Wahrnehmung von Präventionsangeboten. Weiter gibt es wichtige Ausführungen zu den Vorsorgeregungen im Alter.

Besonders fokussiert werden im neuen Kreisalten- und Kreispflegeplan das Bürgerschaftliche



Engagement und die Eigenverantwortung als unverzichtbarer Bestandteil einer humanen Gesellschaft. Dies durch gute Rahmenbedingungen zu erhalten und weiter zu fördern wird als wichtige kommunale Aufgabe gesehen. Ältere Menschen verfügen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft über wertvolle Potenziale an Vitalität, Leistungsfähigkeit, Lernfähigkeit, Interesse, Zeit, Erfahrungen und Wissen.

Im Maßnahmenkatalog sind die in den einzelnen Kapiteln als notwendig definierten Maßnahmen zusammengefasst und nach ihrer jeweiligen Priorität zur Umsetzung eingestuft. Außerdem sind die Förderrichtlinien Nr. 1 bis 5 angeschlossen. Im Anhang sind die Adresslisten aller Altenhilfe-Angebote zu finden.

Der neue Kreisalten- und Kreispflegeplan zeigt, dass im Landkreis Göppingen flächendeckend eine gute Versorgungsstruktur für ältere Menschen besteht. Dazu haben kompetente Träger und nicht zuletzt auch die finanzielle Förderung des Landkreises ihren Teil beigetragen. Dennoch sind in den kommenden Jahren große Anstrengungen aller Beteiligten gefragt, um die weiter notwendigen Maßnahmen umzusetzen. Dies gelingt, wenn sowohl die Träger der freien Wohlfahrtspflege als auch die privaten Träger, die Kom-

munen und der Landkreis im Rahmen ihrer Aufgabenstellungen weiterhin gut kooperieren.

Der Landkreis wird das Planwerk im Dialog mit den Trägern, Betroffenen und Beteiligten regelmäßig aktualisieren und fortschreiben.

Der Kreisalten- und Kreispflegeplan ist gegen eine Gebühr von 12,00 Euro bei der Altenhilfe-Fachberatung erhältlich.

Fortbildung „Demenzranke Menschen verstehen“

Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko an Demenz zu erkranken rapide an. Von den 65- bis 69-Jährigen sind nur rund ein Prozent betroffen, bei den 80- bis 84-Jährigen schon 8 bis 13 % und bei den über 90-Jährigen steigt das Krankheitsrisiko auf 25 bis 42 %. Ungefähr 30 % aller schwer Demenzkranken leben in stationären Altenpflegeeinrichtungen.

„Demenzranke Menschen verstehen“ war das Thema einer dreitägigen Fortbildungsreihe von Februar bis April 2005 für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ambulanten und stationären Einrichtungen der Altenhilfe im Landkreis Göppingen. Eingeladen hatte die Altenhilfe-Fachberatung des Landkreises und die SAMA (Sozial- und Arbeitsmedizinische

Akademie Baden-Württemberg e.V.). Die Veranstalter hatten sich zum Ziel gesetzt, Pflegekräfte für ihre anspruchsvolle Arbeit weiter zu qualifizieren und neue Blickwinkel für den Umgang mit demenzkranken Menschen zu vermitteln.

„Wer hat meine Schlüssel geklaut?“ „Ich habe nichts zu Essen bekommen“ – obwohl die letzte Mahlzeit vor einer halben Stunde war. Mit solchen Situationen sind Pflegekräfte immer wieder konfrontiert. Demenz ist eine Krankheit des Vergessens. „Kein Wunder, dass demenzranke Menschen ständig auf der Suche sind“, erklärte die Referentin Susanne Baier. Sie berichtete von Messungen die ergaben, dass Erkrankte bis zu 40 Kilometer täglich laufen – teilweise mit Gehwagen.

In Fallbesprechungen lernten die Teilnehmenden die eigensinnige Logik der „verwirrten“ Handlungen kennen. Sie übten Umgangsweisen für schwierige Situationen ein und erhielten wertvolle Hinweise für eine unterstützende Kommunikation und eine wertschätzende Pflege. Sie konnten ihre Kompetenzen erweitern, Erfahrungen austauschen und wertvolle Impulse für die tägliche Arbeit mit nach Hause nehmen.

Pflegebörse auf der Homepage des Landkreises

www.pflegeboersen.de – eine neue Service-Plattform im Internet liefert Angehörigen von Pflegebedürftigen schnell und umfassend eine aktuelle Übersicht über ambulante Dienste, Pflegeeinrichtungen und Beratungsmöglichkeiten im Landkreis Göppingen.

Wer Angebote der Altenhilfe sucht, findet sich oft in der Viel-

falt nicht zurecht: In welchem Heim ist ein Pflegeplatz oder Kurzzeitpflegeplatz frei? Welche Leistungsangebote haben die ambulanten Dienste in meiner Nähe? Welche Anbieter z.B. für Essen auf Rädern oder Hausnotruf gibt es für meinen Wohnort? www.pflegeboersen.de kann hier eine wichtige Hilfestellung sein und die Suche nach Beratung und Pflege

erleichtern.

Unter Koordination der Altenhilfe-Fachberatung im Landratsamt ist es gelungen Informationen und Angebote im Internet unter einem Dach zu bündeln: In den Kategorien Beratung, Häusliche Pflege und Versorgung, Kurzzeitpflege und Heimplatzbörse präsentieren 14 ambulante Dienste, 15 Altenpflegeheime, 4 Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen, der Kreissenorenrat Göppingen, die Stadtseinenräte Göppingen und Geislingen, der Betreuungsverein, die Seniorenfachberatung Heiningen und das Kreissozialamt ihr breites Beratungs- und Leistungsangebot für Senioren und Pflegebedürftige. Suchende können sich in Ruhe zu Hause einen ersten Überblick über die Möglichkeiten verschaffen und danach gezielt mit den betreffenden Einrichtungen oder Diensten Kontakt aufnehmen.

Die beteiligten Einrichtungen und Pflegedienste können ihre Einträge über ein Redaktionssystem jederzeit selbst aktualisieren.



Freut sich über das neue Internet-Portal www.pflegeboersen.de, Sozialdezernent Hans-Peter Gramlich

Seitenwechsel: Auszubildende von Banken engagieren sich in sozialen Einrichtungen

Im Februar 2005 war Projektstart für die Initiative des Landkreises „Soziales Lernen für Auszubildende“. Ein Jahr lang engagierten sich 45 Auszubildende von Banken und Sparkassen im Landkreis Göppingen in sozialen Einrichtungen und sammelten so neue Erfahrungen. Neben ihrer gewohnten Ausbildung arbeiteten sie an ihrem schulfreien Nachmittag zusätzlich in sozialen Einrichtungen in Lebensbereichen, die den meisten jungen Leuten völlig fremd waren, zum Beispiel in Altenheimen und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Dabei lernten sie eine andere Welt kennen. Eine Welt in der es nicht um Zahlen ging, um Zinsen und Kredite.

„Sozialkompetenz erwerben“ war das Schlagwort, das die Bankhäuser überzeugte. Soziales und emotionales Geschick sind Fertigkeiten, die im beruflichen Alltag immer wichtiger werden. Durch ihr soziales Engagement eigneten sich die Auszubildenden wichtige Schlüsselqualifikationen wie Kommunikationsfähigkeit, Belastbarkeit und Teamfähigkeit an. Zwei erfahrene Projektleiterinnen haben die Projektteilnehmenden in Kooperation mit der Berufsschule vorbereitet, in die Einsatzstellen vermittelt und während des Projekts begleitet.

Der Landkreis Göppingen wurde während der einjährigen Pilotphase vom Sozialministerium Baden-Württemberg mit einem „Kommunalen Entwicklungsbau-stein“ Bürgerschaftliches Engagement finanziell unterstützt. Die Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement als biographisch und gesellschaftlich wertvollem Lern- und Erfahrungsfeld wurde dabei aufgezeigt. Inzwischen wird das Projekt von den Banken finanziert.

Denn nach einem Jahr stand fest: der Seitenwechsel, der Blick hinter die Türen der anderen, war ein Erfolg. Das Projekt wird mit den zukünftigen Auszubildenden fortgeführt. Bei einem Abschlussfest

im Februar 2006 im Landratsamt präsentierten die Auszubildenden ihre Eindrücke und berichteten von ihren beeindruckenden Erfahrungen.

Besonders bemerkenswert ist der wechselseitige Nutzen für alle Projektbeteiligten. Nicht nur die Auszubildenden gewinnen, sondern auch die Banken, Schulen und sozialen Einrichtungen. Die Lebensqualität und die Lebensvielfalt der Menschen in den Einrichtungen wurde bereichert, da die jungen Auszubildenden nicht nur tatkräftige Unterstützung, sondern auch Ideen, Angebote und ein Stück "Normalität" mitgebracht haben.

Soziales Lernen „Altersheim“



Ist ein soziales Projekt aus unserer Sicht sinnvoll?

JA!!

Es ist wichtig sich auch einmal in einem anderen sozialen Umfeld zurecht zu finden.

Was haben wir gelernt?

- Auf andere eingehen
- Konsequenz
- Auch mal „Nein“ zu sagen
- Geduld
- Verständnis zeigen
- Zuhören
- Mit neuen/schwierigen Situationen umzugehen
- Sich Problemen zu stellen/nicht wegzulaufen

Unsere Erfahrungen:

- Unbegründete Ängste sind nicht berechtigt
- Nach anfänglicher Zurückhaltung entwickelt sich ein freundschaftliches Verhältnis
- Behinderte Menschen = Menschen

Wegweiser für Ältere im Landkreis Göppingen

Der Landkreis Göppingen verfügt über ein breites Spektrum an Angeboten für Seniorinnen und Senioren. Seit Dezember 2006 gibt es einen „Wegweiser für Ältere im Landkreis Göppingen“ der umfassend über die vielfältigen Themen rund um das Älterwerden informiert. Ratsuchenden hilft er, schnell den richtigen Ansprechpartner zu finden, der dann individuell beraten kann. Interessierte erhalten wichtige und wertvolle Informationen zu den Themenbereichen:

- Beratung und Information
- Beteiligung, Begegnung, Bildung, Bewegung
- Finanzielle Hilfen
- Hilfe und Pflege zu Hause
- Betreutes Wohnen, Hilfe in Pflegeeinrichtungen
- Vorsorge

Die Broschüre kann im Landratsamt, in den Rathäusern, bei den

Seniorenräten und den Wohlfahrtsverbänden abgeholt werden.



Präsentieren den neuen „Wegweiser für Ältere im Landkreis Göppingen“ (v.l.): Sozialdezernent Hans-Peter Gramlich, Altenhilfe-Fachberaterin Christine Stutz, Kreisrat Eberhard Neubrand, Vorsitzende des Kreissenienerrats Hildegard Lutz, Landrat Franz Weber, Kreissozialamtsleiter Rudolf Dangelmayr.

Vorsorgemappe

Selbstbestimmt vorsorgen

Woran Sie denken sollten!

Persönliche Informationen

Was muss im Trauerfall geregelt werden?

In einer gemeinsamen Initiative des Kreissenienerrats Göppingen, des Ortssenienerrats Boll, des Stadtssenienerrats Eisingen, des Stadtssenienerrats Geislingen e.V., des Stadtssenienerrats Göppingen e.V., des Stadtssenienerrats Sülzen

und der Altenhilfe-Fachberatung wurde die Mappe „Selbstbestimmt vorsorgen“ entwickelt und ausgearbeitet. Durch diese vorbildhafte Vernetzung ist es möglich, den Bürgerinnen und Bürgern landkreisweit dieselbe Mappe anzubieten und dennoch kommunale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Mit dieser Vorsorgemappe haben die Initiatoren ein sensibles

Thema aufgegriffen, da die Auseinandersetzung mit dem Tod gerne in den Hintergrund geschoben wird. Auf sehr sachliche Weise bietet die Mappe Hilfe, wichtige Dinge rechtzeitig so zu regeln, dass man seine Angelegenheiten geordnet in die Hände anderer geben kann und Angehörige die persönlichen Wünsche erfahren.

Drackensteiner Steige saniert Neues Kreisstraßensanierungsprogramm aufgelegt

Drackensteiner Steige saniert

Bereits vor vier Jahren hat der Landkreis Göppingen den ersten Abschnitt der K 1447 zwischen Gosbach und Unterdrackenstein instandgesetzt.

Es handelt sich um eine Albsteige, die mit einem relativ hohen LKW-Anteil belastet ist und bei Stauungen auf der B A B 8 von den Autofahrern gerne als Schleichstrecke benutzt wird.

Der rd. 1300 m lange zweite Abschnitt der Kreisstraße 1447 von Unter- nach Oberdrackenstein wurde vom Landkreis im Jahr 2005 mit Gesamtkosten von rd. 374.000 Euro saniert.

Hierbei war in besonders schadhafte Bereichen mit erheblichen Setzungen der alten Fahrbahn eine Auskofferung auf ca. 1,20 m Tiefe erforderlich.

Der Neuaufbau erfolgte in einem Teilbereich von ca. 200 m mit Gabionen, auf welchen die neue Fahrbahn anschließend aufgebracht wurde.

In diesem Zusammenhang konnte auch in der engen Ortsdurchfahrt Unterdrackenstein eine neue Fahrbahnbelag mit Kosten von rd. 15.000 Euro eingebaut werden.

Nach dieser Gesamtsanierung kann eine weitere bedeutsame Albsteige für die nächsten 2 Jahrzehnte wie-

der den immer steigenden Anforderungen des Individual- und Schwerlastverkehrs stand halten.



Neues Kreisstraßensanierungsprogramm aufgelegt

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr hat am 15.11.2005 von der ZustandsErfassung der Kreisstraßen, welche vom Straßenbauamt des Landkreises Esslingen vor Ort aufgenommen wurde, Kenntnis genommen und ein neues Kreisstraßensanierungsprogramm für die Jahre 2006 ff. beschlossen.

Die Gesamtkosten der Maßnahmen betragen rd. 19 Mio Euro. Hiervon entfallen auf das - Sanierungsprogramm rd. 12 Mio. Euro

- Ausbauprogramm rd. 6,2 Mio Euro
- Bauwerkssanierungsprogramm rd. 0,64 Mio. Euro.

Das umfangreiche Programm dient als Entscheidungshilfe für künftige Maßnahmen im Bereich des Straßennetzes mit rd. 212 Km Länge.

Zuvor wurde mit dem UVA am 02.05.2006 eine umfangreiche Straßenbesichtigungsfahrt durchgeführt, bei welcher der kritische Zustand vieler Kreisstraßen vor Ort verdeutlicht wurde.

Ausgleichsleistungen: Eine wichtige Stütze für die landwirtschaftlichen Betriebe

Auch die Landwirte in unserem Landkreis sind auf die Ausgleichsleistungen für die existenzsichernde Bewirtschaftung ihrer Betriebe angewiesen. Nur mit dieser Unterstützung sind Sie in der Lage, unsere Kultur- und Erholungslandschaft zu pflegen und zu erhalten.

Wie sieht die Agrarförderung für unsere Landwirte aus?

Die EU-Förderung der gemeinsamen Agrarpolitik ist in zwei Säulen gegliedert. In der 1. Säule geht es um Direktzahlungen an die Landwirte als Ausgleich für Einkommensverluste, die in der Änderung der Marktordnungsmaßnahmen und der damit verbundenen Senkung der Agrarpreise ihre Ursache haben.

Begleitend hierzu gibt es in der 2. Säule aus Landesprogrammen co-finanzierte Maßnahmen wie die Förderung von Investitionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen

Betriebe und zur Entwicklung der ländlichen Räume. Auch Agrar- und Waldumweltprogramme wie zum Beispiel die Ausgleichszulage und MEKA werden aus der 2. Säule finanziert. Die Förderung aus diesen Programmen dient dem Ausgleich für Mehrkosten und Ertragsminderungen, die durch Bewirtschaftungsauflagen entstehen.

Wofür bekommen die Landwirte Geld aus Brüssel?

Mit den Ausgleichsleistungen verfolgt die EU das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit und Marktorientierung der europäischen Landwirtschaft zu stärken und gleichzeitig das Einkommen der Betriebe zu stützen. Gefördert werden insbesondere die umweltverträgliche Produktion hochwertiger Lebensmittel und die artgerechte Tierhaltung.

Was müssen die Landwirte tun?

Um Ausgleichsleistungen zu erhalten, müssen Landwirte jedes Jahr einen Sammel-Antrag, den sogenannten Gemeinsamen Antrag stellen. Vom Landwirtschaftsamt werden jährlich etwa 900 Gemeinsame Anträge bearbei-

tet. Daraus resultieren in der Summe rund 12 Millionen Euro an Ausgleichsleistungen.

Als Gegenleistung für die Gewährung der Ausgleichsleistungen sind die Landwirte an die Einhaltung einer Vielzahl von gesetzlichen Standards in den Bereichen Umweltschutz, Tierkennzeichnung, Tiergesundheit, Futter- und Lebensmittelsicherheit und Tierschutz sowie an Vorschriften zur Erhaltung der Flächen in einem guten ökologischen Zustand und Verminderung der Erosion gebunden. Auch die Einhaltung der guten landwirtschaftlichen Praxis nach geltendem Fachrecht wie Pflanzenschutzgesetz und Düngeverordnung ist gefordert.

Alle diese Kriterien werden durch Vor-Ort-Kontrollen nach dem 4-Augen-Prinzip überprüft. Bei festgestellten Missständen, Flächenabweichungen oder Verstößen werden die Ausgleichsleistungen entsprechend gekürzt. Mittels Informationsveranstaltungen und Einzelberatungen ist das Landwirtschaftsamt bemüht, die Zahl der Beanstandungen bei den Vor-Ort-Kontrollen auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Es ist ein vorrangiges Ziel des Landwirtschaftsamtes, die beantragten Ausgleichsleistungen zum frühest möglichen Zeitpunkt an die landwirtschaftlichen Betriebe auszubahlen. Von diesen Zahlungen hängt am Ende des Jahres die Liquidität vieler Betriebe ab.

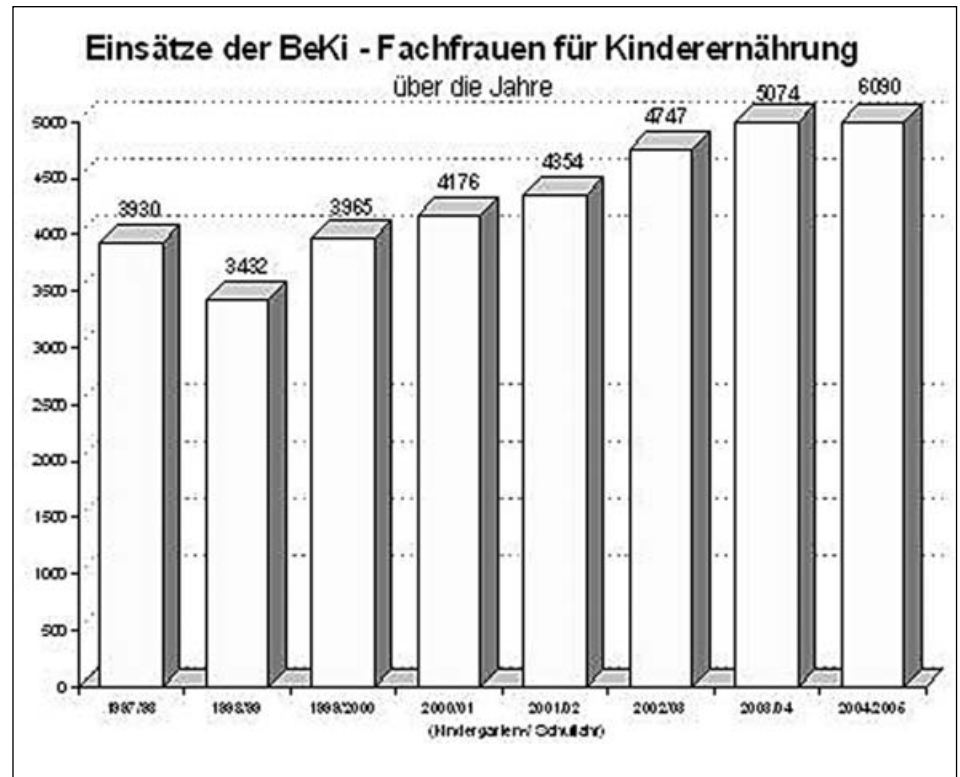


Beratungsgespräch und Antragsannahme der Weidegemeinschaft „Goißentäle“



Fachfrauen für Kinderernährung

Die baden-württembergische Landesinitiative BeKi „Bewusste Kinderernährung“ besteht seit 1980. Mit dem Ziel, die Ernährungssituation und das Ernährungsverhalten von Kindern zu verbessern, startete die Landesinitiative damals unter dem Namen „Ernährungserziehung von Kindern“ das Programm. Heute ist sie aktueller denn je. Für die Umsetzung dieses Zieles sind unter anderem die Fachfrauen für Kinderernährung im Land unterwegs und führen Veranstaltungen mit Eltern und Schülern durch. Diese finden in Tageseinrichtungen für Kinder, Schulen oder Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Familienbildungsstätten) statt.



213 Veranstaltungen im Landkreis Göppingen im Schuljahr 2005/2006

Der Landkreis Göppingen verfügt über vier sehr aktive Fachfrauen für Kinderernährung. Im Schuljahr 2005/2006 haben diese insgesamt 213 Veranstaltungen in Kindergärten, Schulen und Erwachsenenbildungseinrichtungen, sowie im Rahmen von Aktionen durchgeführt. Die Fachfrauen sind insbesondere im Unterricht der Grundschule sehr gefragt.

Was macht eine BeKi-Fachfrau für Kinderernährung?

BeKi-Fachfrauen für Kinderernährung führen auf Anfrage Veranstaltungen für Eltern und andere Erziehende von Kindern im Alter von 6 Monaten bis zur 6. Klasse durch. Sie bieten Unterricht und Aktionen für Schüler in der Grund- und Hauptschule und in weiterführenden Schulen bis Klasse 6 an. Abgestimmt auf den Lehrplan und in Zusammenarbeit mit den Lehrern wird das Thema ausgewählt und in Theorie und Praxis mit den

Schülern erarbeitet.

BeKi - Fachfrauen arbeiten freiberuflich und planen ihre Veranstaltungen sowohl inhaltlich als auch terminlich selbständig in Absprache mit der BeKi - Betreuerin beim Landwirtschaftsamt Göppingen. Die Kosten für die Veranstaltungen mit Eltern und Schülern werden vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR) übernommen. Für Lebensmittel wird ein Kostenbeitrag von den Beteiligten erhoben.

Gemüse – Gesundheit, die schmeckt !

Schüleraktion mit den Fachfrauen für Kinderernährung

Ende April 2006 führten die Fachfrauen für Kinderernährung während der Ausstellung „Gemüse – Gesundheit die schmeckt !“ im Foyer des Landratsamts zahlreiche Aktionen mit 5. und 6. Klassen der Haupt- und Realschulen im Landkreis durch. Die Ausstellung des Landwirtschaftsamtes, die im Rahmen der Landesinitiative „Blickpunkt Ernährung“ durchgeführt wurde, bot für die Aktionen mit den Schulklassen einen idealen Rahmen. An verschiedenen Stationen eines Lernzirkels konnten die Schüler Wissenswertes und Wichtiges über Gemüse erfahren und anschließend ihr erworbenes Wissen in einem abwechslungsreichen Spiel testen.

„Fünf am Tag“ – so lautete einer der einfachen Ratschläge, den die



Der Lebensmittelkreis verdeutlicht, welche Lebensmittel zu den jeweiligen Lebensmittelgruppen gehören.

Fachfrauen für Kinderernährung an der ersten Station für die Schüler parat hatten. An einem Tisch mit

fünf Tellern und verschiedenem Obst und Gemüse konnten die Schüler selbst entscheiden, wie ihr Essensplan aussehen könnte. Und auch für die Größe der Portion gab es einen einfachen Tipp: Eine Portion ist das, was in eine Hand passt !!!



„Fünf am Tag!“ Zu jeder Mahlzeit Obst und Gemüse auf den Teller

Die zweite Station beschäftigte sich mit dem Lebensmittelkreis. Dort wurde anhand von Beispielen dargestellt welche Lebensmittelgruppen es gibt, und welche Mengen aus den einzelnen Gruppen man verzehren sollte.

Vielen Schülern fiel die Bewältigung der nächsten Station doch sehr schwer, denn hier ging es darum herauszufinden wann welches Gemüse in Deutschland

Saison hat. Anhand eines Saisonkalenders konnten sie ablesen, dass z.B. Tomaten bei uns nur im Sommer wachsen und nicht das ganze Jahr. Diese Erkenntnis wurde für die meisten zum Aha-Erlebnis, da sich herausstellte, dass die meisten Schüler schon gar nicht mehr wissen, was bei uns in Deutschland überhaupt und in welcher Jahreszeit wächst.

Dass sich Gemüse auch sehr gut durch Fühlen erkennen lässt, erfuhren die Schüler an der Fühlstation. Die in großen Handschuhen versteckten Zucchini, Rosenkohlröschen, Tomaten und Zwiebeln stellten kein Problem dar, und so kam jeder zu seinem Erfolgserlebnis.

Eine schöne Vertiefung des Themas Gemüse und absolutes Glanzlicht für alle Schulklassen war das



Rohes Gemüse eignet sich hervorragend zum Dippen.

Spiel „Power-Kauer auf Gemüsejagd“. Aufgeteilt in zwei Gruppen reisten die Schüler durch die Jahreszeiten und mussten die verschiedensten Fragen zum Gemüse

beantworten oder Aufgaben zum Thema erledigen. Hier waren alle Fähigkeiten gefragt, und der Geräuschpegel stieg manchmal in für das Landratsamt doch ungewohnte Höhen.



Das Power-Kauer-Spiel führte die Schüler durch den Gemüseanbau in allen Jahreszeiten.

Zur Stärkung nach all den Anstrengungen gab es zum Abschluss für alle Schüler ein reichhaltiges Vesper aus Gemüsesticks mit Frischkäsedip. Hier zeigte sich, dass Lernen hungrig macht, und alle, Schüler wie auch Lehrer, griffen mit großem Appetit zu.

Für alle Schulklassen war der Besuch der Ausstellung im Landratsamt und die verschiedenen Aktionen zum Thema „Gemüse“ eine interessante und lehrreiche Abwechslung zum alltäglichen Unterricht.

Landeswasserversorgung erneuert Fernwasserleitung von Osterbuch bis Breech

Der Zweckverband Landeswasserversorgung, eine der größten und traditionsreichsten Fernwasserversorgungen Deutschlands, erneuert in den Jahren 2005 bis 2011 sein Hauptleitungssystem vom Scheitelbehälter Osterbuch (bei Essingen, Ostalbkreis) bis zum Behälter Breech (bei Börtlingen, Landkreis Göppingen) mit einem rund 33 km langen Streckenabschnitt. Mit über 85 Betriebsjahren hat die Fallleitung das Ende ihrer technischen Nutzungsdauer erreicht, sodass es altersbedingt immer öfter zu Rohrbrüchen gekommen ist. Daher hat die Landeswasserversorgung beschlossen, die bisherige Leitung mit ihren Graugussrohren durch eine geschweißte Stahlrohrleitung zu ersetzen.

Im Jahr 2006 wurde bereits ein Teilabschnitt des geplanten Vorhabens umgesetzt. So wurde vom Hochbehälter Rechberg (südlich Schwäbisch Gmünd-Straßdorf, Ostalbkreis) bis zum Hochbehälter Breech (nördlich Börtlingen, Landkreis Göppingen) die Leitung auf einer Länge von rund 10,5 km erneuert; im Bereich Wäschenbeuren wurde teilweise eine neue Trasse gewählt. Da sich dieser Abschnitt über zwei Landkreise erstreckte, musste das Regierungspräsidium Stuttgart eine Behörde für die Durchführung des Verfahrens bestimmen. Mit Erlass vom 21.03.2005 wurde das Landratsamt Göppingen für zuständig erklärt.



Rohrverlegung nach ausgehobener Trasse

Das Verfahren gestaltete sich wie folgt: Zunächst fand eine Vorantragskonferenz im Landratsamt Göppingen statt, bei der der Vorhabensträger sämtlichen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabengebiet durch das Vorhaben berührt war, das geplante Projekt vorstellte. Anschließend wurde vom Landratsamt aufgrund einer allgemeinen Vorprüfung festgestellt, dass für das Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) durchzuführen ist. Das Projekt bringt zwar Eingriffe in den Naturhaushalt und in das Landschaftsbild mit sich, die Auswirkungen auf die untersuchten Schutzgüter sind aber geringfügig und können durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden.

Somit konnte der beantragte Neubau der Trinkwasserleitung durch eine Plangenehmigung nach § 20 Abs. 2 UVPG zugelassen werden. Die Plangenehmigung umfasst unter anderem die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung der Trink- und Spülwässer in verschiedene Gewässer sowie die Erlaubnis zur Kreuzung verschiedener Oberflächengewässer. Des Weiteren umfasst die Plangenehmigung die naturschutzrechtliche Ausnahmege-nehmigung für den Eingriff in verschiedene, nach § 32 Naturschutzgesetz besonders geschützte Biotope und die naturschutzrechtliche Genehmigung, von der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hohenstaufen, Rechberg, Stuifen mit Aasrücken und Rehgebirge“ abzuweichen. Für die Ein-

griffe in Natur und Landschaft, insbesondere in die besonders geschützten Biotope, wurden verschiedene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt.

Die neue Trinkwasserleitung wurde durch den Abschluss von Dienstbarkeitsverträgen mit rund 170 vom Leitungsbau betroffenen Grundstückseigentümern rechtlich gesichert. Ebenso fanden in den betroffenen Gemeinden mehrere Informationsveranstaltungen statt.

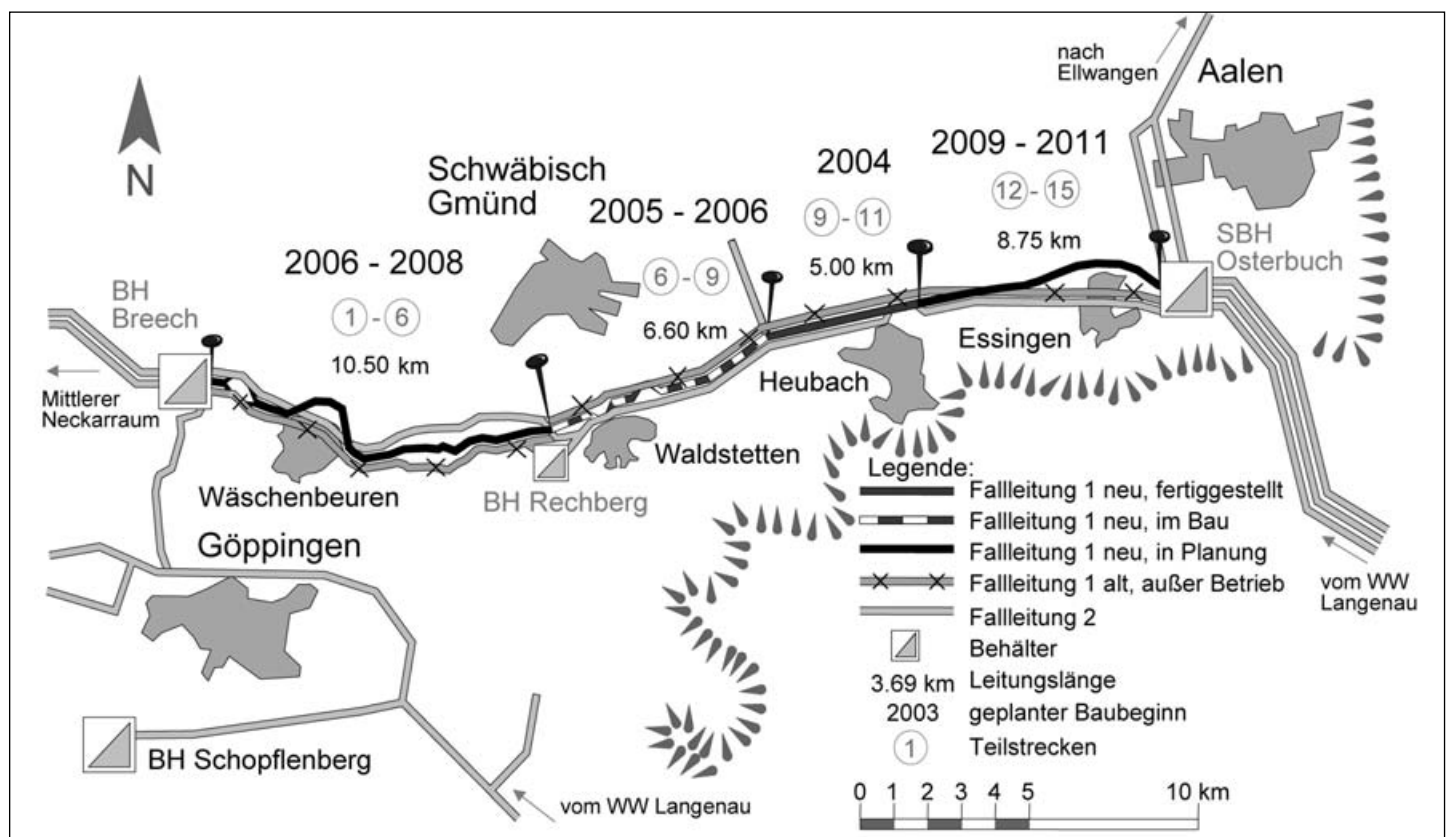
Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser bester Qualität gründet sich auf drei Versorgungsebenen: der kommunalen Trinkwasserversorgung der Gemeinden, den Gruppen-

wasserversorgungen als Zusammenschluss mehrerer Gemeinden sowie den überregionalen Fernwasserversorgungen. Der Bau der neuen

Trinkwasserleitung ist ein wichtiger Beitrag zur dauerhaften Sicherung der Trinkwasserversorgung auch in Zukunft.



Rohreinbau durch Fachfirma



Biogas: Nachwachsende Energie

Die deutsche Bundesregierung möchte im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahre 2020 auf 20 % steigern. Langfristig (etwa bis 2050) soll sogar ein Anteil von 50 % am Gesamtenergieverbrauch erreicht werden. Der Ausbau der regenerativen Energien ist aus zwei Gründen notwendig. Zum einen sind die fossilen Energieträger (Kohle, Gas, Öl) endlich und zum anderen führt ihre Verbrennung zur Freisetzung klimaschädlicher Emissionen (insbesondere CO₂).

Eine wichtige regenerative Energiequelle ist die Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung. Unter Biomasse versteht man nachwachsende Rohstoffe wie z. B. Holz und Energiepflanzen aber auch tierische Abfallprodukte. Die Energieerzeugung mit diesen Rohstoffen gilt als CO₂-neutral, da bei der Verbrennung nur soviel CO₂ in die Atmosphäre abgegeben wird, wie die Pflanze während ihrer Wachstumsphase aus der Atmosphäre aufgenommen hat.

Im Landkreis Göppingen ist verstärkt eine Entwicklung hin zum Bau von größeren Biogasanlagen zu beobachten. Beispielhaft ist die von der Alb Biogas GmbH & Co. KG beim Albhof auf Gemarkung Lauterstein-Weißenstein errichtete Anlage zu nennen. Diese Anlage setzt auch das Prinzip der Kraft-



Errichtung des Fundaments für die Klärschlamm-trocknungsanlage

Wärme-Kopplung vorbildlich um. Dies bedeutet, dass die bei der Stromproduktion entstehende Abwärme sinnvoll genutzt wird.

Das Grundprinzip der Biogasanlage ist eigentlich sehr einfach. Zunächst werden die nachwachsenden Rohstoffe (Grassilage, Maissilage, Getreide) in einen Fermenter eingebracht. Bei der Vergärung entsteht unter anderem Methan. Dieses Gas wird dem Blockheizkraftwerk zugeführt und verbrannt. Durch die Kraft-Wärme-Kopplung wird sowohl elektrische als auch thermische Energie erzeugt. Der erzeugte Strom wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die

Abwärme wird als Prozesswärme zur Beheizung des Fermenters und im Übrigen zur Klärschlamm-trocknung eingesetzt. Das nach der Vergärung übrig bleibende Substrat wird einer landwirtschaftlichen Verwertung zugeführt.

Das Besondere an der Anlage in Weißenstein ist die Nutzung der Abwärme zur Klärschlamm-trocknung. Es wird maschinell entwässertes Klärschlamm mit einem Trockensubstanzgehalt von wenigstens 24 % von kommunalen Kläranlagen aus der näheren Umgebung angenommen. Der Klärschlamm wird in der Trocknungsanlage zu einem feinkörnigen Endprodukt mit

einem Trockensubstanzgehalt von wenigstens 90 % veredelt. Dieses Endprodukt wird in Zementwerken, Papierfabriken oder Kraftwerken als Brennstoff verwendet.

Die Anlage der Alb Biogas GmbH & Co. KG in Weißenstein ist im Landkreis Göppingen ein Vorreiter in dem neuen und zukunftssträchtigen Markt der regenerativen Energieerzeugung mit Biomasse. Wenn weitere Investoren dem hier einge-

schlagenen Weg folgen, wird der Landkreis Göppingen seinen Beitrag zum Erreichen der deutschen Klimaschutzziele und zur Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch leisten können.



Baustelle mit den Fermentern im Hintergrund

Vogelschutzgebiete: Teil eines europaweiten Schutznetzes

Was haben schwäbische Mosttrinker und Halsbandschnäpper, Wendehals & Co. gemeinsam? Sie alle lieben Streuobstwiesen. Und finden ihre Heimat in Baden-Württemberg, auch im Landkreis Göppingen.

Das Knüpfen des europäischen Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“ neigt sich dem Ende zu. Dieses Netz ruht auf zwei Säulen, d.h. zwei Kategorien von europäischen Schutzgebieten, die sich oft überlagern. Nachdem in den vergangenen Jahren die Meldung von FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat) als ein Bestandteil des Netzes an die EU-Kommission erfolgt ist, wird nun an der Fertigstellung des zweiten Standbeines gefeilt, der Vogelschutzgebiete. Einige gab es bereits, etliche sind noch auszuweisen, damit das Land die Vorgaben der Vogelschutzrichtlinie von 1979 erfüllt.

In unserem Landkreis sind als Vogelschutzgebiet insbesondere die Landschaften der Schwäbischen Alb und ihres Vorlandes bis zur Fils vorgesehen. Ein strukturreicher Raum mit einem vielfältigen Nutzungsmosaik aus Streuobstwiesen, Äckern, Grünland, Hecken, Wacholderheiden und Bächen. Diese Vielfalt bietet sowohl spezialisierten Arten, die auf lockere Baumbestände, Hecken oder Wälder angewiesen sind, Lebensraum, als auch Vögeln, die von allem etwas brauchen, wie z.B. dem Rotmilan, der weite Jagdgebiete benötigt.

Die Landesanstalt für Umwelt (LUBW) hat eine Abgrenzung der künftigen Vogelschutzgebiete erarbeitet. Zu diesem Entwurf der Meldekulisse erfolgte eine Öffentlichkeitsbeteiligung. Ende 2005 wurden zunächst Kommunen und Verbände zur Stellungnahme aufgefordert. Kritik, Anregungen und

Korrekturvorschläge wurden vom Regierungspräsidium in den Meldentwurf eingearbeitet, worauf sich die vorgesehenen Schutzgebiete im Landkreis insgesamt um ca. 580 ha auf rund 17.100 ha verkleinert haben. Im Dezember 2006 und Januar 2007 hatten in einer zweiten Phase alle Bürger und Unternehmen sowie erneut Kommunen und Verbände die Möglichkeit, sich zu äußern. Ziel ist, die Schutzgebiete bis Ende 2007 endgültig festzulegen und an die EU-Kommission zu melden.

Dem Landratsamt als Unterer Naturschutzbehörde kommt in diesen Verfahren die Aufgabe zu, alle eingehenden Stellungnahmen einer Vorprüfung auf rechtliche Relevanz und fachliche Plausibilität zu unterziehen und dem Regierungspräsidium zuzuleiten. Das Landratsamt fungiert daneben auch als Ansprechpartner in allen Fragen rund um die Gebietsmeldung und



Drei Arten der Streuobstwiesen und lichten Wälder: Mittelspecht, Halsbandschnäpper, Grauspecht (v.l.n.r.)



Vor allem auf dornige Hecken angewiesen: der Neuntöter



Wo er ist, sind die Bäche noch Lebensadern: der Eisvogel



Auch als Gabelweihe bekannt: der Rotmilan

das Beteiligungsverfahren. Angesichts vielfacher Kritik am Verfahren und Bedenken hinsichtlich künftiger Einschränkungen nimmt das Landratsamt eine nicht immer einfache Vermittlerstellung zwischen den von den Vogelschutzgebieten betroffenen Bürgern und Gemeinden und den für die Ausweisung federführenden Behörden ein.

Ende des Jahres 2007 wird es heißen: „Das Netz ist geknüpft!“. Dann gilt es, die Schutzvorschriften mit Leben zu füllen. Hierzu wird es nicht ausreichend sein, über Verbote und Maßregeln Beeinträchtigungen zu vermeiden, vielmehr sind die Lebensräume der Arten zu erhalten und zu fördern. Da die traditionelle Nutzung und Pflege vieler Biotope, wie z.B. der Streuobstwiesen, heute kaum mehr wirtschaftlich betrieben werden können, bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller Beteiligten und kreativer, flexibler Lösungen, um das Natur- und Kulturerbe für kommende Generationen von Men-

schen, Tieren und Pflanzen zu bewahren. Eine geeignete Plattform für diese Arbeit werden die vom Regierungspräsidium zu erstellenden Pflege- und Entwicklungspläne für die Natura 2000-Gebiete bieten. Letztlich werden die Menschen vor Ort durch ihr nutzendes, gestaltendes und bewahrendes Wirken die Zukunft der Natura 2000-Gebiete bestimmen. Der gesetzliche Schutz liefert dazu den äußeren Rahmen.

Weitere Informationen:
www.natura2000-bw.de



Der unendliche Weg zu schnellen Trassen

Der neue Alaufstieg (A 8) und die ICE-Trasse lassen auf sich warten. Zwei Großverfahren beschäftigen das Obere Filstal und den Landkreis seit Jahren. Sie betreffen die Bundesautobahn und die seit langem geplante ICE-Neubaustrecke der Bahn. Der Alaufstieg der A 8 zwischen Mühlhausen und Hohenstadt ist in die Jahre gekommen. Seit Jahren stockt der Weiterbau der sechsspurigen Trasse vor Gruibingen. Nach der Inbetriebnahme der neuen, architektonisch anspruchsvollen Rastanlage wurde nach überlanger Wartezeit 2005 der Ausbau bis Mühlhausen in Angriff genommen. Hier drohte der Planfeststellungsbeschluss zu verfallen. Ein erstes Brückenbauwerk wurde im Laufe des Jahres 2006 begonnen. Bis 2010 soll die Gesamtmaßnahme abgeschlossen sein. Sie bringt für Gruibingen die dringend ersehnte Lärmsanierung und die Entschärfung der baulich kritischen Anschlussstelle Mühlhausen. Wie geht es danach weiter? Die viel befahrene Autobahn, vor allem an Wochenenden und in Ferienzeiten regelmäßiger Stauschwerpunkt, soll in der Folge durch zwei Röhren mit je drei Fahrspuren in den Berg verbannt werden. Über je zwei mächtige Brücken- und Tunnelbauwerke verkürzt sich der bisher kurvenreiche Fahrweg auf die Alb. Die Sache hat nur einen Haken: sie kostet mit rd. 350 Mio Euro mehr als der Bund, er ist Träger der Baulast, in absehbarer Zeit in der Kasse hat. Die Alter-

native ist bekannt: Um zeitnah eine Lösung zu bieten, soll der Bau über einen privaten Investor und künftige Bemaßung sichergestellt werden. Für die betroffenen Gemeinden und den Landkreis, die starkes Interesse an einer leistungsfähigen Fernverbindung haben, ist das privatfinanzierte Projekt unter der Maßgabe willkommen, dass keine zusätzlichen Belastungen für die Ortsdurchfahrten durch sogenannte Mautflüchtlinge entstehen. Deshalb wird der zur Vermeidung von Ausweichverkehren vorgesehene „Bypass“ im Zuge des alten Alaufstiegs als integraler Bestandteil der Planung betrachtet. Er soll künftig bis zu 15.000 Fahrzeuge täglich mit einer Beschränkung auf 3,5 Tonnen aufnehmen. Hohenstadt erhält einen vollwertigen Anschluss. Neue und alte Trasse werden in Höhe der Mautstation (nahe Widderstall)

verknüpft. Das im Sommer 2004 eröffnete Planfeststellungsverfahren beschäftigte Verwaltungen und Öffentlichkeit bis in das Jahr 2005 hinein. Am 27 und 28.9.2005 fand in der Gruibinger Sickenbühlhalle die Erörterungsverhandlung statt. Im Mittelpunkt der sorgfältig vorbereiteten Veranstaltung standen die konkrete Ausgestaltung und Dimensionierung der Trasse einschließlich der Ausweichstrecke, Fragen des Naturhaushalts und der Ausgleichsmöglichkeiten sowie die Brand- und Rettungskonzeption. Zuletzt hatten sich die Verhandlungen mit Bund und Land aus Sicht der Landkreisverwaltung und der Gemeinden auf die Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehren, deren technische Ausstattung und Fragen der Zuständigkeit im Einsatzfall konzentriert. Der Forderung, diese Aufgaben über eine Werkfeuerwehr dem privaten Inve-



Baubeginn am Abschnitt Gruibingen-Mühlhausen der A8 – Hier: Neubau der Brücke über die L1217

stor zuzuweisen wird unter Verweis auf die verbindlichen Regelungen des Feuerwehrgesetzes widersprochen. Ersatzweise geführte Verhandlungen über die großzügige Unterstützung der Gemeinden bei der Ertüchtigung ihrer Wehren durch das Land liefen inzwischen an. Der bis Ende 2005 in Aussicht gestellte Planfeststellungsbeschluss

lag auch ein Jahr später noch nicht vor. Der Bund als Antragsteller hatte selbst Sand ins Getriebe gebracht, nachdem offenbar Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Maßnahme unter den gegebenen Rahmenbedingungen aufgekommen waren. In der Diskussion sind mittlerweile nicht nur die künftige Mauthöhe, sondern auch Überle-

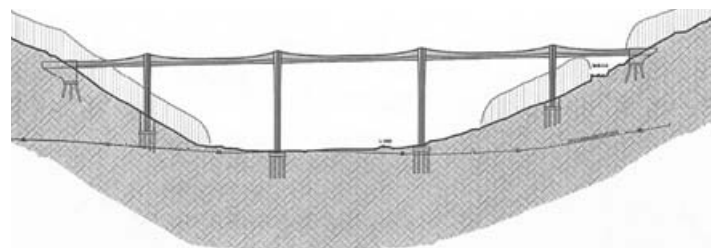
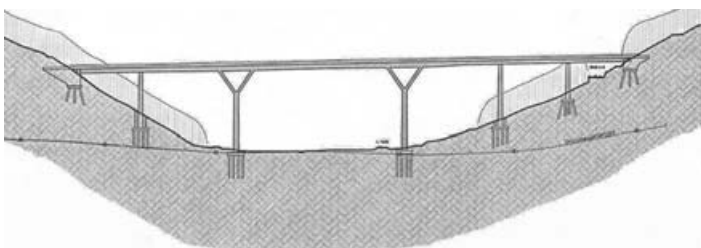
gungen zu einer Anschubfinanzierung und über die finanziellen Auswirkungen der offiziellen Ausweichstrecke durch Mautumfahrung. Klarheit darüber soll eine neuerliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bringen, die der Bund nachträglich in Auftrag gegeben hat. Sie liegt leider immer noch nicht vor.

Tiefbahnhof und ICE-Trasse: Warten auf die endgültige Entscheidung

Eine Parallele zum A 8-Projekt zeigt die ICE-Schnellbahntrasse der Bahn. Deren Planung dümpelt seit Jahren vor sich hin. Die Ausgangslage ist allerdings weit komplizierter weil in ihrer Dimensionierung fast unüberschaubar. Welche Risiken birgt das Bauen im bautechnisch überaus anspruchsvollen Gelände der Schwäbischen Alb? Das Beispiel der neuen Schienomagistrale Nürnberg-Ingolstadt-München, in vergleichbaren geologischen Formationen unterwegs, zeigte die finanziellen Unwägbarkeiten eindrucksvoll auf. Auf ein ähnliches Abenteuer will man sich zwischen Stuttgart und Ulm offenbar nicht mehr einlassen. Auch in diesem Fall rechnen Bund, Land und Bahn akribisch nach, ob das Projekt wie geplant auf die

Schiene gebracht werden kann. Dabei spielen auch Fördermittel aus der Brüsseler EU-Schatulle eine gewichtige Rolle. Die Veröffentlichung der Ergebnisse, Grundlage für weitere Entscheidungen, wird im Abstand einiger Monate immer wieder aufs Neue hinausgeschoben. Dabei stellt sich die unterschiedliche Bewertung des Baues der Schnellfahrstrecke Wendlingen-Ulm und des Tiefbahnhofs (Stuttgart '21) durch Bund und Land immer mehr als entscheidendes Problem heraus. Das seit einiger Zeit angekündigte Planfeststellungsverfahren für den Albaufstieg der ICE-Trasse ist bis heute nicht auf den Weg gebracht. Dabei waren zuletzt wesentliche Details mit der Bahn unstrittig – von der generellen Ablehnung der

Filstalbrücke zwischen Mühlhausen und Wiesensteig einmal abgesehen. Das lärmintensive Bauwerk, auch optisch ein Riegel in der Landschaft, passt nicht in die ohnehin stark vorbelastete Raumschaft. Nach wie vor ist die Forderung nach einer Unterfahrung des Oberen Filstals, so die Beschluslage im Kreistag, aktuell. Selbst Minimalforderungen auf verbesserten Lärmschutz – er wäre durch die alternative Bausausführung in Form einer Trogbrücke mit vergleichsweise geringem Mehraufwand möglich – wurden bisher nicht erfüllt. Die Bahn muss sich deshalb im weiteren Verfahren nach wie vor auf erheblichen Widerstand gegen die Optimierte Antragstrasse einstellen.



Varianten einer Brücke – Sogenannte „Y-Brücke“ und alternativ „Trogbrücke“ im Vergleich

B 10: Freude und Frust

Seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Planung wird das Band der neuen B 10 Geislingen auch in den nächsten Jahren noch nicht erreichen. Am 7. Juni 2006 erlebte die Ortsumfahrung Eislingen nach einer mehrjährigen Bau-phase ihre feierliche und lang ersehnte Eröffnung. Der Spatenstich war bereits fünf Jahre zuvor erfolgt. Finanzierungsverzug und Rechtsstreitigkeiten um die Vergabeverfahren sorgten immer wieder für unliebsame Überraschungen. Anlässlich der feierlichen Verkehrsfreigabe sprachen Frau Staatssekretärin Roth für das Bundesverkehrsministerium und Staatssekretär Köberle aus Sicht des Landes. Landrat Weber stellte auch den Beitrag des Landkreises klar heraus. Erst durch die K 1404 (Querspange Salach), die der Kreis als GVFG-Maßnahme realisierte, erhielt das Gesamtprojekt den erforderlichen politischen Rückhalt in der Raumschaft.

Mit Spannung erwartete man Aussagen zum Weiterbau über Eislingen hinaus. Zeitlich entsprach die Ankündigung, die Finanzierung des zweiten Bauabschnitts (Ortsum-fahrung Süßen-Süd bis zum Anschluss B 10 alt) laufe 2008 an, nicht den Erwartungen, die auf einen nahtlosen Fortgang der Bauarbeiten zielten. Jedoch wurde insofern Hoffnung geweckt, als man seitens des Landes Bereitschaft signalisierte, übergangsweise mit freien Erhaltungsmitteln

größere Kunstbauwerke vorzubereiten. Auf dieser Grundlage kann der Baufortschritt ohne weitere Anlaufschwierigkeiten vorangehen, wenn die Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Bereits Ende 2006 begannen die Arbeiten an einer Brücke im zweiten Bauabschnitt. Davon unabhängig beinhaltet der neu verabschiedete Investitionsrahmenplan 2010 des Bundes sämtliche bereits planfestgestellten Abschnitte der B 10/B 466. Damit ist ein klares politisches Signal für den Weiterbau gesetzt, jedoch noch keine endgültige Finanzierungszusage für die Abschnitte 3 + 4 erfolgt. Im Bereich Süßen ergibt sich zudem eine Änderung, die durch die neuen innerstädtischen Verkehrsprojekte (Anschluss des Süßener Gewerbegebiets Auenstraße an die B 10) erforderlich wird. Die neu geplante direkte Verknüpfung mit der künftigen Ortsumgehung der B

466 und der B 10 bringt wesentliche Vorteile. Hierfür soll 2007 der Planfeststellungsbeschluss modifiziert werden. In der Verlängerung in Richtung Lautertal ist man indes einen Schritt weiter. Die Nordumfahrung Donzdorf im Zuge der heutigen B 466 wird als kommunale Maßnahme nach dem GVFG realisiert. Der Baubeginn für den ersten Teilabschnitt erfolgte im September 2006.

Für den Raum Geislingen liegen nach wie vor keine fortgeschrittenen Planungen vor. Hier warten die Anwohner an der heutigen B 10 ebenfalls dringend auf Entlastung vom alltäglichen Stau. Der aktuell gültige Bundesverkehrswegeplan sieht den Abschnitt Gingen/Ost bis Geislingen/Mitte (B 466) im vor-dringlichen, die Fortführung im Tunnel um die Altstadt herum bis Geislingen/Ost lediglich im weiteren Bedarf. Beide Teile sind jedoch

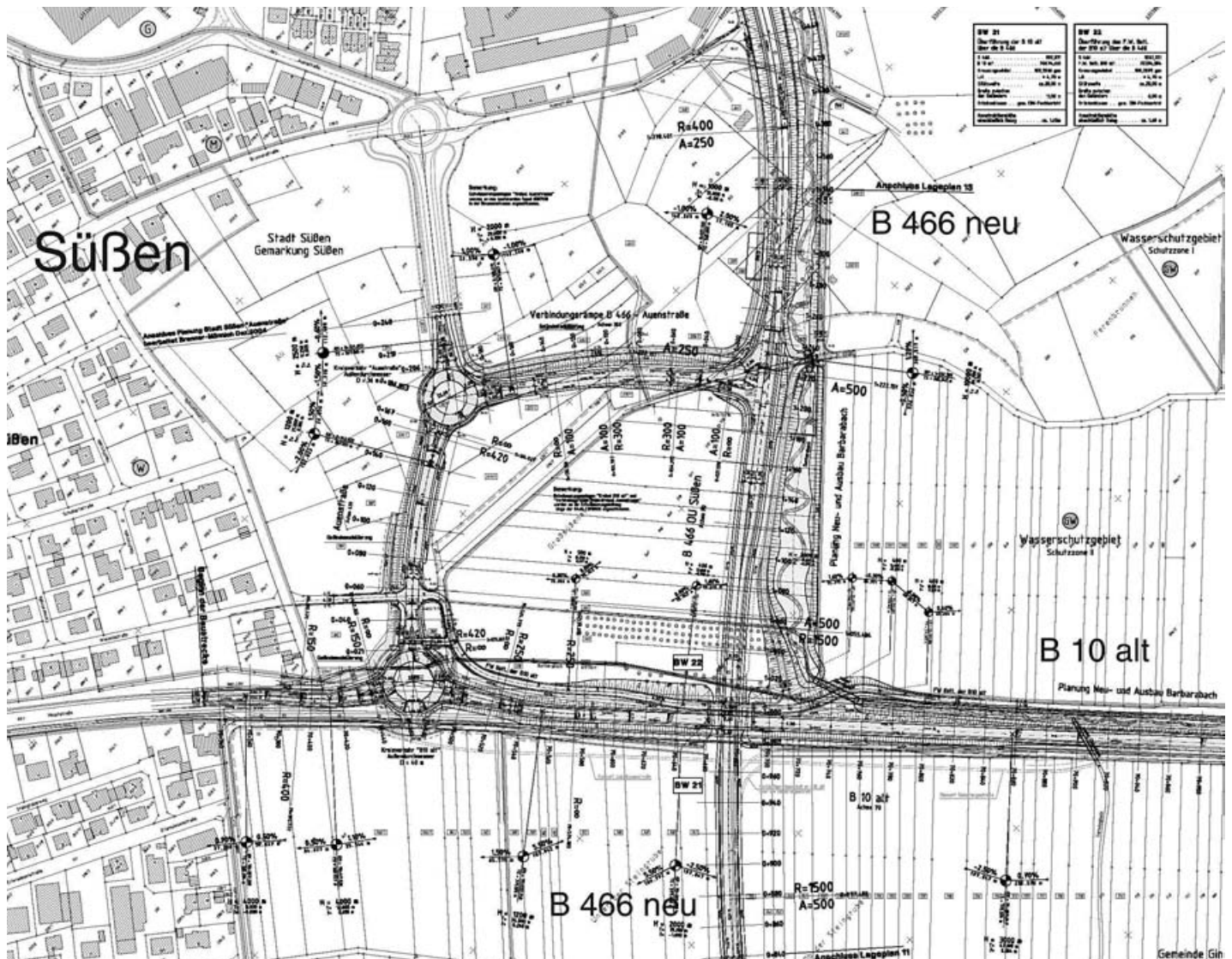


Die K 1404 verbindet neue und alte B10 zwischen Eislingen und Salach.

mit einem besonderen Planungsrecht ausgestattet. Das Regierungspräsidium hat daher im Sommer 2005 das vorgeschaltete Scoping für die Umweltverträglichkeitsuntersuchung für beide

Abschnitte gemeinsam eingeleitet. Es handelt sich dabei um ein behördeninternes Abstimmungsverfahren. Derzeit werden die Grundlagen für das nachfolgende Planfeststellungsverfahren erarbei-

tet. Durch die markante Topografie im Raum zwischen Gingen und Amstetten ist die Trasse in einem engen Korridor allerdings schon heute weitgehend vorbestimmt.



Neue Anschlussgestaltung B10 alt/B 466 neu zur Verbesserung der Erschließung in Süßen.

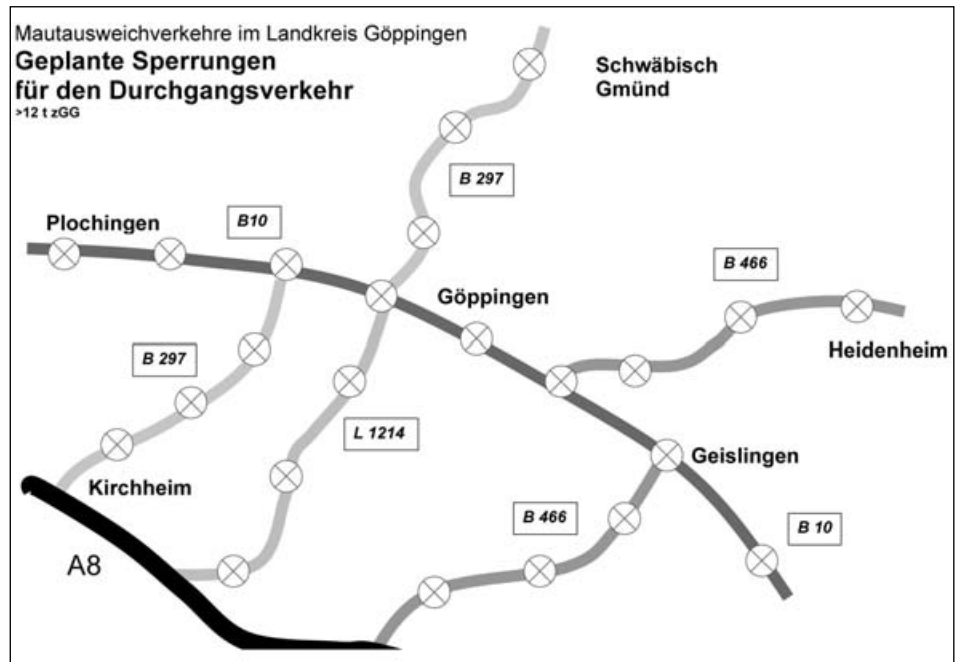
Mautausweichverkehr: Die Lehre von der statistischen Wahrheit

Genaueres weiß man nicht. Was jeder sehen kann, will die amtliche Statistik nicht so ohne weiteres bestätigen. Gewichtige Lkw-Gespanne mit Kennzeichen aus aller Herren Länder durchqueren den Landkreis, seine Städte und Gemeinden, z.T. in engen Ortsdurchfahrten in der Abkürzung zwischen A 7 und A 8. Aufgrund der bewegten Topographie und dem unzureichenden Ausbau der überregionalen Verkehrswege, insbesondere an den Albsteigen ist die Belastung vor Ort erheblich. Zur Datenerhebung wurde wie folgt vorgegangen:

Σ Zählung 2003 zur Erfassung der Vorbelastung (die Maut sollte ursprünglich zum 1.1.2004 eingeführt werden) auf Veranlassung des Landes.

Σ Erfassung der Gesamtbelastung 2005 im Rahmen der bundesweit durchgeführten Allgemeinen Verkehrszählung (5-Jahres-Rhythmus) nach Einführung der Lkw-Maut zum 1.1.2005.

Das Land präsentierte zunächst Modellsimulationen zum Mautausweichverkehr. Demzufolge ist im Landkreis Göppingen lediglich der Streckenabschnitt Süßen-Heidenheim der B 466 mit per Definition relevanten Mehrbelastungen betroffen. Schwellenwert sind mindestens 150 zusätzliche Lkw pro Tag mit mehr als 12t. Vor Ort wird anderes beobachtet. Deutlich ist, der Schwerverkehr hat seit Einführung der Maut überall spürbar zugenommen, exotische Kennzei-



Skizze zum Sperrungskonzept des Landkreises



Querverkehr A8/A7, beobachtet auf der B 297 (Göppingen, Sternkreuzung)

chen auf den Straßen im Landkreis mehren sich. Gestritten wird um die tatsächlichen Mengen und ihre Ursache. Das bisher veröffentlichte

Zahlenmaterial widersprach Erhebungen, die durch die Gemeinden selbst veranlasst wurden. Zum Schutz der Bevölkerung sahen es

Landkreis und Gemeinden jedoch als zwingend an zu handeln. Seit 1.1.2006 eröffnet das überarbeitete Straßenverkehrsrecht die Möglichkeit den mautbedingten Schwerverkehr (>12t) für den Durchgangsverkehr zu sperren. Diese Option wurde aufgegriffen und ein schlüssiges Sperrungskonzept für den gesamten Landkreis erarbeitet. Der flächenhafte Ansatz ging davon aus, dass beim Herausgreifen einer einzelnen Verbindung (entsprechend der Modellsimulation im Zuge der B 466 - Querverkehr A 8/A 7) mit erheblichen und nicht gewünschten Verlagerungen auf andere Streckenzüge (B 297) zu rechnen wäre. Diese müssen ausgeschlossen werden. Der beim Regierungspräsidium zur Genehmigung vorgelegte Antrag stößt indes auf wenig Gegenliebe beim Land wie auch den benachbarten Landkreisen. Sie lehnen die Sperren insbesondere mit Blick auf die grundsätzliche Widmung der Bundesstraßen für den Schwerverkehr und auch mit Blick auf Nachteile für das heimische Transportgewerbe ab. Dieses wäre durch die

großzügige Regelung für den Regionalverkehr (keine Sperrung bis 75km) aus Sicht der Landkreisverwaltung nicht betroffen. In weiteren Verhandlungen mit dem Land und benachbarten Verwaltungen soll geklärt werden, ob es einen abgestimmten Weg geben

kann, die hohen Belastungen im Querverkehr zu mildern. Dies gilt auch für herkömmliche Möglichkeiten zur Sperrung von Kreisstraßen für den Schwerlastverkehr, die weiterverfolgt werden. Mögliche Verlagerungseffekte sind dabei genau zu prüfen.



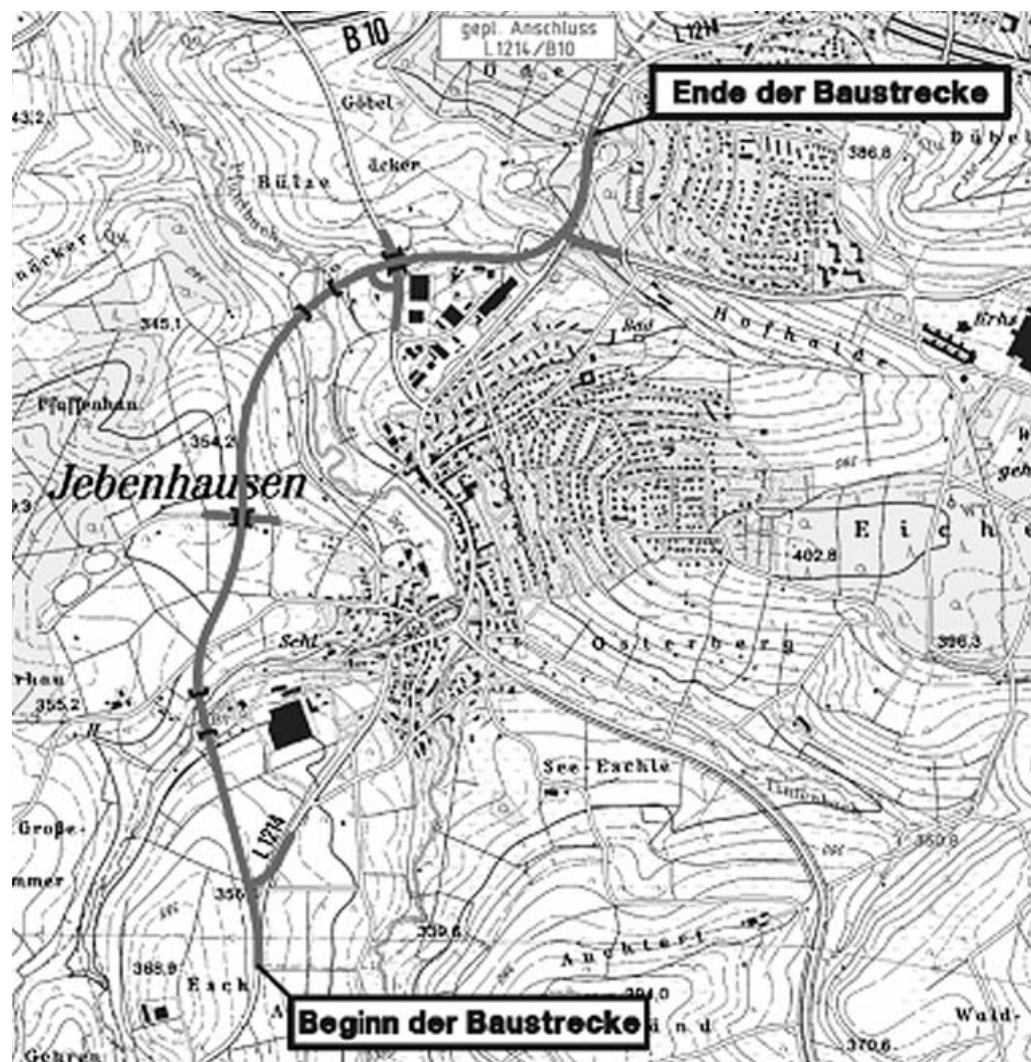
Geänderte StVO: Neues Verkehrsschild zur Sperrung für den Durchgangsverkehr > 12t.

L 1214 Jebenhausen: Ortsumfahrung oder Autobahnzubringer?

Die Landesstraße L 1214 zwischen Göppingen und dem Anschluss Aichelberg (A 8) erschließt einen Raum mit stetig steigender Besiedelung. Die Belastung der alten Ortsdurchfahrten, insbesondere in Jebenhausen und Bezengriet ist mit bis zu 20.000 Kfz entsprechend hoch. Seit Jahren besteht die Forderung nach Ortsumgehungen. Sie wurden zuletzt durch das Albvorland-Gutachten, das die Stadt Göppingen, der Landkreis und weitere Voralbgemeinden gemeinsam in Auftrag gegeben hatten, bestätigt. Die Umfahrungen für beide Göppinger Teilorte werden im engen Zusammenhang gesehen und sollen zügig nacheinander realisiert werden. Im Jahr 2005 hat das Regierungspräsidium das Verfahren für den Vorentwurf (RE-Entwurf) eingeleitet und eine erste Bürgerinformation und Anhörung der Träger Öffentlicher Belange durchgeführt. Den ersten Bauabschnitt der neuen Trasse soll die Umgehung Jebenhausen markieren, die Umgehung von Bezengriet ihr möglichst zeitnah folgen. Die Verknüpfung mit der B 10 am künftigen Anschluss „Öde“ (dieser wird jetzt mit der neuen Verkehrsführung über die 2006 eingeweihte Querspange Pfingstwasen zur B 297 –Stuttgarter Straße- realisiert) soll erst in einem dritten Schritt erfolgen. Erst mit diesem Anschluss wird die volle verkehrliche Wirksamkeit entfaltet. Die konkrete Ausgestaltung birgt noch einige offene Fragen. Mit den

Umgehungen im Zuge der L 1214 soll nach Auffassung der Stadt Göppingen aber primär kein schneller Autobahnzubringer gebaut werden. Die neuen Straßen dienen vorrangig der Entlastung, nicht um neuen Verkehr anzuziehen. Eine Gefahr, die auch in der Bevölkerung diskutiert wird. Im Laufe des Jahres 2006 wurde hinsichtlich eines optimalen Lärmschutzes und geeigneter Anpassungen im Feldwegenetz (betroffen sind u.a. die Verbindungen zu den

Sportanlagen, aber auch die überörtliche Radwegeverbindung in den Raum Boll) um viele Details gerungen. Geändert wurde u.a. die Trassierung und der Anschluss der Klinik-Straße sowie die nördliche Einfahrt zur Ortsmitte Jebenhausen. Nach Überarbeitung des Vorentwurfs startet das Planfeststellungsverfahren voraussichtlich Ende 2007. Kostenpunkt für die Umgehung Jebenhausen: rund 12,5 Mio. Euro.



Planungsskizze der Westumfahrung Jebenhausen

Der regionale Kontrapunkt: Gefühltes „S“ im grünen Raum

Als unerwarteter Selbstläufer erwies sich ein weiteres ÖPNV-Thema. Seit Jahrzehnten im Landkreis diskutiert entfaltete es im Sommer 2006 überraschend aktuelle Brisanz. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven wurde der öffentlichen Verkehrsanbindung in der allgemeinen Diskussion eine Schlüsselrolle zugewiesen: Nur wenn der Landkreis Göppingen zum S-Bahn-Standard der Region aufschließt, kann es wirtschaftlich wieder aufwärts gehen. So zumindest die These, die insbesondere die IHK vertritt. Mit entscheidend sei die von außen wahrgenommene Bedienungsqualität im Filstal. In der Folge machte das Bonmot von der „gefühlten“ S-Bahn die Runde. Die Unterstützung für die neuen S-Bahn-Perspektiven sollte nicht lange auf sich warten lassen. Der Landkreisverwaltung sollte die Rolle des Verweigerers zugespielt werden, nur weil sie die berechtigten Fragen nach der technischen Machbarkeit und der Kosten aufwarf. In der Folge einigte man sich darauf, fachlichen Rat seitens der Deutschen Bahn einzuholen. Dort betrachtete man die Situation mit Blick auf die überlastete Filstalbahn mit skeptischem Realismus.

Im November 2006 widersprach Prof. Martin vom Eisenbahntechnischen Institut der Universität Stuttgart dieser Haltung anlässlich seines Vortrags bei der IHK-Bezirksskammer: der S-Bahn-Betrieb in den Landkreis Göppingen sei zunächst eine Frage des politischen Willens und auf der vorhandenen Schieneninfrastruktur durchaus denkbar. Zumindest lohne eine vertiefende Untersuchung, so der Tenor. Diese ist nun das Ergebnis der breit und kontrovers geführten öffentlichen Diskussion. Der Landkreis wird zusammen mit der Region Stuttgart ein Gutachten zu den Möglichkeiten eines

S-Bahn-Verkehrs bis Geislingen in Auftrag geben. Die Details der rund 100.000 Euro teuren Studie, an der sich auch die IHK beteiligt, sind zwischen den Partnern abzustimmen. Aus Sicht des Landkreises ist die technische Machbarkeit untrennbar mit der Frage der tariflichen Zukunft, Stichwort ist hier die Integration in den Verkehrsverbund Stuttgart (VVS), verknüpft. Deshalb muss die Untersuchung auch hierzu Antworten aufzeigen. Ohne tragfähige Erkenntnisse zur Finanzierung sind keine zukunftsweisenden Entscheidungen zu einer möglichen Option S-Bahn denkbar.



Die Fotobearbeitung macht's möglich: S-Bahn-Fahrzeug nach Göppingen



Streichkonzert beim ÖPNV – Kürzungen beim Filstaltakt

Der Bund kürzt die ÖPNV-Mittel in den zurückliegenden Jahren auf breiter Front. Die Fahrgäste haben das Nachsehen. Als Ausfluss des sogenannten Koch-Steinbrück-Papiers führte Berlin die Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr in drei Schritten zurück: 4% im Jahr 2005, 8% in 2006 und

12% in 2007. Hinzu kamen Verschlechterungen bei der Schwerbehindertenbeförderung und jüngst der Aderlass bei den Regionalisierungsmitteln für den Schienenpersonennahverkehr. Die parallele Explosion der Treibstoffpreise spitzte die Lage weiter zu.

Für den Busverkehr ziehen die Kürzungen Verschlechterungen bei der künftigen Fahrzeugbeschaffung (die Busförderung wurde drastisch zusammengestrichen) nach sich. Die Fahrgäste spüren die Auswirkungen noch markanter durch die inzwischen jährlich notwendig gewordene Erhöhung der Fahr-

S 7825 W(Sa)	RB 19208 TGL	RB 19212 W(Sa)	RE 19214 W(Sa)	RB 19212 W(Sa)	RB 19216 W(Sa)	RB 19218 Sa(S)	RB 19220 W(Sa)	IC 2268 Mo-Fr	RE 4920 TGL	RB 19220 W(Sa)	RB 19226 W(Sa)	RB 19228 W(Sa)	RB 19230 Sa(S) [8]	RB 19232 S
				Geisling				München	Dinkelscherben W	Geisling				
								 6:00	5:52 5:56					
	4:55 5:05 5:10 5:14 5:17 5:21 5:27		5:23 5:35 5:39 5:47 5:54		5:28 5:37 5:42 5:46 5:49 5:53 6:00			6:02 6:24	6:07 6:24 6:30			6:11 6:19 6:24 6:28 6:31 6:35 6:41	6:27 6:35 6:40 6:43 6:46 6:50 6:56	6:27 6:35 6:40 6:43 6:46 6:50 6:56
	5:28 5:32 5:34 5:38 5:41	5:46 5:50 5:52 5:55 5:59	5:55 6:02			6:06 6:10 6:12 6:15 6:18	6:06 6:11 6:14 6:18 6:21	6:26 	6:31 6:39			6:41 6:45 6:48 6:50 6:53		6:57 7:02 7:05 7:09
	5:42 5:45 5:48 5:52		6:03 6:09	6:05 6:08 6:11 6:15		6:19 6:21 6:24 6:28	6:22 6:25 6:28 6:32	 6:37	6:39 6:44 6:48			6:54 6:57 7:00 7:04		7:10 7:13 7:15 7:19
	5:53 5:56 5:59 6:03 6:07 6:11		6:09 6:16 6:22	6:16 6:19 6:22 6:26 6:30 6:34		6:29 6:32 6:35 6:39 6:43 6:49	6:52 	6:39 6:49	6:49 6:56 7:02 7:07 7:03	6:52 6:55 6:58 7:02 7:07 7:11	6:59 7:03 7:06 7:10 	7:09 7:20		7:40 7:43 7:46 7:50 7:54 7:59
5:53 6:03 6:16	6:12 6:19 6:27 6:32		6:23 6:30 6:38 6:43	6:35 6:42 6:49 6:53				6:51 7:07	7:05 7:12 7:19 7:24	7:11 7:18 7:27 7:32		7:21 7:38		
Herrenbg		Stuttgart					Stuttgart	Karlsruhe						Ploching

Fahrplanentwurf zu den geplanten Kürzungen



preise bei gleichzeitiger Einschränkung der Fahrplanangebote. Damit kam eine bedenkliche Spirale nach unten in Gang. Ein Teufelskreis, da verschlechterte Bedienung meist auf die Nachfrage und damit wiederum die Einnahmen der Verkehrsunternehmen durchschlägt. Hoffnungen, die noch in den 90er Jahren auf eine schrittweise, nachhaltige Verbesserung des ÖPNV setzten, wurden dadurch zunichte gemacht. Inzwischen geht es nur mehr um Schadensbegrenzung.

Noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückte die Umfinanzierung bei den Regionalisierungsmitteln. Die Bundeszuweisungen dienen vorwiegend der Bestellung von Betriebsleistungen für den Schienennahverkehr bei der Deutschen Bahn oder dritten Eisenbahnunternehmen. Nach Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, der letztlich die Mehrheit des Bundesrats zustimmte, wurde

die Zuweisung der Regionalisierungsmittel bis 2010 abgesenkt. Baden-Württemberg hat damit künftig 70 Mio. Euro weniger in der Kasse. Allerdings fallen den Ländern im Gegenzug Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu. Stuttgart legte den Rotstift nicht nur bei der Busförderung an, sondern strich auch Zugkilometer im Umfang von 13 Mio. Euro jährlich, wollte aber von alternativen Streckenstillegungen in schwach ausgelasteten Räumen absehen. Obwohl in den letzten Jahren mit glänzenden Fahrgaststeigerungen ausgewiesen, ist auch die Filstalbahn mit dem Abbau von voraussichtlich 170.000 Zugkilometern gewichtig betroffen. Die abstrakte Zahl, bei einer Gesamtleistung von rd. 2,7 Mio. Zugkilometern auf der Strecke Stuttgart-Ulm scheinbar nur ein Bruchteil, wirkt im Einzelnen sehr konkret. Die Herausnahme wichtiger Pendlerzüge in Lastrichtung

Stuttgart (IRE) und Ulm (erste Regionalbahn am frühen Morgen), sorgen nicht nur für Einschränkungen in Komfort und Fahrzeiten, sondern lassen auch manchen Arbeitnehmer auf der Strecke, wenn die Kürzungen Realität werden. Arbeitsplätze sind dann z.T. nicht mehr erreichbar. Dies gilt insbesondere für den Geislinger Raum. Der Landkreis kämpft zum Jahreswechsel 2006/2007 auf breiter Front gegen die Pläne. Landrat Weber trug sein Anliegen auch gegenüber Staatssekretär Köberle persönlich vor. Das Land stellt das finanzpolitisch wichtige Ziel der Netto-Neuverschuldung jedoch über die Interessen der Fahrgäste und ist nicht bereit, die Ausfälle der Bundesmittel aus dem Etat des Landes auszugleichen. Aus Sicht des Landkreises schmerzt dieses Vorgehen doppelt: Zwischen 1995 und 2005 investierte er rund 16,5 Mio. Euro an Betriebszuschüssen in den Taktverkehr zwischen Stuttgart und Ulm.

Spätbus verlängert

Im September 2001 eingeführt, ging der Spätbusbetrieb mit Beschluss des Kreistags im Sommer 2005 in seine zweite Verlängerung um zwei weitere Jahre. Die Kosten für den Landkreis belaufen sich auf rund 200.000 Euro/Jahr. Das zu-

sätzliche Angebot für Spätheimkehrer am Freitag und Samstag erfreut sich unvermindert guten Zuspruchs und wird inzwischen als Regelbetrieb wahrgenommen. Die Spätbusse verkehren mit Abfahrt um 0.20 Uhr ab Göppingen ZOB

und 0.40 ab Geislingen ZOB jeweils mit Anschluss auf den RegionalExpress aus Stuttgart. Über Spät-Rufbusse werden auch kleinere Gemeinden und Teilorte erreicht.

Fahrbetrieb am ZOB in Geislingen aufgenommen

Nach jahrelangem Tauziehen mit der Deutschen Bahn, hier ging es vor allem um Fragen des Grunderwerbs, konnte der neue Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) in Geislingen nach kurzer Bauzeit zum Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2006 seiner Bestimmung übergeben werden. Die Bussteige sind nun übersichtlich in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs angeordnet. Die architektonisch interessante Anlage wird durch einen kleinen Park+Ride-Parkplatz ergänzt. Der Landkreis Göppingen beteiligt sich verteilt auf drei Haushaltsjahre mit einem Zuschuss von 200.000 Euro an den Gesamtkosten von rund 1,3 Mio. Euro.



Der neue ZOB in Geislingen kurz vor der Fertigstellung



Bahnhöfe im Wartestand

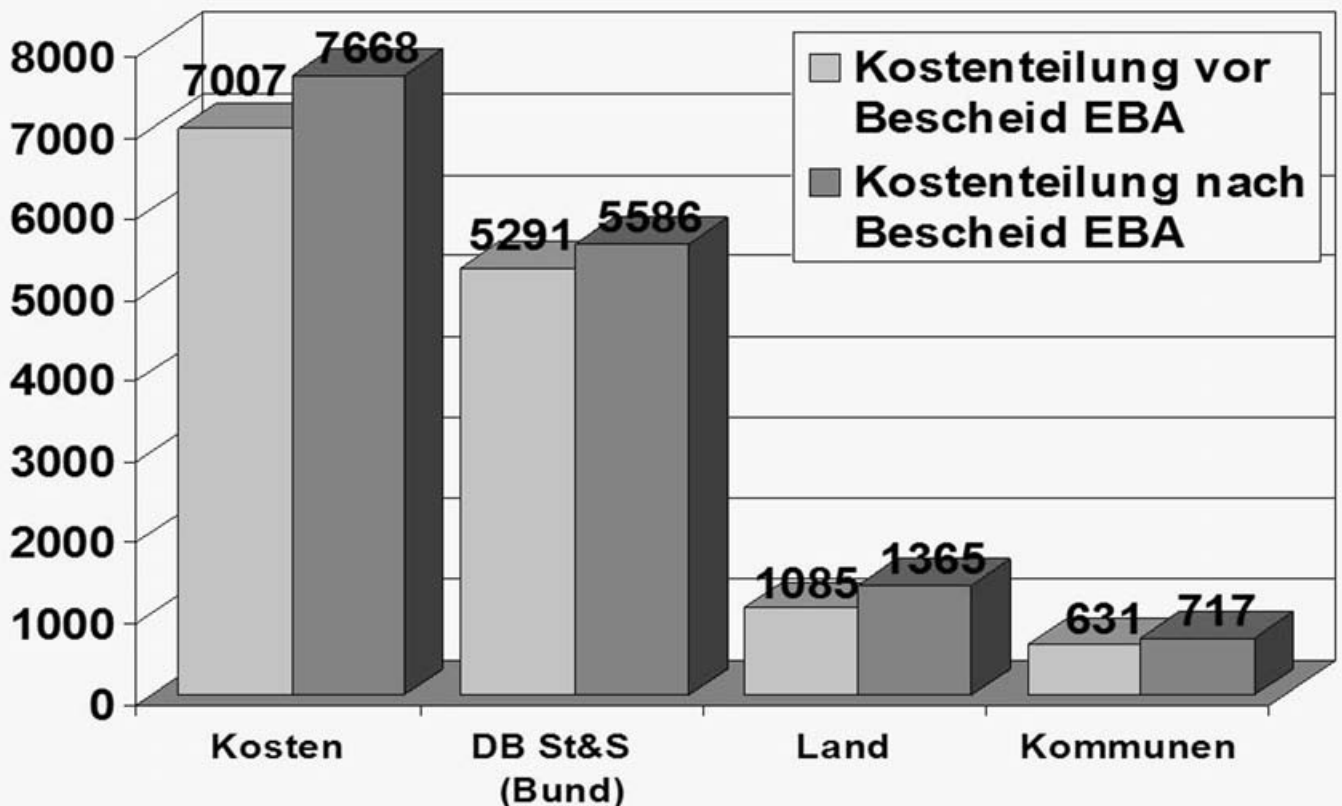
Das Bahnhofprogramm, seit Jahren zwischen Bahn, Land, Landkreis und Gemeinden fest vereinbart entwickelt sich zum Dauerbrenner. Ziel ist, die „kleineren“ Halte im Filstal nachhaltig zu sanieren und wieder zu Visitenkarten herauszuputzen. Insbesondere die Anpassung der Bahnsteighöhen führt zu Investitionskosten in Höhe von rund 6,5 Mio. Euro. Davon tragen die Kommunen rund 700.000 Euro. Immer neue Verzögerungen erga-

ben sich durch das komplizierte Geflecht der Bezuschussung durch Bund und Land. Die im Sommer 2004 geschlossene Planungsvereinbarung, die bis zur HOAI-Phase 2 reicht, war letztlich erst zum Jahresende 2006 vollständig abgearbeitet: Die Bundeszuschüsse, durch das Eisenbahnbundesamt festgestellt, stehen. Durch Verschiebungen der Förderungstatbestände zwischen Bund und Land sowie durch Planmodifizierungen

in Ebersbach und Süßen entstehen auf kommunaler Seite Mehrkosten von rund 10%. Der unverändert hohe Mittelzufluss, der den Stationen im Filstal zugute kommt, macht das Projekt trotz der Verzögerungen auch weiterhin interessant. Nach dem aktualisierten Zeitplan wird mit dem Abschluss der weiteren Planungsvereinbarung für den Sommer 2007 gerechnet. Baubeginn könnte dann voraussichtlich ab 2009 sein.

Filstalstrecke gesamt (einschl. Planungskosten)

alle Angaben in [Tsd. Euro]



Übersicht zur Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Gemeinden

Einbürgerungen weiter rückläufig

Die Zahl der vollzogenen Einbürgerungen ist auch in den Jahren 2005/2006 zurückgegangen (2005: 393 Einbürgerungen, 2006: 366 Einbürgerungen). Damit entspricht die Entwicklung im Landkreis einem bundesweiten Trend seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Juli 2000. Entscheidend dafür dürfte der Nachweis für die Kenntnisse der deutschen Sprache in Form des Sprachtests sein. Die Durchfallquote liegt wiederum bei 40 %. Insgesamt wurden 30 Sprachprüfungen (253 Teilnehmer) durchgeführt.

Weniger einschneidend hat sich die Einführung des Gesprächs-

leitfadens im Einbürgerungsverfahren zum 01.01.2006 ausgewirkt. Schnell wurde klargestellt, dass nur noch diejenigen Ausländer auf der Grundlage des Gesprächsleitfadens ausführlich befragt werden, bei denen Zweifel an ihrer Verfassungstreue bestehen oder bei denen nicht klar ist, ob sie die Loyalitätserklärung verstehen, die sie bei der Einbürgerung unterschreiben müssen. Das Gespräch orientiert sich an diesem Leitfaden, wird jedoch nicht schematisch geführt. Entscheidend für die Praxis ist, dass bereits im Vorgespräch mit den Einbürgerungsbewerbern in den meisten Fällen Zweifel an der Verfassungstreue

geklärt werden konnten. Bisher wurde kein Einbürgerungsbewerber allein wegen des Verlaufs dieses Gesprächs abgelehnt.

Seit Anfang 2005 werden die Einbürgerungsurkunden in einem förmlichen Rahmen ausgehändigt. Dies ist allerdings nicht in allen Fällen möglich, weil sich damit der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit hinauszögert. Bei eingetretener Staatenlosigkeit muss die Urkunde sofort ausgehändigt werden. Bisher wurden an 6 Terminen die Einbürgerungsurkunden in diesem förmlichen Rahmen an die Einbürgerungsbewerber ausgehändigt.

Heimaufsicht:

Bauboom im Pflegebereich

Die Zeiten langer Wartefristen auf einen Heimplatz gehören der Vergangenheit an. Die Beratung von Personen und Heimträgern, die neue Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe planen und in Betrieb nehmen möchten, ist zu einer wichtigen Aufgabe der Heimaufsicht geworden.

Die Situation sieht derzeit und in der Zukunft folgendermaßen aus: Derzeit gibt es 23 Heime mit 1.917 Plätzen. Bis 2008 ist auf Grund der in Bau / in der Planung befindlichen Projekte mit 33 Heimen und

2.499 Plätzen zu rechnen. Die durch die hinzukommenden Plätze entstehende Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Einrichtungen bzw. Einrichtungsträgern wird möglicherweise zusätzliche Probleme bei der Erfüllung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Heimgesetzes zur Folge haben.

Reaktionen bestehender Pflegeeinrichtungen auf die Pflegeplatzüberhänge waren diesbezüglich bereits festzustellen. Hier wurde beispielsweise mit der Sanierung von Gebäudeteilen, Einrichtung

von Demenzgruppen oder eines zusätzlichen Tagespflegeangebotes reagiert. Im Bereich der Einrichtungen der Behindertenhilfe und den Einrichtungen für psychisch Kranke ist dagegen ein Trend, weg von Großeinrichtungen hin zu Außenwohngruppen, im Rahmen der Eingliederungsförderung erkennbar.

Weiterhin wird der steigende Kostendruck für die Träger der Einrichtungen dazu führen, dass verstärkt Einsparmöglichkeiten gesucht werden müssen. Hier wird es Aufgabe der Heimaufsicht sein,

dafür Sorge zu tragen, dass die veränderte Pflegelandschaft keine Einschnitte für die heimgesetzlich gesicherten Ansprüche der HeimbewohnerInnen bedeutet.

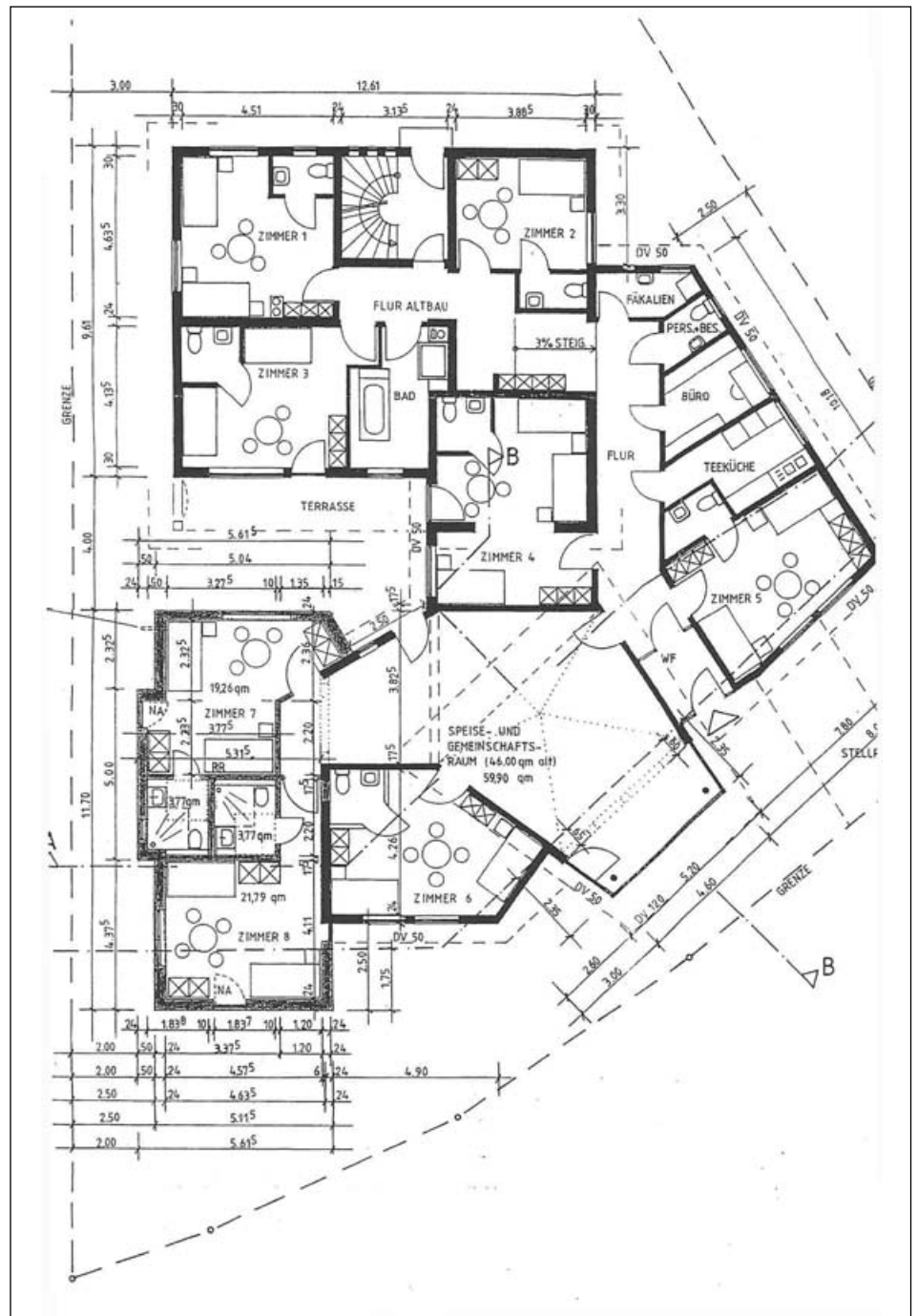
Insgesamt konnte bei den Begehungen in den Jahren 2005 und 2006 eine gute Pflege- und Betreuungsqualität festgestellt werden. Die festgestellten Mängel waren in den Einrichtungen sowohl in der Art als auch in der Menge sehr unterschiedlich. Zu den festgestellten Mängeln ist anzumerken, dass das Wohl der BewohnerInnen in keinem Fall gefährdet war. Mängel lagen dabei insbesondere im Bereich der Pflegedokumentation sowie zu Beginn des Jahres 2006 in der Nichterfüllung der 50%igen Fachkraftquote. Hier mussten teilweise Anordnungen angedroht werden, die aufgrund der Kooperationsbereitschaft der Heime und entsprechenden Lösungsfindungen nicht angeordnet werden mussten.

Die Heime sind in der Regel kooperationsbereit und gegenüber Anregungen der Heimaufsicht aufgeschlossen. Die Tätigkeit der Heimaufsicht wird dabei von einigen Einrichtungen auch als externer Beitrag zur Qualitätssicherung verstanden. Hinsichtlich der Beurteilung der Pflegequalität in den einzelnen Einrichtungen waren keine Unterschiede zwischen privaten Trägern und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege festzustellen.

Mit der steigenden Anzahl an Pflegeheimen und Pflegeplätzen ist ein Wachstum der Aufgabenfülle zu erwarten. Aufgabe der Heimaufsicht

wird es dennoch weiterhin sein müssen, die in den Einrichtungen auf den Weg gebrachten Qualitätssicherungsprozesse durch Beratungen und Prüfungen mit den im Heimgesetz vorgesehenen Mitteln zu begleiten. Dabei sind auch

die finanziellen Rahmenbedingungen, die den Heimträgern gesetzt werden, zu sehen. Die Heimaufsicht ist daher bemüht, jede Einrichtung mindestens einmal im Jahr zu begehen.



Grundriss einer Ebene eines Pflegeheimes

Bußgeldstelle

Fahrpersonalrecht als neue Aufgabe – Tageslenkzeit von 34 Stunden

Im Zuge der Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes zum 01.01.2005 wurden die Gewerbeaufsichtsämter in die Landratsämter eingegliedert. Damit wurde, neben vielen anderen Aufgaben, auch die Verpflichtung zur Überwachung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr, kurz: das Fahrpersonalrecht sowie die Sanktionierung bei Zuwiderhandlungen, vom Land auf die Landkreise übertragen.

Seit 2005 sind wir damit bei entsprechenden Anzeigen durch die Polizei, das Bundesamt für Güterverkehr und die Zollverwaltung für die Durchführung von Bußgeldverfahren zuständig und haben auch selbst Kontrollen, hauptsächlich in Betrieben des Transportgewerbes, durchzuführen.

Fahrpersonalrecht, wozu?

Die Sozialvorschriften im Straßenverkehr dienen:

- der Sicherheit
Übermüdete, unkonzentrierte Fahrer stellen eine erhebliche Gefahr für den Verkehr auf unseren Straßen dar.
- dem Arbeitsschutz
Der Begriff Sozialvorschriften kommt nicht von ungefähr. Die im Straßentransport beschäftigten Personen sollen vor Ausbeutung und gesundheitlichen Schäden geschützt werden

- dem Gleichheitsgrundsatz.
Alle unter den Geltungsbereich des Fahrpersonalrechts fallende Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, die Vorschriften einzuhalten. Dadurch wird ein grenzüberschreitender Wettbewerb zu gleichen Bedingungen erzwungen.

Fahrpersonalrecht, was und für wen?

Die Sozialvorschriften im Straßenverkehr gelten grundsätzlich für alle Personen, die Fahrtätigkeiten im Straßentransport ausüben, sofern das geführte Fahrzeug oder die Fahrzeugkombination 2,8 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht übersteigt. Neben den Begrenzungen der Lenkzeiten, Mindestanforderungen an Ruhezeiten und Pausen enthalten diese Vorschriften auch Bestimmungen zur ordnungsgemäßen Verwendung der Kontrollgeräte und der Arbeitszeitnachweise. Auf den Tisch des Sachbearbeiters kommen hauptsächlich die klassischen Tachoscheiben, korrekt gesprochen: Schaublätter. Sie stammen von Fahrzeugen, die mit einem Fahrtenschreiber oder einem analogen Kontrollgerät ausgerüstet sind.

Die vergangenen zwei Jahre haben mit einem Aufkommen von rund 600 Anzeigen gezeigt, wie wichtig die Kontrolle der Lenk- und Ruhezeiten für die Verkehrssicherheit, aber auch für den Schutz der Fah-

rer ist. Die höchste rechtskräftig gewordene Geldbuße betrug 9.000 Euro. Diese wurde gegen einen Fahrer, der allerdings auch Geschäftsinhaber ist, alleine wegen massiver Verstöße gegen die Lenk- und Ruhezeiten festgesetzt. Die höchste „Tageslenkzeit“ betrug dabei rund 34 Stunden, was allerdings nicht bedeutet, dass der Fahrer diese Zeit ununterbrochen hinter dem Steuer saß. Die Tageslenkzeit wird nur durch eine ausreichende Ruhezeit unterbrochen. Verkürzt der Fahrer die Ruhezeit, werden die Lenkzeiten aufaddiert. Dadurch entstehen oft Tageslenkzeiten, die sich über drei oder vier Tage erstrecken.

Der Umfang der Kontrollen ist durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vorgegeben. Dies gilt sowohl für Straßenkontrollen als auch für Betriebsprüfungen. Ab dem 01.01.2008 werden sich diese Quoten gegenüber dem heutigen Stand vervierfachen und zum 01.01.2010 versechsfachen. Zwei Jahre später werden sie voraussichtlich auf das achtfache des heutigen Standes gesteigert. Dieser Ausblick zeigt, welch große Bedeutung das Fahrpersonalrecht innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einnimmt und macht deutlich, dass diese Aufgabe künftig einen noch größeren Stellenwert bei der täglichen Arbeit der Bußgeldstelle einnehmen wird.

Dokumentationsraum zur Geschichte von Filseck

Eberhard Dettinger, der Vorsitzende des Förderkreises Schloss Filseck, präsentierte am 15. Oktober 2006 im Dachgeschoss von Schloss Filseck die acht Jahrhunderte umfassende neu gestaltete Dokumentation zur Schlossgeschichte Landrat Franz Weber und der Öffentlichkeit. Die Kosten von rund 60.000 Euro trug der Förderkreis. Die Öffnungszeiten der Ausstellung am Sonntagnachmittag betreuen Mitglieder des Förderkreises, der auch Führungen durch Schloss und Ausstellung anbietet. Die Ausstellung wurde von Kreisarchivar Walter Ziegler und Werner Runschke konzipiert und in verschiedenen Abschnitten in den letzten Jahren gestaltet. Sie zeigt die durch häufige Besitzwechsel gekennzeichnete und dadurch bewegte Geschichte von Burg und Schloss. An einstige Besitzer erinnern die Namen der Säle des Schlosses und die Wappen der einstigen Herrschaften im Treppenturm. Bei einem Brand am 8. Mai 1971 wurden zwei Flügel des Schlosses zerstört. Die danach zur „Ruine mit Dach“ verkommene Anlage erwarb der Landkreis 1986 und stellte sie bis 1994 wieder in ihrem vierflügeligen Zustand her.

Die Dokumentation zeigt zum Auftakt die heutige Nutzung des Schlosses und in zwei Kurzfilmen einen Überblick über die Schlossgeschichte und die Arbeit des Steinmetzen, der Stuckateure und des Restaurators. Dokumentiert sind die baubegleitenden archäologischen

Untersuchungen der in der Zeit um 1230 wurzelnden Anlage. Dabei wird die Altersbestimmung von Holz mittels der Dendrochronologie erläutert. Faksimiles von Dokumenten sowie Funde illustrieren die Geschichte der Burg unter den Grafen von Aichelberg und den Herren Reuß von Reußenstein sowie deren enge Verbindung bis zur Reformation mit dem Chorherrenstift Faurndau. Ein Diorama mit Zinnfiguren veranschaulicht die Verteidigung der Burg Hohenstaufen im Bauernkrieg von 1525 durch den Filsecker Schlossherren Hans Michael Reuß von Reußenstein. Der Göppinger Bürgermeister Balthasar Moser besaß Filseck nur wenige Jahre, erhielt aber dadurch den Adelstitel und das heute noch blühende Geschlecht den Namen Moser von Filseck. Hör- und Leseproben aus Briefen stellen Burkhardt von Berlichingen und seine Frau Dorothea vor. Unter ihnen entstand 1597/98 das Schloss mit seiner ins Filstal herabgrüßenden Schauseite. Den Beginn der Baumaßnahme illustrie-

ren Funde von dem alten Brauch des Bauopfers. Ein kleines Kabinett mit Bildern des Malers Eugen Wolff-Filseck (1873-1937) leitet zu den Besitzern des 18. und 19. Jahrhunderts über. Detailliert vorgestellt wird dabei der Charlottensee, der nach der Schlossherrin Charlotte Leutrum von Ertingen benannt ist. Abrufbare Bilder illustrieren die Vogelwelt dieses bedeutenden Naturdenkmals. Die Zeit der Augsburger Bankiersfamilie von Münch, der Filseck als Sommersitz diente, dokumentiert die über zweihundert Jahre bestehende Filsecker Ziegelei mit ihren Produkten. Als Dampfziegelei Baumann setzte sie sich in Göppingen fort. Dort erinnern die Wohnanlage „Alte Ziegelei“ und das Gelände des ehemaligen Schockensees an sie. Bilder und Karten weisen auf die Verbindung mit UHINGEN und dem Schafhof in Albershausen hin, der einst zum Schloss gehörte. Eine abrufbare Bildfolge zeigt Filseck als landwirtschaftlichen Gutsbetrieb. Sie rundet ein naturgetreues Modell des

Schlosses um 1900 ab, das Walter Reißmüller aus Zell u.A. schuf. Unter den Freiherren von Podewils, die das Münchsche Erbe 1920 antraten, trieb die Pächterfamilie Waggerhauser das Schlossgut bis 1968 in zwei Generationen um.



Modell von Schloss Filseck um 1900 mit dem Innenhof

FOTO: KREISARCHIV/DIETER DEHNERT

20 Jahre Förderkreis Schloss Filseck

Mit dem Erwerb von Schloss Filseck durch den Landkreis 1986 bildete sich der Förderkreis Schloss Filseck. Er machte es sich zur Aufgabe, die Gremien und die Bevölkerung für ein renoviertes Schloss im Besitz des Landkreises zu gewinnen. Bis zur Fertigstellung 1994 gelang es durch Ausstellungen, Vorträge und Führungen das Interesse für das Schloss zu wecken und über 200 Mitglieder zu werben. Mit bewundernswerter Tatkraft setzte sich dafür bis 1995 Walter Schurer als Vorsitzender ein. Danach oblag diese Aufgabe vier Jahre Doris Häberlein. Seit 1999 steht Eberhard Dettinger dem Förderkreis vor.

1995 erfolgte eine entscheidende Weichenstellung. Aus dem baubegleitenden Förderkreis wurde nun ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg des renovierten Schlosses zu einer wichtigen kulturellen Stätte im Landkreis. Der Verein führt jährlich zwischen 15 bis 18 Veranstaltungen durch, wie Kunstausstellungen, Konzerte, Lesungen und Vorträge. Zu einem großen Anziehungspunkt wurden die österlichen und vorweihnachtlichen Kunsthandwerkermärkte. Nicht mehr wegzudenken ist der Tag des offenen Denkmals, den der Förderkreis seit 1996 mit den unterschiedlichsten Themen ausrichtet. Die finanziellen Wohltaten

des Vereins gegenüber dem Landkreis summieren sich mittlerweile auf über 300 000 Euro. Einen Schwerpunkt für die Ausstattung des Schlosses bildet der Ankauf von Ölbildern des auf Filseck geborenen Kunstmalers Prof. Eugen Wolff-Filseck (1873-1937). Sie schmücken die zahlreichen Säle, ebenso ein vom Förderkreis erworbener kunstvoller Barockschrank aus dem Schloss der Freiherren von Liebenstein in Jebenhausen. Mit hohen finanziellen Aufwendungen widmete sich der Förderkreis in den letzten Jahren der Neugestaltung

der vom Kreisarchiv konzipierten Dokumentation zur Schlossgeschichte. Mitglieder des Vereins sorgen für die Öffnungszeiten und beaufsichtigen die im Dachgeschoss untergebrachte Ausstellung. Dazu werden auch Schlossführungen angeboten. Beim Festakt zu seinem 20jährigen Bestehen am 21. März 2006 sprach Landrat Franz Weber dem Vorsitzenden Eberhard Dettinger und den Mitgliedern den Dank und die Anerkennung des Landkreises für ihr großes ehrenamtliches Engagement aus.



Foto: Ausstellung „Schloss Filseck im Spiegel der Kunst“ 2006

FOTO: WERNER LITZ

Personalveränderungen

Personalveränderungen

Januar 2006

Die Leiterin des Schulamnts Göppingen, Frau Kristina Schmid, hat zum 1. Januar 2006 die Leitung des Staatlichen Seminars für Didaktik und Lehrerbildung – Realschule – Schwäbisch Gmünd übernommen.

Übernahme der Geschäfte des Schulamntsleiters Herr Schulamntsdirektor Manhard Brixner

Juni 2006

Zur Verabschiedung der Leiterin des Schulamntes, Frau Kristina Schmid, sowie des stellvertretenden Amtleiters, Herrn Manhard Brixner, und Einsetzung des neuen Amtleiters, Herrn Artur Stang im Hohenstaufen-Saal des Landratsamtes in Göppingen lud Herr Landrat Franz Weber 26. Juni 2006 ein.

Es war ein gelungener Festakt mit vielen prominenten Grußwort-Rednern, u. a. Herrn Abteilungsdirektor des Regierungspräsidiums Stuttgart, Bernd Eisele, Herr Schuldekan Anton König, Herr Rektor Klaus Bühler als geschäftsführender Schulleiter der Schulen, Herr OstD Siegfried Pietrass für die gewerblichen Schulen und Gymnasien, Frau Lilly Bräutigam für den Örtlichen Personalrat der Lehrer, Herr Bürgermeister Rainer Ruf für die Bürgermeister des Landkreises Göppingen. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch musikalische Vorführungen des Chores der Schulleiter und

Schüleraufführungen. Nach Worten des Abschieds von Frau Schmid und Herrn Brixner sowie Worten von

Herrn Schulrat Artur Stang beendete ein Stehempfang für ca. 200 Gäste die Veranstaltung.



Eine Ära geht zu Ende – ein neue beginnt... Verabschiedung der (ehemaligen) Leiterin des Schulamntes, Frau Schulrätin Kristina Schmid (Mitte) sowie des stellvertretenden Schulamntsleiters Schulamntsdirektor Manhard Brixner (rechts) und gleichzeitige Einsetzung des neuen Schulamntsleiters Schulrat Artur Stang.



Ein Blumenstrauß von Landrat Weber für die scheidende Schulamntsleiterin Kristina Schmid.

Entwicklung der Schülerzahlen und Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2006/07 Stand 20.09.2006

1. Schülerzahlen

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die voraussichtlichen Schülerzahlen im Schuljahr 2006/07 an den Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen des Schulamtsbezirks Göppingen. Es handelt sich dabei um Vorausberechnungen der Schulleitungen zur Feststellung des Lehrbedarfs, die sich bis zur statistischen Erhebung im Oktober noch verändern können. Es kann aber jetzt schon festgestellt werden, dass die Schülerzahlen an den Grundschulen nahezu unverändert sind, während an den Hauptschulen und Realschulen ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist. Bei den Schülerzahlen an den Sonderschulen ist keine wesentliche Veränderungen erkennbar.

2. Lehrereinstellung (Überblick)

Neueinstellungen

Am Freitag, dem 15.09.2006, werden in einer besonderen Feierstunde die Lehrerinnen und Lehrer im Schulamt Göppingen begrüßt, die mit Beginn des neuen Schuljahres ihren Dienst an einer Schule im Schulamtsbezirk Göppingen antreten werden. Im Rahmen dieser Veranstaltung werden die Lehrkräfte vereidigt (Beamte), ein Teil der neu eingestellten Lehrkräfte (Angestellte) legt ein Gelöbnis ab. Die 67 neu eingestellten Lehrer/-innen verteilen sich wie folgt auf die ver-

Prognose 06/07 (Statistik 05/06)		
Grundschule		
Regelklassen 487 (495)		
Klassengröße: Ø 22,4 (22,3)	10.903	11.009
Vorbereitungsklassen für		
Ausländer/Aussiedler: 9 (12)	108	53
	11.011	11.162
Hauptschule		
Regelklassen 222 (229)		
Klassengröße: Ø 21,8 (21,9)	4.784	5.026
Vorbereitungsklassen für		
Ausländer/Aussiedler: 5 (8)	60	91
	4.844	5.117
Grundschule und Hauptschulen insgesamt	15.855	16.279
Realschulen		
Klassenzahl 242 (236)		
Klassengröße: Ø 27,6 (27,9)	6.680	6.601
Sonderschulen	950	971

Voraussichtliche Schülerzahlen im Schuljahr 2006/07 (Zahlen in Klammern: Statistik des Vorjahrs)

schiedenen Schularten: Grund- und Hauptschulen 37, Realschulen 12 und Sonderschulen 18.

Schulscharfe Stellenausschreibung

Auch in diesem Jahr konnten Schulen, bei denen ein spezieller Lehrbedarf für sog. Engpassfächer besteht oder bei denen ein vorhandenes Profil gesichert werden sollte, am Stellenausschreibungsverfahren teilnehmen. Die Schulleitungen haben hierbei deutlich erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten. Das Ziel besteht darin, eine „passgenaue Personalgewinnung“ für die jeweilige Schule zu erreichen. In unserem Schulamtsbezirk konnten nach

diesem Stellenausschreibungsverfahren für das Schuljahr 06 / 07 insgesamt 14 freie Stellen, davon 6 im Grund- und Hauptschulbereich, 6 im Realschulbereich sowie 2 im Sonderschulbereich, besetzt werden.

3. Unterrichtsversorgung

Grund- und Hauptschulen

Die nachfolgenden Aussagen zur Unterrichtsversorgung beziehen sich auf die Summe der Lehrstunden, die den Grund- und Hauptschulen insgesamt zur Abdeckung des Pflichtbereichs bzw. für ergänzende Angebote zugewiesen wurden. Bei der Bewertung der Versorgungssitua-



tion einzelner Schulen sind deshalb immer auch die örtlichen Gegebenheiten sowie der erweiterte Entscheidungsspielraum des Schulleiters hinsichtlich der Verwendung der Lehrerstunden in Betracht zu ziehen. So sind beispielsweise die im Erlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2006/2007“ angegebenen Klassen – bzw. Gruppenteiler lediglich als Richtwerte zu verstehen. Wenn pädagogische Gründe dafür sprechen, kann jede Schule innerhalb des zugewiesenen Gesamtbudgets auch Veränderungen vornehmen und – je nach Schulprofil – besondere Schwerpunkte setzen.

Ein wichtiger Anhaltspunkt für die Unterrichtsversorgung ist jedoch nach wie vor die Zahl der Stunden, die dem Schulamt für ergänzende Zuweisungen zur Verfügung stehen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser „Schulamtspool“ um 48 Stunden auf 1.686 Std. angestiegen. Vor diesem Hintergrund kann die Unterrichtsversorgung im GHS Bereich für das Schuljahr 2006/2007 wieder als gut bezeichnet werden.

Diese so genannten Poolstunden werden für ergänzende Angebote und Vertretungsaufgaben verwendet. So werden im GHS-Bereich im nächsten Schuljahr 13 Vertretungslehrer mit 266 Wochenstunden bei längerfristigen Erkrankungen oder in Mutterschutzfällen auch über ihre Stammschulen hinaus zum Einsatz kommen. Weitere Schwerpunkte in der Verwendung der Poolstunden sind auch im Schuljahr 2006/2007 die LRS-För-

derung, die Sprachförderung ausländischer Kinder, Differenzierungsmaßnahmen in großen Klassen sowie die Umsetzung besonderer Schulkonzepte.

Realschulen

Auch im Realschulbereich war es möglich, den Pflichtunterricht abzudecken und darüber hinaus im Ergänzungsbereich Stunden aus dem Pool des Schulamts zur Verfügung zu stellen. Dieser Pool, der auf der Grundlage der Schülerzahl aller Realschulen berechnet wird, umfasst in diesem Schuljahr 235 Stunden.

Sonderschulen

Von den 18 neu eingestellten Lehrkräften werden 10 an Schulen für Geistig- und Körperbehinderte, 2 an Förderschulen, 2 an der Schule für Sprachbehinderte, 2 an Schulkindergärten und 2 an privaten Sonderschulen eingesetzt. Neben der Direktzuweisung zur Erfüllung des Pflichtbereichs, der an allen Sonderschultypen voll abgedeckt ist, steht den Schulen ein sogenanntes Differenzierungskontingent zur Verfügung. Innerhalb dieses Gesamtbudgets haben die Schulen in verstärktem Umfang die Möglichkeit, besondere sonderpädagogische Profile weiter zu entwickeln und die allgemeinen Schulen in Kooperationsprojekten zu unterstützen.

4. Weitere Umsetzung des Bildungsplans im Schuljahr 06/07

Qualitätsentwicklung von Schule

Die im Schuljahr 2004/05 eingeführten neuen Bildungspläne eröffnen den Schulen zusätzliche und weitreichende Gestaltungsspielräume. Mit der erweiterten Eigenständigkeit ist zugleich ein höheres Maß an Qualitätsverantwortung der einzelnen Schule verbunden.

Jede Schule muss sich fragen, worin ihre Stärken und ihre Schwächen liegen, welche Konzepte erfolgreich waren. Nur mittels einer unvoreingenommenen und selbstkritischen Beurteilung der eigenen Praxis gelingt eine zielgerichtete und verantwortliche Weiterentwicklung von Schule und Unterricht, d. h. Rechenschaftslegung und zunächst interne Evaluation der Ergebnisse.

Im Rahmen einer vom Landesinstitut für Schulentwicklung und vom Regierungspräsidium Stuttgart initiierten Startphase könnten sich Schulen als sog. Pilot- bzw. Netzwerkschulen (je Schulamt bis zu 5 Schulen) auf freiwilliger Basis mit Inhalten, Verfahren und Instrumenten der Selbstevaluation auseinandersetzen. An diesem Programm nehmen aus dem Bereich des Schulamts Göppingen folgende Schulen teil:

- Schurwaldschule Rechberghausen
- Realschule Deggingen
- Schiller-Realschule Göppingen
- Grundschule Roßwälden
- Albert-Schweitzer-Schule Albershausen



Diese Schulen werden bei der Einführung der verbindlichen Evaluation an allen Schulen im Schuljahr 2007/08 andere Schulen unterstützen.

5. Beratungs- und Förderprofil des Schulamts Göppingen

Frühförder- und Beratungsverbund

Der im Jahr 2005 in den Räumlichkeiten des Schulamts eröffnete Beratungsverbund führt verschiedene Fachkompetenzen wie Geistig-, Körper-, Lern- und Sprachbehindertenpädagogik zusammen und ergänzt sie durch weitere vorschulische und schulische Angebote wie Physiotherapie, Hilfsmittelberatung und Beratung für Kinder und Jugendliche mit Autismus und deren Familien. Der Verbund wird im Laufe des Schuljahres um die Kompetenz Verhaltensgestörtenpädagogik erweitert. Kindern mit einer Verarbeitungsproblematik von Konfliktsituationen und deren Eltern soll so ergänzende Hilfe angeboten werden. Im Verbund sind 19 Sonderschullehrer/-innen mit 93 Lehrerwochenstunden eingesetzt.

6. Weitere Schwerpunkte

Lehrerfortbildung

Das Fortbildungsprogramm des Schulamtes Göppingen bietet auch im Schuljahr 2006/07 den Kolleginnen und Kollegen unterstützende Maßnahmen zur Umsetzung der Bildungspläne an. Schwerpunkt bilden dabei neue

bzw. veränderte Formen der Leistungsmessung und der Abschlussprüfung. Mit der Einführung kombinierter Klassen kommt auf die Kolleginnen und Kollegen eine weitere Herausforderung zu. Mit Fortbildungsangeboten zum Unterricht in kombinierten Klassen wollen wir die Arbeit der dort unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen unterstützen. Daneben gibt es Angebote, die sich auf fachliche Fragen beziehen sowie auf Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf im Bereich des sozialen Lernens, der Sprachförderung, der Dyskalkulie und zu ADS.

Außerdem erfolgt ein Teil des Fortbildungsprogramms in Kooperation mit anderen Trägern wie z. B. Schulpsychologische Beratungsstelle, Polizei, Kinderakademie, Kreismedienzentrum.

Ganztagesesschulen

In den nächsten Jahren wird der Ausbau der Ganztagesesschulen ein wichtiges Thema in der Schulentwicklung sein. Im Schulamtsbezirk gibt es momentan neun Ganztagesesschulen, die mit zusätzlichen Lehrerstunden vom Schulamt unterstützt werden. Dies sind die Hardtschule Ebersbach (Grundschule, Hauptschule und Förderschule), die Schillerschule Eislingen, die Uhland- und Lindenschule Geislingen, die Haiereschule Göppingen, die Johann-Georg-Fischer-Schule Sößen und die Hieberschule UHINGEN.

Weitere drei Schulen werden durch Bundesmittel (IZBB-Programm) gefördert. Für diese Schulen gibt es zwar keine

zusätzlichen Lehrerstunden, jedoch massive finanzielle Mittel. Neben der Silcherschule Eislingen und der Gottfried-von-Spitzenberg-Schule Kuchen gehört hier noch die Staufeneckschule Salach zu dem Förderprogramm.

Für die nächsten Jahre ist ein weiterer Ausbau der Ganztagesesschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung vorgesehen. Genehmigte Schulen erhalten auch hier zusätzliche Lehrerstunden. Folgende Schulen haben Anträge gestellt und warten auf die Genehmigung: Silcherschule Eislingen, Staufeneckschule Salach, Hieberschule UHINGEN und Albert-Schweitzer-Schule Albershausen.

Kombiklassen

Kooperation der Förderschulen mit öffentlichen und privaten Berufsschulen

Neben den öffentlichen Berufsschulen in Geislingen und Göppingen konnten zu Beginn des Schuljahres 2006/07 private Träger von Berufsschulen, wie die Bruderhausdiakonie Deggingen und St. Vinzentiuspflege Donzdorf für die Umsetzung des Kooperationsprojekts „Förderschule/Berufsvorbereitungsjahr“ gewonnen werden. Zukünftigen Abschlusschülern der 8 Förderschulen kann so durch eine enge Vernetzung von Unterrichtsbereichen der beiden Schultypen eine gute schulische Qualifizierungsmaßnahme angeboten werden, die ihnen u.a. den Schritt ins Erwerbsleben erleichtern soll.



Neue Bildungspläne an Förderschulen

Im Rahmen der Bildungsplanreform 2004 orientierten sich die Sonderschulen mit Bildungsgängen Grundschule, Hauptschule, Realschule und Gymnasien an den Bildungsplanvorgaben für die entsprechenden allgemeinen Schulen. Dies betrifft die Schulen

für Blinde, Körperbehinderte, Hörgeschädigte und Sehbehinderte und Erziehungshilfe.

Für die Bildungsgänge Schule für Geistigbehinderte und Förderschule sind gesonderte Bildungspläne erforderlich.

Zu Schuljahresbeginn 2006 haben die 8 öffentlichen Förderschulen

und 2 privaten Schulen für Erziehungshilfe mit dem Bildungsgang Förderschule die Möglichkeit in einer Anlaufphase verschiedene Bereiche des Bildungsplans zu erproben, und bis zum Druck und Versand der neuen Bildungspläne (Juli-September 2007) eigene Vorschläge einzubringen.

Ministerpräsident Oettinger besucht die Paul-Kerschensteiner-Schule

Vom Vorzeigekreis Göppingen sprach Ministerpräsident Günther Oettinger bei seinem Besuch in der Bad Überkingen Paul-Kerschensteiner-Schule. Dort startete er am 16. Februar 2006 zu einer ganztägigen Tour durch die Region Stuttgart. Von der Schule selbst zeigte er sich sehr beeindruckt.

Der Empfang für den Ehrengast – wie sollte es bei einer Berufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe auch anders sein – verlief ausgesprochen professionell. An der Treppe empfingen ihn Restaurantfachschüler mit weißen Handschuhen mit der Buchstabenkette „Herzlich willkommen in Bad Überkingen“. Es folgten ein kurzes Grußwort von Landrat Weber und eine Beschreibung der Schule durch die Schulleiterin Frau Suhlry-Brandner. Der Gast bedankte sich für den ihm bereiteten Empfang und lobte die „besondere Schule“ mit der „tollen Ausstrahlung“.

Zum Abschied seines Besuchs überreichte Landrat Weber Ministerpräsident Oettinger einen riesigen hölzernen Kochlöffel mit Handschuh: „Damit Sie in der Landespolitik immer kräftig rühren können.“ Im Übrigen sei der Kochlöffel unter Umständen auch als Schlagwaffe zu gebrauchen und den Handschuh gab's dazu, damit sich der Ministerpräsident nicht die Finger verbrennt.



Ministerpräsident Oettinger im Gespräch mit Schülern.



Landrat Weber überreicht dem Gast einen hölzernen Kochlöffel.

Auszubildende der Paul-Kerschensteiner-Schule servieren beim Neujahrsempfang in Brüssel

Am 19. Januar 2005 sorgten 46 Schülerinnen und Schüler der Paul-Kerschensteiner-Schule Bad Überkingen für den freundlichen Service beim Brüsseler Empfang mit Ministerpräsident Erwin Teufel. Sie waren in Begleitung der Schulleiterin Elke Suhly-Brandner und den Service-Fachlehrern nach Brüssel gereist.



Kaufmännische Schule Göppingen erfolgreich beim Behördenwettbewerb Q 2006

Innenminister Heribert Rech hat die Kaufmännische Schule Göppingen für ihre Teilnahme am Behördenwettbewerb Q 2006 gewürdigt. Als einzige Schule in Baden-Württemberg stellte sich die Schule den hohen Anforderungen dieses Wettbewerbs. In einer Feierstunde überreichte der Innenminister Schulleiter Werner Stepanek eine Urkunde für die erfolgreiche Teilnahme. Der Auswahl der Wettbewerbsteilnehmenden liegt das Modell der European Foundation for Quality Management (EFQM) zu Grunde, mit dem europaweit die Qualität von Wirtschaftsunternehmen bewertet wird. Das Bewertungsmodell wurde auf die Anforderungen von Verwaltungen und Schulen angepasst.

Die Kaufmännische Schule Göppingen hat bereits vor 5 Jahren dieses EFQM-Modell eingeführt und ist in

einem Netzwerk mit mehreren Schulen in ganz Europa verbunden.



Oberstudiendirektor Werner Stepanek (2. von links) erhält die Urkunde von Innenminister Heribert Rech (2. von rechts).

Gewerbliche Schule Göppingen beteiligt sich an Projekt „Operativ eigenständige Schule“ (OES)

Die Gewerbliche Schule Göppingen war seit dem Jahr 2003 am Modellvorhaben „Operativ eigenständige Schule (OES)“ des Kultusministeriums beteiligt. An diesem nahmen noch weitere 14 berufliche Schulen aus Baden-Württemberg teil. Ein wesentliches Ziel war hierbei der Aufbau eines Qualitätsmanagement-Systems für die beruflichen Schulen im Land. Schulleiter Siegfried Pietrass erhielt aus der Hand

von Kultusminister Helmut Rau das Zertifikat über die Teilnahme am Modellvorhaben OES 2003 - 2006. Der Schule wurde bescheinigt, dass sie entscheidend an einem QM-System für die beruflichen Schulen des Landes Baden-Württemberg mitgearbeitet und eine systematische Qualitätsentwicklung erfolgreich eingeführt hat.



Kultusminister Helmut Rau (links) und Oberstudiendirektor Siegfried Pietrass

AIDS-Kampagne in der Bibliothek des Beruflichen Schulzentrums Göppingen

Anlässlich des Welt-Aids-Tags am 1. Dezember 2006 hatte die Bibliothek im Beruflichen Schulzentrum Göppingen an das Thema AIDS erinnert. Ein Büchertisch präsentierte aktuelle Medien. Broschüren, Poster, Postkarten und Aufkleber lagen zum Mitnehmen bereit. Zusätzlich wurde ein Kreuzworträtsel angeboten. Die Schüler nahmen die Materialien der AIDS-Kampagne begeistert an und das etwas in Vergessenheit geratene Thema HIV und AIDS wurde wieder in das Bewusstsein der Jugendlichen gerückt.



Schüler informieren sich in der Bibliothek.

Neuer Schulleiter an der Gewerblichen Schule Geislingen

Am 15. Juli 2005 wurde Studiendirektor Manfred Roos als Schulleiter der Gewerblichen Schule Geislingen von Frau Ellen Andersen, Leitende Regierungsschuldirektorin, ins Amt eingesetzt.

Landrat Weber freute sich für den Landkreis als Schulträger, dass mit Manfred Roos ein erfahrener Pädagoge die Nachfolge von Oberstudiendirektor Gerhard Fink antritt, der in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Zahlreiche Ehrengäste überbrachten ihre guten Wünsche. Die musikalische Umrahmung der Feierstunde gestaltete die Bläsergruppe der Gewerblichen Schule Geislingen.



Landrat Franz Weber überreicht Oberstudiendirektor Gerhard Fink das Abschiedsgeschenk des Landkreises.

50 Jahre Kreisverkehrswacht

Es ist ein traditionelles Anliegen des Landkreises, lokale Aktionen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu unterstützen. Wichtigster Partner dabei ist die Kreisverkehrswacht. Diese ist in vielfältiger Weise tätig. Bereits im Vorschulalter beginnt die Verkehrserziehung. Das Kindergartenmobil tourt durch den Landkreis. An den beiden Jugendverkehrsschulen in Göppingen und Geislingen machen jährlich etwa 3.000 Viert-

klässler den „Radfahrführerschein“. Nicht nur für Fahranfänger, sondern auch für erfahrene Kraftfahrer werden Sicherheitstrainings und Ökokeurse angeboten. Besondere Aktionen wenden sich an Senioren im Verkehr.

Für den Landkreis war es selbstverständlich, das 50jährige Jubiläum „seiner“ Verkehrswacht mit zu gestalten. Der Festakt fand am

08.04.2005 im Foyer des Landratsamtes statt. Landrat Weber dankte dabei der Verkehrswacht für ihre hervorragenden Leistungen und würdigte die ehrenamtliche Arbeit. Für die Zukunft sicherte er der Verkehrswacht weiterhin eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu. Dies symbolisierte er durch die Spende von zwei neuen Fahrrädern an die Jugendverkehrsschule.



Landrat Weber übergibt der Jugendverkehrsschule zwei neue Fahrräder.

Schüler-Abo-Verfahren jetzt auch bei der Deutschen Bahn

Der Landkreis Göppingen und die Deutsche Bahn AG haben ab dem Schuljahr 2006/2007 ein Schüler-Abo-Verfahren für Bahnschüler entwickelt, das das bisherige System mit Einzelfahrkarten ablöst. Bei Teilnahme am Abo-Verfahren erhalten die Schüler, wie bei dem seit langem erprobten Schüler-Abo der Verkehrsgemeinschaft Stauferkreis, den finanziellen Vorteil „10 Monate zahlen – 12 Monate fahren“. Durch die Schüler-JahresCard der Deutschen Bahn sind die Schüler nun zu Fahrten während des gesamten Schuljahres auf der benutzten Fahrrelation berechtigt.



FAHR 12 FÜR 10

Schüler-JahresCard

DB – 

Günstig und bequem Bahnfahren

- neu ab dem Schuljahr 2006/07 -

Landkreis Göppingen 

Abo-Broschüre

Anpassungsklausel bei der Schülerbeförderung

Der Kreistag hat am 28.01.2005 nach ausführlicher und kontroverser Diskussion die sogenannte Anpassungsklausel bei der Schülerbeförderung beschlossen. Dies bedeutet, dass seit dem 01. Januar 2006 jede Erhöhung der Busfahrpreise der Verkehrsgemeinschaft Stauferkreis (VGS) eine automatische Anpassung der Eigenanteile der Eltern nach sich zieht. Hintergrund dieser Maßnahme ist die Deckelung der Landeszuschüsse für die Schülerbeförderung seit dem Jahr 1997. Mehrkosten, die durch Preiserhöhungen der Busunternehmen entstehen, können vom Landkreis Göppingen nicht auf den eigenen Haushalt übernommen werden, so dass der Landkreis nach wie vor gezwungen ist, die Kostensteigerungen unmittelbar an die Eltern weiterzugeben.

Die Anpassungsklausel nach der Landkreis-Satzung knüpft mit 90 % beziehungsweise 50 % an den Preis der jeweils aktuellen VGS-Tarifstufe 3 an. Die erfolgten Tarifierhöhungen der Busunternehmen in den Jahren 2005 und 2006 waren unter anderem sehr stark von Kürzungen der Nahverkehrsmittel des Bundes für den Ausbildungsverkehr (Koch-Steinbrück-Papier) und den Ausgleichsleistungen für Schwerbehinderte geprägt.

Die genannten Nahverkehrsmittel des Bundes im Ausbildungsverkehr gleichen die Preisspanne zwischen den Schülertarifen und den Erwachsenentarifen aus. Durch die stufenweise Kürzung dieser Mittel

um 4 % für das Jahr 2004, 8 % für das Jahr 2005 und 12 % für das Jahr 2006 verloren die Busunternehmen im Landkreis in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 619.007 Euro Fördermittel.



Die Firma Frank und Stöckle bereitet „Neulinge“ bei einem Sicherheitstraining auf das Busfahren im Schülerverkehr vor.

Taxis in „bunter Vielfalt“

Seit November 2005 hat die Eintönigkeit ein Ende – zumindest was den Farbanstrich der Taxen anbelangt. Möglich wurde dies durch eine Allgemeinverfügung des Regierungspräsidiums Stuttgart als Ausnahme von der vorgeschriebenen Taxifarbe. Seither sieht man im Landkreis Göppingen neben den „normalen“ hellelfenbeinfarbenen Taxen auch rote, blaue oder meist graumetallicfarbene Taxen. Der vorgenannten Bestimmung ging ein im Stadtgebiet Stuttgart und im Landkreis Esslingen durchgeführter

Feldversuch voraus, der von der Fachhochschule Nürtingen wissenschaftlich begleitet und untersucht wurde. Am Ende von kontrovers geführten Diskussionen bekamen die wirtschaftlich denkenden Taxiunternehmer ihre Chance: Farbige Pkw lassen sich einfach besser verkaufen als die eintönig gelben. Übrigens: Können Sie sich noch an die vornehmen schwarzen „Kraftdroschken“ erinnern? Diese Farbe war bis Dezember 1970 vorgeschrieben.



Taxistandplätze am Göppinger Bahnhof

Führerscheintourismus

Das Schlagwort Führerscheintourismus beschreibt den Erwerb eines in einem europäischen Land ausgestellten Führerscheins für Personen, denen die Fahrerlaubnis nach deutschem Recht – häufig wegen Trunkenheitsfahrten – entzogen wurde. Der Begriff „Führerscheintourismus“ hat sich eingebürgert, weil der gesetzlich geforderte Mindestaufenthalt im betreffenden europäischen Land gerne mit touristischen Angeboten verknüpft wird.

Die fortschreitende Harmonisierung im EU-Recht blieb auch im Führerscheinbereich nicht ohne Folgen. Durch die gegenseitige uneingeschränkte Anerkennung von Fahrerlaubnissen erfolgte einerseits ein lobenswerter Bürokratieabbau mit

vielen Vorteilen für die Bürger. Bundesweit hat die gegenseitige Anerkennung aller EU-Fahrerlaubnisse jedoch auch zu erheblichen Problemen geführt, wenn sich Personen, die im Inland nicht fahrberechtigt sind, ausländische Führerscheine besorgt haben. Auch im Kreis Göppingen haben Kraftfahrer die Rechtsänderung ausgenutzt. Diese „Erschleichung“ von Fahrerlaubnissen stellt jedoch einen Missbrauch des EU-Rechts dar. Für die Betroffenen gab es ein böses Erwachen, als die Führerscheinstelle die ausländische Fahrerlaubnis für das Inland wieder aberkannte. Vielfach schlossen sich an die Verwaltungsentscheidungen auch komplizierte Rechtsverfahren an.

Um den geschilderten Fällen des Missbrauchs der gegenseitigen Anerkennung von Fahrerlaubnissen endgültig einen Riegel vorzuschieben, hat die EU eine weitere Führerschein-Richtlinie erlassen, die im Jahr 2007 in Kraft tritt und die Umgehung der Vorschriften ausdrücklich ausschließt.



EU-Recht im Führerscheinbereich

Jagd auf der Straße

Straßen sind grundsätzlich dem Gebrauch durch den Kraftfahrverkehr „gewidmet“. Vielfältige Anforderungen des gesellschaftlichen Lebens erfordern jedoch, dass die Straßen vorübergehend auch mal anders genutzt werden. Die Verkehrsbehörden haben dann über Sicherungsmaßnahmen und Umleitungen zu entscheiden. Die Anlässe zu Sperrungen beginnen am Jahresanfang mit Fasnetsveranstaltungen. Im Laufe des Frühjahrs und Sommers finden dann viele Straßenfeste, Hocks und Umzüge im öffentlichen Verkehrsraum statt. Auch sportliche Events (Lauf-, Radsport-, Motorsport- und Inlineveranstaltungen) spielen sich im gesamten Jahresverlauf auf öffentlichen Straßen ab. Einen hohen Stellenwert haben kirchliche Brauchtumsveranstaltungen (Prozessionen, Martinsumzüge). Den jährlichen Reigen schließen dann Advents-

und Weihnachtsmärkte. In den vergangenen Jahren ergab sich für die Verkehrsbehörden bei den vorübergehenden Sperrungen vermehrt ein neues Tätigkeitsfeld. Zur Durchführung von Drückjagden wurden immer öfters Regelungen für den Straßenverkehr erforderlich. Nachdem sich die Zahl der Wildschweine in den letzten Jahren explosionsartig vermehrt hat, ist die Drückjagd für die Jäger das einzig wirksame Mittel, um den Bestand zu reduzieren und Schäden in Wald und Flur zu vermeiden. Allein in den Jahren 2005 und 2006 wurden 18 dieser Drückjagden im Landkreis durchgeführt, bei denen Sicherungsmaßnahmen auf Straßen erforderlich waren. Während in einigen Fällen Warnbeschilderungen für den Verkehr ausreichend waren, mussten in anderen Fällen Vollsperrungen mit Umleitungen vorgenommen werden.



Beschilderung zur Jagd

Kraftfahrzeugzulassung: EU-Harmonisierung und Verfahrensanpassungen

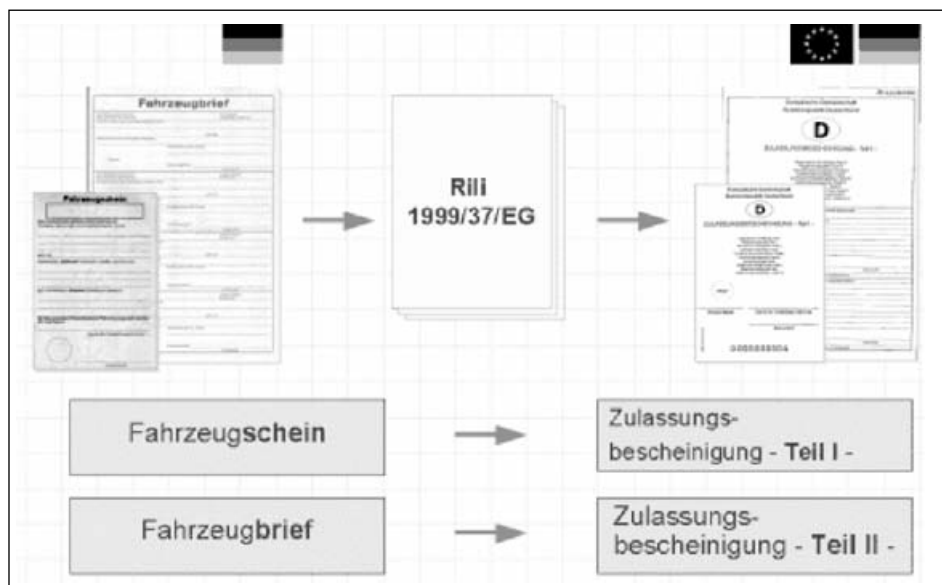
Wichtige Daten der Zulassungsstelle

	2005	2006
Fahrzeugbestand zum 31.12.	207.433	208.567
- davon Pkw	156.270	156.192
Neuzulassungen	13.061	13.987
Umschreibungen	27.370	27.860
Arbeitsvorgänge gesamt	536.645	560.667

nach dem Bearbeitungsvorgang eingescannt. Zentraler Vorteil einer solchen Archivierungsmethode ist der schnelle Zugriff auf alle Informationen und zwar an allen Arbeitsplätzen. Dies ermöglicht auch zügige und detaillierte Auskünfte an die Kundschaft ohne die bisher notwendige Aktenrecherche. Die Abstimmung zwischen den Zulassungsstellen Göppingen und

EU-Harmonisierung: Neue Fahrzeugpapiere seit dem 1. Oktober 2005

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden die Zulassungsbescheinigungen für Fahrzeuge in ihren wesentlichen Teilen zwischenzeitlich harmonisiert. Dazu wurden zum 1. Oktober 2005 in Deutschland neue Fahrzeugdokumente eingeführt. Gleichzeitig wurden diese Dokumente im Hinblick auf die Fälschungssicherheit an den heutigen Standard angepasst. Die Zulassungsbescheinigung Teil I ersetzt den bisherigen Fahrzeugschein, die Zulassungsbescheinigung Teil II den bisherigen Fahrzeugbrief, wobei die seit Jahrzehnten eingebürgerten Bezeichnungen „Fahrzeugschein“ und „Fahrzeugbrief“ weiter verwendet werden können. Mit der Einführung der neuen Fahrzeugpapiere wurde gleichzeitig auf die Aufnahme bestimmter technischer Daten, die aus anderen Unterlagen entnommen werden können, verzichtet. Für die Zulassungsbehörde hat sich der Aufwand ab 1. Oktober 2005 dennoch erhöht, da bei allen anfallenden Bearbeitungsvorgängen gleich-



zeitig ein Tausch der Fahrzeugdokumente vorzunehmen ist.

Einführung eines elektronischen Archivs im Januar 2006

Die bei den Zulassungsstellen im Januar 2006 eingeführte elektronische Archivierung entspricht einer modernen Aktenführung. Fahrzeugzulassungen werden seither nicht mehr in Papierform aufbewahrt, sondern ausschließlich elektronisch archiviert. Vorgelegte Unterlagen werden daher direkt

Geislingen wird erleichtert, da alle Mitarbeiter jetzt gleichzeitig auf die Daten zugreifen können. Für die Kunden ist die durch dieses Verfahren ermöglichte Freigabe von Kennzeichen sechsstelliger Unterscheidungskombinationen (zwei Buchstaben, vier Zahlen) ein weiterer Pluspunkt beim Service. Zum Jahresende 2006 waren bereits rund 75.000 Akten „verscann“. Die Nachverscannung des gesamten Fahrzeugbestands wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

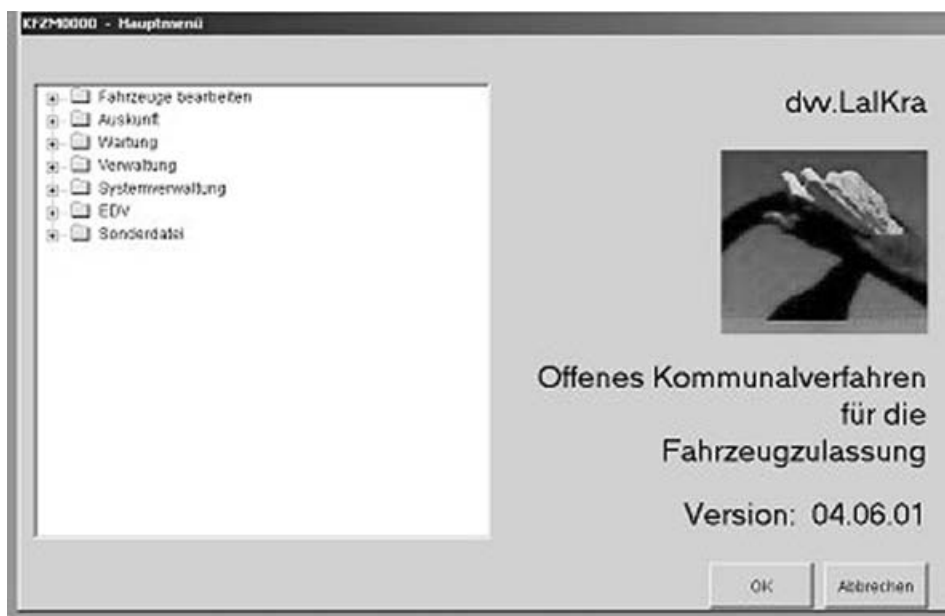


Zulassungsunterlagen werden eingescannt

Neues EDV-Programm zur Fahrzeugerfassung zum Ende 2006

Das bisherige landeseinheitliche EDV-Verfahren zur Fahrzeugerfassung hat seit Herbst 2006 ausgedient. Während noch im Jahre 2004 das bisherige Dialog-Programm LAIKRA auf eine graphische Windows-Oberfläche umgestellt wurde, war ein Komplettwechsel des Programms vor der Einführung der neuen Fahrzeugzulassungsverordnung im Frühjahr 2007 erforderlich. Das Rechenzentrum der Region Stuttgart, dem der Landkreis Göppingen angeschlossen ist,

hat sich für das bundesweit führende Erfassungsprogramm „OK.Vorfahrt“ entschlossen. Dieses neue EDV-Verfahren bietet neben der komfortableren Wunschkennzeichenselektion einen direkten Zugriff auf das zentrale Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg. Dadurch können – beispielsweise bei Ummeldevorgängen – sämtliche Fahrzeug- und Halterdaten aller in Deutschland zugelassenen Fahrzeuge abgefragt und eingespielt werden. Diese Vereinfachung kommt insbesondere den Kunden zu Gute. Durch weitere Vernetzungsmöglichkeiten können u. a. auch die Daten eines Vollgutachtens von Technischen Überwachungsvereinen direkt übernommen werden.



Landesverkehrssicherheitstag am 30.09.2005 in Göppingen

Sichere Straßen sind nicht allein durch die Anlegung von Fußgängerüberwegen oder durch Tempolimits zu erreichen. Die besten Schutzeinrichtungen nutzen wenig, wenn Autofahrer am Zebrastreifen nicht anhalten oder Fußgänger trotz roter Ampel die Straße queren. Veränderungen müssen auch in den Köpfen stattfinden. Genau deshalb ist es wichtig, alle Verkehrsteilnehmer für das Thema Sicherheit zu sensibilisieren. Eine

gute Gelegenheit hierzu ergab sich beim Landesverkehrssicherheitstag, der am 30.09.2005 in Göppingen stattfand. Unter Federführung der Göppinger Polizeidirektion wurde mit zahlreichen Partnern ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt, das Verkehrsteilnehmer aller Altersgruppen ansprach. Verteilt auf verschiedene Stationen im Stadtgebiet war vom Mitmachtheater für Kinder über benzinsparendes Fahren bis zum

Einparktraining im Parkhaus für ältere Autofahrer vieles geboten. Spektakulär verdeutlichte der Abwurf eines am Kran hängenden Pkw die Unfallfolgen bei einem Aufprall mit 60 km/h. Unverständlich, wer angesichts solcher Bilder nicht einmal einen Sicherheitsgurt anlegt!



Freier Fall mit hartem Aufprall...

Verkehrssicherheit: Gemeinsam den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer stärken

Verkehrssicherheit ist eine Aufgabe, die der Landkreis im Rahmen seiner Verkehrsschauen gemeinsam mit der Polizei, den Städten und Gemeinden sowie den ehrenamtlichen Verbänden angeht. In vielen Fällen werden Vorhaben auch von Schulen und Eltern unterstützt. Das stetig steigende Verkehrsaufkommen erfordert zunehmend verkehrsregelnde Maßnahmen und Eingriffe. Was mancher Autofahrer als Gängelung empfinden mag, dient jedoch dem Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer. Sichere Angebote für die Fußgänger, insbesondere für Kinder und ältere Menschen, haben höchste Priorität. Querungshilfen über stark befahrene Straßen spielen dabei eine tragende Rolle. Ein Allheilmittel sind Fußgängerüberwege (Zebrastreifen) allerdings nicht. Insbesondere im Hinblick auf einen sicheren Schulweg wird vor Ort oftmals nach der besten Lösung gesucht. Verkehrssicherheit „von der Stange“ gibt es nicht. Während in Hattenhofen jüngst ein weiterer Fußgängerüberweg eingerichtet wurde, hätte ein solcher auf Grund der örtlichen Gegebenheiten im Nassachtal nicht die notwendige Sicherheit geboten. Um dort jedoch gleichfalls ein hohes Maß an Schutz für querende Kinder zu erreichen, wurde der Schulweg verlegt und die Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert. In Gruibingen dagegen konnten selbst zwei bestehende Fußgängerüberwege nicht mehr die

Sicherheit querender Fußgänger gewährleisten. Immer stärker auftretender Ausweich- und Umleitungsverkehr von der nahen Autobahn führte an den Überwegen

häufig zu brenzligen Situationen, weshalb an deren Stelle künftig zwei Fußgängerampeln für den nötigen Schutz der Fußgänger sorgen werden.



Neu geschaffener Fußgängerüberweg in Hattenhofen



Schulwegsicherung in Nassachmühle



Verkehrsunfallbilanz

Verkehrssicherheit – eine gesellschaftliche Aufgabe

„Neuer Tiefstand bei Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2006“ lautete die Überschrift einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 07. Dezember 2006.

Ein übereinstimmender Trend besteht beim Jahresvergleich 2005/2006 für den Landkreis Göppingen leider nicht. Allerdings sind dabei auch statistische Zufälligkeiten zu sehen, die sich bei relativ kleinen Kennzahlen ergeben. Nach einem historischen Tiefstand von „nur“ 6 Verkehrstoten im Jahr 2001 hat sich seither die Zahl der Verkehrstoten im Landkreis etwa zwischen 10 und 20 jährlich eingependelt. Die Zahl der Verkehrstoten im Jahr 2006 lag mit 17 zwar wesentlich über dem Ergebnis des Jahres 2005, in welchem „nur“ 10 Tote zu beklagen waren. Andererseits war im Jahr 2005 das seither zweitbeste Ergebnis bei der Anzahl von Verkehrstoten zu verzeichnen. Im Jahr davor lag diese Zahl noch bei 21 Verkehrsoffer.

Im Vergleich mit den Jahren seit 2000 liegen die neueren Zahlen somit in der Bandbreite des „ganz normalen Wahnsinns“ an Verkehrstoten. Der Bayrische Rundfunk hat die Verkehrsunfälle in einem Artikel somit zu Recht auch als „das verdrängte Massensterben“ bezeichnet. „Der Mensch reagiert auf Alltägliches – und auch der Tod am

Unfallstatistik	Gesamtunfälle	Verletzte	Tote
Bundesrepublik			
2001	2373556	494775	6977
2002	2289474	476000	6828
2003	2259567	462170	6613
2004	2261689	440126	5842
2005	2253992	438804	5361
2006	~2223000	~415000	~5000
Land Baden-Württemberg			
2001	227589	59200	842
2002	222000	57817	895
2003	218150	56025	775
2004	223354	54675	697
2005	233542	54049	633
2006			~660
Kreis Göppingen			
2001	4883	1221	6
2002	4546	1124	18
2003	4615	1159	14
2004	4377	1020	21
2005	4495	1101	10
2006	4685	1052	17

Unfalltote seit 1971

1971	68
1981	57
1991	34
1992	20
1993	21
1994	22
1995	16
1996	16
1997	13
1998	29
1999	15
2000	13
2001	6
2002	18
2003	14
2004	21
2005	10
2006	17

Straßenrand ist es längst – eben sehr menschlich, mit stiller fast kühler Routine.

Auch wenn sich die Zahl der Verkehrstoten wohl vermutlich nie auf Null reduzieren lassen wird, muss es auch weiterhin das Bestreben aller Verantwortlicher sein, die Anzahl an Verkehrsoffern so gering wie möglich zu halten.

Der Landkreis stellt sich dieser gesellschaftlichen Aufgabe in viel-

fältiger Weise. Neben der Verantwortung für die Verkehrsregelung bildet die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung eine weitere Säule. Regelmäßig finden Aktionen zur Auswertung von Unfallstatistiken und zum Erkennen von Unfallschwerpunkten statt. In Zusammenarbeit mit weiteren Beteiligten werden dann Verbesserungsmöglichkeiten gesucht und soweit möglich umgesetzt.

TiS aktiv



Die Tourismusinitiative Stauferkreis, abgekürzt TiS, wurde auch im Berichtszeitraum ihrer Rolle gerecht, Motor für den Tourismus im Landkreis Göppingen zu sein. Veranstaltungen wie die Sommer der Verführungen 2005 und 2006 und der Gastrowettbewerb „Mein Lieblingslokal“ wurden organisiert und durchgeführt. Mit dem WBO, dem Verband Baden-Württembergischer Busunternehmer, wurden Kontakte geknüpft mit dem Ziel, mehr Busreisen in den Kreis Göp-

ppingen zu bekommen. In der TiS vertreten sind:

- die Bäder- und Tourismusgemeinden des Landkreises
- die Regio Stuttgart Marketing- und Tourismus GmbH
- die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Göppingen mbH (WiF)
- die DEHOGA-Kreisstelle Göppingen
- NWZ Göppingen und Geislinger Zeitung
- Schwäbische Landpartie

- Kreisbehindertenring.

Im Berichtszeitraum als Mitglieder neu hinzugekommen sind:

- der KulturFreienTreff Landkreis Göppingen
- die Kaiserbrauerei Geislingen.

Aufgabe des 2001 eingesetzten Arbeitskreises ist es, den Tourismus im Landkreis Göppingen anzukurbeln und Tourismusaktivitäten zu bündeln.

Gastro-Wettbewerb „Mein Lieblingslokal“

Unter der Schirmherrschaft von Landrat Weber fand 2006 eine Neuauflage des 2002 erstmals durchgeführten Gaststättenwettbewerbs auf Landkreisebene statt. NWZ Göppingen und Geislinger Zeitung forderten ihre Leserinnen und Leser auf, ihr Lieblingslokal zu verraten. 2129 Stimmzettel wurden abgegeben. 43 Gastronomiebetriebe wurden im Rahmen einer Feier in der Paul-Kerschensteiner-Schule in Bad Überkingen am 25. September 2006 ausgezeichnet. Die Namen der Lieblingslokale sind auf der Homepage des Landkreises eingestellt.



Gastronomen und Mitarbeiter der im Rahmen des Wettbewerbs „Mein Lieblingslokal“ ausgezeichneten Gastrobetriebe.

Publikumsmagnet Sommer der Verführungen

Der tolle Erfolg nach dem Einstand 2004 konnte in den Sommern der Verführungen 2005 und 2006 fortgesetzt werden. Dabei ist tendenziell ein weiter steigendes Interesse an den angebotenen Führungen und Exkursionen festzustellen. 2005 wurden 102 Veranstaltungen mit 2.706 Teilnehmern durchgeführt. 2006 waren es 114 Veranstaltungen mit 2.945 Teilnehmern. Möglich wurde dieser Erfolg dank der breiten Unterstützung von Gemeinden, Vereinen und Firmen des Landkreises und – ganz wichtig – der beiden Lokalzeitungen NWZ Göppingen und Geislinger Zeitung.

Aufgrund der positiven Resonanz wird es auch 2007 einen Sommer der Verführungen geben.



DAS PROGRAMM

**SOMMER DER
VERFÜHRUNGEN**

Im Stauferkreis Göppingen

2. August bis
17. September 2006

STUTTGART
Regio

www.landkreis-goeppingen.de
www.stuttgart-tourist.de

Titelseite des Programmheftes zum Sommer der Verführungen 2006

Liegenschaftskataster

Liegenschaftsvermessungen

Flurneuordnung

Liegenschaftskataster

Als untere Vermessungsbehörde ist das Landratsamt zuständig für die Führung des Liegenschaftskatasters im Kreisgebiet mit Ausnahme der Stadt Göppingen. Das Liegenschaftskataster weist die Liegenschaften – Flurstücke und Gebäude – auf der Grundlage von Liegenschaftsvermessungen flächendeckend nach. Es wird durch die Übernahme von Veränderungen tatsächlicher und rechtlicher Art auf dem Laufenden gehalten. Für den Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Göppingen sind rund 153.000 Flurstücke mit 1 Million Grenzpunkten und 105.000 Gebäuden im Liegenschaftskataster nachgewiesen. Für die Planung und Realisierung von Vorhaben, die mit Grund und Boden zusammenhängen, sind die Daten des Liegenschaftskatasters unverzichtbar.

Wesentliche Bestandteile des Liegenschaftskatasters sind heute das Automatisierte Liegenschaftsbuch (ALB) und die Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK). Jeder Bürger kann in das Liegenschaftskataster Einsicht nehmen und Auszüge aus den Datenbeständen erhalten. Bei personenbezogenen Daten ist allerdings ein berechtigtes Interesse darzulegen.

Liegenschaftsvermessungen

Als untere Vermessungsbehörde führt das Amt auch Liegenschafts-

vermessungen, dies sind Katastervermessungen und Grenzfeststellungen, durch. Diese Aufgabe nehmen daneben auch die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure wahr.

Katastervermessungen:

Jede Teilung eines Grundstücks im Grundbuch, z. B. bei Aufteilung eines Geländes in Bauplätze, im Zusammenhang mit der Veräußerung oder der Belastung eines Grundstücksteils, setzt eine Katastervermessung voraus. Dabei werden Flurstücke katastertechnisch in mehrere Flurstücke aufgeteilt, neue Grenzen festgelegt und mit Grenzzeichen abgemerkt. Das Messergebnis wird in einer urkundlichen Niederschrift festgehalten. Diese Vermessungen werden auf Antrag durchgeführt. Zu diesem Aufgabenbereich gehören auch Vermessungen im Zusammenhang mit Bauplatzaufteilungen und Baulandumlegungen.

Katastervermessungen zur Aufnahme von Gebäuden und Nutzungsarten für das Liegenschaftskataster müssen durchgeführt werden, wenn bauliche Veränderungen auf einem Flurstück vorgenommen oder die Nutzung eines Flurstücks wesentlich oder nachhaltig geändert worden ist. Diese Vermessungen bedürfen keines Antrags des Grundstückseigentümers. Da die Nutzer unserer Daten vor allem bei der Weiterbearbeitung in GIS-Systemen auf einen

aktuellen Stand großen Wert legen, wurde in den vergangenen Jahren die Aktualisierung des Gebäudebestands mit Priorität vorgenommen.

Grenzfeststellungen:

Bei Grenzfeststellungen wird überprüft, ob Grenzzeichen mit ihrer Festlegung im Liegenschaftskataster übereinstimmen. Gegebenenfalls vorliegende Mängel in der Abmarkung der Flurstücksgrenzen, z. B. wenn Grenzzeichen fehlen, werden behoben. Grenzfeststellungen erfolgen in der Regel auf Antrag. Neben der Wiederbestimmung von Grenzzeichen, die bei gewöhnlichen Bauarbeiten entfernt werden, fallen vor allem große Mengen beim Bau von überörtlichen Gas-, Wasser- und Stromleitungen an. Enormen Aufwand verursachen die Wiederbestimmungen von Grenzpunkten, die bei der Beseitigung von Sturmschäden in Wäldern durch Holzurücken verloren gehen.

Flurneuordnung

Dem Geschäftsteil Flurneuordnung obliegen die Aufgaben der unteren Flurbereinigungsbehörde im Landkreis Göppingen. Zu diesen Aufgaben gehören die Durchführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz:

- Regelverfahren als ökologisch ausgerichtete Agrarflurneuordnung

- Unternehmensflurneuordnungen zur Verteilung des Landverlustes und zur Minimierung der agrarstrukturellen Schäden bei öffentlichen Großbaumaßnahmen, z.B. Autobahnen, Umgehungsstraßen
- vereinfachte Flurneuordnungen z. B. für Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- beschleunigte Zusammenlegung für vorrangig agrarstrukturelle Ziele
- freiwilliger Landtausch
- freiwilliger Nutzungstausch.

Die Flurneuordnung ist ein modernes Instrument der Bodenordnung, das die Interessen der Grundstückseigentümer mit Planungen Dritter und den Vorstellungen des Naturschutzes koordiniert und in der Neuordnung umsetzt. Dabei werden wirtschaftliche und ökolo-

gische Belange gleichrangig behandelt.

Im Berichtszeitraum wurden folgende Verfahren bearbeitet:

Aichelberg (A 8)

- Endabrechnung mit dem Unternehmensträger
- Schlussfeststellung

Heiningen

- Besitzeinweisung
- Aufstellung des Flurbereinigungsplans

Eislingen/Süßen (B 10/B 466)

- Schaffung eines Festpunktfeldes
- Vermessungstechnische Feststellung der Gebietsgrenze
- Aufstellung des Wege- und Gewässerplans mit landschaftspflegerischem Begleitplan

- Besitz- und Entschädigungsregelungen für die durch den Straßenbau beanspruchten Flächen

Donzdorf (Nordumfahrung)

- Einleitung des Verfahrens
- Wahl des Vorsitzenden der Teilnehmergemeinschaft
- Wertermittlung der landwirtschaftlichen Grundstücke
- Ökologische Bewertung der Landschaftselemente
- Besitz- und Entschädigungsregelungen für Bauabschnitt 1 der Nordumfahrung

Der Geschäftsteil Flurneuordnung unterstützt das Landwirtschaftsamt bei den Kontrollaufgaben im Rahmen der landwirtschaftlichen Förderprogramme.



Flurbereinigung für die Nordumfahrung Donzdorf

Die Flurbereinigung Donzdorf (Nordumfahrung) wurde am 11.11.2004 durch den Flurbereinigungsbeschluss des Landesamtes für Flurneuordnung und Landentwicklung Baden-Württemberg (obere Flurbereinigungsbehörde) als Unternehmensflurneuordnungsverfahren angeordnet. Dieses Flurneuordnungsverfahren dient in erster Linie der Landbereitstellung für die Nordumfahrung Donzdorf und zur Minimierung von Nachteilen für die Landbewirtschaftung. Auch agrarstrukturelle Verbesserungen werden angestrebt.

Die Nordumfahrung ist als Kreisstraße (K 1402) geplant und wird auf der Grundlage eines Bebauungsplans der Stadt Donzdorf verwirklicht. Mit dem Bau beauftragt ist die Stadt Donzdorf. Es werden ca. 21 ha Land für den Straßenbau benötigt.

Mit der Anordnung des 302 ha großen Flurneuordnungsverfahrens entstand die Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung Donzdorf. Zur Teilnehmergeinschaft gehören alle Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten innerhalb des Flurbereinigungsgebietes. Unter der Leitung der unteren Flurbereinigungsbehörde des Landratsamtes Göppingen wählten die Teilnehmer am 7.02.2006 den Vorstand der Teilnehmergeinschaft, der die Geschäfte führt.

Als Grundlage für die Neugestaltung wurden im Rahmen der Bestandsaufnahme des Flurbereinigungsgebietes

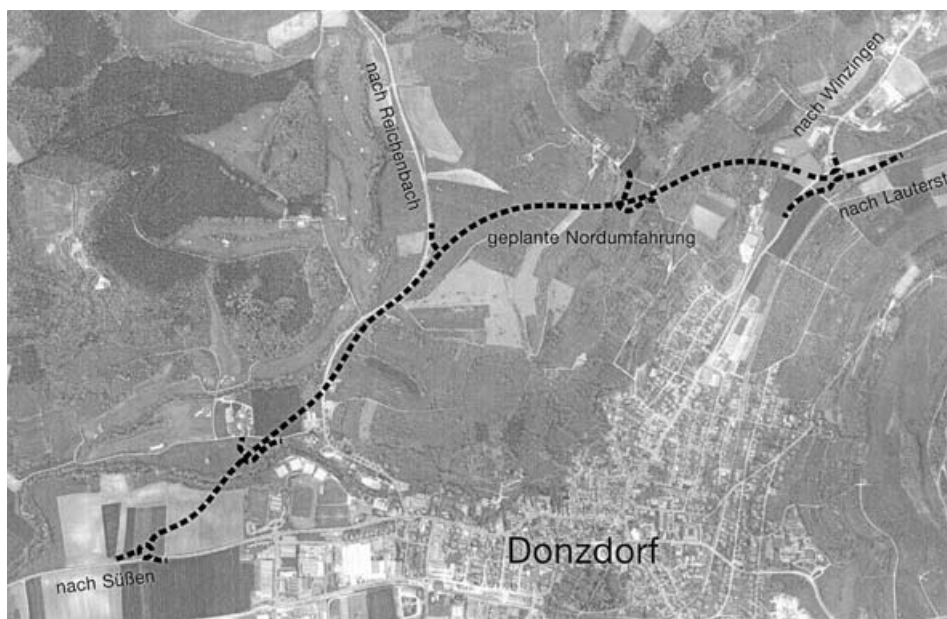
- im Jahre 2005 die ökologische Bewertung der Landschaftselemente durch einen externen Biologen und
- im Frühjahr 2006 die Wertermittlung der landwirtschaftlichen

Grundstücke durch unabhängige landwirtschaftliche Sachverständige durchgeführt.

Die Wertermittlung der landwirtschaftlichen Grundstücke dient zugleich als Grundlage für die gleichwertige Zuteilung von Flächen an die einzelnen Teilnehmer.



Fünf landwirtschaftliche Sachverständige mit Bohrgehilfen bei der Bewertung im Gelände.



Flurbereinigung für die Nordumfahrung Donzdorf



Ein landwirtschaftlicher Sachverständiger (rechts) klassifiziert den Boden an Hand des Bodengefüges im Bohrstock.



Ein Vermessungstechniker der Flurbereinigungsbehörde dokumentiert das Ergebnis der Wertermittlung mit modernster Technik (elektronisches Feldbuch verbunden mit GPS-Empfänger).

Nach Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsbeschlusses erließ die untere Flurbereinigungsbehörde am 8.08.2006 die Vorläufige Anordnung nach § 36 Flurbereinigungsgesetz für den 1. Bauabschnitt. Mit dieser Anordnung wurde den Eigentümern bzw. den Bewirtschaftern ab 1.09.2006 Besitz und Nutzung der für die Straße benötigten Flächen entzogen und dem Landkreis zugewiesen. Zugleich setzte die Flurbereinigungsbehörde die Entschädigungen für die entgehenden Erträge und die auf diesen Flächen stehenden Bäume und Bauwerke auf der Grundlage von Gutachten externer Sachverständiger fest und veranlasste deren Auszahlung. Anfang September 2006 haben die von der Stadt beauftragten Baufirmen mit den Straßenbauarbeiten begonnen.



Umgehungsstraßenbau im Herbst 2006

Vogelgrippe

In Südostasien hat die Geflügelpest 2006 massive Verluste in den Geflügelhaltungen verursacht. Die umgangssprachlich auch als „Vogelgrippe“ bezeichnete Erkrankung des Geflügels wird durch hochaggressive Influenza A-Viren vom Subtyp H5 oder H7 verursacht. Im Gegensatz zu dieser innerhalb der Geflügelpopulation rasant verlaufenden Infektion können Menschen in aller Regel nur sehr schwer durch Vogel-Influenzaviren infiziert werden. Das Virus wird mit dem Vogelkot ausgeschieden, so dass die Inhalation kontaminierter Staubpartikel oder mangelnde Händehygiene vermutlich die hauptsächlichen Übertragungswege darstellen. Influenzaviren kommen nicht nur beim Menschen, sondern auch bei Schweinen, Pferden und insbesondere den Vögeln vor. Um zu verhindern, dass durch den Erreger der Vogelgrippe eine weltweite Influenza-Pandemie ausgelöst werden könnte, wurden im Jahr 2006 auch im Landkreis Göppingen zahlreiche Maßnahmen zur Überwachung der Vogelgrippe eingeleitet.

Das Vogel-Influenzavirus war am 15.02.2006 erstmals bei einem Wildvogel am Bodensee festgestellt worden. In den folgenden Monaten wurde es mehrfach bei zahlreichen untersuchten Wildvögeln festgestellt. Infiziert waren Wasservögel, vor allem Enten, Schwäne, Gänse, Blesshühner und Möwen aber auch Greifvögel und Rabenvögel. In Deutschland war neben dem Boden-

see die Insel Rügen das von der Vogelgrippe am stärksten betroffene Gebiet.

Um die Verbreitung der Vogelgrippe zu überwachen wurden alle verendeten Vögel der genannten Arten mit großem Einsatz eingesammelt und über Tupfer auf das Influenzavirus untersucht. Dabei wurden die Tierärzte des Amts für Veterinärwesen und Verbraucherschutz tatkräftig von den städtischen Bauhöfen, der Feuerwehr und der Polizei unterstützt. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 77 Wildvögel beprobt. Dabei ist bisher im Landkreis Göppingen selbst kein Fall der Vogelgrippe festgestellt worden.

Im Frühjahr 2006 wurde von der Bundesregierung eine Eilverordnung zur Aufstallung des Hausgeflügels erlassen. Damit sollten die Nutzgeflügelbestände geschützt und eine Weiterverbreitung der Vogelgrippe durch den Vogelzug verhindert werden. Seitdem galt in ganz Baden-Württemberg ein Aufstallgebot für Geflügel. Da es im Landkreis Göppingen keine größeren Feuchtgebiete oder Flussläufe gibt, bestand die Möglichkeit Ausnahmen von dem Aufstallgebot zu erteilen. Voraussetzung für die Freilandhaltung von Nutzgeflügel war die Anzeige beim Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz sowie die regelmäßige Untersuchung mit Probenahme oder die zusätzliche Haltung sogenannter Indikatortiere. Als Indikatortiere sollten Hühner die-

nen, da diese, wenn sie an der Vogelgrippe erkranken, sehr schnell sterben. Im Jahr 2006 wurden 73 Geflügelhaltungen neu erfasst. Es wurden insgesamt 154 Ausnahmen für die Freilandhaltung von Geflügel erteilt.

Das Aufstallgebot gilt auch im Frühjahr 2007 noch für ganz Baden-Württemberg, wobei die Ausnahmeregelung für eine Freilandhaltung im Landkreis Göppingen weiterhin gültig ist. Im Rahmen der Vorbereitung auf einen befürchteten Ausbruch der Vogelgrippe im Landkreis Göppingen wurde im Stauferpark ein Logistikzentrum eingerichtet. Dort stehen Materialien und Räumlichkeiten zur Verfügung, die im Seuchenfall genutzt werden können.



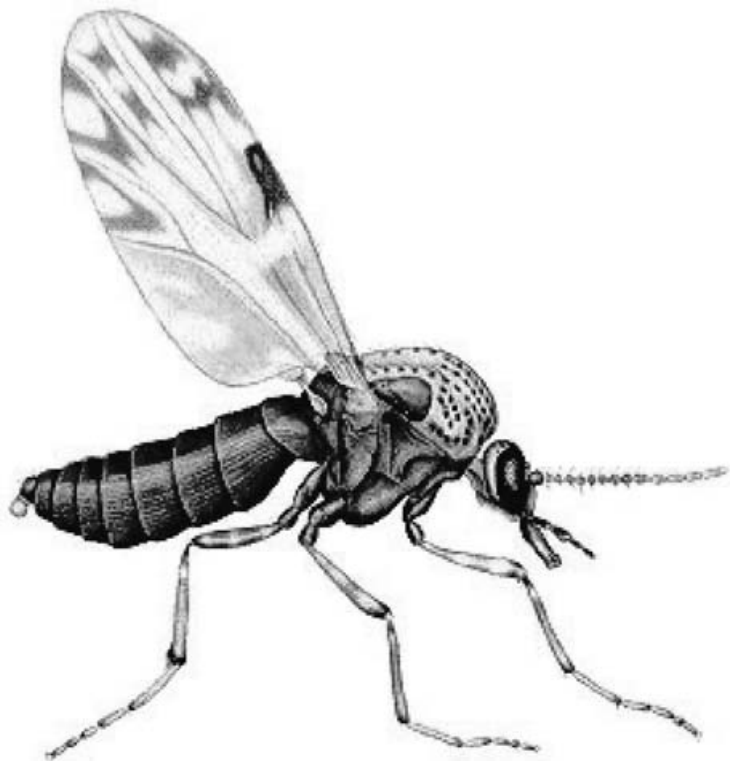
Tupferprobenentnahme bei einem Reiher

Blauzungenkrankheit

Erstmals ist 2006 in Deutschland die sogenannte Blauzungenkrankheit (engl. Bluetongue BT) aufgetreten – eine Tierseuche, die bislang nur in den Tropen und Südeuropa vorkam. Erstmals breitet sich die Krankheit jetzt auch in Mittel- und Westeuropa aus. In Deutschland sind hauptsächlich die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz betroffen. Von der Krankheit befallen werden Wiederkäuer wie Schafe, Ziegen und Rinder sowie Wildwiederkäuer. Kranke Tiere zeigen hohes Fieber, Leistungsabfall und Schäden an Klauen, Euter und Schleimhäuten. Typisch ist auch eine Blauverfärbung der Zunge, die der Krankheit ihren Namen gab. Selten endet die Krankheit tödlich. Der Mensch ist für den Erreger nicht empfänglich und somit auch nicht gefährdet. Die Blauzungenkrankheit wird durch Stechmücken (*Culicoides*) übertragen. In Baden-Württemberg wurden vorbeugende Kontrollen durchgeführt. Auch im Landkreis Göppingen wurden Rinder- und Schafhaltungen stichprobenartig kontrolliert. Bisher wurden im Landkreis noch keine infizierten Tiere festgestellt. Es ist zu befürchten, dass durch die Klimaerwärmung bessere Lebensbedingungen für die übertragenden Stechmücken geschaffen werden und die ursprünglich tropische Krankheit auch bei uns heimisch wird.



Die Übertragung der Krankheit erfolgt über die Stechmücke.



Ausbruch der Bösartigen Faulbrut im Landkreis Göppingen

Die Amerikanische oder Bösartige Faulbrut ist eine ansteckende gefährliche Bienenseuche, die erneut im Sommer 2005 auf der Gemarkung Göppingen und im Frühjahr 2006 auf der Gemarkung Eislingen festgestellt wurde. Die betroffenen Bienenstände wurden sofort gesperrt. Weiterhin wurden Sperrbezirke mit ca. 1 Kilometer Durchmesser gebildet und öffentlich bekannt gemacht. Durch die Untersuchung sogenannter Futterkranzproben ist heutzutage eine erfolgreiche Bekämpfung der Seuche durch differenziertes Vorgehen möglich. Innerhalb kürzester Zeit wurden alle Bienenvölker im Sperrbezirk untersucht. Die Bösartige Faulbrut wird meist von bereits unerkannt infizierten Bienenstöcken übertragen. Der Erreger ist ein sporenbildendes Bakterium. Dieses befällt ausschließlich die Bienenbrut. Die Bakterien vermeh-



Imkerutensilien, die im Betrieb nicht leicht gereinigt und desinfiziert werden können ...

ren sich in der Larve, töten diese dabei ab und gehen dann in umweltbeständige Dauerformen (Sporen) über. Aus der weißen Bienenlarve entsteht dabei eine braune, fadenziehende Masse, die Millionen von Sporen enthält. Zur

Diagnostik werden mit einem Streichholz verdächtige Waben gelöchert. Verdächtig sind eingesunkene Zelldeckel und ein lückenhaftes Brutbild. Erwachsene Bienen können nicht an Faulbrut erkranken, verbreiten aber die Sporen beispielsweise mit ihrem Haarkleid oder als Ammenbienen über das Futter. Sie führen so die Infektionskette fort. Erkrankte Bienenvölker werden durch Abschweifung getötet. Für jedes getötete Bienenvolk einschließlich verbrannter Waben und anderer Materialien gibt es eine Entschädigung über die Tierseuchenkasse Baden-Württemberg. Beim Ausbruch im Frühjahr 2006 mussten in einer Imkerei alle 47 Bienenvölker durch das Veterinäramt unter Mithilfe des Bienensachverständigen getötet werden.



... werden wenn möglich direkt vor Ort unschädlich gemacht.

Fleischhygieneüberwachung: „Gammelfleischskandal“

In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen treten seit Jahrzehnten immer wieder sogenannte Fleischskandale in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. In der jüngsten Vergangenheit tauchte diesbezüglich häufig das Schlagwort „Gammelfleisch“ auf. Frisches Fleisch bildet einen optimalen Nährboden für verschiedene Keime und ist daher ein besonders leicht verderbliches Lebensmittel. Aus diesem Grunde werden erhöhte Anforderungen an die nötige Sorgfalt beim Umgang mit Fleisch gestellt. Die regelmäßige behördliche Kontrolle der Einhaltung dieser Vorgaben erfolgt auf allen Stufen der Produktion in besonderem Maße. Nachdem bekannt wurde, dass einzelne Betriebe in Süddeutschland offensichtlich mit krimineller Energie versuchten überlagertes Fleisch oder sogar Schlachtabfälle als Lebensmittel in Verkehr zu bringen, kam es seitens der Politik und der Verwaltung zu verstärkten Reaktionen. In diesem Rahmen wurden auch im Landkreis Göppingen vermehrt Schwerpunktkontrollen durchgeführt. Das Hauptaugenmerk richtete sich dabei insbesondere auf Kühllhäuser und Lagerräume, Fleischhandelsfirmen und Betriebe die mit tierischen Nebenprodukten umgehen. Fazit der Kontrollen: Nahezu alle Unter-

nehmen verhalten sich, abgesehen von wenigen geringfügigen Mängeln, vorschriftentreu. In einem Fall musste wegen gemeinsamer Lagerung von Handelsware mit überlagerter Retourenware Strafanzeige erstattet werden. Auch nach den mittlerweile erloschenen Diskussionen wird die Überprüfung von Fleischbetrieben weiterhin ein

sungspflicht für alle Unternehmen, die mit tierischen Lebensmitteln umgehen, festgeschrieben, die mit vermehrten Anforderungen an die Unternehmer und an die Überwachung verknüpft ist. Weiterhin wird in der Gesetzgebung der Schnittstelle „Lebensmittel/kein Lebensmittel (mehr)“ verstärkt Beachtung geschenkt, so dass die



Gefrorenem Fleisch sind geruchliche Abweichungen auf den ersten Blick nicht anzumerken.

Schwerpunkt für den Verbraucherschutz bleiben: Die EG hat in ihren Lebensmittelverordnungen für die Zukunft eine grundsätzliche Zulas-

Kontrolle von Stoffströmen zukünftig besser durchgeführt werden kann.

Tierschutz

Das Tierschutzgesetz schreibt vor, dass niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf. Die tierschutzrechtliche Überwachung betrifft hauptsächlich die Tierhaltung und den Tierhandel, das Töten von Tieren, Eingriffe an Tieren sowie Tierversuche.

Regelmäßige Kontrollen

Das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz des Landkreises Göppingen ist die für den Tierschutz zuständige Behörde. Das Veterinäramt besitzt die notwendigen gesetzlichen Befugnisse zur Kontrolle von Tierhaltungen und Beseitigung von tierschutzrechtlichen Missständen. Hierzu gehören u.a. das Betretungsrecht, das Auskunftsrecht sowie Mittel des Verwaltungsvollzugs.

Besonderer Überwachung unterliegen dabei

- Landwirtschaftliche Tierhaltungen einschließlich Pferdehaltungen
- Gewerbliche Tierhaltungen und -zuchten
- Gewerblicher Handel mit Tieren (Viehhandel, Tierspeditionen, Zoofachhandel etc.)
- Tiertransporte
- Schlachtbetriebe, islamisches Opferfest
- Tierschauen, Tierbörsen
- Tierversuchseinrichtungen und Versuchstierhaltungen
- Zoologische Gärten, Tierparks und Tiergehege
- Gewerbliche Reit- und Fahrbetriebe
- Tierheime, Tierpensionen
- Gewerbliche Schädlingsbekämpfer
- Schutzhundausbildungsbetriebe
- Auch die private Hobby- und

Heimtierhaltung wird nach Hinweisen auf Mängel überprüft.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden durch das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz Göppingen aufgrund grober tierschutzrechtlicher Verstöße 4 Tierhaltungen aufgelöst und ein Tierhalteverbot ausgesprochen. Weiterhin wurden in den Bereichen landwirtschaftlicher Nutztiere sowie Heimtierhaltung ca. 25 kostenpflichtige Anordnungen und Ordnungswidrigkeitenanzeigen erlassen. Im Jahr 2005 fand unter Beteiligung der Polizeihundestaffel Waiblingen eine Verhaltensprüfung für Kampfhunde statt. Die weitaus überwiegende Zahl von angezeigten Verstößen in der Nutztier- und Heimtierhaltung erwiesen sich bei fachlicher Überprüfung der zuständigen amtlichen Tierärzte als unbegründet bzw. als reine Nachbarschaftsstreitigkeiten.



Hochgradig abgemagertes, verwahrlostes Pferd.



Nicht artgerechte Ziegenhaltung. Die Ziege hat sich mit ihrer Anbindung verfangen und ist in ihrer Bewegung hochgradig eingeschränkt.



Im Entwicklungszustand zurückgebliebene, abgemagerte 4-jährige Kuh aus einer nicht artgerechten Rinderhaltung.



Einrichtung eines Tierseuchenkrisenzentrums mit Logistikzentrum

Erfahrungen vergangener Seuchenzüge wie Maul- und Klauenseuche sowie Schweinepest und die aktuellen Vorbeugemaßnahmen gegen Vogelgrippe haben gezeigt, wie notwendig entsprechende Vorbereitungen für den Tierseuchenfall in „Friedenszeiten“ sind. Überlegungen und vorbereitende Planungen zu Personaleinsatz, Beschaffung erforderlicher Ausrüstung, Einweisung in die technische Handhabung des Materials sowie die Abstimmung und Koordination mit weiteren beteiligten Organisationen können nicht mehr unter dem Druck einer bereits ausgebrochenen Seuche erfolgen. Sinnvollerweise wurde vor einigen Jahren der Ausbruch einer gefährlichen Tierseuche dem Katastrophenschutzfall zugeordnet, was die erforderliche Einbeziehung von Polizei, Feuerwehr und technischem Hilfswerk mit ihren speziellen Ausstattungen erleichtert.

Im Landkreis Göppingen wurde zur Vorbereitung auf den Tierseuchenfall in den Räumen des Veterinäramtes ein sogenanntes Tierseuchenkrisenzentrum eingerichtet. Dazu wurden in den Räumen zusätzliche Anschlüsse und Rechner sowie weitere Kommunikationsmittel installiert. Eine spezielle Software steuert eigens hierfür eingerichtete Computer im Krisenfall. Mit zusätzlichem Personal soll im Bedarfsfall von hier aus im sogenannten „reinen Teil“ die Seuchenbekämpfung sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation nach außen erfolgen. Daneben wurde auf dem Gelände des Stauferparks im Bereich der ehemaligen US-Kaserne ein „Logistik-Zentrum“ eingerichtet. Von hier aus sollen im Seuchenfall die notwendigen Operationen erfolgen, bei denen die Gefahr einer Verschleppung der Seuchenerreger besteht wie z.B.

Entsendung von Teams zur Gewinnung von Proben zur Seuchendiagnostik und – feststellung, zur flächendeckenden Schutzimpfung, zur Einrichtung von Desinfektionsschleusen oder zur Bestandstötung. Als besonders hilfreich erweist sich hierbei die unmittelbare Nachbarschaft zum Technischen Hilfswerk, das im Seuchenfall u.a. kurzfristig zusätzliche Kommunikationseinrichtungen, Desinfektionseinrichtungen oder Sanitäreinrichtungen für das Einsatzpersonal einrichten kann. Die Leitung des Tierseuchenkrisenzentrums mit Logistik-Zentrum wird im Seuchenfall durch den Landrat erfolgen aufgrund der notwendigen Einbeziehung der verschiedenen Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Die fachtechnische Leitung wird durch das Veterinäramt wahrgenommen.

Verbraucherschutz

Lebensmittelkontrolle neu organisiert

Die ersten beiden neu ausgebildeten Beschäftigten der Lebensmittelkontrolle haben im Spätjahr 2006 bzw. zum Jahresbeginn 2007 ihren Dienst nach Beendigung der Ausbildung aufgenommen. Im Gegenzug kehrten 2 ehemalige WKD-Beamte wieder zur Polizei zurück. Zwei weitere Auszubildende zum Lebensmittelkontrolleur wurden neu eingestellt und verpflichtet.

Die letzten beiden Jahre des Berichtszeitraumes waren mit Negativschlagzeilen – insbesondere mit der Wortprägung „Gammelfleischskandal“ – überschattet. Auch der Landkreis Göppingen blieb von den Negativschlagzeilen

nicht ganz unberührt. In einem Geflügelfleischzerlegebetrieb wurden tiefgefrorene überlagerte Geflügelfleischprodukte vorgefunden, die als Frischfleisch deklariert und deren Verbrauchsdaten teilweise schon lange abgelaufen waren. Durch umfangreiche Probenahmen und anschließender gutachterlicher Stellungnahmen fiel das Ergebnis der Untersuchungen von „unauffällig“ bis hin zu „im Genusswert nicht unerheblich gemindert“ aus. Die Gesamtbewertung des Falles rechtfertigte die Fertigung einer Strafanzeige mit anschließender gerichtlicher Verurteilung.

Die Schwerpunktaktionen „Fleisch“ werden bis zum heutigen Tage – auch mit Unterstützung von exter-

nen Veterinären – durchgeführt. Dabei wurden Kühlhäuser, Lagerhäuser, Supermärkte, Metzgereien und Imbissbetriebe überprüft. Bislang konnte keine weitere gravierende Beanstandung festgestellt werden. Jedoch konnte im Rahmen der routinemäßigen Kontrollen eine Metzgerei ermittelt werden, bei der der Hygienezustand derart schlecht war, dass eine zeitweise Schließung des Betriebes notwendig wurde. Nachdem die Fett- und Schmutzschicht auf den Arbeitsgeräten und Ausrüstungsgegenständen entfernt wurden, die Böden und Wände von angetrockneten Fleischfetzen und Blutrückständen gereinigt waren, konnte der Weiterbetrieb der Metzgerei erlaubt werden. Zur Beruhigung des Verbrauchers kann gesagt werden, dass die in diesen unhygienischen Zuständen produzierten Lebensmittel noch während der Kontrolle entsorgt wurden.

Schwerpunktaktionen in den Sommermonaten

Wegen den schon hohen Außentemperaturen im Sommer fiel das Augenmerk der Lebensmittelkontrolle besonders auf den einwandfreien Zustand der Gefrier- und Kühltruhen in den Lebensmittelbetrieben.

Bei 84 Kühl- und Gefriertruhen, die schwerpunktmäßig an einem Tag überprüft wurden, war die Funktionalität der meisten Truhen



Hähnchenteile und Putenkeulen mit Gefrierbrand

gegeben. Jedoch wurde sehr deutlich, dass die Altgeräte die geforderten Temperaturen nur schwerlich erbringen konnten. In zwei Fällen mussten Verkehrsbeschränkungen ausgesprochen und zudem die Füllhöhe korrigiert werden. Wegen den Beanstandungen wurden zwei gebührenpflichtige Verwarnungen erhoben und ein Bußgeldverfahren eingeleitet.

Rückrufaktionen

Neben den täglichen Hygienekontrollen in Lebensmittelbetrieben wurde eine Steigerung von Rückrufaktionen festgestellt. So mussten

die Kontrolleure in viele Betriebe vor Ort gehen und die von den Herstellern bzw. Importeuren oder Großhändlern initiierten Warenrückrufe überprüfen. In den meisten Fällen war der Rückruf vor Ort bekannt und die Produkte aus dem Verkehr genommen. Die Überprüfungen bezogen sich zum Beispiel auf Glycerin im Spanischen Wein, gentechnisch veränderte Reismudeln aus China, erhöhte Nickelmigrationen in Pfeffermøhlen, verbotene Farbstoffe in Schminkeftifen, Übergang von Druckfarben der Tetrapackungen auf das Lebensmittel bis hin zu Vergiftungsgefahr durch einen Reiniger in einer

Spraydose. Auch Abgabe von Blei und Cadmium auf einem Pizzateiler und Glassplitter im Apfelmus war Gegenstand der Ermittlungen der Kontrolleure.

Bei den rund 3800 registrierten Betrieben werden jährlich etwa 1100 Proben von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika gezogen.

Bei etwas mehr als 800 Proben gab es keine Beanstandungen. Bei über 100 Proben jedoch waren Folgemaßnahmen notwendig, die auch zur Anzeigenerstattung führten.



Produktion von Schoko-Apfelscheiben in völlig unzureichender baulicher und hygienischer Produktionsstätte. Eine Probe davon wird beanstandet.

Betäubungsloses Schlachten (Schächten)

Das Opferfest „kurban bayrami“ ist das höchste islamische Fest und findet einmal im Jahr statt. Es richtet sich nach dem islamischen Mondkalender. Beim Opferfest wird dem Propheten Ibrahim (Abraham) gedacht, der die göttliche Probe bestanden hatte und bereit war, seinen Sohn zu opfern. Nach dem Koran sollen Muslime an diesem Tag ein Opfer bringen. Dies kann entweder in Form einer Geldspende oder in Form eines Opfertieres geschehen. Viele Muslime lassen daher ein

Lamm oder einen Bullen schlachten. Es gibt strenggläubige Muslime, die überzeugt sind, dass Tier müsse ohne Betäubung geschlachtet, sprich „geschächtet“ werden. In Deutschland ist das „Schächten“ von Tieren grundsätzlich nicht gestattet, da das Tierschutzgesetz das Schlachten von Wirbeltieren ohne vorherige Betäubung untersagt. In ganz speziellen Einzelfällen ist es möglich, eine Ausnahmegenehmigung zum Schächten unter strengen Auflagen zu beantragen.

Im Landkreis Göppingen wurde keine solche Genehmigung erteilt. Das vergangene Opferfest fand am 31.12.06 und am 01.01.07 statt. Ganztägig wurden mehreren Schlachtstätten im Landkreis mit erheblichem personellen Aufwand unter Einbeziehung des nicht-tierärztlichen Personals durch das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz überwacht, um die ordnungsgemäße Betäubung der Schafe und Rinder sicher zu stellen.



Zur Ausschaltung der Schmerzempfindung ist im deutschen Tierschutzgesetz die Betäubung vor dem Schlachten grundsätzlich vorgeschrieben.

Naturheilmitteltag am 5. Mai 2006

Naturheilmittel spielen in unserer Gesellschaft eine immer größere Rolle. Sie haben relativ wenige Nebenwirkungen und werden im Rahmen einer bewussten und gesunden Lebensführung an Beliebtheit gewinnen.

Die Phytotherapie bedient sich Arzneimitteln, die ausschließlich aus Pflanzen, Pflanzenteilen, Pflanzeninhaltsstoffen sowie deren Zubereitung bestehen. Die Balneotherapie nutzt die heilsamen Wirkungen der Inhaltsstoffe des Wassers. Die Physiotherapie beruht auf physikalischen Reizen durch Wasser, Wärme und Bewegung. Die Akupunktur ist wohl die älteste und am weitesten verbreitete Heilmethode der Welt. Durch Einstiche mit Nadeln an genau festgelegten Punkten der Haut können Störungen im Körperinneren beseitigt oder gelindert werden.

Das vielfältige Angebot an Naturheilmitteln, Naturprodukten und Therapiekonzepten im Landkreis Göppingen stellt einen wachsenden Wirtschaftsfaktor dar. Um diesen Trend zu fördern und die regionalen Unternehmen zu stärken, initiierte die WiF den Naturheilmitteltag. Er dient der Vernetzung der Betriebe untereinander und der Information der Verbraucher. Erstmals fand die Vortragsveranstaltung am 23. April 2004 und bereits zum zweiten Mal am 5. Mai 2006

statt. Ärzte, Apotheker, eine Chemikerin, ein Heilpraktiker und ein medizinischer Bademeister von Firmen und Einrichtungen aus dem Landkreis Göppingen informierten über Naturheilmittel allgemein und speziell über einzelne Mittel, The-

rapien und Verfahren der Naturheilkunde.

Der Naturheilmitteltag wurde parallel zur Gesundheitsmesse Vitalis in der Stadthalle Göppingen ausgerichtet.

Naturheilmittel: Firmen und Einrichtungen

**Wala Heilmittel,
Staufen-Pharma,
Infirmarius-Rovit,
Brunnen-Union,
Rehaklinik,
Dr. Heberer,
Biofa,
Dr. Scheller,
Mineralbrunnen AG,
Kräuterhaus St. Bernhard,
Vinzenz Klinik,
Ärzte und Apotheken
... und viele andere**

**Boll-Eckwälden
Göppingen
Salach
Göppingen
Bad Boll
Bad Boll
Bad Boll
Eislingen
Bad Überkingen
Bad Ditzenbach
Bad Ditzenbach
im Landkreis**



Jäten im Kräutergarten der WALA

Copyright WALA Heilmittel GmbH.

10 Jahre Wirtschaftsförderung im Landkreis Göppingen

Die Wirtschaftsförderung übernimmt im Landkreis Göppingen die Brückenfunktion.

Von Jürgen Hilse, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen:

„Eine wirksame Wirtschaftsförderung ist erst dann gegeben, wenn sie auf regionaler und kommunaler Ebene aktiv ist und ihre Zielgruppe, die Unternehmer, genau kennt. Dieser Gedanke führte vor zehn Jahren zur Gründung der WiF. Seitdem sucht die WiF den Dialog mit den Unternehmern, um deren – vielleicht erst noch latent vorhandenen – Energien zu wecken, ihre Engpässe und Probleme kennen zu lernen und sich auf Maßnahmen zum Abbau dieser Engpässe zu konzentrieren. Doch das geht nur mit der Akzeptanz der Unternehmen – und diese hat sich die WiF in den letzten zehn Jahren durch ihre kontinuierliche Arbeit auf hervorragende Weise erarbeitet.

Die WiF und die Kreissparkasse Göppingen als Hauptförderer begegnen sich auf gleicher Augenhöhe, da sich unsere Arbeit ergänzt: Der Kreissparkasse Göppingen als öffentlich-rechtliches Institut und Mittelstandsfinanzierer liegt die wirtschaftliche Entwicklung des Landkreises am Herzen. Dabei sind wir die Finanzierer, wir gehen mit Bilanzen und Finanzen um. Die WiF dagegen über-

nimmt die Brückenfunktion zur Wissenschaftswelt und vermittelt den Technologietransfer zwischen der universitären Forschung mit der Steinbeis-Stiftung im Hintergrund und den Unternehmen, die die Erkenntnisse umsetzen und anwenden können.

Ein weiterer Bereich, der kaum in Erscheinung tritt, ist die Einzelberatung der Firmen zu Technologie-Themen. Das ist eine ganz wesentliche Arbeit der WiF, die die landkreisweite Wirtschaftsförderung fundiert und stützt. Gerade deshalb ist es für die WiF wichtig, beispielsweise mit dem Innovationspreis, den wir zusammen ausschreiben, oder ganz aktuell mit Workshops, immer im Gespräch, aktiv zu bleiben und die Unternehmen anzuregen, sich ihrer vorhandenen Ressourcen bewusst zu werden und sie zu nutzen. Dabei gibt die WiF Impulse – doch die Umsetzung und Aktivität der Unternehmer und der Kommunen

kann und will sie nicht ersetzen.

Ohne die WiF und ihre Arbeit in den letzten zehn Jahren würde die Wirtschaft hier im Landkreis ein noch größeres Abschmelzen erleiden. In einem immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Umfeld brauchen wir auch weiterhin dringend eine aktive Wirtschaftsförderung. Das, was die WiF dazu beitragen kann, hat sie getan – nun müssen die weiteren Partner das Ihrige tun. Dazu und für alle weiteren Pläne auch in Zukunft alles Gute.“

WiF Portal
Das Magazin für Ihren Einblick in die Wirtschaftsförderung im Landkreis Göppingen

2005

**10 Jahre
Wirtschaftsförderung**
im Landkreis Göppingen zurück.

Einzelbetriebe
Die WiF fördert Unternehmen durch Beratung und Kontakte. Seiten 6-7

Netzwerke
Um Synergie-Effekte zu nutzen, initiiert die WiF Kooperationen. Seiten 10-11

Veranstaltungen
Die WiF organisiert Messen, Foren und andere Events. Seiten 12-13



Städte und Gemeinden im Landkreis Göppingen

Stand 31.12.2005

Stadt/Gemeinde	Einwohner am 31.12.05	Gemarkung in ha	Bevölkerungs- dichte (Einw. je qkm)	Lage in m über NN
Adelberg	2.042	949	215,2	473
Aichelberg	1.231	401	307,0	482
Albershausen	4.339	650	667,5	328
Bad Ditzgenbach	3.737	2.546	146,8	509
Bad Überkingen	3.992	2.402	166,2	485
Birenbach	1.897	250	758,8	375
Böhlenkirch	5.601	5.108	109,7	696
Börtlingen	1.798	826	217,7	450
Boll	5.270	1.094	481,7	327
Deggingen	5.664	2.270	249,5	492
Donzdorf, Stadt	11.073	3.982	278,1	407
Drackenstein	431	569	75,7	731
Dürnau	2.092	537	389,6	424
Ebersbach a.d.Fils, Stadt	15.729	2.627	598,7	292
Eislingen/Fils, Stadt	20.446	1.640	1.246,7	336
Eschenbach	2.232	480	465,0	411
Gammelshausen	1.415	331	427,5	442
Geislingen a.d.Steige, Stadt	27.737	7.583	365,8	684
Gingen a.d.Fils	4.412	1.001	440,8	384
Göppingen, Stadt	57.771	5.921	975,7	320
Gruibingen	2.204	2.305	95,6	564
Hattenhofen	3.004	764	393,2	368
Heiningen	5.480	1.246	439,8	388
Hohenstadt	725	1.164	62,3	818
Kuchen	5.723	895	639,4	407
Lauterstein, Stadt	2.811	2.332	120,5	468
Mühlhausen im Tale	1.022	633	161,5	544
Ottenbach	2.474	1.190	207,9	399
Rechberghausen	5.532	640	864,4	359
Salach	7.867	832	945,6	362
Schlat	1.775	968	183,4	425
Schlierbach	3.772	1.097	343,8	354
Süssen, Stadt	10.140	1.278	793,4	364
Uhingen, Stadt	13.895	2.479	560,5	295
Wäsenbeuren	3.952	1.295	305,2	408
Wangen	3.213	968	331,9	379
Wiesensteig, Stadt	2.312	2.340	98,8	592
Zell unter Aichelberg	2.973	639	465,3	364
Landkreis Göppingen	257.783	64.232	401,3	



Die Stadt- und Landkreise im Regierungsbezirk Stuttgart (Übersichts- und Vergleichsdaten zum 31.12.2005)

Stadt- und Landkreise	Einwohner	Gemarkung in ha	Bevölkerungs- dichte (Einw. je qkm)	Ausländer anteil in %
Stadtkreis Stuttgart	592.569	20.734	2.858,0	23,7
Landkreise				
Böblingen	372.155	61.783	602,4	15,2
Esslingen	514.245	64.146	801,7	14,0
Göppingen	257.783	64.232	401,3	13,0
Ludwigsburg	513.317	68.735	746,8	15,0
Rems-Murr-Kreis	417.697	85.818	486,7	13,0
Region Stuttgart	2.667.766	365.448	730,0	16,2
Stadtkreis Heilbronn	121.613	9.987	1.217,7	20,2
Landkreise				
Heilbronn	329.503	109.957	299,7	10,3
Hohenlohekreis	109.718	77.671	141,3	6,7
Schwäbisch Hall	189.580	148.412	127,7	6,7
Main-Tauber-Kreis	137.259	130.458	105,2	4,8
Region Franken	887.673	476.485	186,3	9,6
Heidenheim	135.174	62.723	215,5	10,1
Ostalbkreis	316.760	151.150	209,6	8,1
Reg. Ostwürttemberg	451.934	213.873	211,3	8,7
„Regierungsbezirk Stuttgart“	4.007.373	1.055.773	379,6	13,9
Baden-Württemberg	10.735.701	3.575.139	300,3	11,9



Herausgegeben

vom Landratsamt Göppingen
www.landkreis-goeppingen.de

Satz und Gestaltung

[media-company] Salach
Werbeagentur, Werbeproduktion
www.media-company-online.de

Druck

Rung Druck Göppingen

Auflage

700

Mit Ausnahme der Umschlagseiten
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem
Recycling-Papier.